هكذا صدر الأصل

Dienstag, 8. Juli 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 155 - 28.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 7,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 Tl.

exklusiv in der WELT:



Die Rache der Drogen-Mafia

Die Leiche schwamm in einer Gracht von Amsterdam. Der Ermordete hatte der Polizei den Tip zur Beschlagnahme von 250 Kilogramm Heroin (50 Millionen Mark) gegeben. Die Drogen-Mafia hat sich für den „Verrat" gerächt. Die WELT-Serie Rauschgift heute mit einer Reportage über die Szene Amsterdam und mit der Auswertung der Allensbach-Umfrage in sieben europäischen Ländern. Seite 7

Morgen in der WELT

Der Mittelstand

Die Stärke des Mittelstandes ist seine Vielfalt. Er ist wendig, innovativ und risikobewußt. Wo er schwach ist, kränkelt auch die Demokratie. Was ist der Mittelstand, wer trägt dort Verantwortung, welches sind seine Probleme und wie sind sie lösbar? Die Antworten gibt ein 20seitiger WELT-Report.

POLITIK

Südafrika: Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, der im EG-Auftrag Gespräche mit der südafrikanischen Regierung führen soll, hat seinen Besuch wegen Terminschwierigkeiten aufgeschoben. Er reist zunächst nach Sambia und Simbabwe. (S. 5)

Winnie Mandela: Die Regierung in Pretoria hat alle Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Frau des schwarzen Widerstandskämpfers Nelson Mandela aufgehoben. Ihr waren seit 1962 Auflagen gemacht worden; so war ihr der Kontakt zu den Medien weitgehend untersagt worden.

Weiterbildung: Die privaten Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland geben jährlich mehr als zehn Milliarden Mark zur beruflichen Weiterbildung ihrer Mitarbeiter aus. Das Angebot wird im Durchschnitt von vier Millionen Arbeitnehmern genutzt.

Bremer SPD: Der erst am 15. März gewählte SPD-Vorsitzende Hans Dieter Müller ist im Alter von 59 Jahren gestorben. Der aus Wolfenbüttel stammende Leitende Regierungsdirektor erlag nach Angaben seiner Partei im Urlaub in Frankreich einem Herzinfarkt.

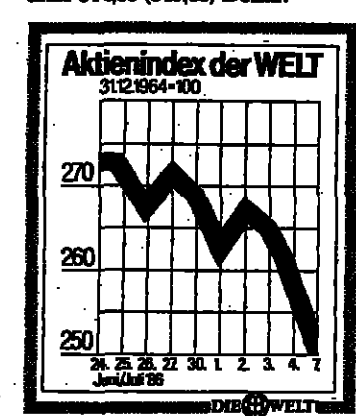
Austausch: Der Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" soll in diesem Jahr verdreifacht werden. 1985 hatten neun Gruppen mit 246 Teilnehmern aus der „DDR" in der Bundesrepublik gastiert; 93 Gruppen mit 2734 Teilnehmern reisten aus dem Westen in die „DDR".

Mauer: Als „Perversion des Denkens und Dokument der fortdauernden Schwäche der DDR" hat der Parlamentarische Staatssekretär Ottfried Hennig die von der „DDR" geplanten Feiern zum 25. Jahrestag des Baus der Mauer am 13. August verurteilt.

WIRTSCHAFT

Ölrechnung: Die privaten Haushalte in der Bundesrepublik werden 1986 nach Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums für Mineralöl-Erzeugnisse rund 15 Milliarden Mark weniger aufwenden als im Vorjahr. Damit käme ihnen knapp die Hälfte der gesamten Ölpreisentlastung unmittelbar zugute. Das entspricht mehr als einem Prozent ihres verfügbaren Einkommens. (S. 11)

Börse: Zum Wochenbeginn wuchs die Abgabebereitschaft der Anleger weiter. Die Kurse nahezu aller Papiere gingen deswegen deutlich nach unten. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 253,78 (261,51). BHF Rentenindex 106,737 (106,716). BHF Performance Index 105,194 (105,145). Dollarmittelkurs 2,1694 (2,1723) Mark. Goldpreis pro Feinunze 344,85 (343,80) Dollar.



KULTUR

Neu bewertet: Mehr als 200 Jahre nach der Uraufführung im barokken Ludwigsburg hat das Staatstheater Stuttgart jetzt Niccolo Jommellis Musikdrama „Fetonte" erfolgreich vorgestellt. Mit Chiffren aus unseren Tagen. (S. 18)

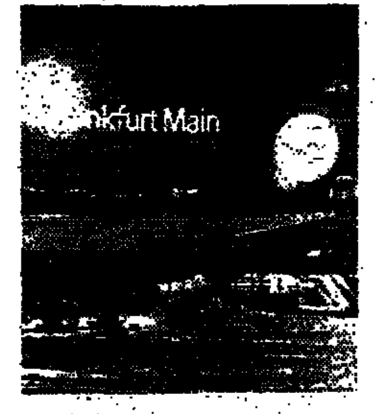
Rußland: Wer sich mit Rußland beschäftigt, stößt früher oder später auf den Namen des Franzosen Astolphe de Custine und sein „La Russie en 1839", das 1843 in Paris erschienen ist. Was hat sich seitdem geändert? (S. 19)

SPORT

Leichtathletik: Der Sowjetrusse Robert Emmijan hat mit 8,61 Meter einen neuen Europarekord im Weitsprung aufgestellt. Das ist die drittbeste Leistung, die jemals in der Geschichte der Leichtathletik erreicht wurde. (S.9)

Tennis: 14,22 Millionen Einwohner der Bundesrepublik haben Boris Beckers Wimbledon-Sieg im Fernsehen verfolgt. Das sind 3,03 Millionen mehr als im Vorjahr beim ersten Triumph Beckers beim Turnier in London. (S. 9)

AUS ALLER WELT



Gigant: „Rhein-Main" ist deutscher Uradel im Luftverkehr. Der heute größte Flughafen des Kontinents (Foto) feiert seinen 50. Geburtstag. Die Daten brechen alle Rekorde: 20 Millionen Passagiere bei 238 000 Starts und Landungen werden im Jahr registriert. (S. 20)

Boy George: „Na klar, ich bin schizophren ..." – Ein Interview mit dem „mädchenhaften Sängerknaben" auch über die Art, wie man dem eigenen Geschäft Publicity verschafft. (S. 20)

Nach dem Erdrutschsieg winkt Nakasone eine dritte Amtszeit

Liberaldemokratische Partei gewinnt 300 Sitze / Sozialisten die Verlierer

F. de LA TROBE/DW. Tokio

Das Konzept des japanischen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone ist offenbar aufgegangen. Nach dem Erdrutschsieg seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) bei den vorgezogenen Wahlen am Sonntag kommt Nakasone dem Ziel, im Herbst eine – nach den Parteistatuten bisher unzulässige – dritte Amtszeit als Partei- und Regierungschef anzutreten, einen Riesenschritt näher. Auch wenn sich der Wahlsieger selbst nur sehr vage zu diesem Thema äußerte, gingen politische Beobachter in Tokio davon aus, daß die Statuten jetzt entsprechend geändert werden.

Die seit 1955 in Japan regierende LDP erreichte den höchsten Wahlsieg in der Nachkriegsgeschichte des Landes. Im neuen Unterhaus erhalten die Liberaldemokraten 300 der insgesamt 512 Sitze, das sind genau 50 mehr als beim letzten Wahlgang vor drei Jahren. Die LDP verfügt damit über eine Mehrheit, die ihr praktisch die Kontrolle über alle parlamentarischen Ausschüsse gibt. Auch im weniger mächtigen Oberhaus, in der es um die Neubesetzung der Hälfte der Sitze ging, erreichte die LDP eine klare Mehrheit.

Als „Zeichen des Himmels" wertete Nakasone das Wahlergebnis, sichtlich angetan von dem unverhofft hohen Sieg. Der Ministerpräsident fügte aber gleich hinzu: „Meine Verantwortung nach diesen Vertrauensbeweis der Wähler ist noch größer geworden." Er führte den Erfolg auf die günstige Einschätzung seiner Reformprogramme für die Verwaltung, das Erziehungswesen und die Finanzen zurück. Beobachter werten die relativ hohe Wahlbeteiligung und die Zufriedenheit der Mehrheit mit den Leistungen der liberaldemokratischen Regierung als ausschlaggebend für den klaren Sieg der LDP. Das habe auch dazu geführt, daß viele unentschlossene und Wechselwähler diesmal ihre Stimme der LDP gegeben hätten.

SEITE 2:
Nakasones Triumph

Die großen Verlierer bei der Wahl waren die Sozialisten. Sie blieben allerdings zweitgrößte Partei. Im Unterhaus kamen sie auf 85 Sitze, 27 weniger als 1983. Ihr Parteiführer Ishibashi führte den Rückgang auf die geschwächte organisatorische Basis zurück. Die Sozialisten hatten bisher immer mit der Unterstützung der großen Gewerkschaftsverbände rechnen kämmen; diese leiden aber seit mehreren Jahren unter Mitgliederschwund.

Von den mittleren und kleinen Parteien hielten die buddhistisch orientierte Komeito mit 56 (2 weniger) Sitzen und die Kommunisten mit 26 (unverändert) ihre bisherige Stärke. Die gemäßigten Demokratischen Sozialisten verschlechterten sich jedoch um 12 Mandate auf 26, und der kleine Liberale Klub, bisher Koalitionspartner der LDP, schrumpfte um 2 auf 6 Sitze.

Obwohl die Wahl auch als Abstimmung über die Beliebtheit von Ministerpräsident Nakasone aufgefaßt wurde, erhielt er im Wahlkreis Gumma 3 von den Bürgern einen kleinen Dämpfer. Für ihn blieb dort nur der zweite Rang. Mit rund 5000 Stimmen mehr als Nakasone wurde der frühere Premier Fukuda wiedergewählt.

Papst: Drogenhandel ist Versklavung

„Die Jugend muß man davor schützen" / Zwei Australier in Malaysia hingerichtet

DW. Cartagena/Kuala Lumpur

Papst Johannes Paul II. hat zum Abschluß seiner siebentägigen Reise durch Kolumbien Rauschgiftdealer mit „Sklavenhändlern" verglichen. In einer Ansprache in Cartagena vertrat er sogar die Auffassung, daß der „Drogenhandel mitunter noch schrecklicher ist als der Sklavenhandel", der früher in der Hafenstadt am Atlantik blühte. Johannes Paul II: „Die Sklavenhändler haben ihren Opfern die Freiheit genommen. Die Drogenhändler bringen ihre Opfer zur Zerstörung selbst der eigenen Persönlichkeit." Diese Papst-Äußerungen fallen zusammen mit der Hinrichtung von zwei Australiern wegen Rauschgiftschmuggels gestern in Malaysia.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche sagte, „als freie Menschen müssen wir gegen diese neue Form der Versklavung kämpfen, die so viele Menschen unterjocht. Vor allem die Jugend muß man um jeden Preis davor schützen und ihr helfen, sich davon zu befreien".

Der Papst-Appell gegen den Drogenhandel war erwartet worden, da die Drogenmafia in dem lateinamerikanischen Land besonders stark ist und weite Bereiche der Wirtschaft Kolumbiens kontrolliert. Nach Schätzungen beträgt der Umsatz im Rauschgifthandel Kolumbiens vor allem mit Nordamerika jährlich drei Milliarden Dollar. Die Drogenhändler hatten der Regierung sogar angeboten, einen Teil der Auslandsschulden des Landes zu begleichen, wenn sie vor der Auslieferung an die USA geschützt würden.

Die in Kuala Lumpur verurteilten 28 und 29 Jahre alten Australier waren gestern gegen sechs Uhr (Ortszeit) aufgehängt worden. Die Todesstrafe wurde trotz Gnaden-Appelle der Regierungen in London und Canberra vollstreckt. Der australische Ministerpräsident Robert Hawke bezeichnete die Hinrichtungen als „barbarisch". Die britische Premierministerin Margaret Thatcher sagte dagegen, sie habe zwar Mitgefühl mit den Familien der Hingerichteten, Malaysia stehe jedoch das Recht zu, seine Gesetze anzuwenden. Zwei Abgeordnete ihrer konservativen Partei hatten zuvor die Exekutionen begrüßt. Malaysias Außenminister Rithauddeen äußerte die Hoffnung, daß die Hinrichtung nicht die diplomatischen Beziehungen zu Australien und Großbritannien beeinträchtige. Bei der Vollstreckung der Urteile könnten keine Ausnahmen für Ausländer gemacht werden.

Nach einem Bericht der Londoner „Times" haben die Häftlinge eines Gefängnisses in Sydney angekündigt, vier Asiaten aus Rache töten zu wollen. Die malaysische Regierung habe bei der australischen Polizei um Schutz für ihre Vertretungen in Australien und für Studentenwohnheime gebeten, berichtete das Blatt.

Die beiden Australier waren die ersten westlichen Ausländer, die in Malaysia hingerichtet wurden. Seit 1975, als die Todesstrafe für Rauschgiftschmuggel eingeführt wurde, sind bereits 120 Menschen zum Tode verurteilt worden.

Karlsruher Spitze gegen die Politiker

PETER SCHMALZ, München

Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, hat sich über Fehlinterpretationen der Entscheidungen des höchsten deutschen Gerichts beklagt. Ohne den Gesamttenor eines Urteils zu berücksichtigen, würden Passagen in einem Sinne zitiert, der nicht die eigentliche Absicht des Gerichts wiedergäbe.

Bei einem Vortrag im Münchner Justizpalast zum Thema „Werden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts fehlinterpretiert?" nannte er drei Quellen möglicher Fehlinterpretationen:

– die Richter selbst, die durch Formulierungsschwächen oder auch durch Fabulierlust künftigen Interpreten überreichlich Material liefern.

– die Wissenschaft, wenn sie die Urteile „verhackstückt" und überinterpretiert. Darin sieht er allerdings die geringere Gefahr im Vergleich zur dritten und häufigsten Art der Mißverständnisse:

– die Politiker, deren Kollege er als Kultus- und Innenminister des Landes Baden-Württemberg war und über die er wenig schmeichelhaft befindet. Sie läsen Entscheidungen des Karlsruher Gerichts selbst gar nicht mehr – aus Zeitgründen, wie er mit ironischem Unterton hinzufügte.

Herzog plädierte dafür, bei Entscheidungen des Verfassungsgerichts nicht so zu tun, als ob bereits eine endgültige Entscheidung gefallen sei, so „als ob jede Silbe dem Moses auf dem Berg Sinai in Stein und in ehernen Lettern gegraben überreicht worden wäre." Er finde viele Formulierungen, die weiter entwickelt werden müßten.

Was das genaue Lesen der Entscheidungen betrifft, so der Vizepräsident, werde meist nur jener Teil eines Bundesverfassungsgerichts-Urteils zitiert, in dem sich die Richter mit der Bedeutung des Grundgesetzartikels, über den sie zu befinden haben, befassen, aber fast nie der darauf folgende Teil, in dem die Einschränkungen fixiert sind. In der öffentlichen Diskussion über das Volkszählungsurteil etwa vermisse er wichtige Passagen. Auf den Seiten 43 und 44 der Begründung ist zu lesen, daß der Einzelne als eine sich innerhalb einer sozialen Gemeinschaft entfaltenden Persönlichkeit keineswegs eine uneingeschränkte Herrschaft über seine Daten besitzt.

Gravierender aber erscheinen ihm noch die Mißverständnisse um das Brokdorf-Urteil. Darin seien Sätze niedergeschrieben, „die ich überhaupt noch in keiner deutschen Zeitung gelesen habe". So jenen, in dem ausdrücklich das Recht zugestanden wird, „auch gegen eine gesamte Demonstration behördliche Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bis hin zum Verbot anzuordnen". Dies könne dann nötig sein, wenn sich „Böcke und Schafe zu einer unentwirrbaren Gemengelage mischen". Dann könnte die „gesamte Demonstration verboten werden". Er schränkte allerdings als erfahrener Praktiker ein, in solchen Fällen sei oft nicht die Rechtslage entscheidend, sondern die Polizeilage, also die Frage der Durchsetzung des Rechts.

Herzogs Fazit: Man müsse die Karlsruher Urteile sorgfältiger lesen, dann wäre die größte Gefahr der Mißverständnisse beseitigt.

Hohe Verluste für Moskau und Kabul

DW. Bonn

Die afghanische und die sowjetische Luftwaffe erleiden im Kampf gegen die Widerstandskämpfer offenbar hohe Verluste. Dies geht aus Informationen hervor, die ein zu den Freischärlern übergelaufener Brigadegeneral der afghanischen Luftwaffe dem Widerstand berichtet hat. Danach haben Kabul und Moskau allein im vergangenen Jahr mindestens 160 Kampfflugzeuge und Hubschrauber verloren.

Auch der Kampf mit Bodentruppen sei verlustreich. Von 2500 Soldaten, die Kabul zum Schutz des Luftwaffenstützpunktes Baghram abkommandiert habe, sei kein einziger ohne Verletzung aus dem Gefecht mit den Widerstandskämpfern davongekommen. Der Konsum von Haschisch und anderen Drogen sei gang und gäbe. Das Rauschgift würde offen auf dem Basar an die Sowjetsoldaten verkauft.

Seite 6: Ohne Verletzung

Bundesregierung hält zu Aquino

DW. Manila

Vor dem Hintergrund des gescheiterten Putschversuchs auf den Philippinen hat die Bundesregierung der Präsidentin Aquino erneut ihre Unterstützung zugesichert. Am Freitag wird Bundeskanzler Kohl den Vizepräsidenten und Außenminister Salvador Laurel zu einem Gespräch empfangen.

Am Sonntag hatte der frühere Außenminister Tolentino sich zum amtierenden Staatspräsidenten der Philippinen vereidigen lassen und eine Gegenregierung ausgerufen. Den Verteidigungsminister Enrile, der im Februar die Militärrevolte gegen Marcos angeführt hatte, berief er zum Ministerpräsidenten. Enrile lehnte dies jedoch ab.

Etwa 200 rebellierende Soldaten, die sich mit Tolentino in einem Luxus-Hotel verschanzt hatten, ergaben sich gestern den Regierungstruppen.

Seite 5: Den Aufstand proben

Stiftung setzt sich zur Wehr

DW. Bonn

Der Vorsitzende des Kuratoriums der israelischen Fritz-Naphtali-Stiftung, Akiva Levinsky, bezeichnete es als „puren Unsinn", daß die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung jahrelang Spenden über seine Stiftung an die SPD geleitet haben soll. Die Vorwürfe, eine „Spendenwaschanlage der SPD" gewesen zu sein, wies Levinsky scharf zurück. Die Anschuldigungen seien „ein Produkt der Phantasie", erklärte er.

Auch der SPD-Sprecher Wolfgang Clement hat den „Spiegel"-Bericht als unwahr bezeichnet. Darin heißt es, daß Millionenbeträge auf ein Schweizer Konto der Fritz-Naphtali-Stiftung eingezahlt worden seien. Der einstige SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg erklärte dazu der „Bild"-Zeitung: „Ich kann absolut zuverlässig sagen, daß ich keine Kenntnis von solchen Vorgängen habe. Und: Die SPD kann auf keinen Fall steuerstrafrechtlich belangt werden."

DER KOMMENTAR

Tod in Malaysia

GÜNTER FRIEDLÄNDER

Malaysia liefert selten Themen für Schlagzeilen, aber diese Woche ist die Erregung groß: Man hängte dort zwei Australier, in deren Besitz Heroin gefunden wurde. Alle Gnadengesuche waren abgelehnt worden, darunter auch die der Premierminister Englands und Australiens; letzterer behauptete, daß der Rechtsweg nicht ausgeschöpft worden sei.

Malaysia hat 1975 die Todesstrafe für Rauschgifthandel eingeführt. Jeder Besucher kennt das Risiko: Die Regierung macht darauf vor der Ankunft auf den Formularen der Zollerklärung und auf großen Plakaten aufmerksam. Seit 1975 wurden 38 Rauschgifthändler gehängt, allerdings ohne daß die Weltöffentlichkeit sich darum kümmerte. Man hat das peinliche Gefühl, daß bei der internationalen Unruhe, wenn (weiße) Australier im (gelben) Malaysia gehängt werden, Untertöne hörbar werden, die wenig mit Rauschgift zu tun haben. Malaysias Ministerpräsident Mahathir Mohamad sagte dazu lapidar: „Im Kampf gegen das Böse können wir weder die Hautfarbe noch die Philosophie berücksichtigen."

Manche Kritiker tun, als sei Rauschgifthandel ein geringfügiges Vergehen. Aber in Malaysia sagte ein prominenter Rechtsanwalt und Vorkämpfer der Menschenrechte zu verblüfften Journalisten: „Die Mehrheit der malaysischen Rechtsanwälte ist für die Todesstrafe, ganz besonders im Fall des Rauschgifthandels." Der Rauschgifthandel ist zur Pest der freien Welt geworden. Er wird in Lateinamerika im Kampf der Guerrilla gegen die bestehende Ordnung eingesetzt. Regierungen wie die Kubas und Nicaraguas werden beschuldigt, ihn zu fördern. Die Zahl der Todesopfer ist unermeßlich.

In Kolumbien warnte soeben der Papst: Rauschgifthandel sei teilweise noch schrecklicher als selbst Sklavenhandel. Denn Sklavenhandel nehme den Opfern die Freiheit, Drogenhandel aber treibe sie in die Selbstzerstörung.

Graf Galen wegen Untreue verurteilt

DW. Frankfurt

Wegen Untreue ist der ehemalige Bankier Ferdinand Graf von Galen gestern zu drei Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Gericht sah eine Mitschuld Galens beim „Niedergang" der Privatbank Schröder, Münchmeyer und Hengst & Co. (SMH-Bank) in Frankfurt, deren Zusammenbruch 1983 in letzter Minute abgewendet werden konnte. Galen soll neuerliche Kredite bewilligt haben, obwohl er die Schwierigkeiten der Bank kannte.

Seite 3: Das Ende einer Affäre

Mitterrand bei Gorbatschow

DW. Moskau

Der französische Staatspräsident Mitterrand ist zu einem viertägigen Besuch in Moskau eingetroffen. Für gestern abend war bereits das erste von drei Gesprächen mit Parteichef Gorbatschow angesetzt. Es wird erwartet, daß Gorbatschow für seine Abrüstungsvorschläge werben und auch über das amerikanische SDI-Projekt sprechen wird. Im Gegensatz zu Premierminister Chirac war Mitterrand bisher strikt gegen eine Beteiligung Frankreichs am SDI-Projekt.

Harmstorf meldet Vergleich an

DW. Flensburg

Aufgrund mangelnder Liquidität mußte die Werftengruppe Harmstorf AG, Hamburg, und ein Teil ihrer Tochtergesellschaften gestern beim Amtsgericht in Flensburg die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens beantragen. Das teilte die Unternehmensgruppe, die insgesamt 3000 Menschen beschäftigt, in Hamburg mit. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter wurde der Hamburger Rechtsanwalt Jan H. Wilhelm bestellt.

Seite 13: Opfer der Werftenkrise



Vargas Llosa FOTO: HÖFT

Die Wurzeln des Terrorismus

DW. Bonn

Der peruanische Schriftsteller Vargas Llosa widerspricht energisch der These, daß die politisch motivierte Gewalt in Lateinamerika einzig und allein auf die soziale Ungerechtigkeit in dieser Region zurückzuführen sei. „Das ist ein ganz großer Trugschluß. Der Nährboden des Terrorismus ist eher ein ideologischer Fanatismus, als objektive soziale Bedingungen. Der Terrorismus entspringt in kleinen intellektuellen Zirkeln der Mittelschicht und hat seine Wurzeln in gewissen Schichten des Lumpen-Proletariats. Die Arbeiterklasse und die Bauern sind seine Opfer."

Vargas Llosa, für sein vehementes Eintreten für die Demokratie seit vielen Jahren von linken Intellektuellen kritisiert, hat die Hoffnung, daß nach der Welle der Demokratisierung in Lateinamerika nun auch die Intellektuellen die Demokratie verteidigen.

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung hält sich Vargas Llosa zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland auf. Heute empfängt ihn Bundeskanzler Kohl. Anschließend nimmt er am Kongreß „Literatur und Politik in Lateinamerika", der im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stattfindet, teil.

Seite 3: Mythos der Gewalt

Der Kreml bringt die KPI in Rom wieder ins Gespräch

Vorstoß Moskaus / Sondierungen Fanfanis vor Abschluß

DW. Rom/Moskau

Die sowjetische Führung hat kurz vor dem Abschluß der Sondierungen über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung in Rom einen Vorstoß mit dem Ziel unternommen, die Kommunistische Partei Italiens als möglichen Koalitionspartner wieder ins Gespräch zu bringen. In einem Kommentar der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" wird die Ansicht vertreten, daß es ohne eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten keine Stabilität in Italien geben werde.

Der Autor des Kommentars schreibt dazu, wie auch immer die gegenwärtige Regierungskrise in Rom beendet werde, sie zeige „zweifelsohne", daß jede Koalition instabil sein werde, solange die zweiteinflußreichste polititsche Kraft im Lande, die Kommunistische Partei, „künstlich" von der Regierungsbeteiligung ferngehalten werde. Er sagte voraus, daß auch das nächste Bündnis aus Christdemokraten und Sozialisten nicht lange halten werde. Es sei abzusehen, daß es an den schon zur Gewohnheit gewordenen Streitereien zerbrechen werde.

Der „Prawda"-Kommentar wurde gestern veröffentlicht, zwei Tage bevor der italienische Senatspräsident Amintore Fanfani das Ergebnis seiner Sondierungsverhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung bekanntgeben will. Seine Gespräche mit Delegationen aller im Parlament vertretenden Parteien will Fanfani heute noch fortsetzen. Morgen wird er dann Staatspräsident Cossiga Bericht erstatten.

Wie bisher aus Rom zu erfahren war, werden die Kommunisten auch in der neuen Regierung aller Voraussicht nach nicht vertreten sein. Viel eher gehen politische Beobachter davon aus, daß es zu einer Wiederbelebung des zurückgetretenen Kabinetts kommen werde. Sowohl die Republikaner als auch die Sozialdemokraten, die beide der alten Koalition angehörten, sind bemüht, den früheren sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi und dessen christdemokratischen Kontrahenten De Mita in diese Richtung zu drängen.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Waldheims Amtsantritt

Von Carl Gustaf Ströhm

Kurt Waldheim, der heute als Bundespräsident Österreichs vereidigt wird, tritt sein Amt unter schwierigen Umständen an. Zwar hat er eine eindrucksvolle absolute Mehrheit der österreichischen Wähler hinter sich, aber aus dem Ausland kommen immer wieder neue Angriffe auf den einstigen Oberleutnant der Deutschen Wehrmacht. Und auch Österreichs Linke will den neugewählten Bundespräsidenten nicht akzeptieren.

Da gibt es Demonstrationen, bei denen Jungsozialisten mit anderen Gruppen vom linken Rand gemeinsam auftreten. Der sozialistische Wiener Bürgermeister Zilk teilte gar bei der Eröffnung einer Wien-Ausstellung in New York die Österreicher in zwei Gruppen ein: in jene, welche aus der Geschichte gelernt und jene, die nicht aus ihr gelernt hätten. Die Schlußfolgerung wäre, daß die Mehrheit von fast 54 Prozent Österreichern, die Waldheim ihre Stimme gaben, nichts gelernt hat.

Zu Ende gedacht, müßte eine solche Auffassung bedeuten, daß eine Wahl nur dann gültig oder richtig ist, wenn die Linke darüber zu bestimmen hat, wer gewählt wird. Auch unter Leninisten und Maoisten gilt die Mehrheit ja als etwas durchaus Reaktionäres, wenn sie nicht für die „richtige" Ideologie stimmt.

Andererseits kennt man Äußerungen insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, „demokratisch gewählte Kräfte" – und wenn sie knapp mehr als fünf Prozent bekamen – dürften auch dann nicht „ausgegrenzt" werden, wenn sie sich eindeutig antidemokratisch verhalten. Diesen Vorwurf jedoch hat niemand Waldheim gemacht. Was die sonstigen Vorwürfe gegen ihn betrifft, so hat inzwischen selbst Präsident Reagan das bisher vorgelegte Material als zu dürftig für negative Schlußfolgerungen befunden. Was immer der Austromarxismus treiben mag, das Ausland jedenfalls sollte sich davor hüten, die Österreicher, die seit dem Zweiten Weltkrieg einen respektablen demokratischen Staat aufgebaut haben, ungerecht und selbstgerecht zu behandeln.

Glaube in der CSSR

Von Gernot Facius

Einhunderttausend, nach anderen Schätzungen zweihunderttausend, Menschen versammelten sich im slowakischen Marienwallfahrtsort Leutschau zu einer Kundgebung für Kirche und Papst. Daß die Hälfte davon Jugendliche waren, muß die Wächter auf dem Hradschin besonders stören. Eine Generation, die streng im Sinne des „wissenschaftlichen Atheismus" erzogen wurde, entdeckt den Glauben wieder.

Die Freimütigkeit des Bekenntnisses von Leutschau straft die These des Regimes Lügen, daß eine „Untergrundkirche" in der CSSR existiert. Das Wort „Untergrundkirche" soll unterstellen, daß nichts als eine „Verschwörung" auf Weisung des Vatikan vorliege. Der 87jährige Prager Erzbischof Kardinal Tomašek hat erst kürzlich in einem aufsehenerregenden Brief an die kommunistische Monatsschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus" gegen die Darstellung protestiert, daß „imperialistische Kräfte sich bemühen, aus der katholischen Kirche in der CSSR so etwas wie ein potentielles Zentrum einer antisozialistischen Opposition zu machen". Ziel der Kirche sei nicht irgendeine politische Opposition, sondern Evangelisation und Pastoral.

Wohl ist die Tschechoslowakei nicht Polen. Der lange Arm des staatlichen Kirchenamtes reicht bis ins letzte Pfarrhaus. Zehn Diözesen sind ohne Oberhirten. Der Episkopat ist in romtreue und regimetreue Bischöfe gespalten. Unter dem Dach dieser zerklüfteten Kirche kann sich keine Bürgerrechtsbewegung à la Solidarność bilden. Dennoch hat Leutschau wie auch die machtvolle Feier zum 1100. Todestag der „Slawenapostel" Kyrill und Method im mährischen Velehrad letztes Jahr gezeigt: Das Regime tut sich immer schwerer, die Begeisterung für den Papst aus Polen zu kanalisieren. Mit seiner Enzyklika, in der er Freiheit für die Religion in Osteuropa forderte, machte er den unterdrückten Gliedern der katholischen Kirche in Böhmen, Mähren und der Slowakei Mut.

Die Gespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und der Regierung der CSSR über eine „Normalisierung" der Beziehungen stecken freilich in der Sackgasse. Doch auf die religiöse Wirklichkeit hat das, wie Leutschau wieder zeigte, keinen Einfluß.

Tier- und Menschenschutz

Von Leonid Hoerschelmann

Scotland Yard, so hört man aus London, mußte jetzt eine Spezialeinheit bilden, die gegen die angedrohten Aktionen der sogenannten „militanten Tierschützer" vorgeht. Die haben nämlich allen, die es wagen, nicht ihrer Ansicht zu sein, regelrecht den Krieg erklärt: „In einem Krieg muß man zu den Waffen greifen. Es werden Leute sterben", erklärte Tim Daley, einer ihrer Anführer, vor den Kameras der BBC.

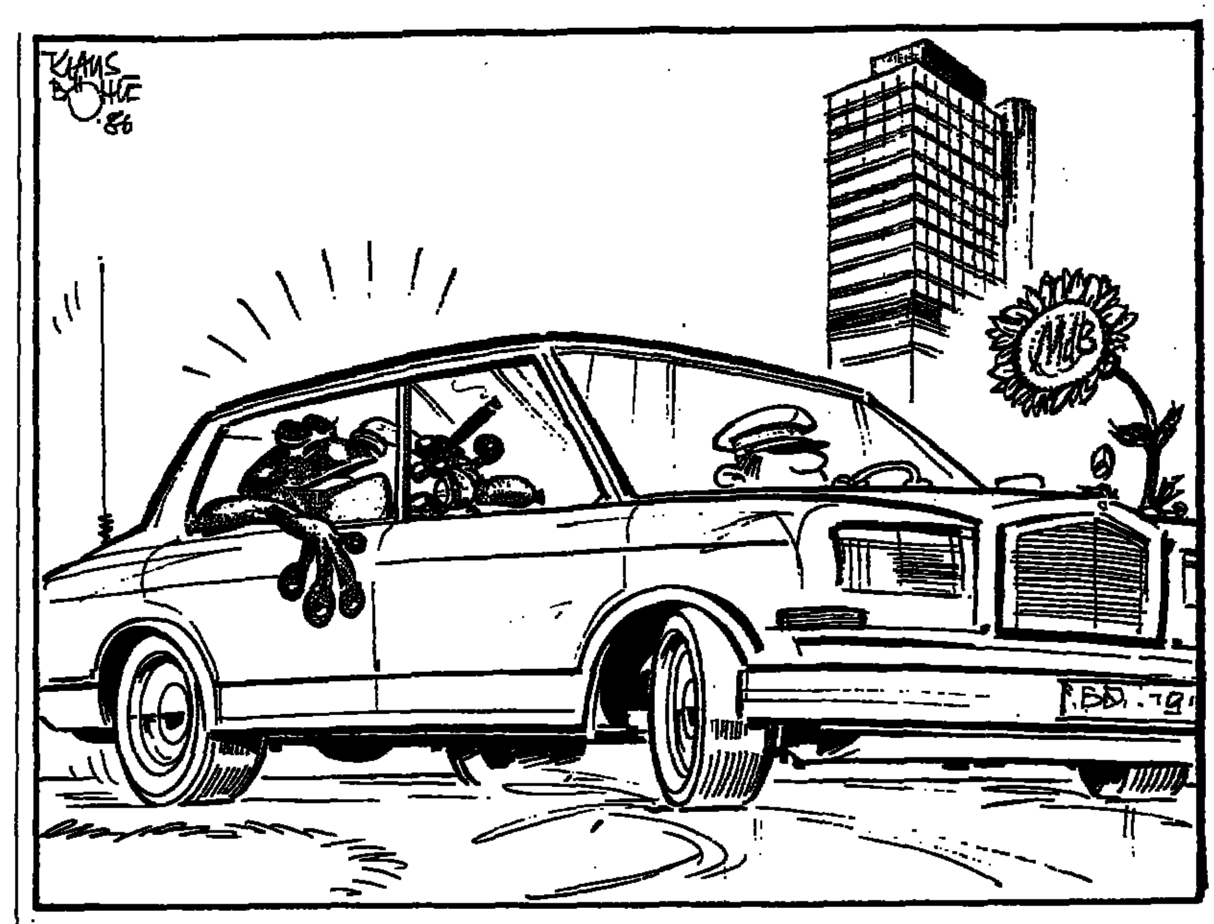
Jeder also, der irgendetwas mit Tierversuchen zu tun hat oder auch nur öffentlich gegen die gewalttätigen „Befreiungskampagnen" dieser Leute protestiert, muß künftig um Leib und Leben fürchten.

Daran sind drei Dinge beachtenswert. Erstens haben sich die dringenden Warnungen derer, die hinter den so edelmütig wirkenden Aktionen von Anfang eine schlimme Entwicklung heraufdämmern sahen, rascher bewahrheitet, als sie selbst es ahnen konnten. In der Bundesrepublik Deutschland ist es, weil die öffentlich auftretenden Sprecher der Tierschützer offenbar wenigstens zum Teil von anderer Statur und sich ihrer Verantwortung bewußt sind, noch nicht soweit. Aber das Beispiel England zeigt, wie schnell das Feuer des Fanatismus um sich greifen kann.

Zweitens wird immer deutlicher, daß die Diskussion über den Tierschutz und die Tierversuche sich endlich lösen muß von diesen Eruptionen einer angeblichen „Volksbewegung", die gar keine ist. Wer da glaubte, er könne seine politische Argumentation zu diesem Thema auf solche Gefühle stützen, der weiß jetzt, wen er sich da zum Partner gewählt hat.

Drittens schließlich verblüfft die Direktheit, mit der die britischen „Tierfreunde" den Begriff des Krieges für sich reklamieren. Der Krieg, der bewaffnete Konflikt, scheint in der Tat das eigentliche Ziel der Sehnsüchte zu sein, nicht etwa eine bessere oder friedlichere oder gerechtere Welt.

Daß, wer Gewalt als Mittel (gegen Raketen, Kernenergie oder für den Frieden) zu akzeptieren vorgibt, in Wirklichkeit zuallererst die Gewalt selbst meint, durch die er sich „befreit" und – natürlich als der zum Schluß Stärkere – durchsetzt, das ist eine Erkenntnis, für die man den britischen „Tierbefreiern" und potentiellen Menschenvernichtern dankbar sein muß.



„Wieso ‚Grünes Getto'? Hier ist mein Feuchtbiotop!" KLAUS BÖHLE

Nakasones Triumph

Von Fred de La Trobe

Die regierende Liberaldemokratische Partei ist aus den japanischen Wahlen mit einem Erdrutsch-Sieg hervorgegangen. Damit währt das seit vier Jahrzehnten ununterbrochene Dauerabonnement der Konservativen auf die Regierung über die achtziger Jahre hinaus fort. Japan ist unter den Liberaldemokraten zu einer wirtschaftlichen Großmacht aufgerückt; die Bürger des Landes haben es zu Wohlstand gebracht. Die meisten Wähler fragten sich, warum sie die bewährte Politik gegen ungewisse Experimente aufs Spiel setzen sollten.

Infolge seiner enormen Ausfuhrüberschüsse und Kapitalanlagen in Übersee hat Japan seit dem vergangenen Jahr das höchste Nettovermögen im Ausland unter allen Staaten. Das Pro-Kopf-Einkommen im Inselreich liegt nur noch wenig niedriger als das der Vereinigten Staaten. Nahezu jeder japanische Haushalt besitzt mindestens ein Auto, einen Farbfernseher und andere gängige Elektrogeräte. Neun Zehntel aller Japaner rechnen sich zur Mittelklasse.

Das Angebot der sozialistischen Opposition ist für die japanischen Wähler immer weniger anziehend. Vor allem stößt sie der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Indochina und Afghanistan ab. Welcher sozialistische oder kommunistische Staat könnte Japan attraktiv erscheinen?

Eine Kraft, die den Wahlkampf der Liberaldemokraten positiv beeinflußte, ist Ministerpräsident Nakasone selbst. Im politischen Spektrum Japans stellt er einen neuen Typus des Regierungschefs dar: charismatisch und wortgewandt. Er gab der Politik Tokios auf internationaler Bühne Profil und sammelte im Inland durch Mut zu Entscheidungen Punkte.

Japan und Indien gelten nicht zu Unrecht als die demokratischsten Staaten in Asien, doch auch das politische System Japans ist nicht ohne Schwächen und Schönheitsfehler. Anders als in England, den USA oder der Bundesrepublik Deutschland fehlt ein gut funktionierendes Zweiparteiensystem. Die Opposition war und ist nicht in der Lage, die Liberaldemokratische Partei (LDP) von den Schalthebeln zu verdrängen sowie Kontrolle und Ausgleich bei schlechter Regierung anzubieten. Statt von einem Zweiparteiensystem ist in Japan daher von einem Anderthalbparteiensystem die Rede. Die Parteien – vor allem die LDP – haben sich als Koalitionen verschiedener Fraktionen noch ausgesprochen feudalistische Merkmale bewahrt. So gruppieren sich die Abgeordneten um starke Politiker, die die Treue ihrer Anhänger mit finanzieller Unterstützung und Förderung bei den Wahlen belohnen. Die Wähler ihrerseits – vor allem in den Landgebieten – geben ihre Stimmen dem Kandidaten, der für ihren Wahlkreis am besten sorgt.

Die LDP gibt sich als prowestliche Partei, doch gibt es in ihren Reihen viele Politiker – Nakasone nicht ausgenommen –, die Nostalgie für die moralischen und politischen Werte des Vorkriegsjapans empfinden. Enge Kontakte bestehen auch zu rechtskonservativen Kreisen – zu ehemaligen Offizieren der kaiserlichen Armee, zu Verfechtern der Restauration des Staats-Shintoismus und einer größeren politischen Rolle des Kaisers.

Die Wahl am Sonntag war vor allem auch ein Urteil über die politische Zukunft von Ministerpräsident Nakasone, dessen Amtszeit an der Spitze der LDP im Oktober abläuft. Mit dem eindeutigen Sieg der LDP sind seine Chancen nicht schlecht, das Mandat seiner Partei für zwei weitere Jahre an der Staatsspitze zu erhalten. Ein Anhaltspunkt dafür, ob der Premier die nötige Mehrheit unter den Liberaldemokraten für die dazu nötige Änderung der Parteistatuten erhalten kann, wird sich bei der Umbildung des Kabinetts in den nächsten Tagen zeigen. Sollten die beiden aussichtsreichen Nachfolgekandidaten Abe und Takeshita ihre bisherigen Ministerposten behalten, so kann das als Indiz dafür genommen werden, daß sie einer weiteren Amtszeit Nakasones zustimmen.


Nie kläglicher gescheitert beim Versuch, Nr. 1 zu werden: Sozialistenführer Masashi Ishibashi FOTO: AP

Bleibt der Premier am Ruder, so kann er, gestärkt durch den Sieg seiner Partei, die im Inneren begonnenen Reformen durchboxen und auch eine konsequentere Außenpolitik führen. Nakasones Marschroute wird den weiteren Ausbau der japanischen Streitkräfte einschließen. Dabei wird er voraussichtlich das bisherige Limit für die Regierungsausgaben von einem Prozent durchbrechen. Für die Strategische Verteidigungsinitiative SDI dürfte der Ministerpräsident eine ähnliche Lösung wie die Bundesrepublik mit Washington aushandeln.

Zu den dringendsten Aufgaben gehört, den mit Amerika und der Europäischen Gemeinschaft vereinbarten Abbau der Handelshemmnisse und den Ausgleich der Zahlungsbilanz voranzutreiben. Nakasone hat in dieser Hinsicht schon mehr als seine Vorgänger bewältigt. Japan steht seit Jahren unter ausländischem Druck, eine weltoffenere und die Staaten besser verbindende Politik zu betreiben. Voraussetzung dazu sind einschneidende wirtschaftliche und soziale Strukturänderungen in Japan.

Sollte es aber doch zu einer Wachablösung an der Spitze kommen und einer der drei aussichtsreichen Nachfolgekandidaten Nakasones von der LDP zum neuen Regierungschef gekürt werden, so würde sich die prowestliche Politik Japans nur um Nuancen verschieben. Auf den engen Schulterschluß mit dem amerikanischen Partner möchte keiner der führenden Liberaldemokraten verzichten. Es liefe auf einen Wandel im Führungsstil, nicht aber auf eine Wende bei der Substanz hinaus.

IM GESPRÄCH Jutta Ditfurth

Besiegte Walküre

Von Joachim Neander

Fast scheint es, als sei es zu Ende mit Jutta Ditfurth. Dabei ist sie erst 35. Und noch vor ein paar Jahren glaubten viele, die Frankfurter Soziologin sei allein schon ihres prominenten Vaters wegen prädestiniert, in der Partei der Grünen eine führende Rolle zu spielen.

Aber nun ist sie sowohl in ihrem angestammten Landesverband Hessen als auch im benachbarten Baden-Württemberg als Kandidatin für den neuen Bundestag abgeschmettert worden. Schlimmer noch: Wenn man darauf achtet, in welchem Tonfall die Genossen und Freunde in der eigenen Partei und in den befreundeten Medien inzwischen über sie herfallen, dann drängt sich der Eindruck auf, als werde hier nicht nur mit der von Jutta Ditfurth vertretenen Richtung des „Fundamentalismus" abgerechnet, sondern mit einem ganz bestimmten Menschen. Rachegefühle sind im Spiel. Die „Walküre", die „Feldfrau" (als weibliche Form des Feldherrn; die Ausdrücke stammen nicht aus dem bürgerlichen Lager, sondern aus der Alternativpresse) soll gedemütigt werden.

Besonders beliebt war sie nie. Das „von" ihres im Fernsehen bekannt gewordenen Professorenvaters hatte die älteste Tochter demonstrativ abgelegt. Fast schien es seinerzeit, als sei es die ungeheuer willensstarke Tochter, die den Vater in seinen politischen und weltanschaulichen Überzeugungen stärker beeinflußt habe als umgekehrt. Wenn man ihr bei den Grünen heute „Stalinismus" vorwirft, dann ist das sicher falsch, wenn man damit eine Art orthodoxen Marxismus meint. Eher schon trifft es auf die innerparteiliche Auseinandersetzung zu.

Jutta Ditfurth hat etwas Gnadenloses, auch gegen sich selbst. Keine Kompromisse. Kein Lächeln. Als in Wiesbaden die ersten Gespräche zwischen der SPD und den Grünen be-


Wie man mit eigenen Minderheiten umgeht: Jutta Ditfurth FOTO: SVEN SIMON

gannen, saß sie – unübersehbar groß und breit – jeden Tag in der ersten Zuhörerreihe. Vor den eigenen Leuten, nicht etwa vor den Vertretern der SPD-Regierung, baute sie ein Mikrofon auf, um jedes Wort auf Tonband aufzunehmen. Mißtrauen, Kontrolle, Kampf um jedes Komma und jeden Nebensatz.

Als sie auch in Frankfurt, einem Zentrum des grünen Fundamentalismus der sogenannten „Radikalökologen", allmählich ins Abseits gedrängt wurde, kämpfte sie bis hin zum Arbeitsgericht weiter um ihre Stelle als bezahlte Mitarbeiterin der Stadtverordnetenfraktion der Grünen. Non olet – obwohl sie bei dieser Arbeit kaum noch anderes als Ärger, ja Haß zu erwarten hatte.

Aufgeben wird die kompromißlose Jutta wohl noch nicht. Aber bei den Grünen hat sie keine Chance mehr. Und die Öffentlichkeit kann an ihrem Beispiel studieren, wie diese Partei, die sich überall zum Anwalt der Minderheiten aufwirft, mit ihren eigenen Minderheiten umgeht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nürnberger Zeitung

Sie schreiben zur Situation auf den Philippinen:

Schon seit Monaten gelingt es Gefolgsleuten der früheren Diktatur immer wieder, Zehntausende zu mobilisieren für Protestkundgebungen in großem Stil. Hohe Beamte, Bürgermeister und Provinzgouverneure weigerten sich kurzerhand, ihre Absetzung zu akzeptieren. Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung hielten symbolisch Parlamentssitzungen ab. All dies blieb weitgehend ungeahndet – was sich nun rächt.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung meint zur Abrüstung:

Allerdings tun wir gut daran, vor dem Beginn eines wie immer von der UdSSR (propagandistisch oder ernsthaft) gemeinten Dialoges einige Grundeinsichten in Erinnerung zu rufen ... Ganz obenan steht die Erkenntnis, daß der Schutz der Freiheit demokratischer Ordnungen das höchste Ziel westlicher Politik sein muß, nicht die Abrüstung an sich.

Neue Zürcher Zeitung

Sie kommentiert die Moskaureise Mitterrands:

Unmittelbar vor seiner Moskaureise empfahl sich Mitterrand den Amerikanern als jener westeuropäische Staatslenker, der den sowjetischen Parteichef Gorbatschow am besten kenne. Sein ehemaliger Außenminister Dumas, der ihn in den Kreml begleiten wird, so daß sich eine merkwürdige Konkurrenz zu den gleichfalls mitreisenden Ministern der Regierung Chirac ergibt, posaunte triumphalistisch in einem Interview mit dem „Matin" hinaus, „daß Frankreich eine Rolle erster Größenordnung im Ost-West-Dialog spielen" werde.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung kritisiert die Regierung in Nicaragua:

Die Ausweisung des katholischen Bischofs Pablo Antonio Vega aus Nicaragua bedeutet eine schwere Hypothek für die sandinistische Regierung. Sie stellt sich damit frontal gegen eine Institution, die seit Jahren versucht, in Südamerika ausgleichend zu wirken.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf die SPD-Spenden ein:

Es wäre ja nun wirklich ein Wunder gewesen, wenn nicht auch die Roten ihre schwarze Kasse gefüllt hätten. Union und Liberale setzten staatsbürgerliche Vereine ein, die SPD wählte einen noch ausgebuffteren Weg, den über Israel, wohl in der Hoffnung, daß hierzulande auch die Steuerfahndung nicht so ganz genau hinsehen werde, wenn vor dem Hintergrund der deutsch-israelischen Beziehungen Geld transferiert wird.

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung bemerkt zum Frauenpriestertum:

Runcie ... sah in dem Vorschlag (im Ausland geweihte Frauen in England predigen zu lassen) einen Weg, die englische Kirche auf das vorzubereiten, was er für unvermeidlich hält ... Mit jahrhundertealten Vorurteilen gegen sich müßte eine Frau außergewöhnliches Talent haben, um es zu einer Priesterweihe zu bringen, während es nicht immer zutrifft, daß die Priester von höchster Qualität sind.

Öffentliche Verantwortung, wenn möglich, im Vorfeld

Hamburg und die guten Vorsätze zur Gewalttätigkeit / Von Uwe Bahnsen

Hamburgs sozialdemokratische Führung tut sich schwer, die Folgen des Kessels auf dem Heiligengeistfeld aufzuarbeiten. Innensenator Rolf Lange, von der eigenen Partei zu einem blamablen Rückzug gezwungen, soll Klaus von Dohnanyis Senatsriege im August Vorschläge unterbreiten, wie „die Wirkungsmöglichkeiten der Polizei im Sinne der vom Senat festgestellten Grundsätze gestärkt werden können".

Festgestellt haben die hanseatischen Rathausregenten, die damit ein Handlungsmodell für die Republik entwickeln möchten, insbesondere dies: Es sei „eine wichtige Aufgabe öffentlicher Verantwortung, ... wenn möglich, schon im Vorfeld von Demonstrationen Personen, die die erkennbare Absicht haben, dort gewalttätige Straftaten zu begehen, von friedfertigen Demonstranten zu trennen".

Wie wahr. Nur muß man fragen, was die „öffentliche Verantwortung" in Hamburg unternimmt, eine solche Separierung zu erreichen. In der Hansestadt ist leider bislang nur erkenbar, was der Senat ablehnt: Hamburg weigert sich, an dem Meldesystem über „reisende Gewalttäter" teilzunehmen, das von den meisten Bundesländern getragen wird.

Verlangt hat eine solche Beteiligung insbesondere die Gewerkschaft der Polizei. Sie wird wissen, weshalb. Der von der Hamburger Innenbehörde ins Feld geführte Einwand, bei dem Meldesystem handele es sich eher um einen „Datenfriedhof" und der eigene Verfassungsschutz liefere die erforderlichen Informationen präziser, kann so nicht zutreffen. Sonst wäre der Einsatz des 8. Juni anders verlaufen und hätte der „Hamburger Kessel" nicht die politischen Dimensionen angenommen, die er mittlerweile erreicht hat.

Die Aufklärungsergebnisse, die vor jenem fatalen Wochenende vom 7./8. Juni vorlagen, zeigten eindeutig, daß die einheimischen Gewalttäter – rund 350 Personen mit einem „harten Kern" von 150 Mann – und ihre anreisenden Komplizen eine friedliche Demonstration weder in Brokdorf noch in Hamburg zulassen würden. Bislang hat noch jede Demonstration bewiesen, daß dieses Gewaltpotential und nicht friedfertige Teilnehmer den Ablauf bestimmt. Deshalb ist es eine Illusion, zu glauben, Gewalttätigkeiten könnten durch den „Dialog im Vorfeld" verhindert werden, wie der Hamburger Senat naiv meint.

In dem bislang letzten seiner Beschlüsse zum Thema Einschließung heißt es dazu, es seien mit den Organisatoren einer Demonstration „mögliche Störfaktoren ... offen anzusprechen und Beratungen darüber aufzunehmen, wie diese Störfaktoren zu vermeiden sind". Das liest sich wie eine Handlungsanweisung für Betriebsräte. Mit Leuten, die Randale unter allen Umständen wollen, und denen, die sie indifferent in Kauf nehmen, sind „Beratungen" sinnlos.

Überdies: Welches Mitglied der hamburgischen Landesregierung soll eigentlich den „Vorfelddialog" führen – Innensenator Rolf Lange etwa, der bis weit in die eigenen Reihen der Regierungspartei hinein zum Buhmann gemacht wurde und dessen Amtsautorität die eigenen Senatskollegen dann noch zusätzlich demontiert haben ? Oder will Bürgermeister Klaus von Dohnanyi mit diesem delikaten Geschäft Genossen des linken Senatsflügels wie Jan Ehlers und Jörg Kuhbier beauftragen, die dem Innensenator Rolf Lange in aller Öffentlichkeit in den Rücken fielen und damit die gesamte Landesregierung diskreditierten? Das eine ist so unvorstellbar wie das andere.

Hamburgs SPD-Führung setzt auf den Grundsatz „Dialog statt Konfrontation". Das ist sehr ehrenwert – und bedauerlicherweise wenig realistisch. Warum, ist unter anderem nachzulesen im amtlichen Polizeibericht über den Einsatz vom 8. Juni.

Schon vor der Demonstration in Brokdorf sei bei den Vorbereitungstreffen „die Pflicht zur Friedlichkeit bei Versammlungen ... von Gewalttätern über ökologisch orientierte Gruppen bis zu kirchlichen Gruppen gemeinsam bis hin zur Undeutlichkeit aufgelöst" worden. Ganz richtig: „bis zu kirchlichen Gruppen". Einigen evangelischen Kirchenführern sollte nicht nur das zu denken geben, sondern auch, daß sich bei den Vorbereitungen zur Brokdorf-Demonstration rund 150 „Autonome" aus dem norddeutschen Raum und Hessen im Gemeindehaus der Christuskirche in Wandsbek trafen, um ihre Strategie für die Gewalttätigkeiten festzulegen.

Klaus von Dohnanyi und die Hamburger SPD möchten bis zum Bürgerschaftswahltag des 9. November – und erst recht an diesem Tag! – ihre absolute Mehrheit im Landesparlament unter allen Umständen verteidigen. Sie meinen, das erfordere in Sachen „Hamburger Kessel" eine Politik des Appeasement nach links. Ob die Rechnung aufgeht, scheint fraglich. Die Hamburger sind nicht damit einverstanden, daß ein paar hundert Berufsschläger ihre Stadt terrorisieren dürfen. Dieses Faktum hat, im Gegensatz zu den Senatsbeschlüssen, Modellcharakter für die Republik.

Ein Literat gegen den Mythos der Gewalt

Er warnt vor der sozialistischen Revolution, die viele in Lateinamerika für geboten halten. Doch Mario Vargas Llosa deutet die Zeichen der Zeit anders. Der 1939 in Peru geborene Schriftsteller, einer der bedeutendsten Lateinamerikas, sieht die Demokratie auf dem Vormarsch. Die WELT sprach mit Vargas Llosa in Bonn, wo er sich zur Zeit auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufhält.

Von ADELBERT REIF

Obwohl er gerade erst nach einem anstrengenden Tag mit dem Lufthansa-Express 1008 in der Hauptstadt der Bundesrepublik eingetroffen ist, wirkt der peruanische Autor, den manche für einen der größten Literaten der Welt halten, entspannt und locker. Bei dem Gespräch am Abend um 23 Uhr im kleinen Sitzungssaal des Bonner Hotels Königshof geht Dynamik von ihm aus. Er antwortet stets spontan und impulsiv. – Wie steht es nun mit seiner Warnung vor einer möglichen Revolution in Peru. Lassen die blutigen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit für die nächste Zukunft des Landes eine schlimme Entwicklung befürchten?

Vargas Llosa: „Ich glaube nicht, daß es in Peru noch in einem anderen Land Lateinamerikas in naher Zukunft zu einer Revolution kommen wird. In den 60er Jahren, vor allem zu Beginn des Triumphes der kubanischen Revolution gab es in ganz Lateinamerika den Mythos, daß man mit Heldentum, Opferbereitschaft und Gewalt die berühmten objektiven Bedingungen für eine Revolution schaffen könne. Aber die revolutionären Illusionen dieser Zeit sind gescheitert, und nach den fürchterlichen Erfahrungen mit den Militärdiktaturen existieren nun auf dem lateinamerikanischen Kontinent die meisten demokratisch gewählten Regierungen der Welt. Die Wahlen in den letzten 20 Jahren führten zu Regierungen, die in der Mitte einzuordnen waren und die systematisch links- wie rechtsextremistische Lösungen ablehnten."

Warnung vor einem Trugschluß

Doch Vargas Llosa ist realistisch genug, die verschiedenen Untergrundbewegungen nicht zu ignorieren. „Natürlich gibt es kleine Minderheiten, die immer noch in der revolutionären Illusion verhaftet sind, fanatische Minderheiten wie zum Beispiel in meinem Land den Leuchtenden Pfad, eine maoistisch-fundamentalistische Bewegung, die skrupellos zur Anwendung von Gewalt bereit ist. Aber die Bevölkerung ist absolut gegen diese Gruppen eingestellt – und trotzdem können sie, wie dies leider vor kurzem in Peru geschehen ist, der Demokratie enormen Schaden zufügen."

Immer wieder hört oder liest man, daß die politisch motivierte Gewalt in Lateinamerika einzig und allein auf die soziale Ungerechtigkeit in dieser Region und auf den Nord-Süd-Konflikt zurückzuführen sei. Da widerspricht Vargas Llosa energisch: „Das ist ein ganz großer Trugschluß. Es ist falsch anzunehmen, daß etwa der Leuchtende Pfad in Peru einzig durch die Armut zu erklären wäre. Sicherlich, es gibt schlimme Armut, sehr große Not in Lateinamerika. Das ist ein schwerwiegendes soziales Problem, das man mit allen Mitteln zu lösen versuchen muß. Aber es ist keine Erklärung für den Terrorismus, denn das ist ja ein Phänomen, das heute in allen Ländern vorkommt, ob sie reich oder arm sind. Sein Nährboden ist eher ein ideologischer Fanatismus als objektive soziale Bedingungen. Der Terrorismus entspringt in kleinen Intellektuellen-Zirkeln der Mittelschicht und hat seine Wurzeln in gewissen Schichten des Lumpenproletariats. Die Arbeiterklasse und die Bauern sind seine Opfer."

Obwohl auf Mario Vargas Llosa am nächsten Morgen ein dichtgedrängtes Programm wartet, unter anderem mit einem Empfang bei Bundeskanzler Kohl, und die Uhr im kleinen Sitzungssaal inzwischen weit nach Mitternacht zeigt, ist dem Schriftsteller keinerlei Ungeduld anzumerken. Man spürt, daß ihm daran liegt, aus seiner fundierten Kenntnis der lateinamerikanischen Materie mitzuteilen. Alles, was er sagt, ist von der Ernsthaftigkeit seiner demokratischen Überzeugungen getragen. Und es drängt ihn, seine Überzeugungen zu vertreten. Es liegt auf der Hand, daß man ihn als Autor und Künstler nach dem weltanschaulichen Standort der Intellektuellen seines Landes fragt. Sind sie in der Mehrzahl als Demokraten im klassischen Sinn des Wortes zu bezeichnen?

Vargas Llosa: „Genau das ist der Grund für meine Auseinandersetzung mit Günter Grass. Ich würde niemals wagen, so etwas im Ernst zu behaupten. Ich würde sehr gern ja dazu sagen können, ich wünschte, daß die große Mehrheit der Dichter, Schriftsteller, Dramaturgen und Universitäts-Professoren meines Landes davon überzeugt wären, daß die Demokratie der einzige Weg ist, uns aus der Unterentwicklung zu führen und eine wirklich zivilisierte Demokratie in Peru aufzubauen. Ich weiß nicht, wieviele es davon gibt, ich führe keine Statistik, was ja auch gar nicht geht. Ich weiß aber leider, daß in Peru und in anderen Ländern Lateinamerikas viele Intellektuelle noch an den Mythos glauben, daß der gewaltsame Weg die einzige Lösung der Unterentwicklung darstellt."

Vargas Llosa ist seit vielen Jahren in Auseinandersetzungen mit linken Kräften verwickelt, die ihm vorhalten, er verteidige ein „dekadentes" System. Die Demokratie sei obsolet und ungeeignet zur Lösung der dringenden Probleme von Ländern wie Peru. Trotzdem hat er „die Hoffnung, daß nach dieser wahren Welle der Demokratisierung, die in den letzten Jahren stattgefunden hat, nun auch die Intellektuellen die Konsequenzen daraus ziehen werden und wie in Westeuropa die Demokratie verteidigen".

Stichwort Theologie der Befreiung. Wie beurteilt der Schriftsteller die geistige und soziale Funktion der katholischen Kirche in Peru und überhaupt auf dem Kontinent? Hier merkt man, wie tief das Thema ihn beschäftigt. Er holt weit aus bei der Antwort: „Die katholische Kirche in Peru und in den meisten lateinamerikanischen Staaten war mehrheitlich für die Einhaltung des Status quo. Sie stand traditionell auf der Seite der Herrschenden und war oft Komplizin der sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit. Das muß man ganz klar aussprechen, weil man nur so bewerten kann, was heute vor sich geht. Innerhalb der Kirche ist in den letzten Jahren eine Bewegung entstanden, die der Hierarchie und dem Establishment kritisch gegenübersteht, die sich der Armut und der sozialen Ungerechtigkeit bewußt ist – dies ist sehr positiv zu bewerten.



Ein Gegner der politischen Romantiker: Mario Vargas Llosa FOTO: HÖFT

Nun ist es aber eine Sache, den Kampf für die Armen zu führen, und eine andere, für eine Systemveränderung zu kämpfen. Im Rahmen der Befreiungstheologie gibt es eine Gruppierung, die die soziale Bewußtwerdung zu einer Solidarisierung mit dem Marxismus getrieben hat. Das kritisiere ich natürlich; denn wenn man versucht, den Kommunismus in Lateinamerika zu verteidigen, sucht man keine Lösung für die sozialen Ungerechtigkeiten, sondern man verschlimmert das soziale Problem durch das Problem der Diktatur. Doch diese Gruppierung ist sehr klein."

Kritisches Urteil über Günter Grass

In seiner Auseinandersetzung mit Günter Grass spielte auch dessen positive Einstellung zu dem Regime in Nicaragua eine Rolle. Und Grass ist nicht der einzige. Die evangelische Theologin Dorothee Sölle sieht in Nicaragua sogar „ein neues Jerusalem, ein neues Mekka". Worauf führt der Peruaner es zurück, daß so viele Intellektuelle und Schriftsteller in Westeuropa, vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland, den marxistisch-leninistischen Sandinisten ihre Sympathie bekunden?

Vargas Llosa: „Es gibt eine politische Romantik, der diese Intellektuellen nur zu leicht erliegen, in Europa und in allen entwickelten Ländern. Das heißt, daß sie in Gesellschaften leben, die über Mechanismen zur schrittweisen Lösung anstehender Probleme verfügen. Diese Mechanismen schließen aber gleichzeitig die Möglichkeiten für tiefgreifende politische Veränderungen und damit auch für die Realisierung der Utopie aus – oder rücken sie zumindest in weite Ferne. Gerade die Utopie aber hat die Intellektuellen schon immer fasziniert, und deshalb erliegen sie dem Freudschen Übertragungssyndrom: Was sie in ihren eigenen Ländern nicht finden, das suchen sie in fernen exotischen Gegenden, und Lateinamerika dient nun dazu, um ihre Träume wachzuhalten. Illusionen und Mythen sind etwas sehr Schönes, und ein Schriftsteller stellt sie im Grunde genommen sein ganzes Leben lang her. Das Unglück ist nur, daß diese Intellektuellen die Realität vernebelt und verdreht wahrnehmen.

Dann heißt es in erneuter Anspielung auf Grass: „Ich verstehe, daß ein deutscher Intellektueller, der für sein Land ein Regime wie das kubanische wünscht, Kuba auch lobpreist. Wenn er aber meint, daß das Regime der DDR diktatorisch ist, dann kann er auch Kuba kaum für ein ideales Regime halten. Das kubanische und das Regime der DDR sind exakt gleich. Es wird hier eine Unterscheidung gemacht, die für mich moralisch nicht akzeptierbar ist. Denn es sieht ja so aus, als sei Lateinamerika eine Welt, in der die Diktatur aus romantischen Gründen, die aber nicht für das eigene Land gelten, zu rechtfertigen ist."

„Der Hauptmann und sein Frauenbataillon", „Die Stadt und die Hunde", „Der Krieg am Ende der Welt" oder „Maytas Geschichte" – das sind wichtige, auch auf deutsch vorliegende Bücher des Mario Vargas Llosa. In dem zuletzt genannten Werk legt der Autor den Keim der zerstörerischen Gewalt bloß, der in den letzten Jahrzehnten Lateinamerika überzogen hat, und er rechnet darin gleichzeitig mit der dogmatischen totalitären Linken ab. Muß er für seine Person, für sein Leben fürchten?

„Wenn man an politischen Debatten teilnimmt, wird man zum Ziel der Kritik, das ist überall unvermeidlich, in Peru wie in der Bundesrepublik Deutschland. Aber in Ländern, in denen Gewalt herrscht und terroristische Gruppen aktiv sind, verläuft die Kritik wesentlich schärfer. Ich glaube, daß ich ebenso wie alle Peruaner in Gefahr schwebe, und zwar durch eine ausgeprägte politische Gewalt, für die hauptsächlich der Sendero Luminoso, der Leuchtende Pfad, verantwortlich ist. Wir alle tragen ein Risiko, aber ein lohnendes. Denn die Sache des Friedens ist eine edle Sache, vor allen Dingen in einem Land, in dem wir den Frieden im Verlauf unserer Geschichte nur sehr selten genießen konnten."

Das Ende einer Affäre, das Ende einer Karriere

Drei Jahre und neun Monate Haft wegen Untreue lautet das Urteil, doch schon nach sieben Monaten im offenen Strafvollzug kann Ferdinand Graf von Galen wieder frei sein. Schlußstrich unter einen Banken-Skandal, doch der Streit um die Galen-Millionen geht weiter.

Von JOACHIM WEBER

Für mich ist nur eins entscheidend: Bereicherung und Betrug kommen in dem Urteil nicht vor – ich bin als gescheiterter Unternehmer wegen Untreue verurteilt." Ferdinand Graf von Galen, ehemals geschäftsführender Gesellschafter des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH) in Frankfurt, nimmt sein unerwartet glimpfliches Urteil – sein Mitgesellschafter und -geschäftsführer Hans Lampert war immerhin wegen schweren Betrugs in zwei Fällen zu drei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt worden – mit Gelassenheit hin.

Schon vor der Verkündung hatte er – den grauen Schopf makellos frisiert, mit leichter Sonnenbräune im Gesicht und wie immer im eleganten dunklen Maßanzug – betont gelöst und gelegentlich sogar lächelnd mit seinen beiden Verteidigern geplaudert. Für ihn, so schien es, war viel wichtiger als das Urteil selbst, was das Gericht ihm in der Urteilsbegründung bescheinigte: Geradlinigkeit, das Fehlen einer Betrugs- oder Bereicherungsabsicht und die Tatsache, sein Amt als Börsenpräsident nicht für die Belange der eigenen Bank mißbraucht zu haben.

Daß ihm mit der Feststellung, er habe im Zusammenhang mit der überhöhten Kreditgewährung an den zusammengebrochenen Baumaschinen-Konzern IBH „frühestens ab Juni 1983" – als wahrscheinlich sowieso nur noch wenig zu retten war – mit Vorsatz gehandelt und gegenüber IBH-Chef Horst-Dieter Esch eine „unkritische, geradezu dilettantische" Einstellung gehabt, zumindest auch mangelnder Überblick bestätigt wird, scheint ihn nicht zu stören.

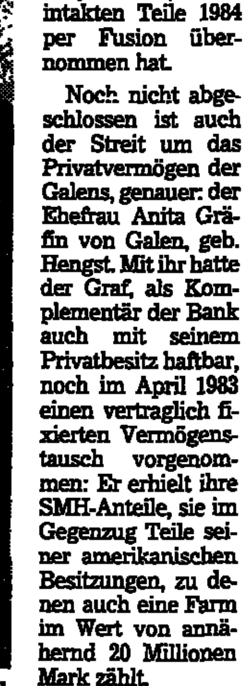
All das und die Tatsache, daß Galen in der (angerechneten) Untersuchungshaft wegen des Hin und Her um seine Haftverschonung bereits unverhältnismäßig gelitten habe, veranlaßten das Gericht auch zu der Empfehlung, die „möglichen Erleichterungen" zu gewähren: offenen Strafvollzug und Halbstrafe. Folgt das Vollzugsgericht dieser Empfehlung, hat Galen noch sieben Monate im offenen Vollzug zu absolvieren.

Galen, dem während der gesamten Verhandlungsdauer trotz mehrmaliger Anläufe und eines Kautionsangebots von 16 Millionen Mark die Haftverschonung aus Gründen der Fluchtgefahr verwehrt blieb, ist der letzte in der Reihe der geschäftsführenden (und voll haftenden) Gesellschafter der ehemaligen Privatbank, der verurteilt wurde.

Die zunächst gemeinsame Anklage gegen sie und Galens ehemaligen Sekretariatsleiter Ralph-René Lucius hatte unter anderem auf Betrug und Untreue im Umfang von rund einer dreiviertel Milliarde Mark gegenüber den Konsortial- und Refinanzierungsbanken der SMH-Bank gelautet. Die Verfahren gegen Galens Partner und Lucius waren seit Jahresbeginn nach und nach abgetrennt worden.

Die Urteilssprüche gegen drei der Beteiligten fielen bereits am zweiten Verhandlungstag, dem 16. Januar 1986: Der Hamburger Gesellschafter Hans-Hermann Münchmeyer erhielt eine Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung, der Partner Wolfgang Stryj ging für zwei Jahre und drei Monate ohne Bewährung ins Gefängnis, und Lucius kam mit einem Jahr auf Bewährung davon. Im März folgte dann noch die Verurteilung des Komplementärs Hans Lampert.

Mit seinem Urteil zieht das Frankfurter Landgericht den Schlußstrich unter ein – nach der Herstatt-Affäre – weiteres unrühmliches Kapitel deutscher Bankgeschichte. Und auch die so glänzend begonnene Karriere des stilbewußten Aristokraten, der sich nach der Einheirat in die Bankiersfamilie Hengst als Wertpapier-Spezialist einen so guten Namen gemacht hatte, daß er zum Präsidenten der Frankfurter Börse gewählt wurde, dürfte damit zu Ende sein.





Auf dem Weg zur Urteilsverkündung: Ferdinand Graf von Galen und Sohn Ferdinand Otto (11) FOTO: AP

Die SMH-Bank existiert fort – aber nur als Anhängsel der britischen Lloyds Bank, die die intakten Teile 1984 per Fusion übernommen hat.

Noch nicht abgeschlossen ist auch der Streit um das Privatvermögen der Galens, genauer: der Ehefrau Anita Gräfin von Galen, geb. Hengst. Mit ihr hatte der Graf, als Komplementär der Bank auch mit seinem Privatbesitz haftbar, noch im April 1983 einen vertraglich fixierten Vermögenstausch vorgenommen: Er erhielt ihre SMH-Anteile, sie im Gegenzug Teile seiner amerikanischen Besitzungen, zu denen auch eine Farm im Wert von annähernd 20 Millionen Mark zählt.

Normalerweise wäre gegen einen solchen Tausch nichts einzuwenden gewesen. Doch die Gläubiger-Banken der SMH, vertreten durch den Bundesverband deutscher Banken (der auch zur Rettung der Bank im Herbst 1983 beigetragen hatte), sehen es als erwiesen an, daß die Krise der Privatbank und damit der geringe Wert der Anteile Galen zum Zeitpunkt der Transaktion schon bekannt waren, das Manöver also den Zweck hatte, „verwertbares Vermögen" beiseite zu schaffen. Ihr Ziel: die Herausgabe des zu spät „privatisierten" Vermögens.

Gräfin Anita freilich hat bereits angekündigt, mit allen Mitteln gegen dieses Vorhaben anzugehen. Ein erstes Urteil der Privatkammer des Frankfurter Landgerichts zugunsten der Banken will sie auf jeden Fall anfechten.

„Der Bankier an der Seite des ruhmreichen Retters" – so mag Galen sich seine Rolle vorgestellt haben, als er sich 1979/80 mit dem damals ebenfalls noch strahlenden IBH-Konzernchef Horst-Dieter Esch einließ. Esch hatte sich eine ständig wachsende Baumaschinengruppe zusammengekauft. Branchenbekannte Namen waren darunter: Zettelmeyer, Kaltenegger, Lanz und nicht zuletzt Hanomag. Eschs Internationale Baumaschinen-Holding (IBH) beschränkte sich aber keineswegs aufs Inland: Von keinem kleineren als General Motors übernahm sie den notleidenden Maschinenbauer Terex, von der britischen Powell Duffryn den kaum gesünderen Hymac-Bereich. Sowohl die Amerikaner als auch die Briten wurden im Gegenzug IBH-Gesellschafter – für Esch absolut vorzeigbare Adressen.

Auch die SMH-Bank hatte einen kostspieligen Baumaschinen-Klotz in Gestalt einer Beteiligung am Bein: die Wibau AG in Gründau nahe Frankfurt. In Eschs Aktivitäten sah wohl auch Galen eine Chance, sich des ungeliebten Kindes zu entledigen. Anfang 1980 war man sich handelseinig. Die Wibau ging – nach Hanomag und vor Terex – an die IBH, und die SMH-Bank wurde Gesellschafter bei Esch.

Damit hätte es genug sein können, wäre es Esch nicht gelungen, nach etlichen Mißerfolgen bei anderen großen Adressen, die Privatbank als seine Hausbank zu gewinnen. An diesem Punkt trafen sich Eschs stetes Ringen um Anerkennung und Galens Sehnen, auch noch zum großen Industrie-Finanzier zu werden.

Das Resultat wurde sichtbar, als im Laufe des Jahres 1983 das IBH-Imperium in Raten kollabierte und schließlich im Herbst auch die SMH-Bank nur noch mit Mühe gerettet werden konnte: Mehr als 900 Millionen Mark hatte der profilheischende Banker – direkt und, um die Kontrolle der Bankenaufsicht zu umgehen, indirekt über die Luxemburger SMH-Tochter – in den von Beginn an maroden Konzern gesteckt. Das war immerhin das Neunfache des SMH-Eigenkapitals und rund ein Drittel der Konzern-Bilanzsumme der Bank, sprengte also jeden vernünftigen und auch jeden erlaubten Rahmen.

Bitter muß für Galen die Erkenntnis gewesen sein, daß seine Gelder keineswegs in eine geniale Konzern-Architektur geflossen waren, sondern lediglich als Papiergeschäfte im Kreise der IBH-Firmen rotierten. Das rechtzeitig zu bemerken, fehlten ihm offenbar der Überblick und auch das gesunde Maß an Mißtrauen, das andere Banker von einem stärkeren IBH-Engagement abgehalten hatte. Nun hat ihn die alte Volksweisheit eingeholt, nach der Unkenntnis vor Strafe nicht schützt.





Mit über vier Längen Vorsprung gewann Dave Richardson auf Philipo das Deutsche Derby in Hamburg FOTO: DPA

Der 9000-Mark-Hengst Philipo galoppiert allen davon

Das Pferd Philipo wird in die Geschichte des Deutschen Galopp-Derby eingehen. Nicht nur weil es am Sonntag in Hamburg alle Konkurrenten hinter sich ließ, sondern weil es sein Besitzer vor zwei Jahren für nur 9000 Mark ersteigerte.

Von KLAUS GÖNTZSCHE

Investitionen, die auf Auktionen getätigt werden, sind in der Regel mit einem nicht unbeträchtlichen Risiko behaftet. Das ist bei Pferdekäufen ganz besonders der Fall. Da haben arabische Scheichs schon Pferde für 10,2 Millionen US-Dollar ersteigert – ohne daß der Vierbeiner später auch nur ein einziges Rennen lief. Snaafi Dancer hieß das Pferd, und Scheich Mohammed, einer der Söhne des Herrschers von Dubai, war am 19. Juli 1983 der unglückliche Investor.

Am Sonntag, da sah es anders aus. Da wurde auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn das 117. Deutsche Galopp-Derby ausgetragen, und es gewann der Hengst Philipo mit dem seit Jahren in Köln ansässigen englischen Jockey Dave Richardson (41). Das war zwar eine Sensation, doch noch sensationeller ist die Vorgeschichte: Am 30. August 1984 war Philipo auf einer der beiden wichtigen Auktionen in Iffezheim bei Baden-Baden für ganze 9000 Mark dem Antiquitätenhändler Volker-Rüdiger Henneberg (33) zugeschlagen worden.

So sehr sich der Versteigerer Uwe Heckmann mit gewohnt flinker Zunge auch bemühte – mehr war für den Hengst einfach nicht zu erzielen.

Für den Derbysieg in Hamburg kassierte Henneberg nun 275 225 Mark, der aktuelle Marktwert der Auktions-Occasion dürfte heute sicher bei mehr als einer Million Mark liegen.

Die 9000 Mark von der Auktion wurden auf das Konto von Horst-Herbert Alsen, einem Zementunternehmer im Ruhestand, überwiesen. Er betrieb damals in Hamburg-Sülldorf das Gestüt Falkenstein und auf diesen Koppeln hatte Gestütsleiter Peter Froehlke Philipo großgezogen.

Das Gestütsgelände wird zwangsversteigert

Doch das ist Vergangenheit: Das Gestütsgelände wird im Herbst zwangsversteigert, nachdem Alsen wegen angeblichen Millionenforderungen des Finanzamtes untertauchte. In Hamburg wird gemunkelt, daß er in Ibiza lebt. So kann Alsen (67), der immer noch im Vorstand des Hamburger Renn-Clubs geführt wird, diesen Renn-Triumph nur aus der Ferne auskosten.

Gestütsleiter Froehlke wird derzeit vom Finanzamt bezahlt, die Züchterprämie für den Derbysieg (immerhin knapp 50 000 Mark) kommt auf ein Sonderkonto des Dachverbandes. So war trotz aller Freude über den Sieg Froehlke beim Empfang im VIP-Raum der Hamburger Rennbahn mit Bundeskanzler Helmut Kohl als Ehrengast mehr zum Weinen als zum Lachen zumute. Er hofft, daß Alsens langjähriger Freund und Partner Albert Darboven das Gestütsgelände bei der Zwangsversteigerung im Herbst '86 zugeschlagen bekommt.

Antiquitätenhändler Henneberg ist (zusammen mit zwei Freunden) zwar jetzt der Besitzer der Auktionsrarität Philipo, doch hinter dem Kauf steht ein Mann, der bis Sonntag abend in der deutschen Turf-Szene unter der Kategorie „Nobody" geführt wurde. Er heißt Hartmut Steguweit, ist 38 Jahre alt und der Trainer von Philipo. Steguweit gewann mit dem Derby erst sein 29. Rennen, obwohl er das Trainergeschäft mit den Pferden der Rasse Vollblut auch schon seit 1981 betreibt.

Zum Vergleich: Der 25fache Championtrainer Heinz Jentzsch (66) aus Köln hat über 2500 Rennen gewonnen. Steguweit arbeitete früher im Gestüt Röttgen. Die im Vorjahr verstorbene Gestütsbesitzerin Maria Mehl-Mülhens, hatte ihn stets besonders in ihr Herz geschlossen.

Steguweit war als Pfleger für den Hengst Prince Ippi zuständig, damals einer der galoppierenden Stars des Gestüts. Der Hengst imponierte äußerlich auch durch einen besonders buschigen Schweif. Den pflegte Steguweit vor jedem Rennen mit einem Feinwaschmittel, Prince Ippi sollte beim Rennen überall glänzen.

Rennstall mit dem Decknamen „Surinam"

Prince Ippi ist der Vater von Philipo. Steguweit: „Natürlich habe ich deshalb Herrn Henneberg geraten, dieses Pferd zu kaufen." Henneberg ist in der komplizierten Materie von Vollblutzucht und Galopprennsport mit Begeisterung, aber ohne große Sachkenntnis engagiert. Es wird wohl auch noch ein paar Monate dauern, ehe er sich über die Bedeutung eines Derbysieges im Galopprennsport so recht im klaren ist.

Das gestand er eine Stunde nach dem Sieg seines Pferdes auch ein: „Ich muß das alles erst einmal verkraften." Im Grunde war er mehr damit beschäftigt, seinen Namen aus der Öffentlichkeit fernzuhalten.

Zu diesem Zweck hatte er sich für seinen Ein-Pferd-Rennstall einen Decknamen beim Verband besorgt. Im Programmheft des Derbys lief Philipo unter dem Besitz des Stalles Surinam. Dafür zahlte Henneberg eine Gebühr von 500 Mark und hoffte, in den Medien nicht mehr erwähnt zu werden. Als er die Aussichtslosigkeit dieses Planes einsah, verriet er auch, wie er ausgerechnet auf den Namen „Surinam" gekommen ist. Henneberg: „Wir sind mit einer Mitarbeiterin der Botschaft von Surinam befreundet."

Henneberg, der im Örtchen Berg in Bayern wohnt und in München mit Antiquitäten handelt, will auch nach dem Derbysieg sein pferdesportliches Engagement keineswegs ausweiten: „Es bleibt bei einem Pferd!"

Der Versuchung, nach dem unerwartet großen Erfolg den Pferdebestand zu vergrößern, konnten in den letzten Jahren nur die wenigsten Besitzer widerstehen. Henneberg wird sich gewiß noch zahlreicher Angebote vieler Gestüte und provisionshungriger Agenten erwehren müssen.

Trainer Hartmut Steguweit hat in seinem Stall in der Nähe des Gestüts Quenhorn in Herzebrock in Westfalen auch noch ein paar Boxen frei. Als er vor sieben Monaten aus München-Riem dorthin übersiedelte, standen zunächst ganze sieben Pferde in den Ställen. Kein Wunder; denn die bisherigen Erfolge des früheren Prince-Ippi-Pflegers waren keineswegs ermunternd, auf Derbysiege in absehbarer Zeit zu hoffen. Noch 1985 gewann Steguweit in einem Jahr ganze drei Rennen. In der Münchner Turf-Szene blieb für ihn meist nur ein mitleidiges Lächeln.



Die CDU-Abgeordneten im Kieler Landtag sind nicht länger gewillt, politische Alleingänge ihres Ministerpräsidenten Uwe Barschel (links) kritiklos hinzunehmen. Ihr Fraktionsvorsitzender Klaus Kribben (rechts) fordert in einem Gespräch mit der WELT mehr Mitspracherecht bei den Entscheidungen der Regierung: „Wir sind keine Abstimmungs-maschinerie"
FOTOS: DIE WELT



Kieler CDU-Fraktion mahnt ihr Mitspracherecht bei Barschel an

Unmut über Alleinentscheidungen des Ministerpräsidenten / Abbau bei Werften gefordert

GEORG BAUER, Kiel

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Klaus Kribben, hat das Mitspracherecht der Fraktion bei der politischen Gestaltung des nördlichsten Bundeslandes betont. In einem Gespräch mit der WELT machte Kribben klar, daß die Fraktion bei der Formulierung der politischen Ziele der Landesregierung mitwirken und in den Entscheidungsfindungsprozeß eingebunden werden will. Zum Selbstverständnis der CDU-Landtagsabgeordneten sagte er: „Wir sind keine Abstimmungsmaschinerie".

Die Worte des Christdemokraten sind vor dem Hintergrund des politischen Handelns von Ministerpräsident Uwe Barschel zu verstehen. In der Vergangenheit hatten ihm Mitglieder der Fraktion wiederholt vorgeworfen, er beteilige die Fraktion nicht ausreichend an den Entscheidungen der Landesregierung. Jüngstes Beispiel war der Entschluß des Ministerpräsidenten gewesen, das Kernkraftwerk Brokdorf in der Wilster Marsch nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl einer erneuten Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Diese Entscheidung hatte ebenso wie in der Vergangenheit zugesagte Hilfen der Landesregierung an die Werften Unmut bei den christdemokratischen Landtagsabgeordneten ausgelöst.

Als Beispiel für das Mitspracherecht nannte Kribben die Etatberatungen. In Zukunft würden mehr Mittel für den Strukturwandel der Wirtschaft eingesetzt, als Gelder für die Arbeitsplatzoffensive zur Verfügung stünden. Bis 1992 will das Land rund 160 Millionen Mark für die Arbeitsplatzoffensive aufwenden. Aus den Worten des Fraktionsvorsitzenden wurde deutlich, daß Schleswig-Holstein stärker agieren und weniger auf aktuelle Schwierigkeiten reagieren will.

Kribben ging in diesem Zusammenhang auch auf die katastrophale Lage beim Schiffbau ein. Er forderte die vier norddeutschen Bundesländer und die Bundesregierung auf, in eine Diskussion einzutreten, die den Preis für den Erhalt eines geschrumpften Werftensektors nennt. Kribben: „Wir müssen sagen, welchen politischen Preis wir dafür zahlen wollen". Diese Diskussion müsse schnell geführt werden.

Trotz seiner Zustimmung, der Branche im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Küstenländern mit flankierenden Maßnahmen zu helfen, gab der Christdemokrat aber auch unmißverständlich zu verstehen, daß die Werften an einem schmerzhaften Abbau ihrer Kapazitäten nicht vorbei kämen.

Wie Kribben weiter mitteilte, soll dieser Prozeß möglichst auf die Werften beschränkt bleiben. Die Zulieferindustrie dürfe in den Strudel nicht hineingezogen werden. Nach Schätzungen hängt von einem Arbeitsplatz auf einer Werft mindestens ein Arbeitsplatz in der Zulieferbranche ab.

Der Christdemokrat trat vor diesem Hintergrund für einen forcierten Strukturwandel im nördlichsten Bundesland ein. Zwar habe das einst landwirtschaftlich orientierte Schleswig-Holstein seine Struktur wie die Ansiedlung der chemischen und elektronischen Industrie verändern können, doch reiche dies für die Zukunft nicht aus. Kribben: „Wir müssen jetzt die ansässigen Unternehmen optimaler fördern".

So müßten die Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe verstärkt in die Förderung einbezogen werden. Auch müsse die Investitionsförderung in den ersten fünf Jahren nach Gründung eines Unternehmens verbessert werden. Voraussetzung hierfür aber seien leistungsfähigere Verkehrsverbindungen in allen Landesteilen und ein ausreichendes Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen. Kribben warnte aber vor übertriebenen Erwartungen.

Der Christdemokrat ging auch auf die personelle Situation in der Fraktion ein. Bereits jetzt zeichne sich ein Austausch nach der kommenden Landtagswahl im Herbst des nächsten Jahres ab. Rund ein Viertel der 39 Köpfe starken Fraktion werde wohl ausscheiden. Kribben: „Es würde mich freuen, wenn dabei der Anteil unserer weiblichen Kollegen gestärkt wird".

„DDR"-Presse schweigt zu ‚U-Bahn-Flucht'

D. D. Berlin

Dem offiziellen Dementi zu den Gerüchten über den gescheiterten Fluchtversuch im U-Bahn-Tunnel nahe des Ostberliner Alexanderplatzes folgte in den „DDR"-Medien Schweigen. Weder die Erklärung von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble (WELT vom 4. 7.), daß nach Erkenntnissen der Nachrichtendienste die Berichte von einem „professionellen Falschmelder" in Umlauf gebracht worden seien, noch die Ortsbesichtigung eines Reporters der französischen Nachrichtenagentur Agence France Presse (AFP) fanden in der „DDR"-Presse bisher Erwähnung.

Lediglich die in West-Berlin erscheinende SEW-Zeitung „Die Wahrheit", in geringer Zahl auch in der „DDR" verbreitet, berichtete über Schäubles Darstellung und dem „Lokaltermin" mit dem französischen Korrespondenten. Der Chef der Ostberliner Feuerwehr, Oberst Horst Meier, der Kombinatsdirektor der Verkehrsbetriebe, Diethelm Graetsch, sowie U-Bahn-Fahrer und am Einsatz am 7. Mai beteiligte Feuerwehrleute standen als Gesprächspartner zur Verfügung. „Von irgendwelchen Einschüssen war nichts zu sehen", heißt es in seinem Bericht. Lediglich Brandspuren seien in dem Tunnel noch vorhanden.

Laut Aussage von Feuerwehrchef Meier habe ein defekter Kupplungsschalter den Brand ausgelöst, bei dem sich Temperaturen zwischen 800 und 1000 Grad entwickelt hätten. „Die Gesprächspartner aus der DDR legten den Untersuchungsbericht vor, der zahlreiche Aufnahmen von völlig ausgebrannten Wagen und dem verschmorten Kupplungsschalter enthielt", berichtet die „Wahrheit".

Kombinatsdirektor Graetsch wird zitiert, daß eine „sogenannte Flucht in den Westen" völlig unmöglich sei. Mehrere blockierte Weichen und eine ansteigende, stromlose Strecke von rund 300 Metern müßten überwunden werden, um auf die Strecke nach West-Berlin zu gelangen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wallmann wendet sich gegen „Öko-Diktatur"

Umweltminister verweist auf Zuständigkeit des Staates

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Auch die ökologische Herausforderung rechtfertigt keine Öko-Diktatur – ebensowenig rechtfertigen Probleme künftiger Energieversorgung die Abschaffung der repräsentativen Demokratie und den Übergang auf direkten Volksentscheid." Mit dieser Positionsbestimmung beendete der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann, am Montag in Bonn einen Fachkongreß zum Thema „Technischer Wandel – Konsequenzen für die Ordnung der Gesellschaft".

Zuvor hatte Wallmann auf dem Kongreß, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung eingeladen hatte, die Arbeit von vier Millionen Bürgern gelobt, die Mitglieder von lokalen, regionalen und bundesweiten Umwelt- und Naturschutzverbänden in der Bundesrepublik Deutschland sind. Hier werde „Wertvolles geleistet", meinte der Minister. Verbände und Initiativen, die sich dem Umweltschutz verschrieben hätten, müßten jedoch die Spielregeln der Demokratie einhalten, Gewalttätigkeiten hätten in einem Rechtsstaat keinen Platz. Es gehe auch nicht an, sagte Wallmann vor den Kongreßteilnehmern, daß einzelne Gruppen der Gesellschaft sich Zuständigkeiten anmaßten, die dem Staat zuständen, und die nur der Staat im Rahmen seiner Gesamtverantwortung sinnvoll wahrnehmen könne.

Effiziente Marktwirtschaft

Nahezu alle halbwegs wichtigen politischen Entscheidungen ließen sich in den „Rang von Schicksals- und Überlebensfragen heben", räumte man Einzelpersonen oder Gruppen das Recht ein, welches Thema von seinem Rang her hierhin gehöre, dann „wäre der Prozeß demokratischer Entscheidungsfindung mangels Tagesordnung bald lahmgelegt", sagte der Minister.

Dafür, daß der Staat im Rahmen der verfassungsrechtlichen Ordnung mit den anstehenden Problemen von Umweltschutz und Energieversorgung fertig werden können spricht nach den Worten des Ministers die Tatsache erfolgreichen Umweltschutzes der letzten Jahre, den totalitäre System trotz ihrer Möglichkeiten, den politischen Willen straff zu exekutieren, nicht effektiv organisieren konnten. Wörtlich sagte Wallmann: „Die Marktwirtschaft ist offenkundig auch im Umweltschutz wesentlich effizienter, als jede zentrale Planwirtschaft."

Obwohl im Umweltschutz Politiker täglich vor dem Problem stünden, daß „Kausalzusammenhänge nur begrenzt zu erkennen sind, daß Langfristwirkungen schwer oder gar nicht abschätzbar sind", müßten von ihnen Entscheidungen im Blick auf die Zukunft getroffen werden.

Lob für Zimmermann

Diese Verantwortung, unterstrich Walter Wallmann, könne dem Politiker auch von Experten oder Sachverständigengremien nicht abgenommen werden: „Das gilt – und ich sage das sehr bewußt – auch für die Festlegung der Rahmenbedingungen der Energiepolitik." Die Antwort des Politikers in diesen schwierigen Entscheidungssituationen hieße „Umweltvorsorge". In diesem Zusammenhang würdigte Wallmann die Verdienste von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der als bisheriger Umweltminister bereits alle umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode am Vorsorgegrundsatz ausgerichtet habe.

Die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie als „verführerisch plausible Lösung" verglich der Minister mit dem komplexen Sachverhalten vorsorgenden Umweltschutzes in der Industriegesellschaft, die differenzierendere Betrachtsweise notwendig mache.

Grundsätzlich, so Wallmann, strebe er „Gemeinsamkeiten" an, suche zu „Kooperation zu kommen". Es liege ihm am Gespräch mit den Bürgern, deren Ängste und Sorgen er sehr ernst nehme. Vor diesem Hintergrund würden auch die deutschen Kernkraftwerke durch unparteiische Experten überprüft. „Ich bin überzeugt", sagte der Minister, „damit wird auch ein Stück Vertrauen in unserem Staat wiedergewonnen". Weitere Schritte auf diesem Wege, die auf dem Bonner Kongreß angekündigt wurden, sind nach den Worten des Umweltministers Gespräche mit Repräsentanten der bundesweit tätigen Umweltschutzverbände.

Mayer-Vorfelder verteidigt „Lied der Deutschen"

gu. Stuttgart

Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder hat die Kritik seines Bremer Amtskollegen Hans-Werner Franke (SPD) an der Behandlung der deutschen Nationalhymne im Grundschulunterricht des Landes scharf zurückgewiesen. Im Gespräch mit der WELT warf Mayer-Vorfelder dem derzeitigen Präsidenten der Kultusministerkonferenz vor, sein Amt „aus tagespolitischen Gründen" zu mißbrauchen.

Über Frankes Vorwurf der Umdeutung der bundesrepublikanischen Geschichte könne man nur den Kopf schütteln. „Senator Franke", meinte Mayer-Vorfelder, „hat sich offenbar nicht darüber informiert, wie in Baden-Württemberg die Behandlung der Nationalhymne im Unterricht geregelt ist". So gebe es in Stuttgart weder ein Umdenken noch einen neuen Erlaß zu diesem Thema. Entscheidend sei, was in den geltenden Lehrplänen stehe. Danach müsse im Musikunterricht der Grundschule zwar nur die dritte Strophe („Einigkeit und Recht und Freiheit") auswendig gelernt werden. „Es entspricht aber auch dem Lehrplan", sagte Mayer-Vorfelder, „wenn ein Lehrer im Rahmen seines pädagogischen Ermessens alle Strophen behandelt". Schließlich sei unstrittig, daß die Nationalhymne aus drei Strophen bestehe.

Der SPD im Stuttgarter Landtag, die Urheber des Hymnenstreits war, warf Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder vor, „ein ziemlich gestörtes Verhältnis zu nationalen Symbolen und zum Begriff der Nation" zu haben. Dies sei jedoch kein Zufall. „Ihre veränderte Einstellung zum Deutschlandlied paßt genau in das Bild, das Teile der Partei abgeben, wenn sie die Streichung des Wiedervereinigungsgebots in der Präambel des Grundgesetzes fordern oder, wie der Herr Lafontaine, sich bemühen, die einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft zu beseitigen."

In diesem Zusammenhang wies Mayer-Vorfelder erneut auf das Vorbild Frankreichs hin. Auch dort seien unter der Vichy-Regierung nationale Symbole „in Kollaboration mit dem Naziregime mißbraucht worden". In Literatur und Medien werde dieses Problem derzeit von den Franzosen selbst aufgearbeitet. Dennoch komme aber niemand auf die Idee, die Nationalhymne in Frage zu stellen.

Doppelwahl – Rechtsfrage oder doch nur cui bono?

Von JOACHIM NEANDER

Am Freitag dieser Woche schaut Bernhard Vogel, dienstlich aus Ruanda in Zentralafrika zurück, noch einmal kurz in seinem Büro vorbei. Dann geht der rheinland-pfälzische Regierungschef für drei Wochen in Urlaub. Sein wichtigstes Gepäck, neben den Kletterschuhen und einem Kartenspiel, nimmt der Junggeselle als gut gehütetes Geheimnis mit in die Ötztaler Alpen: Das angesammelte Material für seine schwierige Entscheidung, an welchem Tag die Rheinland-Pfälzer im kommenden Jahr ihren Landtag wählen sollen.

Das ist nicht irgendeine Terminfestsetzung. In der Sache steckt Politik. Die große Mehrheit in Vogels Partei, der CDU, möchte am 25. Januar wählen, zugleich mit der Bundestagswahl. Und eine deutliche Mehrheit in der Bevölkerung, so scheint es jedenfalls, ist derselben Meinung: Warum zwei Wahltage und zwei Wahlkämpfe, warum Kräfte und Steuergelder verschwenden, wenn es in einem Aufwasch geht? Eine Minderheit dagegen, mit der beim letztenmal aus dem Landesparlament hinausgewählten FDP als Wortführerin, ist der Ansicht, daß solche „Sparsamkeit" verfassungsrechtlich fragwürdig wäre. Schlimm genug, daß in Rheinland-Pfalz schon vor vier Jahren (damals wegen der vorgezogenen Bonner Wahl) beide Wahlgänge auf einen Tag fielen. Diesmal würden zwischen einer Wahl am 25.Januar und dem offiziellen Ende der Legislaturperiode des Landesparlaments am 18.Mai außerdem fast vier Monate liegen. Sollte Vogel, in dessen Ermessen die Festlegung des Wahltermins nach der Landesverfassung gestellt ist, sich für die gemeinsame Wahl entscheiden, will die FDP Klage erheben.

Die Rechtslage ist umstritten. Den ersten Akzent hatte der Staatsrechtler und frühere Mainzer Uni-Präsident Professor Peter Schneider gesetzt, als er in einem Zeitungsinterview entschieden vor einem gemeinsamen Wahltermin warnte. Allerdings vermischte er dabei verfassungspolitische Bedenken gegen jede Doppelwahl und rechtliche Bedenken gegen die lange Übergangsfrist so sehr, daß das Interessiert ratlos davorstanden.

Es folgten zwei Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes beim Landtag, die sich hinsichtlich der langen Frist ähnlich äußerten. Noch in der Schublade liegt ein Gutachten des Justizministers. Professor Heribert Bickel ist nach gründlicher Überlegung fest davon überzeugt, daß es weder in der Verfassung, noch im Gesetz einen Hinderungsgrund für die gemeinsame Wahl gibt. Ein Gericht, das einer eventuellen Klage der FDP stattgäbe, müßte praktisch neues Recht setzen. Zwar gibt es anderswo eine Frist von höchstens drei Monaten zwischen Wahltermin und Beginn der neuen Legislaturperiode. Aber in Rheinland-Pfalz ist nach dieser Version die Regierung absolut frei in ihrer Entscheidung.

Aber da sind natürlich auch vordergründige Erwägungen im Spiel. Alle Parteien grübeln: Wann sind unsere Chancen am größten? Die Ansichten wechseln quer durch die Lager. So platt und einfach, wie der „Spiegel" es neulich darstellte – Vogel „plane" die gemeinsame Wahl, um seine Haut zu retten, die anderen seien dagegen – ist die Sache jedenfalls nicht.

CDU: Eine Mehrheit möchte die Landtagswahl an den nach wie vor sicher erwarteten Wahlsieg in Bonn „dranhängen". Eine Minderheit (Wortführer: Fraktionschef Wilhelm) fürchtet, die Diskussion um den gemeinsamen Wahltermin werde den Wahlkampf unnötig belasten.

SPD: Spitzenkandidat Scharping war zunächst für getrenntes Wählen.



Inzwischen ist er vorsichtiger. Sein erklärtes Wahlziel – Regieren ohne die Grünen, also etwa mit 46 % der Stimmen gegen 45 % der CDU, während alle anderen unter 5 % bleiben – läßt sich nur bei sehr hoher Wahlbeteiligung erreichen, also nur am Tag der Bundestagswahl.

FDP: Der Landesvorsitzende Rainer Brüderle hält tapfer an seiner Klageandrohung fest, obwohl auch hier in den eigenen Reihen inzwischen gefragt wird, ob nicht die Stimmung am Tag der Bundestagswahl für die FDP allgemein günstiger sein würde als dreieinhalb Monate später.

Selbst bei den Grünen werden Zweifel laut, ob nicht ein enttäuschendes Abschneiden bei der Bundestagswahl den Negativtrend noch verstärken würde.

Am 28. Juli kommt Bernhard Vogel aus dem Kletterurlaub zurück. Dann gibt er seine Entscheidung bekannt. Letzter Tip der Insider: 60:40 für die getrennte Wahl. Das ganze Problem hätte sich mühelos vermeiden lassen, wenn Bonn die Bundestagswahl statt im Januar erst im Februar anberaumt hätte. Aber dann hätte es eine Kollision mit dem Karneval gegeben. Und die Unvereinbarkeit von Wahlkampf und Narretei gehört zu den ganz wenigen wirklichen Essentials bundesdeutscher Politik. Weil dann nirgendwo ein Veranstaltungssaal verfügbar ist.

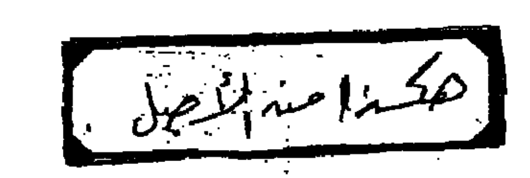
Jenninger plädiert für Verordnungen

E.N. Bonn

Eine Fülle von Gesetzen, die im Bundestag beschlossen werden, haben nach Ansicht von Bundestagspräsident Philipp Jenninger „einen Spezialisierungsgrad und eine fachliche Enge", die dem klassischen Begriff eines Gesetzes nicht mehr entspreche. Es müsse daher überlegt werden, ob auf diesem Gebiet nicht vieles stärker der Bundesregierung zur Regelung auf dem Verordnungswege übertragen werden könne.

Wenn die Wirkungskontrolle des Parlaments verbessert werde, so Jenninger, dann könne eine „politische Aufsicht" an die Stelle der detaillierten Durcharbeitung „jeder Einzelbestimmung nach Punkt und Komma treten". Der Bundestagspräsident meinte in diesem Zusammenhang in einem Vortrag, den er gestern in der Universität Mannheim über „Die Arbeit des Deutschen Bundestages im Spannungsfeld zwischen den Rechten des einzelnen Abgeordneten und der Fraktionen" hielt, dieser Plan beziehe sich nur auf den Teil der „Regelungsflut", der durch fachliche Ausweitung und Spezialisierung verursacht worden sei. Der Bundestag müsse aber „der Gefahr entgehen, das gesellschaftliche Wertgefüge vor lauter technischen Einzelfragen" nicht mehr sehen zu können.

In seinem Vortrag sagte Jenninger zur Arbeitsweise des Parlaments, daß es „bis hinein in die politische Bildung und Politikwissenschaft" über die Aufgabe einer Plenarsitzung im Bundestag „von Mißverständnissen wimmelt". Reden im Hohen Hause über Probleme, die in aller Regel in monate- und jahrelangen Diskussionen, Vorbereitungen und Entwürfen unterschiedlicher Standpunkte in den Ausschüssen erörtert werden, dürften bei aller Rhetorik und brillanter Argumentation gar keinen Abgeordneten mehr beeindrucken. Zufallsentscheidungen des Bundestages nach der argumentativen Überzeugungskraft des einen oder anderen Redners seien „unerträglich". Daß heute noch in der Bundesrepublik Deutschland geglaubt werde, es müsse sich so verhalten, nannte Jenninger „ein schweres Defizit der politischen Bildung", das man sich verhängnisvoll bereits in der Weimarer Republik zunutze gemacht habe. Zu dem immer wieder von Außenstehenden gerügten Umstand, daß sich bei Plenarsitzungen gelegentlich nur einige Dutzend Abgeordnete im Saal befinden, meinte der Bundestagspräsident in seinem Vortrag: „Der Abgeordnete würde seine Pflicht verfehlen, wenn er in einer Sitzungswoche nichts anderes tun würde, als Debatten zuzuhören."



Südafrika: Schwierige EG-Mission / WELT-Gespräch mit Botswanas Staatschef

Howe verschiebt seine Reise nach Pretoria

gtm, London

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe, der im Auftrag der EG versuchen soll, die südafrikanische Regierung und Vertreter der schwarzen Bevölkerung an den Verhandlungstisch zu bringen, wird zwar wie ursprünglich beabsichtigt, heute nach Afrika reisen, jedoch nicht Pretoria, sondern lediglich Sambia und Zimbabwe besuchen. Für Ende des Monats ist eine zweite Reise geplant; dann soll Sir Geoffrey mit Präsident P. W. Botha und – falls diese dann dazu bereit sind – mit schwarzen Persönlichkeiten Südafrikas zusammentreffen.

Die Mission des Ministers war in Frage gestellt worden, nachdem nicht nur Erzbischof Desmond Tutu, der Geistliche Allan Boesak, Präsident des Weltverbandes der Reformierten Kirchen und Führer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), und Winie Mandela, Frau des inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela, erklärt hatten, sie würden den Minister nicht empfangen, sondern zudem auch Präsident P. W. Botha „Terminschwierigkeiten" als Grund dafür angab.

Daß der Minister auch unter diesen Umständen die Reise antritt, hat offenbar zwei Gründe: Einmal soll damit gegenüber den „Verweigerern" unterstrichen werden, daß die EG sich von ihrem „Friedensversuch" nicht abbringen läßt und zum anderen, daß Gespräche mit Präsident Kaunda in Lusaka und mit Premierminister Mugabe in Harare für die Mission als mindestens ebenso wichtig angesehen werden wie ein Besuch in Südafrika.

Die ANC- und UDF-Führer Südafrikas haben ein Zusammentreffen mit Sir Geoffrey als „Zeitvergeudung bezeichnet. Er sei nur willkommen, wenn London sich eindeutig gegen die Botha-Regierung stelle. In Whitehall verweist man darauf, daß sich die „Verweigerer" offenbar noch nicht ganz im klaren darüber sind, daß Sir Geoffrey nicht in erster Linie als britischer Außenminister komme, sondern als Vertreter der Europäischen Gemeinschaft und sie einen großen Fehler machten, ihn als solchen zu ignorieren.

„Nur wir Schwarzen leiden unter Sanktionen"

H.-H. HOLZAMER, Gaborone

„Wir können es dem Westen natürlich nicht verbieten, Sanktionen gegen Südafrika zu beschließen, und wir begrüßen auch jede Form von Druck auf das Apartheidregime," sagt Präsident Quett Masire in einem Gespräch mit der WELT. „Aber diejenigen, die unter einem Boykott und den Vergeltungsmaßnahmen der Südafrikaner zu leiden haben werden, das sind nur die Schwarzen, das sind die Nachbarstaaten wie auch Botswana."

Selbst wenn Botswana, das etwas größer als Frankreich und Mitglied des britischen Commonwealth ist und im Rahmen der Lomé-Vereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft besondere Vergünstigungen erhält, im Falle von südafrikanischen Vergeltungsmaßnahmen die Unterstützung befreundeter Nationen erhalten würde, könnte dies nach Auffassung des Präsidenten niemals die entstehenden Schäden völlig kompensieren. „Wir sind in höchstem Maße verletzlich", führt der erste Mann eines Landes aus, dessen Im- und Exporte zu fast 100 Prozent über die Straßen der Republik Südafrika abgewickelt werden.

Präsident Masire (60)
FOTO: DIE WELT

Für den Fall von Boykottmaßnahmen, die nach Masires Ansicht sofortige Reaktionen der Regierung in Pretoria zufolge hätten, befürchtet er schlimmste Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung und für die Wirtschaftstätigkeit in seinem Land. Botswana habe daher, so der Präsident, auch die europäischen Regierungen vor ihrem Treffen in Den Haag über seine Ängste informiert.

Masire glaubt nicht daran, daß es irgenwelchen Nachbarländern mit der Drohung ernst sein könnte, das Commonwealth über die Südafrika-Frage zu teilen. Es gebe keine Patentrezepte, wie man Druck auf Südafrika ausüben könnte.

Wie Masire gegenüber der WELT betonte, werde sein Land andererseits jedem südafrikanischen Druck widerstehen, ein Abkommen in Sicherheitsfragen abzuschließen. Trotz wiederholter militärischer Übergriffe von Seiten Pretorias sieht Masire „hierfür keine Veranlassung". Bei dem Angriff Mitte Juni auf eine Wohnanlage außerhalb der Hauptstadt Gaborone hatte es mehrere Tote und Verletzte gegeben. Zur Frage, ob Botswana sich bei einer Wiederholung von Angriffen an eine dritte Macht mit der Bitte um Hilfe wenden könnte, sagte Masire: „Das kann eine Möglichkeit sein, aber wir haben mit Sicherheit keine Lust zuzulassen, daß eine ausländische Macht auf unserem Boden mit Südafrika Krieg führt." Das südafrikanische Land habe auch keinerlei Maßnahmen für Vorratshaltungen bei Energie- und Nahrungsmittelversorgung getroffen, erklärt Masire, „weil die Abhängigkeit einfach zu total ist".

Was die Staaten „wirklich tun können," sagt Masire, „ist, Pretoria mit Worten zu bedrängen, die Apartheid aufzugeben. Was das konkret bedeutet, können nur die Länder selbst entscheiden. Es gibt ein ganzes Szenario, das äußerste dabei ist Blutvergießen. Und wenn man meint, daß Sanktionen besser sind als ein Blutbad, und wenn man meint, daß Sanktionen das Abschlachten von Schwarzen nicht zur Folge haben, nun gut."

Der Präsident betrachtete die Frage, ob sein Land nun Sanktionen wolle oder nicht, als „äußerst unfair". Man könnte die Sache drehen oder wenden, sein Land habe überhaupt keine Möglichkeit, selbst Sanktionen zu verhängen. Die Frage sei für ihn daher akademisch. „Das bedeutet nicht", sagte Masire in dem WELT-Gespräch, „daß der Westen nicht mehr tun könne, aber nur im Wege von Verhandlungen".

Bündnisbeitrag der Briten nicht gesichert

rmc. Bonn

Offiziell war die Visite des Bundeswehr-Generalinspekteurs Wolfgang Altenburg beim Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach als „Routinebesuch" deklariert. Im Hintergrund dieses Besuches stand die Sorge Bonns, daß Großbritannien sich wegen der künftigen Finanzschwierigkeiten dazu genötigt sehen könnte, Kürzungen bei der Rheinarmee vorzunehmen und damit den dort seit einiger Zeit eingeleiteten Prozeß zur Stärkung der Vorneverteidigung zu bremsen.

In den nächsten drei Jahren soll der britische Verteidigungshaushalt um 1,5 Prozent real gekürzt werden. Die Modernisierung des britischen Nuklearprogramms soll davon allerdings unberührt bleiben. Die Kürzungen sollen allein die konventionell ausgerüsteten Streitkräfte tragen. Bereits nach der Veröffentlichung des britischen Verteidigungsweißbuches im vergangenen Mai wurde General Altenburg in London mit Warnungen zitiert, daß für die Bundesrepublik das Prinzip der Vorneverteidigung eine „Voraussetzung für die deutsche Mitgliedschaft" in der NATO sei. Im britischen Weißbuch hieß es, angesichts der gewachsenen sowjetischen Bedrohung sei die NATO-Planung, den Gegner so nah wie möglich an der innerdeutschen Grenze aufzuhalten und zu schlagen, mit immer größeren Fragezeichen behaftet.

Ukrainer trauern um Exil-Politiker

cgs, Wien

Der letzte Ministerpräsident einer unabhängigen Staatsregierung der Ukraine, Jaroslav Stetzko, ist im Alter von 74 Jahren in München gestorben. Stetzko war zuletzt als Nachfolger des 1959 vom damaligen Sowjet-Agenten Staschynskij ermordeten Stefan Bandera Vorsitzender der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und Präsident des Anti-Bolschewistischen Blocks der Nationen (ABN) im Westen. Im Sommer 1941 hatte er in dem von den Sowjets bereits geräumten Lemberg eine ukrainische Regierung gebildet. Eine freie Ukraine paßte nicht in Hitlers Konzept. Stetzko wurde ins KZ Sachsenhausen gebracht.

Marcos' Leute probten im Luxus-Hotel den Aufstand

Verteidigungsminister Enrile steht noch loyal zu Aquino

PETER ISELI, Bangkok

Die wöchentliche Kundgebung von mehreren tausend Anhängern des im Februar abgesetzten philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos im Rizal-Park in Manila erhielt am Sonntag unerwarteten Zulauf: Auf fünf Armeelastwagen trafen plötzlich rund 350 Soldaten in voller Kampfausrüstung ein. Dann verlas der 75jährige ehemalige Außenminister Arturo Tolentino einen Brief, in dem ihn Marcos aus seinem Exil in Hawaii „ermächtigte", interimistisch das Präsidentenamt zu übernehmen. Tolentino, der bei den allgemein als verfälscht angesehenen Wahlen im Februar an der Seite von Marcos zum Vizepräsidenten gewählt worden war, leistete in der Auffahrt des Luxus-Hotels seinen Amtseid und ernannte ein sechsköpfiges Interimskabinett.

Tolentino und einige rebellierende Offiziere – unter ihnen der ehemalige Chef des militärischen Nachrichtendienstes, Oberst Rolando Abadilla, und der frühere Sicherheitschef der Hauptstadt, Generalmajor Prosper Olivas, verbarrikadierten sich im Hotel. Obwohl sich am Montag früh rund 200 rebellierende Soldaten ergaben, harrten die Pro-Marcos-Offiziere um Tolentino auch am Montagnachmittag noch aus, belagert von regierungstreuen Einheiten mit Panzern und Truppentransportern.

Lage unter Kontrolle

Präsidentin Corazon Aquino und Generalstabschef Fidel Ramos, die gemeinsam die Provinz Cagayan de Oro auf der südphilippinischen Insel Mindanao besuchten, reagierten auf die Ereignisse in Manila gelassen und bezeichneten die Rebellion als einen „gescheiterten Propagandatrick". „Cory" Aquino erklärte auf einer Pressekonferenz, sie habe die loyalen Truppen aufgefordert „mit einem Maximum an Toleranz" zu handeln. Tolentino werde allerdings wegen der Anstiftung zum Aufruhr angeklagt werden. General Ramos stand in Kontakt mit Truppeneinheiten in allen Teilen des Landes und versicherte an der Seite der Präsidentin, die Lage sei unter Kontrolle.

Verwirrung hatte in Manila die Erklärung Tolentinos hervorgerufen, er habe Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile in sein Rebellen-Kabinett aufgenommen. Tatsächlich war der Name Enriles in letzter Zeit häufig im Zusammenhang mit Putschgerüchten aufgetaucht, zuletzt vor zwei Wochen, als sich auf Grund von offenbar gezielten Falschmeldungen über einen Staatsstreich Tausende von Menschen um Camp Aguinaldo und Camp Crame, die Hauptquartiere des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte versammelten.

Mißtrauen in Regierung

Enrile stehen auf den Philippinen viele mißtrauisch gegenüber, weil er während der langen Jahre als treuer Marcos-Anhänger im Amt des Verteidigungsministers für die Durchsetzung des Kriegsrechts zuständig war. Erst im letzten Moment, als der Niedergang der Marcos-Diktatur bereits besiegelt war, wechselte Enrile die Fronten und führte zusammen mit Ramos den Aufstand an.

Obwohl Enrile immer wieder seine Loyalität zur Präsidentin betonte, machte er von Anfang an kein Geheimnis aus seinem Mißtrauen gegenüber einigen eher links gerichteten Mitgliedern von Frau Aquinos Kabinett. Er warnte auch mehrmals vor einer allzu milden Haltung gegenüber der kommunistischen Partei (CPP) und ihrem bewaffneten Arm, der „New Peoples Army" (NPA). Die Kommunisten mißbrauchen seiner Ansicht nach die langsam in Gang kommenden Gespräche über einen Waffenstillstand zu einer Regeneration ihrer Kräfte. Eine Bestätigung dafür sehen die Gegner der milden Regierungspolitik in der massiven Offensive der NPA in der vergangenen Woche, als an mehreren Stellen des Landes aus dem Hinterhalt über 40 Soldaten getötet wurden.

Enrile scheint aber diesmal nichts mit der Rebellion Tolentinos zu tun zu haben. Er sicherte von Camp Aguinaldo aus Frau Aquino seine Treue zu und koordinierte die Umzingelung des Luxushotels in Manila sowie Verhandlungen, um Tolentino und die rebellierenden Offiziere zur Aufgabe zu bewegen. Ob er dies aus wirklicher Loyalität tat oder ob er – wie einige befürchten – die Rebellion Tolentinos lediglich als zu leichtgewichtig befand um einzusteigen, bleibt aber eine offene Frage.

Neuseeland gibt französische Agenten frei

dpa, Paris

Ein Jahr nach dem Attentat auf das Greenpeace-Schiff im Hafen von Auckland in Neuseeland kommen die beiden deshalb zu zehn Jahren Haft verurteilten französischen Geheimdienstagenten aus neuseeländischer Haft frei. Sie müssen aber noch drei Jahre auf einer französischen Militärbasis in der Nähe des Atomtestgeländes von Mururoa im Pazifik verbringen. Die Vereinbarung wurde von UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar ausgearbeitet. Der französische Premierminister Jacques Chirac sagte gestern in Paris, seine Regierung werde sie genau einhalten, da sie sich ebenso wie Neuseeland vorher dazu verpflichtet hatte.

Die Agenten Major Alain Mafart und Hauptmann Dominique Prieur werden nach dem vom UNO-Generalsekretär vorgelegten Kompromiß auf die Insel Hao beim Mururoa-Atoll „versetzt". Sie dürfen dort auch mit ihren Familien leben. Als Gegenleistung wird sich Paris offiziell für den Anschlag entschuldigen und Entschädigungszahlungen in Höhe von sieben Millionen Dollar leisten.

Bei dem Anschlag auf das Schiff der Umweltschutzorganisation Greenpeace, mit dem eine Protestfahrt gegen die französischen Atomtests im Pazifik verhindert wurde, war ein Greenpeace-Fotograf ums Leben gekommen. Die Agenten wurden am 22. November wegen Totschlags und vorsätzlicher Sachbeschädigung zu zehn Jahren Haft verurteilt. In Paris mußte der damalige Verteidigungsminister Charles Hernu wegen der Affäre zurücktreten.



ORF-Chef Bacher scheitert am Parteienstreit

cgs. Wien

Ein abruptes Ende nahm gestern die Karriere des Generalintendanten des Österreichischen Rundfunk- und Fernsehens (ORF). Auf einer Kuratoriumssitzung des ORF in Wien, auf der über die Wahl eines neuen Chefs beschlossen werden sollte, fiel Bacher durch. Zu seinem Nachfolger wählte die hauptsächlich aus Sozialisten bestehende Mehrheit der ORF-Kuratoren mit 25:10 Stimmen den bisherigen Chef der Sportsendungen, Teddy Podgorski, zum neuen obersten Fernseh- und Rundfunkchef Österreichs.

Podgorski gilt als Freund des ehemaligen Bundeskanzlers Fred Sinowatz. Als Sport- und Unterhaltungsjournalist hatte er bisher kein Profil in der politischen Publizistik gewonnen. Doch steht außer Zweifel, daß der neue Mann der fernsehpolitischen Linie der Sozialisten getreulich folgen wird. Seiner Wahl gingen intensive Bemühungen führender sozialistischer Politiker voraus, die zur SPÖ neigenden ORF-Kuratoren gegen Bacher einzuschwören.

Sinowatz soll sogar mit seinem Rücktritt als Parteichef gedroht haben, falls Podgorski nicht gewählt werde. Für die SPÖ war die Wahl Podgorskis nicht nur eine Machtfrage innerhalb des Fernsehens, sondern zugleich auch eine Machtdemonstration nach dem Debakel der Waldheim-Wahl. So heißt es, Bacher sei gewissermaßen als „Geisel" für Waldheim „erschossen" worden.

Streit um Waldheim noch vor der Amtseinführung

Botschafter der USA und der Sowjetunion bleiben fern

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der neue österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim, der heute im Wiener Parlament vor der Bundesversammlung vereidigt wird, ist das erste österreichische Staatsoberhaupt seit 1945, das sein Amt unter unfreundlichen ausländischen Reaktionen antreten muß. Waldheims erste Amtshandlung wird sein, auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg eine Flaggenparade des österreichischen Heeres abzunehmen, dessen Oberbefehlshaber er nun ist. Auch wird er einen Kranz im Ehrenmal am äußeren Burgtor niederlegen, das an die österreichischen Gefallenen beider Weltkriege erinnert.

Der amerikanische, der sowjetische und der israelische Botschafter werden der Amtseinführung des neuen Präsidenten fernbleiben. US-Botschafter Lauder – ein Sohn der Parfumfabrikantin Estee Lauder – entschuldigte sich mit einer Familienfeier. Der sowjetische Botschafter Jefremow nannte eine dringende Kur auf der Krim als Grund. Der israelische Botschafter in Wien befindet sich seit der Wahl Waldheims ohnedies zur Berichterstattung in Jerusalem.

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronftman, sagte, seine Organisation wünsche zwar eine Versöhnung mit dem österreichischen Volk, aber eine Versöhnung mit dem neuen Staatsoberhaupt Österreichs könne es nicht geben, weil Waldheim ein „Lügner und unmoralischer Opportunist" sei. Gleichzeitig gab Bronftman bekannt, daß der Jüdische Weltkongreß wegen der Wahl Waldheims sämtliche Besuche und Veranstaltungen in Österreich abgesagt habe.

Zu einem heftigen Konflikt zwischen sozialistischen Politikern und Vertretern der ÖVP ist es am Vorabend der Amtseinführung Waldheims wegen einer Äußerung des Wiener sozialistischen Bürgermeisters Helmut Zilk gekommen. Zilk hatte anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung „Wien um 1900" in New York indirekt die Mehrheit seiner Landsleute kritisiert, die Waldheim ihre Stimme gegeben hat. Zilk sprach davon, daß es Österreicher gebe, die aus der Geschichte gelernt und solche, die nichts aus ihr gelernt hätten. Er soll auch gesagt haben, er sei als Wiener Bürgermeister stolz, daß 57 Prozent der Wiener – so viele hatten in der Hauptstadt für den Sozialisten Steirer gestimmt – gegen das Vergessen der Geschichte seien.

Führende Politiker der Volkspartei, unter ihnen ÖVP-Vorsitzender Alois Mock und der in New York bei der Ausstellungs-Eröffnung anwesende Wirtschaftssprecher der Opposition im Parlament, Robert Graf, zeigten sich erschüttert, daß der Wahlkampf durch Zilk nachträglich ins Ausland getragen worden sei. Graf sprach von „Niedertracht" und warf dem SPÖ-Politiker vor, er könne die Wahlniederlage nicht ertragen.

Aus Afghanistan gelangen nur wenig Informationen in den Westen / Aussagen eines Überläufers

Schweiz gründet Informationsbüro in Peschawar

rb., Zürich

Zur Verbesserung der Information über das Geschehen in und um Afghanistan plant die „Stiftung Bibliotheca Afghanica" in Liestal bei Basel die Einrichtung eines „Schweizerisch-Afghanischen Hilfs- und Informations-Büros" in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar. Anfang des kommenden Jahres soll das Büro die Arbeit aufnehmen. Bei einer vorbereitenden Sitzung in Zürich erklärten Vertreter der namhaftesten eidgenössischen Zeitungen sowie des deutschsprachigen Rundfunks des Landes ihre Bereitschaft, der „Arbeitsgemeinschaft" beizutreten.

Paul Bucherer, Initiator der „Bibliotheca Afghanica" und heutige Verwalter des unter Aufsicht des Innenministeriums in Bern stehenden größten europäischen Dokumentationszentrums über Afghanistan, umriß die Zielsetzung so: „In Peschawar soll das Informations-Büro in einem gemieteten Haus untergebracht werden. Ein Hotel kommt nicht in Frage. Da wären afghanischer und sowjetischer Geheimdienst allgegenwärtig, und Informanten kämen nur ungern hin. Neben der Einrichtung eines Netzes von Informanten steht die Info-Übermittlung nach Europa im Vordergrund." Pro Jahr wird mit Kosten zwischen 100 000 und 150 00 Mark gerechnet. Die Summe soll von den Zeitungen aufgebracht werden, die der Arbeitsgemeinschaft beitreten.

„Kein einziger der 2500 Soldaten aus Kabul kam ohne Verletzung davon"

Von WALTER H. RUEB

Allein in diesem Jahr wurden 40 Kampfflugzeuge und Hubschrauber der afghanischen Regierungs-Luftwaffe vom Widerstand abgeschossen, weitere 40 schwer beschädigt. Die Verluste der sowjetischen Luftwaffe in Afghanistan belaufen sich allein auf der Airbase Baghram 60 Kilometer nördlich von Kabul auf jährlich zehn Maschinen. „Die Verluste der Regierungs-Luftwaffe sind im allgemeinen höher als jene der Russen", sagte jetzt Brigadegeneral Mir Alam Khan nach seiner Flucht nach Pakistan zu Vertretern des Widerstands. „Der Grund liegt darin, daß viele afghanische Piloten unerfahren und ohne Übung im Luftkampf sind."

160 Flugzeuge zerstört

Der 49jährige Luftwaffen-General diente in Baghram in einer Einheit, die mit der Reparatur von Kampfflugzeugen und Helikoptern beauftragt war. „Etwa drei oder vier Maschinen der afghanischen Luftwaffe mußten monatlich repariert werden", sagte Mir Alam Khan. „Die Verluste der Sowjets muß ich schätzen, denn bekannt sind mir nur jene von der Airbase in Baghram. Von den anderen Stützpunkten der Sowjet-Luftwaffe in Afghanistan habe ich keine Zahlen. Doch mindestens 160 afghanische und sowjetische Flugzeuge wurden allein 1985 abgeschossen und zerstört."

Nach Angaben des prominenten Überläufers sind in Baghram 45 sowjetische Kampfhubschrauber des Typs Mi-17 und Mi-25 stationiert, ferner 36 Kampfflugzeuge und ein Dutzend Transportmaschinen, die zum Teil auch zur Aufklärung eingesetzt werden. Mir Alam Khan: „Die Russen haben ihre Helikopter des Typs Mi-8 und Mi-25 mit einer technischen Vorrichtung versehen, welche die Raketen der Mudschahedin auf dem Weg zu ihren Hitze-Zielen fehlleiten".

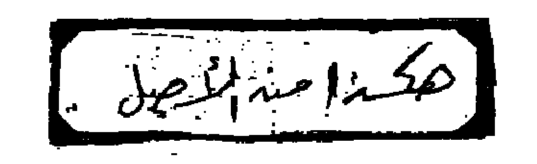
Über die Sicherheitsmaßnahmen der Sowjets rund um ihren Luftstützpunkt in Baghram machte der Brigadegeneral folgende Angaben. „Die Russen haben eine ganze Anzahl von Posten rund um den Stützpunkt eingerichtet", enthüllte Mir Alam Khan. „Auch Panzer sind da stationiert. Damit sie von Raketen nicht getroffen werden können, haben die Russen sie in die Erde gebuddelt. Die sowjetischen Truppen im Einzugsgebiet des Luftstützpunktes schätze ich auf 30 000 bis 40 000 Mann. Während meiner Stationierung in Baghram hörte ich nachts immer wieder den Lärm von Schießereien."

Auch über den Konsum von Haschisch und anderen Drogen in der Roten Armee weiß Mir Alam Khan Bescheid. „Haschisch und Opium wurden im Basar in der Nähe des Stützpunkts offen verkauft. Die Sowjetarmisten wußten genau, wann es dort Rauschgift zu kaufen gab. Manchmal bekamen sie den Stoff auch von Kindern, die sie an ihren Posten besuchten. Manchmal bezahlten die Soldaten Haschisch und Opium mit Geld, oft beschafften sie sich das Rauschgift im Tausch gegen Patronen, Benzin und Autoersatzteile."

Drei Raketenangriffe

Die Frage, ob der Widerstand die Airbaise von Baghram jemals angegriffen und wie viele Opfer es dabei gegeben habe, beantwortete Mir Alam Khan so: „Die Sicherheitsmaßnahmen der Sowjets machen einen Angriff mit leichten Waffen schwer. Aber mit Raketen wurde der Stützpunkt wiederholt angegriffen. Allein im März 1986 fanden drei Raketenangriffe statt. Es gab hohen Sachschaden an Gebäuden, mehrere Russen wurden getötet, doch Flugzeuge wurden nicht getroffen."

Über die Zahl getöteter oder verwundeter Soldaten der Regierungstruppen und der Roten Armee im Raum Baghram konnte Mir Alam Khan keine näheren Angaben machen. „Es ist sehr schwer, exakte Zahlen zu erhalten", sagte er. „Ich weiß nur, daß 2500 Regierungssoldaten nach Baghram geschickt wurden und daß kein einziger von ihnen ohne Verletzung aus dem Kampf mit den Mudschahedin davonkam."



Verlieren wir den Drogen-Krieg? / Eine Allensbach-Umfrage in sieben europäischen Ländern

Nur 48 Prozent der Deutschen halten das Drogen-Problem für „besorgniserregend", zwölf Prozent weniger als noch fünf Jahre zuvor. Auch die Österreicher, Dänen und Niederländer geben sich einem ähnlich trügerischen Gefühl der „Entwarnung" hin, während Franzosen, Spanier und Italiener ein hochwaches Bewußtsein dafür behielten, welche Gefahren vor allem der Jugend durch das Rauschgift drohen. Das belegt eine Umfrage in diesen sieben Ländern, die das Allensbacher Institut für Demoskopie für die WELT angestellt hat. Wo das Eltern-Kind-Verhältnis intakt blieb, so ein Fazit, blieb auch die Wachsamkeit intakt.

Härtere Strafen bringen nicht viel

Von ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Wie läßt es sich entschlüsseln, daß bei fast gleicher Sichtbarkeit und Erfahrbarkeit des Problems der Drogensüchtigen in Deutschland 34 Prozent und in Frankreich 72 Prozent die Rauschgiftgefahr als schweres Problem betrachten? Daß das Bewußtsein von der Drogengefahr in Deutschland, Österreich und Dänemark so gering, in Frankreich, Italien, Spanien groß ist? Wir kommen auf diese Frage zurück. Zunächst werden vier weitere Ergebnisse der internationalen Umfrage berichtet, Fragen nach der besten Strategie zur Bekämpfung der Drogengefahr.

In allen sieben Ländern glauben Mehrheiten der Bevölkerung, mit drakonischen Strafen sei das Problem nicht zu bewältigen, man müsse Wege finden, den Drogensüchtigen zurück ins normale Leben zu helfen. (Siehe Tabellen 6 und 7.)

Eine weitere Frage betraf Abwehrmaßnahmen gegen Länder, die – nach Ansicht ihrer Nachbarn – den Rauschgifthandel nicht entschieden genug bekämpfen und aus denen der Rauschgiftschmuggel der Nachbarländer seine Lieferungen erhält. Weitaus die meisten Strafmaßnahmen gegen solche Länder empfehlen die Deutschen, vielleicht weil sie sich als Land der Mitte – und als Nachbarland von Holland – besonders solchen Importen ausgesetzt fühlen. Die geringste Neigung zu Strafmaßnahmen gegenüber anderen Ländern zeigen die Dänen und die Italiener. (Siehe Tabelle 8.)

Hohe Übereinstimmung besteht wiederum bei der Frage, ob die Regierung im eigenen Land genug zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs tut. Einmal abgesehen von Deutschland und Österreich, sagen in den Ländern Zweidrittelmehrheiten oder noch mehr, die Regierungen täten zu wenig.

Mit etwas Abstand betrachtet, sind die Meinungen in den sieben Ländern zur Strategie, wie die Rauschgiftgefahr zu bekämpfen sei, ziemlich ähnlich. Um so merkwürdiger erscheinen die großen Unterschiede in der Einschätzung der Gefahr, die eher geringere Besorgtheit in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in Dänemark, das hohe Gefahrenbewußtsein in Frankreich, Italien und Spanien, kein Ausgleich über die Grenzen hinweg, sondern wie gegeneinander abgeschlossene Meinungsklimazonen.

Eine solche Situation verdient immer besondere Aufmerksamkeit. Sie ist ein Anzeichen, daß nicht nur die objektiven Verhältnisse das Gefahrenbewußtsein hervorrufen, sondern auch andere Einflüsse. Aber welche?

Das Bild, das sich uns hier im Sieben-Länder-Vergleich bietet, ist eigentümlich vertraut aus einem – man möchte meinen – ganz anderen Lebensbereich, und zwar aus der Einstellung, die die Menschen dieser Länder zu ihren Eltern haben. Auf Österreich müssen wir hier verzichten, weil Österreich in der internationalen Umfrage, mit der wir einen Vergleich ziehen, nicht eingeschlossen war. Aber für die übrigen sechs Länder besitzen wir Ergebnisse aus der internationalen Wertesysteme-Studie, die 1980/81 mit einem Fragebogen, dessen erster Entwurf in Allensbach ausgearbeitet wurde, im Bereich der Europäischen Gemeinschaft – und später auch in vielen anderen außereuropäischen Ländern – stattfand.

Eine der damals gestellten Fragen betraf die Geltung des 4. Gebots, allerdings etwas in demoskopische Sprache eingekleidet. „Hier stehen zwei Meinungen. Welcher von beiden würden Sie eher zustimmen?"

Die beiden Meinungen lauteten: „Ganz egal, welche Vorzüge und Fehler die Eltern haben, man muß sie immer lieben und ehren."

Und: „Man muß seine Eltern nicht achten, wenn sie es nicht durch ihr Verhalten und ihre Einstellung verdient haben."

In Deutschland, Holland und Dänemark unterstützen die erste Meinung, nämlich das 4. Gebot unter allen Umständen zu respektieren, zwischen 35 und 48 Prozent der Bevölkerung, in Frankreich, Italien und Spanien zwischen 70 und 79 Prozent. (Siehe Tabelle 9.)

Wir wissen aus der Analyse dieses Materials, daß in jedem Land ein Zusammenhang besteht: Diejenigen, die mit ihren Eltern ein enges Verhältnis haben, die mit ihren Eltern in Wertvorstellungen zumindest in einigen Bereichen übereinstimmen, halten auch viel eher am 4. Gebot fest. Das heißt, die Einstellung zum 4. Gebot gibt uns einen Anhaltspunkt, wie eng in einem Land die Eltern-Kinder-Beziehung, die Familienbeziehung ist.

Die Ähnlichkeit der Einstellung, die wir zwischen den Ländergruppen Deutschland, Holland, Dänemark hier, Frankreich, Italien, Spanien da sowohl bei dem Gefahrenbewußtsein gegenüber Rauschgift wie auch bei der Zustimmung zum 4. Gebot, der Nähe zwischen Kindern und Eltern finden, ist nicht zufällig. Es gibt tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Rauschgiftgefahr und dem Kinder-Eltern-Verhältnis: Wenn dieses Verhältnis distanzierter ist, wird die Rauschgiftgefahr als weniger ernst betrachtet. (Siehe Tabelle 10.)

Morgen in der WELT
Das ideologische Umfeld der Drogen-Szene – Ehrlichkeit und Treue nur noch die Hälfte wert.

6. Wie läßt sich die Drogensucht wirksam bekämpfen?

FRAGE: „Hier unterhalten sich zwei darüber, wie man dem Drogenmißbrauch am besten begegnen kann. Wem würden Sie eher zustimmen, dem oberen oder dem unteren?" (Vorlage eines Bildblattes)

	Bundesrepublik Deutschland %	Österreich %	Frankreich %	Holland %	Spanien %	Dänemark %	Italien %
„Am wichtigsten ist, dafür zu sorgen, daß niemand mehr süchtig wird, und daß dem Süchtigen ins normale Leben zurückgeholfen wird. Mit Strafen macht man nichts besser."	63	57	54	59	64	79	60
„Das sehe ich ganz anders. Ich finde, wir brauchen strengere Gesetze und härtere Strafen, dann hört der Drogenmißbrauch schon auf."	24	29	38	33	22	14	38
Unentschieden	13	14	8	8	14	7	2
	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Internationale Umfrage, Frühjahr 1986, Repräsentativer Querschnitt ab 16 Jahre, 1000 bis 1700 Interviews pro Land

7. Eingriff in die persönlichen Rechte?

FRAGE: „Wenn man energisch gegen den Drogenmißbrauch vorgehen will, könnte es notwendig sein, auch in die persönlichen Rechte des einzelnen einzugreifen, zum Beispiel jemanden gegen seinen Willen zu zwingen, eine Entziehungskur mitzumachen. Finden Sie, das könnte man in Kauf nehmen, oder finden Sie, daß man auf keinen Fall in die persönlichen Rechte des einzelnen eingreifen darf?"

	Bundesrepublik Deutschland %	Österreich %	Frankreich %	Holland %	Spanien %	Dänemark %	Italien %
Kann man in Kauf nehmen (in persönliche Rechte eingreifen)	55	50	56	62	53	66	65
Darf man auf keinen Fall	27	30	30	27	27	17	24
Unentschieden	18	20	14	11	20	17	11
	100	100	100	100	100	100	100

Basis: Internationale Umfrage, Frühjahr 1986, Repräsentativer Querschnitt ab 16 Jahre, 1000 bis 1700 Interviews pro Land

8. Strafmaßnahmen gegen Länder, die Rauschgifthandel nicht unterbinden

FRAGE: „Wenn in einem Land, aus dem Rauschgift kommt, der Drogenhandel nicht genügend bekämpft oder sogar geduldet wird: Was sollte unsere Regierung da unternehmen, was von dieser Liste hier?" (Vorlage einer Liste)

	Bundesrepublik Deutschland %	Österreich %	Frankreich %	Holland %	Spanien %	Dänemark %	Italien %
Hier bei uns die Drogenhändler aus diesem Land streng bestrafen	60	59	63	56	48	48	49
Bei der Fahndung nach den Verbrechern helfen	56	50	35	39	37	30	22
Die Kräfte in dem Land unterstützen, die hart gegen den Drogenhandel vorgehen	53	39	32	28	33	21	25
Den Bauern in diesem Land helfen, daß sie nicht mehr darauf angewiesen sind, Rauschgiftpflanzen anzubauen	42	35	27	31	23	24	22
Die Einreise für die Bewohner dieses Landes erschweren	40	37	28	14	17	17	29
Der Regierung des Landes fachmännischen Rat anbieten	39	23	7	24	13	14	9
Die Drogenbekämpfung in diesem Land finanziell unterstützen	36	20	21	21	21	12	19
Auf diplomatischem Weg protestieren	33	20	12	23	16	18	16
Unterstützung für dieses Land streichen	33	24	16	14	13	9	9
Gemeinsam mit anderen Staaten gegen dieses Land vorgehen	28	29	27	31	21	17	21
Waren aus diesem Land nicht kaufen	25	24	21	11	12	11	15
Das Land in der Öffentlichkeit anprangern	23	15	12	11	18	3	15
Angehörige dieses Landes ausweisen	13	13	17	9	11	6	10
Keine Touristen in dieses Land reisen lassen	11	14	9	4	6	3	7
Diplomatische Beziehungen zu diesem Land abbrechen	10	9	7	5	10	4	8
Nichts davon	3	7	8	5	9	8	9
	505	418	342	326	308	245	285

Basis: Internationale Umfrage, Frühjahr 1986, Repräsentativer Querschnitt ab 16 Jahre, 1000 bis 1700 Interviews pro Land

9. Vater und Mutter achten?

FRAGE: „Hier stehen zwei Meinungen. Welcher von beiden würden Sie eher zustimmen, der ersten oder der zweiten?"

	Bundesrepublik Deutschland %	Holland %	Dänemark %	Frankreich %	Italien %	Spanien %
1. MEINUNG „Ganz egal, welche Vorzüge oder Fehler die Eltern haben, man muß sie immer lieben und ehren"	48	38	35	75	79	70
2. MEINUNG „Man muß seine Eltern nicht achten, wenn sie es nicht durch ihr Verhalten und ihre Einstellungen verdient haben"	32	49	50	19	17	26
Unentschieden	20	13	15	6	4	4
	100	100	100	100	100	100

Quelle: European Value Systems-Study. EVSSG. 1981.

10. Wachsamkeit der Familie

	1980/81 Menschen mit geringerer Übereinstimmung mit den Eltern %	1980/81 Menschen mit größerer Übereinstimmung mit den Eltern %
Die Rauschgiftgefahr betrachten als ernstes Problem *		
in Deutschland	67	77
in Holland	57	66
in Dänemark	70	73
in Frankreich	66	76
in Italien	89	94
in Spanien	60	83

* Diese Erhebung wurde bei der internationalen Werte-Studie von 1980/81 ohne Graphik, nur mit verbalen Antworten angestellt

Quelle: European Value Systems-Study. EVSSG. 1981.



Amsterdams „Drogen-Brigade" hat zugeschlagen. Die Zeiten der Duldung sind vorbei FOTO: DPA

Der „Heroin-Hafen" Amsterdam wird für die Händler heißer

Von HELMUT HETZEL

Die Leiche schwamm in einer der idyllischen Grachten der holländischen Hauptstadt Amsterdam. Der Tote, ein 38jähriger Mann, so berichten Augenzeugen, die den Mord aus nächster Nähe beobachtet hatten, war „regelrecht exekutiert worden". Der Mörder hatte seinem Opfer aufgelauert, bis es seine Stammkneipe gegen Mitternacht verlassen hatte, und es dann aus nächster Nähe „mit Kugeln durchsiebt". Der Mann habe in panischer Angst und mit letzter Kraft noch verzweifelt versucht, sich nach den ersten Schüssen durch einen Sprung in die Gracht zu retten. Zunächst rätselte man in der Öffentlichkeit über das Motiv des Täters, der unerkannt entkommen konnte. Doch dann kam Licht ins Dunkel dieses mysteriös anmutenden Mordfalles.

Einige Tage später nämlich beschlagnahmten niederländische Rauschgiftfahnder im Rotterdamer Hafen einen Stahlcontainer. Inhalt: 250 Kilogramm reines Heroin erster Qualität. Geschätzter Marktwert: rund 50 Millionen Mark. Es war die größte Menge dieses Rauschgiftes, die von den Drogenfahndern je in Westeuropa aufgespürt und beschlagnahmt wurde. Spezialeinheiten der Polizei und Scharfschützen überwachten den Transport des Heroins zu einem Verbrennungsofen, wo der „Stoff" vor laufenden Fernsehkameras vernichtet wurde. Die Beschlagnahmung und Verbrennungsaktion war die Top-Meldung des Tages in der niederländischen „Tagesschau", dem „NOS-Journal". Und die Polizei erachtete die ungewöhnliche Sicherheitseskorte für das Heroin, die in dieser Form sonst nur Regierungschefs oder Staatsoberhäuptern zum Schutz vor Terroranschlägen zuteil wird, für absolut notwendig, weil sie fürchtete, mit einem bewaffneten Überfall könnte sich die Drogenmafia das für sie wertvolle Heroin in letzter Minute doch noch zurückholen.

Die Drogen-Mafia ließ den Tip-Geber killen

Gleichzeitig sickerte durch: Die als V-Männer agierenden Fahnder der Amsterdamer „Narkotika-Brigade" waren für den sensationellsten Drogenfang aller Zeiten verantwortlich. Sie hatten den heißen Tip, der zum Rotterdamer Heroin-Container führte, von genau jenem 38jährigen Mann erhalten, der beim Verlassen seines Stammlokals in Amsterdam kaltblütig „exekutiert" worden war. Die Amsterdamer Rauschgiftmafia hatte sich offensichtlich grausam an ihm gerächt.

„Wir glauben", sagt Heleen van der Weijden von der Amsterdamer „Narkotika-Brigade", „daß der organisierte Drogenhandel hier in Amsterdam hauptsächlich von Chinesen, Pakistanis und Türken beherrscht wird. Die Chinesen hätten aber in den letzten Jahren zunehmend an Einfluß in diesem für die Hintermänner oft so einträglichen und für die Süchtigen häufig tödlichen Drogengeschäft verloren, „weil die von ihnen unter dem Namen ‚Hongkong-Rocks' verkauften Heroinpackungen nicht mehr mit der Qualität des übrigen Heroin, das hier auf dem Markt ist, konkurrieren können".

Der Amsterdamer Drogenmarkt ist nur auf den ersten Blick und durch die Brille der Statistik gesehen harmlos, in Wirklichkeit aber wohl gigantisch. So wurden zwar 1985 in Amsterdam „nur" 1150 Kilogramm Haschisch und 740 Kilogramm Marihuana, 175 Kilogramm Heroin und 15 Kilogramm Kokain, die jetzige Modedroge, beschlagnahmt. „Das sind aber", so Drogenfahnderin Heleen van der Weijden weiter, „nach unseren Erfahrungen allerhöchstens fünf bis sieben Prozent der insgesamt auf dem Amsterdamer Drogenmarkt umgeschlagenen Mengen."

Wie flexibel und gut versorgt der Amsterdamer Drogenmarkt, vor allem aber der Heroinmarkt sein muß, das läßt sich indirekt auch aus der Tatsache schließen, daß sich nach dem gelungenen Coup der Drogenfahnder und der Vernichtung der von ihnen in Rotterdam beschlagnahmten 250 Kilogramm Heroin – das ist ein Drittel mehr als die gesamte 1985 konfiszierte Jahresmenge – der Heroinpreis in Amsterdam überhaupt nicht veränderte. Nach wie vor kostet das Gramm Heroin in Hollands Hauptstadt rund 125 Gulden und hat – so ist in der „Szene" zu vernehmen – einen Reinheitsgrad von 20 Prozent. Dieser im Vergleich etwa zur Bundesrepublik, wo man, so verlautet in Amsterdam weiter, „mindestens 250 bis 300 Mark" für das Gramm Heroin bezahlen muß und der Stoff zudem nur einen Reinheitsgrad von zehn Prozent habe, relativ günstige Preis sei nach wie vor ein Grund, warum deutsche Heroinabhängige nach Amsterdam pilgern und glauben, hier das Drogen-Mekka zu finden, einen Ort, wo man leicht und billig an den „Stoff, aus dem die Träume sind", kommen könne.

Doch diese Einschätzung ist völlig falsch. Denn die einst im Prinzip so liberale Einstellung der Amsterdamer Bürger und selbst der Stadtverwaltung gegenüber dem Drogenkonsum hat sich in den letzten Jahren rapide, ja grundlegend verändert. Vorbei sind die „toleranten Zeiten", wo der öffentliche Heroinverkauf auf dem berüchtigten „Zeedijk" am Amsterdamer Hauptbahnhof von der Polizei weitgehend unbehelligt gelassen wurde, weil man sich lange dem trügerischen Motto hingab: „Dann ist die Sache auf eine Straße konzentriert, und wir haben den kleinen Heroinhandel unter Kontrolle". Seit Ed van Thijn vor zwei Jahren als Bürgermeister ins Rathaus am Oudezijds Voorburgwal, einer der reizvollsten Grachten in Amsterdam, einzog, riß der energische Sozialdemokrat das Ruder in der Amsterdamer Drogenpolitik radikal herum.

Das Team der „Narkotika-Brigade" wurde mit einem Schlag von 35 auf jetzt 70 Beamte verdoppelt und in eine lokal und eine international agierende Fahndungssektion aufgeteilt, so daß die Zusammenarbeit auch auf internationaler Ebene „erheblich verbessert wurde". Ein Versammlungsverbot für den „Zeedijk" wurde erlassen, das der Polizei jederzeit die Möglichkeit bietet, sofort einzugreifen, falls sich dort mehr als drei Menschen versammeln und den Anschein erwecken, als wollten sie einen „Deal einfädeln". Seither sind die Razzien in den als Drogenumschlagplätze bekannten Cafés, Kneipen und Wohnungen wieder an der Tagesordnung, werden auch kleine Dealer, die in Amsterdam lange Zeit ungeschoren blieben, verhaftet und immer häufiger auch vom Richter verurteilt. 1985 waren das 3418 Personen, die wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz festgenommen wurden, darunter auffallend viele Deutsche, nämlich 224. Die Bürger der Bundesrepublik stellen damit nach den Marokkanern (176 Personen) die größte Gruppe bei den wegen Rauschgiftdelikten in Amsterdam Inhaftierten. Sie werden aber nach ihrer Verhaftung jetzt in der Regel auch ohne Zögern an die deutschen Behörden ausgeliefert oder eben einfach abgeschoben.

„Ihre Situation", so Franz Wimmer vom „Deutschen Hilfsverein Amoc-DHV", der sich in Amsterdam um die Betreuung deutscher Drogensüchtiger kümmert, „hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert." Wimmer meint damit die in Amsterdam verbleibenden Abhängigen aus der Bundesrepublik, deren Zahl auf 800 bis 1000 geschätzt wird. Vorbei seien die Zeiten, wo holländische Behörden jedem ausländischen Drogensüchtigen großzügig geholfen hätten und sie sogar an den hierzulande üblichen „Methadon-Therapien" teilhaben ließen. Diese „Methadon"-Projekte, bei denen einer ausgesuchten Gruppe von schwer Drogenabhängigen unter ärztlicher Aufsicht täglich eine Ration Methadon verabreicht wird, so bestätigt auch der Drogenbeauftragte der Stadtverwaltung, Piet de Ruyter, „gelten ausschließlich nur noch für Amsterdamer Bürger. Nur sie haben einen Anspruch, von uns betreut zu werden." Ziel dieser Therapieprojekte sei es, die Abhängigen „aus dem kriminellen Umfeld herauszuholen" und sie wieder in Kontakt mit der „normalen Gesellschaft zu bringen", so de Ruyter. „Wir versuchen also, den Dealern die Kunden wegzunehmen."

Die Zuhälter drängen ins Drogengeschäft

Doch die Drogenhändler und die im Hintergrund gut getarnt agierenden internationalen Rauschgiftringe sind trotzdem immer wieder dazu in der Lage, neue Kunden und Abnehmer für ihren tödlichen Stoff zu akquirieren. In Amsterdam starben 1985 nach der offiziellen Statistik insgesamt 42 Menschen, darunter acht Deutsche, an einer Überdosis Heroin. „In letzter Zeit", so hört man in der „Szene", „drängen auch immer mehr Zuhälter ins Drogengeschäft, weil die von ihnen auf den ‚Strich' geschickten Prostituierten immer weniger Umsätze bringen." Auch in Amsterdam geht die Angst vor Aids um. Die Zuhälter seien es auch, „die das Rauschgift- und vor allem das Heroingeschäft neuerdings wieder mächtig ankurbeln", wird behauptet.

Daß der Preis für das Heroin in Amsterdam nach dem spektakulären Schlag gegen den organisierten Drogenhandel und der Vernichtung von 250 Kilogramm dieses todbringenden Rauschgiftes auf dem Amsterdamer Drogenmarkt aber nicht anstieg, kann auch noch einen ganz anderen Grund haben: Der Stoff, der übrigens aus Kolumbien kam, war überhaupt nicht für den holländischen Markt bestimmt. Und Rotterdam diente lediglich als Transferstation, denn es ist Einfuhrhafen für den gesamten europäischen Markt.

Dieser milliardenschwere Drogenmarkt, nach den USA das wichtigste Zielgebiet für die Drogenhändler, ist ständig in Bewegung. Denn inzwischen, so weiß man in Amsterdam, wo sich die Drogenfahnder immer mehr darauf spezialisieren, die „großen Fische", die hinter den Kulissen ihre dunklen Geschäfte betreiben, zu fangen, inzwischen haben die Rauschgiftsyndikate auch andere europäische Metropolen als „zukunftsträchtige und damit potentielle Absatzmärkte entdeckt". Genannt werden in diesem Zusammenhang Barcelona und Rom, Städte eben, die – Zufall oder Kalkül der Dealer? – eine lebendige Jugendkultur haben und daher auch Jugendliche aus ganz Europa magnetisch anziehen. Vielleicht liegt es aber auch daran, daß man den Dealern in Amsterdam das Leben zunehmend schwerer macht und ihnen die Stadt, die lange als Europas „Heroin-Hafen Nummer eins" galt, für ihre Geschäfte langsam, aber sicher zu heiß wird.

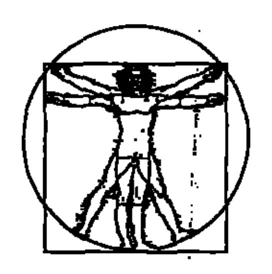
NOTIZEN

Laser öffnet Gefäße

München (dpa) – Verengte Blutgefäße können jetzt besser als bisher mit dem Laserstrahl geöffnet werden. Eine Weiterentwicklung dieses Verfahrens, mit dem ein drohender Herzinfarkt oder Schlaganfall abgewendet werden soll, ist auf dem gestern in München eröffneten 14. Weltkongreß der Angiologen (Blutgefäßspezialisten) vorgestellt worden. Der Laser verdampft Gefäßverengungen bei 400° C. Neu ist die Kopplung des Lasers mit einer Metallspritze, durch die die Hitze des Lasers gezielter und ohne Komplikationen eingesetzt werden kann.

Walfangverbot

Bonn (AP) – Japan hat nach Angaben des World Wildlife Fund (WWF) seine Bereitschaft mitgeteilt, sich freiwillig einem weltwei-



ten Walfangverbot anzuschließen. Dieses Verbot ist von der Internationalen Walfangkommission beschlossen worden, die jedoch keine Möglichkeiten hat, den Beschluß auch durchzusetzen.

Rauchen und Krebs

Heidelberg (dpa) – Krebsforscher aus dem In- und Ausland haben am Samstag abend erneut nachdrücklich vor der Gefahr der Krebsentstehung durch das Tabakrauchen gewarnt und wirkungsvolle Programme für die Gesundheitserziehung in der Bundesrepublik gefordert. Zum Abschluß eines zweitägigen Symposiums der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen über Strategien zur Vermeidung von Krebsrisiken sagte Prof. Peter Bannasch vom Deutschen Krebsforschungszentrum, Krebsrisiken seien heute am deutlichsten im persönlichen Lebensverhalten der Menschen auszumachen.



Auf den Erdbeermärkten Europas herrscht zur Zeit Hochbetrieb. Was dem einen ein Gaumenschmaus ist, wird dem anderen zur üblen Last: die Allergie gegen pflanzliche und tierische Nahrungsmittel. FOTO: DPA/HAID

Wenn frische Erdbeeren zur Last werden

Ernährungswissenschaftler diskutieren über echte und vermeintliche Nahrungsmittel-Allergien

Von LOTTE LUDWIG

Die einen vertreten die Ansicht, daß die Nahrungsmittelallergien in den letzten Jahren zugenommen hätten und wir „durch Lebensmittel krank würden". Die anderen jedoch – unter ihnen die Allergiespezialistin Dr. Claudia Thiel von der Klinik für Diagnostik in Wiesbaden – sind sich einig, daß die Zahl der echten Nahrungsmittelallergien allgemein überschätzt wird.

Allzu leicht werden nämlich Allergien, Pseudoallergien und Unverträglichkeitserscheinungen (Intoleranz) in einen Topf geworfen. Diese Vermutung wurde auch auf einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in Würzburg geäußert.

Da es keine neueren statistischen Daten gibt, sind die Wissenschaftler auf Schätzungen anhand ihrer klinischen Erfahrung angewiesen. Maximal zwei Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik sind als „echte" Nahrungsmittelallergiker anzusehen. Die bedeutendste Nahrungsmittelallergie ist die Kuhmilchallergie, von der Säuglinge und Kleinkinder zu einem Prozent und Erwachsene zu etwa 0,5 Prozent betroffen sind.

Ihr folgen Allergien gegen Hühnerei, Fleisch, Käse, Fisch und Schalentiere. Bei den pflanzlichen Eiweißkörpern gibt es Allergien gegen Gemüse, Obst (Erdbeeren, Stachelbeeren), Bananen, Tomaten, Erdnüsse, Sojaprodukte, Nüsse und Schokolade sowie Getreide. Gegen Pflanzen gerichtete Allergien sind häufig mit der Pollenallergie gekoppelt.

Allergien sind beim Menschen seit Jahrhunderten bekannt, wurden aber erst zu Beginn dieses Jahrhunderts näher erforscht. Artfremdes Eiweiß (Antigen) kann im Abwehrsystem (Immunsystem) des Menschen eine Kettenreaktion auslösen. Dazu gehört neben der Freisetzung von Überträgerhormonen (Histamin, Prostaglandine, Leukotriene etc.) auch die Stimulation bestimmter Blutzellen, körpereigene Abwehrstoffe (Antikörper) zu synthetisieren. Die folgende Antigen-Antikörperreaktion manifestiert sich an Haut und Schleimhäuten des Körpers und verursacht Nesselfieber (Urticaria), Ekzeme, Asthmaanfälle, Durchfall und Erbrechen.

Rohe Lebensmittel sind gefährlicher als gekochte

Eine Allergie tritt vorwiegend beim Verzehr von rohen Nahrungsmitteln auf, weniger bei gekochten, gebackenen, gebratenen oder gegrillten Lebensmitteln. Beachtet werden sollte auch die Tatsache, daß Allergien keineswegs lebenslang bestehen bleiben. Die Kuhmilchallergie der Säuglinge verliert sich bei der Hälfte der Betroffenen von selbst bis zum zwölften Lebensjahr. Um die Kuhmilchallergie der Säuglinge zu überwinden, empfiehlt Professor Ulrich Wahn von der Universitätsklinik Berlin, Kinder bis zum sechsten Lebensmonat zu stillen, oder auf Sojamilch oder Hydrolysate auszuweichen. Meidet man die zu einer Allergie führenden Nahrungsmittel, dann sind Organschäden ausgeschlossen.

Im Unterschied zur echten Nahrungsmittelallergie fehlt bei den Pseudoallergien eine Reaktion des Immunsystems. Sie äußern sich weniger in Krankheitserscheinungen des Magendarmkanals, sondern verursachen Asthmaanfälle, Nesselfieber und Ekzeme. Ausgelöst werden sie durch den Lebensmitteln zugesetzte Farbstoffe oder Konservierungsmittel. Auch Obst, Gemüse, Kräuter und Gewürze können eine Pseudoallergie verursachen.

Eine dritte Gruppe stellen die Unverträglichkeitserscheinungen (Intoleranzen) dar. Sie können beim Verzehr von solchen Lebensmitteln auftreten, die zum Beispiel Histamin enthalten wie Käse und Wein. Auch der Mangel an bestimmten Verdauungsenzymen kann zu einer Lactose-(Milchzucker)-Saccharose(Zucker)-Fructose(Fruchtzucker)-Unverträglichkeit führen.

Die Haut ist eines der wichtigsten Erfolgsorgane sowohl für die echte als auch für die Pseudoallergie. Oftmals kann, wie Dr. Gabriele Bäuerle (Universitätsklinik Erlangen) ausführte, die Familiengeschichte bereits wichtige Hinweise geben. Denn Kinder von Eltern mit bekannter Allergie sind besonders gefährdet.

Andererseits haben beispielsweise Patienten mit Nesselfieber nur in fünf bis zehn Prozent eine entsprechende Vorgeschichte. Nesselfieber hat seine Ursache auch in einer Histaminfreisetzung aus Lebensmittelfarben und Konservierungsmitteln.

Schwierige Abgrenzung auch für den Mediziner

Eine allergische Gefäßentzündung ist zwar selten, aber bei Chininzusätzen in Getränken in Betracht zu ziehen. Spuren von Nickel und nickelreiche Nahrungsmittel können bläschenförmige Ekzeme an den Händen auslösen. Werden Personen gegen Zuckerersatzstoffe sensibilisiert, können unter Lichteinfluß an unbedeckten Körperstellen im Gesicht und an den Händen Ekzeme auftreten.

Wird das nach Hauttest angeschuldigte Nahrungsmittel aus der Kost entfernt, bessern sich auch die Krankheitserscheinungen. Für den Arzt – betonte der Tagungsleiter, Professor Heinrich Kasper, Medizinische Universitätsklinik Würzburg – ist es schwierig, bei einer entzündlichen Darmerkrankung auf eine rungsmittelallergie als Ursache zu schließen und gegenüber anderen funktionellen Störungen abzugrenzen. Die Diagnose wird erleichtert, wenn auch andere Sachverständige hinzugezogen werden.

Der mißratene Beginn oder Zwei Gesichter eines Monats

Von MARTIN BOECKH

Bei der Rückschau auf das Wetter im Monat Juni ist – rein statistisch gesehen – alles beim alten geblieben. Was sind schon 0,5 Grad Temperaturabweichung nach oben? Der Temperaturschnitt sechs deutscher Großstädte stellt sich wenig sensationell dar. Wir sind dieses Jahr schon ganz andere Superlative gewöhnt.

Halbiert man den Juni, so wird deutlich, daß er zwei Gesichter zur Schau trug: Die eine Hälfte war kühl und feucht, die andere war freundlich und zu warm. Je nach Ort waren diese Gegensätze deutlich ausgeprägt: In Mannheim mit einer großen Abweichung der Temperaturen am Monatsanfang von minus 4 Grad, am Monatsende von plus 5,2 Grad, in Hamburg mit einer um 2 Grad schwächeren Abweichung.

Der mißratene Monatsanfang war die Folge eines „Kaltluft-Tropfens", der sich mit großer Beständigkeit über Mitteleuropa festsetzte. So ein Tropfen stellt sich auf einer Höhenwetterkarte als Trog dar, in den, von magischer Hand gesteuert, zielsicher alle atlantischen Schlechtwettergebiete hineingeraten.

Da der Sonne in den kurzen Aufheiterungszonen nur wenig Zeit blieb, die eingeflossene kühle Luft zu erwärmen, blieben die Temperaturen deutlich unter dem Soll: Auf der Zuspitze wuchs die Schneedekke im täglichen Schneetreiben wieder um 30 Zentimeter. Dort lag auch der monatliche Kältepol mit minus 11,1 Grad. In den Städten Hamburg, Essen, Berlin, Mannheim, Stuttgart und München wurde der mittlere Regenwert aus den Jahren 1951 bis 1980 schon in den ersten zehn Tagen fast erreicht.

Die zweite Juni-Woche ließ mit dem ersten Sommertag Optimismus aufkeimen. Ein kräftiger Kälterückfall mit Werten in Hamburg unter 7 Grad hätte Gelegenheit gegeben, von der Schafskälte zu reden. Doch mußten die frierenden Schafe schon im Mai für kühle Tage herhalten. So sprachen die Meteorologen in dieser Zeit von einer Monsunwelle, bei der der Wind deutlich seine Richtung geändert und einen unerwarteten Wetterwechsel bewirkt hatte.

Allen Pessimisten zum Trotz stabilisierte sich zur Monatsmitte in Mitteleuropa dennoch eine Hochdruckzone, die bis in den Juli hinein Bestand hatte. Eine starke Erwärmung des Erdbodens und der unteren Luftschichten ließ die Luft rasch aufsteigen. Kleine Tiefdruckgebiete mit kräftigen Gewitterentladungen waren die Folge. Mit Blitz und Donner regnete es lokal bis zu 40 Millimetern. In allen sechs Stationen beschränkte sich die zweite Juni-Hälfte aber auf nur zwei Regentage.

Die weitere Stabilisierung der Hochdruckbrücke sorgte für sechs absolut regenfreie Tage. In diese Zeit fiel auch das absolute Temperaturmaximum mit 33,1 Grad gemessen in Karlsruhe, einer Station, die sich durch zwei weitere Juni-Rekorde auszeichnete: Zehnmal die höchsten Temperaturwerte und sieben Hitzetage mit über 30 Grad im Schatten.

Für die Bundesrepublik ergab sich trotz fünf zusätzlicher Sommertage nur eine mittlere Temperatur von 16,9 Grad, die somit 0,5 Grad über dem Schnitt lag. München war als einzige der sechs Stationen 0,1 Grad zu kühl, Mannheim dafür 1,1 Grad zu warm.

Juni-Niederschläge haben meist konvektiven Charakter, das heißt sie werden durch erhitzte, aufsteigende Luftmassen ausgelöst. Die Niederschlagsmengen schwanken dann zeitlich und örtlich gewöhnlich stark. Während in Essen das Monatssoll übererfüllt war (131 Prozent), reichte es in München nur zu 76 Prozent. Da in der Mehrzahl der Stationen ein Defizit gemessen wurde, blieb auch der Gesamtwert mit 97 Prozent knapp zu gering.

Die Sonnenscheindauer dagegen war überall vorbildlich: eine strahlende Bilanz von 117 Prozent, zu der die Station Essen mit 135 Prozent den größten Teil beitrug.

Den bäuerlichen Erfahrungen eines sonnigen und trockenen Siebenschläfertages steht dieses Jahr allerdings eine ebenso trockene wie wissenschaftliche Statistik entgegen, die für die kommenden sieben Wochen einen zu kühlen und nassen Sommer vorhersagt: In einem achtjährigen Turnus werden die Sommer immer zu kühl und zu naß. Und in diesem Jahr ist es wieder einmal so weit.

TENNIS / Europas Presse feiert Deutschlands zweimaligen Wimbledon-Sieger als den Spieler des nächsten Jahrzehnts

Lob für die Männer im Hintergrund

Günter Bosch reagierte erst einmal emotional: „Das war wohl der schönste Lohn meiner Arbeit. In diesem Augenblick empfand ich tiefe Dankbarkeit." Vergessen waren in diesem Moment alle Tiefpunkte, die Rückschläge in den vergangenen Monaten, als die erwarteten Erfolge seines Schützlings Boris Becker ausblieben. Da gab es so starke Streitereien im Team Becker/Bosch/Tiriac, daß Anfang des Jahres sogar laut über eine Auflösung des Vertrages nachgedacht wurde.

Die Technik war Diskussionspunkt. Manager Tiriac griff wieder häufiger zum Schläger, um seine Vorstellungen des Schlagtrainings durchzusetzen. Es ging um die Turnierplanung, die mit überflüssig erscheinenden Schaukämpfen durchsetzt wurde. Über die Hotels wurde gestritten: Soll Becker im Spielerhotel wohnen und Gefahr laufen, vom Trubel überrollt zu werden, soll er lieber zurückgezogen wie (häufig zitiert) „im goldenen Käfig leben"?

Dabei wurde zwischen den Dreien geschrieen, auf stur geschaltet oder gar nicht mehr geredet. Doch das waren nur allzu natürliche Abnutzungserscheinungen, die zwangsläufig auftreten mußten. Nach 18 Monaten ununterbrochenen Zusammenseins reinigt Streit auch die Atmosphäre. Der Erfolg gibt Günther Bosch und Ion Tiriac recht. Beide werden seit Sonntag nachmittag endgültig von den großen und bestimmenden Managementgruppen „McCormick Pro Serve" und „Advantage" nicht nur akzeptiert, sondern auch bewundert.

STAND ● PUNKT

Ein Zweimannteam, daß bestens aufeinander abgestimmt ist, in dem jeder für sich seinen Part perfekt absolviert. Günther Bosch, einst Bundestrainer, ist der Mann, der für den sportlichen und privaten Bereich zuständig ist. Das Analysieren von Schwächen und Stärken der Gegner gehört ebenso dazu wie das Besorgen von Trainingspartnern und das Betreuen während der Spiele. Auch außerhalb des Platzes ist es Bosch, der versucht, Boris Becker wieder aufzurichten, ihn für neue Aufgaben zu motivieren. Und obendrein hilft der gebürtige Rumäne seinem Schützling – sozusagen als Zugabe – mit väterlichen Ratschlägen dabei, die für den 18jährigen schwierige Phase des Erwachsenwerdens zu überbrücken.

Auf der anderen Seite steht Ion Tiriac, der weltweit wohl ausgebuffteste Tennisexperte und Manager. Mit untrüglichem Instinkt erkennt der ehemalige Weltklassespieler die Lükken, um seine Entdeckung zu vermarkten. Mit der Großindustrie hat er für deutsche Verhältnisse geradezu gigantische Werbeverträge abgeschlossen. Ohne dabei zu vergessen, daß Boris Becker auch für wohltätige Zwecke Aushängeschild sein kann.

Fairneß steht bei dem schnauzbärtigen Tiriac an erster Stelle. Und deshalb sei es noch einmal gesagt: Die Erfolge von Becker verbieten es, Neid über Millionengagen aufkommen zu lassen. Und: Bosch und Tiriac haben ebenfalls Bewunderung verdient.

H. J. POHMANN

Ehrung in Leimen

Boris Becker wurde nach seinem zweiten Wimbledon-Erfolg (6:4, 6:3, 7:5 über Ivan Lendl) gestern in seiner Heimatstadt Leimen empfangen. Auf dem Balkon des Rathauses überreichte ihm Bürgermeister Herbert Ehrbar den Ehrenbürger-Brief der Stadt. Becker bleibt nur einen Tag in der Heimat. Schon morgen reist er in seinen Wahlwohnsitz Monte Carlo, spannt ein paar Tage aus, ehe er in der nächsten Woche auf der Ferieninsel Mallorca Schaukämpfe gegen den Spanier Emilio Sanchez und den Franzosen Thierry Tulasne bestreitet. Noch in diesem Monat spielt er zwei Turniere um Grand-Prix-Punkte: In Boston vom 21. bis 28. Juli und direkt anschließend in Washington (bis zum 3. August). Beide Turniere sind mit 279 000 Dollar dotiert. In der Weltrangliste dürfte Boris Becker jetzt wieder auf Platz drei hinter dem Tschechoslowaken Ivan Lendl und dem Schweden Mats Wilander stehen.

Der Charme eines Prinzen

Für Europas Presse steht fest: Boris Becker kann noch auf Jahre hinaus der König von Wimbledon sein. „L' Eupipe" (Frankreich) schreibt: „Mit einem Fuß ins neue Jahrhundert. Boris Becker ist der Bindestrich zwischen der Vergangenheit und der neuen Spielergeneration des 21. Jahrhunderts. Er hat einen unwahrscheinlichen Willen und die kollossalste Gewalt, die wir je auf einem Spielfeld gesehen haben." Die Londoner „Daily Mail" beschreibt Becker so: „Der Kind-Kaiser mit dem Lächeln eines Jungen, dem Charme eine Prinzen und dem Blick eines Killers krönte sich selbst." „The Sun" ruft ihm zu: „Laß McEnroe kommen. Wunderkind Boris, du bist besser als John McEnroe." Und „The Star": „Boy-King Boris Becker trampelte Ivan Lendl in den Rasen von Wimbledon. Es scheint, als könne ihn niemand davon abhalten, dieses Turnier das nächste Jahrzehnt zu dominieren."

Und noch ein Rekord

Wenn es um den großen Sport geht, wird die Bundesrepublik Deutschland immer mehr zu einem Land der Fernseh-Zuschauer. 14,22 Millionen saßen vor den Bildschirmen, als Boris Becker gegen Ivan Lendl spielte – so viel wie noch nie bei einer Live-Übertragung aus Wimbledon und 3,03 Millionen mehr als bei Beckers erstem Triumph vor einem Jahr. Mit einer Einschaltquote von 37 Prozent war das Finale vom Sonntag auch die meistgesehenste Fernsehsendung des Tages.

Dennoch blieb ein Rekord unangetastet: 47 Prozent der Haushalte hatten auf Tennis geschaltet, als Becker im Dezember 1985 im zweiten Spiel des Davis-Pokal-Finales gegen Mats Wilander antrat. Und gegen König Fußball verblaßt auch King Boris: Das Endspiel der Weltmeisterschaft in Mexiko zwischen Deutschland und Argentinien hatten 28 Millionen Bundesbürger (64 Prozent Einschaltquote) gesehen.

In der feinen Suite sagte Becker beim Orangensaft: „Die Zeit der jugendlichen Träumerei ist vorbei"

CLAUS GEISSMAR, **London**

Der Abend und der Tag nach dem Triumph – zeigen sie etwas von dem, was hinter einem modernen Athleten an Arbeit steht, was in einem jungen Mann wie Boris Becker vorgeht, wenn er lesen darf oder muß, was über ihn geschrieben steht. In der Londoner „Times" zum Beispiel: „Als Champion ist er schon jetzt bewundernswert, eine außergewöhnliche Mischung von Stärke und Können, Begeisterung und Willenskraft. Er hat den Charme und die Diplomatie, um die schwierige Rolle des nationalen Helden perfekt auszufüllen, den Deutschland gesucht hat." Boris Becker der sportlichen Bühne schon weit entrückt? Heldentum mit 18 Jahren?

Die erste Feier im Luxushotel

Das war der Abend nach dem Wimbledon-Sieg über Ivan Lendl: erste Nachfeier von Boris Becker im feudalen Luxushotel „Londonderry" an der Old Park Lane neben dem Hydepark. Piekfeine Atmosphäre, Empire, große Spiegel und klassizistische Möbel im Foyer. Alle Hotelangestellten im schwarzen Frack. Der Wimbledon-Sieger in weißseidener Trainingshose.

Manager Ion Tiriac läßt seinen neuen Mercedes 560 SEL mit der deutschen Zollnummer Z 896-4272 vor der Luxusherberge im Halteverbot stehen. Manager von zweimaligen Wimbledon-Siegern könnte kein Londoner Bobby durch einen Strafzettel einschüchtern. Tiriac bittet in den ersten Stock in die Suite Nr. 105. Dort stehen drei Reihen goldfarbener Stühle für die Abschiedsfeier mit deutschen Journalisten. Aber ein doppelter Wimbledon-Sieger kann auch eine doppelte Suite bezahlen. Die Tür zur Nachbarsuite Nr. 106 steht offen. Die Kellner mit den schwarzen Schwalbenschwänzen sollen zunächst Champagner servieren.

Tiriac weiß, wie man einen 18jährigen, der endgültig zum Weltstar geworden ist, präsentieren muß. Der Rumäne, der mit seinem dunklen Schnauzbart immer so finster aussieht, ist in Wahrheit ein Mann, auf dessen Wort man sich verlassen kann. Auch für ihn waren die letzten zwölf Monate ein Lernprozeß. Die schlechten Erfahrungen mit einigen Berichten in Deutschland haben ihn etwas pressescheu gemacht. Obwohl er jedes deutsche Wort versteht, spricht er auch mit deutschen Journalisten lieber englisch. Das ist die Sprache im internationalen Tennisgeschäft, mit der der Rumäne Millionen für seinen 18jährigen Schützling verdient.

Die ersten Flaschen Dom Perignon sind schon ausgetrunken, als Boris Becker den Raum betritt. Selbst Trainer Günther Bosch nippt an einem Glas Champagner. Aber Boris Becker braucht nicht eine Sekunde lang nachzudenken: „Für mich ein Glas Orangensaft bitte". Dann setzt er sich auf einen Stuhl an der Wand. Die drei Stuhlreihen im Nachbarzimmer bleiben leer. Statt einer formellen Pressekonferenz geht die Feier in zwangloser Atmosphäre weiter.

Boris Becker beantwortet alle Frage, die auf ihn niederprasseln, ohne nachdenken zu müssen. Wer schon mehr als einen Wimbledon-Sieger in derselben Situation erlebt hat, kann nur staunen über die große innere Ruhe, den sportlichen Anstand, die Bescheidenheit und die Reife dieses 18jährigen. Hier sitzt der Sieger von Wimbledon kurz nach Erfolg, Sieg unter zwei Dutzend Menschen, die alle älter sind als er. Und er gibt Antworten, zu denen viele Erwachsene nicht fähig wären. „Ja, die Jahre der jugendlichen Träumerei sind zu Ende."

Boris Becker spürt selber, daß er den letzten Schritt in die Welt der Erwachsenen vollzogen hat. Und er hat sogar gemerkt: „Die Welt der Erwachsenen ist nüchterner. Es sind eben keine jugendlichen Träume mehr."

Wimbledon 1986 ist mehr wert als der Sieg zuvor

Dieser Wimbledon-Sieger hat voll verstanden, was passiert ist. In den ersten Minuten nachdem er den Centre Court verlassen hatte, haben sich Günther Bosch und Boris Becker in den Umkleideräumen minutenlang in den Armen gelegen. Die beiden Männer konnten nicht sprechen. Aber beide wußten, was geschehen war. Der Jüngling, der Wimbledon im letzten Jahr im Sturm und Drang und mit ein bißchen Tennisübermut genommen hat, ist im Wimbledon-Turnier des Jahres 1986 zum Mann geworden. Da sitzt er nun, hat gleichzeitig nach eigenem Eingeständnis noch „dieses 0:40 im Kopf" und spürt genauso deutlich: Wimbledon 1986 ist noch mehr als der erste Sieg zu einem Meilenstein in seinem Leben geworden. Denn nun hat Boris Becker bewiesen, daß der schon legendäre Sieg vor einem Jahr kein sporthistorischer Zufall war.

Es hat ihm „sehr viel bedeutet", daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker extra darum bat, ihm nach dem Spiel persönlich gratulieren zu können. Von Weizsäcker lobte sein Verhalten auf dem Centre Court. Das aber ist für Boris Becker wieder selbstverständlich. Genauso wie er die internationale Presse Minuten nach dem Sieg mit der Feststellung verblüffte: „Natürlich werde ich in Wimbledon irgendwann auch einmal wieder verlieren. Ich bin doch auch nur ein Mensch."

Der Mensch Boris Becker trank bei der Champagner-Plauderei in der Suite Nr. 106 weiter Orangensaft und gab noch ein Dutzend kluge, erwachsene Antworten. Eigentlich hat er nur eines nicht ganz begriffen: Daß er ein fast überdimensionales menschliches und sportliches Vorbild für die deutsche Jugend und für Gleichaltrige überall auf der Welt geworden ist. Aber wenn er das wüßte, könnte er es vielleicht schon gar nicht mehr sein.

Noch später am Abend, jetzt im Smoking, folgt eine weitere souveräne Vorstellung von Boris Becker. Im vielleicht noch vornehmeren „Savoy"-Hotel, beim Champion's Dinner des All England Lawn Tennic Clubs mit 400 geladenen Gästen, stiehlt er auch Martina Navratilova die Schau. Sie liest ihre Dankesrede vom Blatt, er improvisiert in gutem Englisch. Nachdenklich: „Es war ein langes Jahr für mich, seit ich hier zuletzt zu ihnen gesprochen habe. Ich mußte viel lernen." Und herzlich dankbar: „Vielen Dank an Sie alle, die Sie einen der glücklichsten Momente meines Lebens mit mir teilen. Das Schöne an Wimbledon ist seine große und einmalige Tradition. Hier dabei zu sein, ist ein einmaliges Erlebnis und für mich Jahr für Jahr eine neue und wunderschöne Erfahrung."

Vielleicht stimmt eben doch der Satz nicht nur sportlich, den Boris Becker direkt nach seinem Sieg auf dem Centre Court sagte: „Ich habe hier nicht so sehr gewonnen, weil ich gut Tennis gespielt habe, sondern weil ich gut im Kopf war."



In Abendkleidung vor dem Champion's Dinner unter den Fahnen von Deutschland und den USA: Martina Navratilova, der Herzog und die Herzogin von Kent, Boris Becker. FOTO: TOMMY HINDLEY

TOUR DE FRANCE

Angriff der Cowboys auf dem Rad

Ihre Tugenden sind Unbekümmertheit und Selbstbewußtsein, ihre Trikots in den Farben grün-rot sind bei der 73. Tour de France ein gefürchteter Anblick für die Gegner. Die Rede ist vom US-Rennstall „Seven Eleven" und seinen Rad-Cowboys, die nach einer halben Woche der Frankreich-Rundfahrt bereits einmal das gelbe Trikot und einen Etappensieg verbuchen konnten.

Als Alex Stieda, ein ehemaliger Eishockeyspieler aus Belleville in Ontario, als erster Kanadier überhaupt das gelbe Trikot überstreifte, hielten dies viele Experten für einen Zufallserfolg. Wenige Stunden später mußte der 25jährige („meine großen Vorbilder sind die Eishockeystars Bobby Hull und Phil Esposito") erwartungsgemäß den ersten Rang preisgeben. Rückschläge und Enttäuschungen verkraften die Amerikaner allerdings mit einer sagenhaften Disziplin.

Vielmehr schafften die Schützlinge des sportlichen Leiters James Lionel Oschowitz einen Tag später bei ihrem ersten Tour-Start überhaupt durch Davis Phinney sogar den ersten Tagessieg.

Die amerikanische Mannschaft, gesponsert von einer großen Lebensmittelkette mit 8000 Läden in den USA, entfachte mit ihren Leistungen bislang einen wahren Werbefeldzug für die erstmalig in den Vereinigten Staaten stattfindenden Rad-Weltmeisterschaften (27. August bis 7. September) in Colorado Springs. Bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles forcierte der Konzern – Geldgeber des Velodroms in Dominguez Hills – mit Millionen die „Operation Gold" der amerikanischen Radamateure. Goldmedaillen für die Straßenfahrer Alexi Grewal und Connie Carpenter sowie für die Bahn-Athleten Steve Hegg und Mark Gorski sorgten für einen unerhofften Aufschwung des Radsports in den USA.

Grewal, in Los Angeles wie andere Aktive des Blutdopings bezichtigt und in seinem ersten Profijahr als Fahrer des Panasonic-Rennstalls an Gelbsucht erkrankt, versucht bei Seven Eleven seinen zweiten Anlauf im Profi-Radsport. Mannschaftskapitän und gute Seele des Teams ist der fünfmalige Eisschnellauf-Olympiasieger von Lake Placid, Eric Heiden, der nach dem Rennen den Materialwagen zum Hotel fährt.

Acht Amerikaner, ein Mexikaner und ein Kanadier bilden die Equipe, in der einer für alle, und alle für einen fahren. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist das große Plus der zehn Fahrer. Das feste Jahresgehalt von Phinney wird auf 150 000 Mark geschätzt.

Allerdings sind zum Beispiel die Dotierungen der US-Meisterschaften enorm. Vor drei Jahren kassierte Phinney, ein Geologie-Student aus dem Wintersportgebiet Copper Mountain und damals noch Amateur, 25 000 Dollar für den Erfolg bei den offen ausgetragenen Titelkämpfen. Im letzten Jahr holte sich Heiden die Meisterehren. In diesem Jahr flog sogar Dietrich Thurau in die USA und wurde Zehnter der Titelkämpfe.

In den Alpen und Pyrenäen werden die Amerikaner zwar Lehrgeld bezahlen müssen. Dennoch haben einige Fahrer des Rennstalls schon in der Vergangenheit auf sich aufmerksam gemacht. So fährt Andrew Hampsten, Sieger der diesjährigen Tour de Suisse und im letzten Jahr noch Mitglied von Seven Eleven, bei der Tour 1986 für das Hinault-Team La Vie Claire.

Goodwill Games in Moskau mit Rekorden in der Leichtathletik

Emmijan springt an Carl Lewis heran

sid/dpa, **Moskau**

Die „Goodwill Games" als Rekordspiele: Nach den beiden europäischen Bestmarken durch Weitspringer Robert Emmijan, der 8,61 Meter erzielte, und dessen sowjetischen Landsmann Andrej Prokofjew in 13,28 Sekunden über 110 Meter Hürden lag gestern in Moskau schon die nächste große Leistung in der Luft: Die Amerikanerin Jackie Joyner marschierte am ersten Tag des Siebenkampfes auf die Schallmauer von 7000 Punkten zu.

Die 24jährige Olympiazweite lag mit 4151 Punkten schon deutlich über jenem Zwischenresultat von 4085 Punkten, das Sabine Paetz aus der „DDR" auf dem Weg zum Weltrekord von 6946 Punkten verzeichnete. Jackie Joyner startete mit dem USA-Rekord von 12,85 Sekunden über 100 Meter Hürden, steigerte sich im Hochsprung auf 1,88 Meter, stieß die Kugel 14,76 Meter weit und lief die 200 Meter in 23,00 Sekunden. Erreicht sie jetzt noch zumindest die Leistungen ihres relativ schwachen zweiten Tages bei der Jahresweltbestleistung von 6841 Punkten Ende Mai im österreichischen Götzis, steht ein Weltrekord von 6980 Punkten unter dem Strich.

Robert Emmijan ist nun im Weitsprung der große Favorit für die EM Ende August in Stuttgart. Der 21jährige landete im zweiten Versuch bei 8,61 Meter. Der Pädagogik-Student sprang damit sieben Zentimeter weiter, als Lutz Dombrowski („DDR") vor sechs Jahren beim Olympiasieg an gleicher Stelle. Gleichzeitig verdrängte er Larry Myricks (USA), Zweiter mit 8,41 Meter, von Rang drei der ewigen Bestenliste hinter dessen US-Landsleute Bob Beamon (8,90) und Carl Lewis (8,79). Der nur 1,78 Meter große Armenier war bereits im Winter mit 8,34 Meter Hallen-Europarekord gesprungen, kürzlich im Freien 8,38. Vom Weltrekord aber will Emmijan, anders als Olympiasieger Lewis, noch nichts wissen: „Ich hoffe, in Stuttgart beständig zwischen 8,60 und 8,65 zu springen."

Andrej Prokofjew lief über 110 Meter Hürden Europarekord, ohne daß er das Rennen gewann. Hinter Weltmeister Greg Foster (USA), der in 13,25 Sekunden Jahresweltbestzeit lief, egalisierte der 27jährige Vize-Europameister in 13,28 den elf Jahre alten Rekord des französischen Montreal-Olympiasiegers Guy Drut.

Ein großartiges 100-Meter-Duell der Frauen trat am Ende etwas in den Hintergrund. Heike Drechsler („DDR") lief zwar einen Tag nach ihren windbegünstigten Osloer 10,80 in 10,91 Sekunden Jahresweltbestzeit, wurde jedoch von der zeitgleichen Olympiasiegerin Evelyn Ashford (USA) geschlagen. Mit 83,46 Meter, der drittbesten Weite, die mit dem neuen Speer gemessen wurde, schlug Amerikas Ex-Weltrekordler Tom Petranoff Heino Puste (UdSSR), der 83,12 Meter erreichte.

Am dritten Tag der Schwimmwettkämpfe der Goodwill Games empfahl sich der sowjetische Weltrekordhalter (14:54,76 Minuten) und Olympiasieger Wladimir Salnikow mit 15:10,87 über 1500 Meter Freistil nachdrücklich für die Schwimm-Weltmeisterschaften vom 14. bis 24. August in Madrid – nur der deutsche Meister Rainer Henkel war in dieser Saison mit 15:04,38 Minuten schneller. Im 1500-Meter-Rennen der Frauen schwamm Leslie Daland (USA) mit 16:15,88 Minuten sogar Jahresweltbestzeit und verwies Anke Möhring („DDR") mit 4,42 Sekunden Vorsprung auf den zweiten Platz. Über 4 x 200 Meter Freistil der Herren glänzte das US-Quartett Paul Robinson, Sean Killion, Randy Everatt und John Wichell in einem spannenden Rennen mit 7:21,75 Minuten vor der UdSSR (7:21,83).

BASKETBALL / Letzte Chance bei der WM

Alle Kraft gegen Italien

sid, **Malaga**

Dem ersten Schock, der 69:81-Niederlage gegen Puerto Rico, folgte zwar der erste Sieg, ein 88:70 gegen die Elfenbeinküste – dennoch kann die deutsche Basketball-Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft in Spanien nur noch mit einem Sieg über Italien Rang drei in der Vorrundengruppe C erreichen und in die Zwischenrunde einziehen. „Alle unsere Kräfte werden wir in dieses Spiel legen. Wir haben noch eine kleine Chance, die müssen wir nutzen und unseren Ruf als Fünfter der Europameisterschaft wahren", sagte Bundestrainer Ralph Klein vor dem Duell morgen abend.

In den letzten Länderspielen hatte das deutsche Team die Routiniers aus Italien am Rande einer Niederlage. „Diesmal sind sie reif", tönt die deutsche WM-Entdeckung Michael Koch. Auf Schützenhilfe kann die DBB-Auswahl nur bei den Chinesen hoffen, die trotz ihrer beiden Niederlagen gegen die Medaillen-Favoriten Italien (87:98) und USA (81:107) imponierten. Schnelles, genaues Paßspiel und gute Distanzschützen forderten den Applaus der fachkundigen spanischen Zuschauer heraus. „China ist die kommende Basketball-Nation", prophezeite Manfred Ströher, Präsident des Deutschen Basketball-Bundes (DBB), schon nach seiner letzten China-Reise vor zwei Jahren. Und Co-Trainer Pit Callies meinte: „Wir sollten das Spiel nicht leicht nehmen. Es könnte peinlich werden."

Einige unerwartete Resultate liegen auch in der Parallelgruppe A in Saragossa in der Luft. Hinter dem Gastgeber Spanien mit seinen Stars San Epifanio, Sibilio und Martin werden vermutlich Frankreich, Griechenland mit dem überragenden Schützen Galies und Brasilien um die Plätze eins bis drei kämpfen.

In El Ferrol (Gruppe B) legt Titelverteidiger UdSSR die Grundlage zu seiner vierten Goldmedaille. Souverän wurden WM-Neuling Angola (89:51) und die starken Kubaner (129:87) besiegt. „Den Sowjets kann hier niemand das Wasser reichen. Sie werden Weltmeister", ist Bundestrainer Klein überzeugt.

Olympiasieger USA, Spanien und Jugoslawien könnten die Perfektionisten aus der UdSSR gefährden. Auch die Jugoslawen zeigten in der Vorrunden-Gruppe D auf der Urlaubsinsel Teneriffa vielversprechende Vorstellungen. Gegen Neuseeland (131:61) übertrafen sie mit einer guten Wurfausbeute zum zweiten Mal die Hundert-Punkte-Grenze.

NACHRICHTEN

Acatenangos Erfolg

Paris (kgö) – Deutschlands Grand-Prix-Galopper Nummer eins, der vierjährige Hengst Acatenango aus dem Gestüt Fährhof, gewann mit Steve Cauthen im Sattel mit zwei Längen Vorsprung als 45:10 Mitfavorit den Grand Prix von Saint-Cloud (Europa-Gruppe I). Die Siegprämie betrug 350 000 Mark. Es war Acatenangos neunter Sieg in Folge. Nächster Start: Großer Preis von Baden am 7. September.

Langer Dritter

Versailles (GAB) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) ist auch nach dem 20. internationalen Turnier noch ohne Sieg. Die Offene Meisterschaft von Frankreich beendete er in Versailles trotz hervorragender 71+65+68+68=272 Schlägen bei Par 72 als Dritter. Severiano Balesteros (Spanien) feierte bereits seinen vierten Sieg hintereinander in dieser Saison, diesmal mit 65+66+69+69=269 Schlägen vor Vicente Fernandez (Argentinien) 69+65+69+68=271. Der Deutsche Golflehrer-Meister Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) schied mit 74+75=149 Schlägen nach 36 Löchern aus.

Gewichtheben: Weltrekord

Lipezk (dpa) – Leonid Taranenko, 1980 Olympiasieger im Schwergewicht, stellte bei den sowjetischen Gewichtheber-Titelkämpfen mit 467,5 Kilogramm einen Weltrekord im olympischen Zweikampf des Superschwergewichts auf.

Doping-Fall bei Box-WM?

Düsseldorf (sid) – Das Exekutiv-Komitee des Amateurbox-Weltverbandes (AIBA) beschäftigt sich am 5. August in London mit einem erst nachträglich bekanntgewordenen möglichen Dopingfall während der WM in Reno in den USA. Das Komitee wird ebenfalls über die bei den Olympischen Spielen von Los Angeles festgestellte Verabreichung des Schmerzmittels Lidocain an die kubanischen Boxer beraten.

Führung bei den 470ern

Sonderburg (dpa) – Bei der Segel-EM der 470er-Klasse übernahmen Gabi Tusch und Susanne Wichmann (Beckum/Münster) durch einen zweiten Platz in der dritten Wettfahrt die Führung bei den Damen. Bei den Herren verbesserten sich Joachim und Stefan Oetken (Frankfurt) durch einen dritten Tagesplatz auf Rang drei hinter den Franzosen Peponnet/Pillot und den Holländern Duetz/Bos.

Gegen den Trend

Frankfurt (sid) – Der Hoechst-Marathon, 1981 erster der derzeit sechs großen deutschen Stadt-Marathonläufe, wird von 1987 an nicht mehr durchgeführt. Die Veranstalter wollen den „Trend zur Professionalisierung mit sechsstelligen Startgeldern für" nicht mitmachen.

Porsche-Doppelsieg

Watkins Glen (dpa) – Beim elften Lauf der amerikanischen Imsa-Serie in Watkins Glen gewannen Al Holbert/Derek Bell (USA) auf Porsche 962 vor ihren Markengefährten Larrauri/Moretti (Italien). Jochen Mass (Monaco) landete mit seinem amerikanischen Partner Darin Brassfield auf Rang sieben.

ZAHLEN

GALOPP

117. Deutsches Galopp-Derby in Hamburg-Horn (Europa-Gruppe I, 2400 Meter, 500 450 Mark, 275 225 Mark dem Sieger): 1. Philipo (Jockey Dave Richardson), 2. Night Line (164), 3. El Salto (52). Toto: Sieg 44, Platz: 26, 38, 22. ZW: 880, DW: 5720. – 4. Orfano (20), 5. Del Mondo (312), 6. Alamitos (196), 7. Tiberius (112), 8. Alagos (292), 9. Helikon (988), 10. Westfale, (624), 11. Oldtimer (116), 12. Zinntaler (596), 13. Black Major (544), 14. Mandolino (584), 15. Katmai (688). Richterspruch: Überlegen 4¼–1–½–2½–1¼ Längen. Zeit: 2:32,4 Minuten.

LEICHTATHLETIK

Goodwill-Games in Moskau, Männer, 110 m Hürden: 1. Foster (USA) 13,25, 2. Prokofiew (UdSSR) 13,28. – Weitsprung: 1. Emmijan (UdSSR) 8,61, 2. Myricks (UdSSR) 8,41. – Diskus: 1. Ubartas (UdSSR) 67,12. – Speer: 1. Petranoff (USA) 83,46. – **Frauen**, 100 m: 1. Ashford (USA, 2. Drechsler („DDR") beide 10,91. – 800 m: Gurina (UdSSR) 1:57,52, 3000 m: Stanescu (Rumänien) 8:38,83.

BASKETBALL

Weltmeisterschaft in Spanien, Gruppe A: Spanien – Südkorea 120:73, Griechenland – Frankreich 87:84, Gruppe B: Israel – Angola 95:75, UdSSR – Kuba 129:87, Gruppe C: Deutschland – Elfenbeinküste 88:70, USA – China 107:81, Gruppe D: Niederlande – Neuseeland 84:66, Jugoslawien – Malaysia 131:61.

GOLF

„Trust House Forte Ladies Classic" für Berufsspielerinnen in Köln-Refrath, Endstand (Par 72): 1. Dibnah (Australien) 75+69+67+69=280 Schläge, 2. Stewart (Schottland) 75+68+69+70=282, 3. Leadbetter (USA) 71+74+71+67 und Neumann (Schweden) 67+70+75+71 und Dowling (England) 74+67+71+71 alle 283 ... 15. Chudzinski (Wuppertal) 71+73+73+72=289. – **Deutscher Damenpokal:** Endrunde für Klubmannschaften Kronberg: Brutto: 1. Regensburger GC 364 Schläge, 2. GC Hamburg-Walddörfer 371, 3. Münchner GC 372 – Netto (mit Vorgabe): 1. GC Hamburg Walddörfer 326, 2. MGC Bad Ems 334, 3. GC Hubberath 335.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 1, 3, 12, 14, 21, 35, Zusatzzahl: 9. – **Rennquintett**, Rennen A: 3, 5, 4. – Rennen B: 24, 25, 26. (ohne Gewähr)

Hürden können Europa-Studium nicht stoppen

P. F. R. Bonn

Trotz der Bedenken der Bundesregierung wird das „Erasmus-Programm" der EG-Kommission am 1. Januar 1987 wie geplant beginnen können. Diese Überzeugung vertrat der hochschulpolitische Sprecher der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Professor Werner Münch, vor der Presse in Bonn. Man werde allerdings zunächst „gewisse Reduktionen" am Programm hinnehmen müsse, dessen erste, bis 1989 reichende Phase mit rund 375 Millionen Mark veranschlagt wurde. Das Ziel: Von 1992 an sollen jährlich 150 000 Studenten eine Hochschule in einem anderen EG-Land besuchen.

Münch kritisierte die Bundesregierung, die zwar „großzügig Subventionen" an die Landwirtschaft verteile, aber nicht energisch genug die Chance nutze, die akademische Jugend für die „Idee Europa" zu gewinnen. Es sei nun Zeit, Konflikte mit nationalen Regierungen auszutragen, auch wenn das Europäische Parlament diese Konflikte nicht suche.

Münch räumte ein, daß wichtige Detailfragen noch nicht geklärt seien, zum Beispiel die, daß in etlichen EG-Ländern im Unterschied zur Bundesrepublik Studiengebühren erhoben werden.

Den Hinweis der Bundesregierung auf die Zuständigkeit der Bundesländer in Hochschulfragen akzeptiere seine Fraktion im Europaparlament nicht, da Bonn den Ländern längst die Hälfte der Kosten für den Hochschulbau ersetze, also in Fortschreibung der Verfassung Verantwortung mitübernehme.

Dem Einwand, daß die Römischen Verträge Bildungsfragen nicht zu den Aufgaben der Gemeinschaft zählen, begegnete Münch mit dem Hinweis, hier sei eine Ergänzung notwendig, wie sie bei der Forschungspolitik gefunden worden sei. „Wer die Liberalisierung des Binnenmarktes bis 1992 will, muß auch für eine stärkere Mobilität an Hochschulen sein."

Wenn Bonn bei der ablehnenden Haltung bleibe, degradiere es „den Begriff der Freizügigkeit zu einer leeren Worthülse". Münch betonte, daß der Europäische Rat der Kommission den Auftrag erteilt habe, „ein konkretes Programm vorzulegen". Es sei „widersprüchlich und unglaubwürdig", ihr nun „Programmrausch" vorzuwerfen.

„Managua will Streit in die Kirche tragen"

Kardinal protestiert gegen Ausweisung Bischof Vegas

rtr, Managua

Die Kritik der katholischen Kirche an Maßnahmen der sandinistischen Regierung gegen ihre Würdenträger nimmt an Schärfe deutlich zu. Kardinal Miguel Obando y Bravo, höchster geistlicher Würdenträger des Landes und wichtigste Persönlichkeit der Opposition, hat die Ausweisung des Kirchensprechers, Bismarck Carballo, und des Vizepräsidenten der nicaraguanischen Bischofskonferenz, Pablo Antonio Vega, scharf verurteilt und als „Verletzung der Menschenrechte" bezeichnet. Der Fall Vega sei besonders schlimm, weil der Bischof mundtot gemacht worden sei, noch ehe er über die Regierung Abträgliches gesagt habe, sagte Obando y Bravo im Anschluß an die Sonntagsmesse vor Journalisten.

Vega war Ende vergangener Woche des Landes verwiesen worden und ist nach Honduras gegangen. Wenige Tage zuvor war Carballo die Rückkehr nach einer Auslandsreise verwehrt worden. Beide hatten sich für die regierungsfeindlichen Contras ausgesprochen. Seit dem Sturz Somozas vor sieben Jahren sind nach Angaben der Kirche insgesamt 17 Geistliche des Landes verwiesen worden.

Die Schließung der einzigen Oppositionszeitung, „La Prensa", durch die sandinistische Regierung wertete Kardinal Obando y Bravo als Beweis dafür, daß die Meinungsfreiheit in Nicaragua am Ende sei. „La Prensa" sei die letzte Insel der Meinungsfreiheit gewesen, und sie sei mit dem Verbot des Blattes am 27. Juni ausgelöscht worden. Dem Organ der regierenden sandinistischen Partei, „La Barricada" warf der Kardinal vor, Informationen zu manipulieren und zu verfälschen, um „Streit und Zwietracht" innerhalb der Kirche zu säen. Das Blatt hatte zuvor von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bischofskonferenz berichtet.

Während der Sonntagsmesse Obandos war eine Botschaft von Johannes Paul II. verlesen worden, in der sich der Papst über die „beinahe unfaßbare" Ausweisung Vegas „zutiefst betrübt" äußerte. Obando hatte in seiner Predigt gesagt, die Jünger Christi seien „wie Schafe inmitten von Wölfen" zum Volke geschickt worden, um es zu evangelisieren.

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hat sich persönlich in die Auseinandersetzungen eingeschaltet. In Juigalpa, der Diozöse Vegas, bestritt er, daß seine Regierung Gläubige verfolge. Die beiden ausgewiesenen Geistlichen hätten weder als Nicaraguaner noch als Christen gehandelt, sondern „als Agenten Reagans und Feinde Christi".

Der nicaraguanische Botschafter in Bogota, Francisco Lacayo, reagierte auf die päpstliche Kritik an Vegas Ausweisung mit der Bemerkung, Johannes Paul II. sei über die Gründe der Maßnahme „möglicherweise schlecht informiert" gewesen. Vega sei „nicht würdig gewesen, Nicaraguaner zu sein".

Katholiken loben Bonns Sozialpolitik

KNA, Bonn

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hat den Beschluß der Bonner Regierungskoalition begrüßt, vom 1. Oktober 1987 an stufenweise auch für die vor 1921 geborenen sogenannten Trümmerfrauen Kinder-Erziehungszeiten im Rentenrecht anzuerkennen. Der Beschluß füge sich ein in eine vom ZdK mehrfach geforderte Neuakzentuierung der Familienpolitik und in den damit verbundenen Gedanken einer „Solidarität der drei Generationen", erklärte der Präsident des Katholiken-Komitees, Hans Maier, gestern in Bonn.

Sozialausschüsse fordern Sanktionen

AP, Hannover

Die CDU-Sozialausschüsse haben an die Bundesregierung appelliert, Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Ihr Hauptgeschäftsführer Heinz-Adolf Hoersken sagte in einem Interview der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse": „Der Ruf der Unterdrückten, Bedrohten und Gequälten in Südafrika an den Westen, Schluß zu machen mit der wirtschaftlichen Unterstützung des Apartheid-Regimes in Südafrika, ist inzwischen unüberhörbar geworden." Dies müsse Bonn Anlaß genug sein, jetzt Konsequenzen zu ziehen.

Im DGB ein Streit um die Polizei

hy, Hilden

Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, sorgt sich um das „inzwischen sehr stark durch Emotionen geprägte Klima auch zwischen gewerkschaftlich organisierten Polizisten und Mitgliedern anderer Einzelgewerkschaften". In einem Offenen Brief nennt er zwei Beispiele, wo auch „Gewerkschaftskollegen in hohen Funktionen oder Entscheidungsgremien bessere Beiträge zur Konfliktlösung, oder zumindest -hemmung hätten leisten können".

Schröder erinnert daran, daß das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen erklärt habe, die Kernenergie sei technisch nicht beherrschbar und werde es durch noch so brutalen Polizeieinsatz nicht sein. Bei aller Sympathie für die Polizei wehre sich – nach Pressezitaten – Janßen entschieden dagegen, „daß unsere Söhne in Polizeiuniform für nackte Kapitalinteressen verheizt werden", schreibt Schröder.

Weiter habe Janßen gesagt, „daß bei der Verteidigung der ‚menschenfeindlichen Atomkraftwerke' auch Polizeiangriffe auf Arbeiter geprobt würden, die für ihre Forderungen kämpfen."

Der Chef der Polizeigewerkschaft hielt dagegen: „Wenn der Kollege Janßen von unseren Söhnen in Polizeiuniform spricht, möge er auch an unsere Töchter in Polizeiuniform denken, die in Brokdorf und Hamburg mit dabei waren. Viel bedenkenswerter noch ist die Frage, wessen Söhne und Töchter diejenigen sind, die Molotow-Cocktails, Stahlkugeln und Steine auf ihre Altersgenossen in Polizeiuniform schleudern."

Auch die Vermutung zu äußern, es würden Polizeiangriffe gegen Arbeiter geprobt, sei absurd. In gleicher Weise verurteilt Schröder scharf einen Offenen Brief der Hamburger IG Druck und Papier, der dem „brutalen Polizeieinsatz" die Schuld für die Ausschreitungen auf dem Hamburger Heiliggeistfeld gibt.

Schröder schließt: „Wer aus wenigen Metern Entfernung in die gespannte Zwille in der Hand eines Vermummten blickt, wird von anderen Gefühlen – vom Zorn bis zur nackten Angst – beeinflußt, als verbale Attakken sie hervorzurufen vermögen." Seine Gewerkschaftskollegen fordert er auf. „Denken wir, bevor wir reden."

Polens Kommunisten und die SPD wollen „Rat für Vertrauensbildung"

Gremium soll sicherheitspolitische Fragen beraten / Jaruzelski unterstützt Initiative

BERNT CONRAD, Bonn

Abgeordnete der SPD und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) haben vorgeschlagen, im Rahmen des KSZE-Prozesses einen „Europäischen Rat für Vertrauensbildung" ins Leben zu rufen. Der Rat soll allen KSZE-Teilnehmern, einschließlich USA und Kanada, offenstehen und regelmäßig vertraulich über aktuelle politische und sicherheitspolitische Fragen beraten. Im Falle einer Krise soll der Rat auch außerhalb seiner regelmäßigen Treffen kurzfristig einberufen werden können.

Ehmke informiert Bonn

Der Vorschlag ist von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und des „Abgeordnetenclubs der PVAP" in Bonn ausgearbeitet worden. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke erläuterte die Idee Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Vor Journalisten äußerte Ehmke die Hoffnung, daß die Bundesregierung den Gedanken aufgreifen werde.

Das polnische Arbeitsgruppenmitglied Professor Marian Dobrosielski meinte: „Es wäre gut, wenn die polnische Regierung einen solchen Vorschlag gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vielleicht auch noch mit anderen Staaten einbringen könnte." Diese Erklärungen sollten offensichtlich dem Eindruck entgegenwirken, es handle sich um eine Propaganda-Aktion gegen die Bonner Regierung oder „an der Bundesregierung vorbei".

Der stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Parlaments (Sejm), Ryszard Wojna, versicherte ausdrücklich: „General Jaruzelski hat ja gesagt, wir wollen die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland normalisieren, und zwar mit allen politischen Kräften."

Ehmke erläuterte die Initiative mit dem Hinweis, am KSZE-Verhandlungstisch werde, wenn es um Dokumente gehe, verhandlungstaktisch gesprochen. Der vorgeschlagene „Europäische Rat" solle hingegen ein Gremium sein, in dem nicht verhandelt, sondern vertraulich miteinander geredet werde. Dadurch könnten sich die Beteiligten besser kennenlernen und Vertrauen zueinander gewinnen. Der Reaktorunfall von Tschernobyl wäre beispielsweise ein Thema für den Rat gewesen.

Nach Ansicht Wojnas könnte das neue Gremium auch ein Instrument für eine weitere Entschärfung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sein. Einzelheiten über die Zusammensetzung und die genaue Arbeitsweise des Rates sollen erst später erörtert werden, wenn eine breite Diskussion darüber in Gang gekommen ist.

Ohne Bürokratie

Ehmke hält es für möglich, daß die KSZE-Teilnehmer Botschafter, Regierungsbeauftragte oder auch Kabinettsmitglieder in den Rat entsenden, der mindestens zweimal im Jahr tagen sollte. Wojna bemerkte, es sollte keine Tagesordnung, kein Sekretariat und keine bürokratischen Hemmnisse geben.

Bis zur Wiener KSZE-Folgekonferenz im Herbst wird der Vorschlag nach Auffassung Dobrosielskis wahrscheinlich nicht mehr offiziell eingebracht werden können, vielleicht aber im Verlaufe der sicher länger dauernden Tagung.

Stärkerer Kulturaustausch mit Ungarn?

Genscher äußert Wunsch der Bundesregierung / Budapests Außenminister Varkonyi in Bonn

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher stimmten gestern mit dem ungarischen Außenminister Peter Varkonyi in dem Wunsch überein, möglichst bald zu substantiellen Fortschritten bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu kommen. Sowohl in den Gesprächen Varkonyis mit Kohl und Genscher als auch in seinen Begegnungen mit Bundestagspräsident Philipp Jenninger und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel herrschte Befriedigung über den guten Stand der deutsch-ungarischen Beziehungen.

Der Gast aus Budapest war am Sonntag in Bonn eingetroffen und noch am selben Abend privat mit dem Bundesaußenminister auf Burg Rheineck bei Breisig zusammengekommen. Bei einem offiziellen Gespräch am gestrigen Vormittag unterstrichen beide die Notwendigkeit eines Treffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow noch in diesem Jahr, das zu substanziellen Ergebnissen führen müsse. Einigkeit bestand auch darin, daß bei den Genfer C-Waffen-Verhandlungen ein Ergebnis in erreichbarer Nähe sei.

Genscher äußerte sich enttäuscht über die Reaktion des Warschauer Paktes auf die westlichen Vorschläge bei den Wiener Truppenreduzierungs-Verhandlungen (MBFR). Beide Minister hielten es für notwendig, bei der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) ein Ergebnis zu erzielen. Als ein gutes Zeichen bewertete es Genscher, daß die NATO-Partner und die Warschauer-Pakt-Staaten beschlossen hätten, das KSZE-Folgetreffen in Wien im November auf politischer Ebene zu eröffnen.

Der Bundeskanzler äußerte sich in seinem Gespräch mit Varkonyi positiv über den „relativ hohen Stand" der Kulturbeziehungen, unterstrich jedoch den deutschen Wunsch nach einem Austausch von Kulturinstituten. Darüber laufen Expertenverhandlungen, ohne daß Ungarn allerdings bisher dem Austausch grundsätzlich zugestimmt hat.

Kohl und Genscher stellen erfreuliche Fortschritte bei der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit fest. Der Warenaustausch sei in den vergangenen drei Jahren kräftig gestiegen. Besonders gut entwickelt sich nach den Worten Genschers die industrielle Kooperation. Er betonte: „Die Bundesregierung ist nach wie vor am baldigen Abschluß eines Handelsabkommens zwischen der EG und Ungarn interessiert. Dabei sollten wir uns auf pragmatische Lösungen konzentrieren."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Asyl und Großzügigkeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Kommentar „Die schiere Masse" (WELT vom 26. Juni) zum Asylverfahrensrecht und dem Artikel über das neue Asylrecht machen Sie Zahlenangaben in einer Tendenz, die nicht hingenommen werden kann. Es ist richtig, daß die Gemeinden in besonderer Weise von den Asylbewerbern belastet werden. Ich bin der Meinung, daß ihnen Länder und Bund in



Dr. Burkhard Hirsch, MdB, F.D.P.
FOTO: JUPP DARCHINGER

größerem Umfang die entstehenden Kosten abnehmen müßten, als sie es tatsächlich tun.

Die Zuweisungsquoten liegen in der Regel bei 0,29 Promille Asylbewerber für Gemeinden ab 10 000 Einwohner aufwärts. Das müßte zu verkraften sein. Es ist richtig, daß wir in diesem Jahr mit 80 000 Asylbewerbern rechnen müssen. Wenn man die Zahl der hereinkommenden Asylbewerber nennt, dann muß man aber auch die Zahl der Asylbewerber nennen, die die Bundesrepublik verlassen. Wir haben eher durch Zufall erfahren, daß in den Jahren 1983/84 mehr Asylbewerber die Bundesrepublik verlassen haben, als hereingekommen sind.

In der Bundesrepublik leben zur Zeit 63 000 anerkannte politische Flüchtlinge. Es ist nicht richtig, daß man die dreifache Zahl von Familienangehörigen hinzurechnen müsse. Die Behörden bemühen sich nämlich darum, möglichst alle Familienangehörigen dazu zu gewinnen, eigene Asylanträge zu stellen, damit ein Teil der von ihnen verursachten Kosten den Gemeinden vom Land abgenommen wird.

Es ist vor allem aber falsch, dazu – wie Sie es tun – 250 000 De-facto-Flüchtlinge zu rechnen. Dazu gehören nämlich nicht nur die Asylbewerber, die auf der Grundlage einer Abschreckungspolitik bei uns häufig unter beschämenden Umständen leben, sondern vor allem Asylbewerber, die von den Ländern nicht abgeschoben werden, obwohl sie rechtskräftig abgelehnt worden sind. Fast 70 Prozent (!) der rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber werden von den Ländern „aus humanitären Gründen" nicht abgeschoben, weil man öffentliche Reaktionen fürchtet. Soll ich daraus entnehmen, daß schon unser geltendes Asylrecht in einem so erheblichen Umfang zu inhumanen Ergebnissen führt? Was soll ich eigentlich von dem ständigen Ruf nach der Verschärfung des Asylrechts halten, wenn die Länder das geltende Bundesrecht in einem so enormen Umfang nicht ausführen?

Es gibt beim geltenden Asylrecht sicherlich manches, worüber man nachdenken muß, und man kann insbesondere mit der Verfahrensdauer nicht zufrieden sein. Sie dauert zu lange. Unsere Behörden sollten personell besser ausgestattet werden. Ein bißchen weniger Kleinmut und etwas Großzügigkeit sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Burkhard Hirsch, MdB, FDP

Der Luftsack

„Die letzte Rettung ist oft der Luftsack"; WELT vom 7. Juni

Während eines Besuches in den USA im vorigen Jahr habe ich einen Bericht über den „Airbag" gelesen, in dem die Nachteile, die einer Einführung dieses Rückhaltesystems entgegenstehen, erörtert wurden. Dabei wurde in bezug auf den in Ihrem Artikel herausgestellten, von DB entwickelten „Airbag" festgestellt, daß

- er außer der Tatsache, bei einem Mehrfachaufprall und Überschlägen keinen Schutz zu bieten, unter anderem den Fahrer bei im Anschluß an einen Unfall eventuell notwendigen Lenkbewegungen oder beim Versuch, aus dem umgestürzten Fahrzeug zu entkommen, behindern kann;
- das gesamte System zu kompliziert ist und dadurch mit steigenden Verkaufszahlen die Gefahren von Fehlauslösungen durch unfachmännische Eingriffe in das System, durch Werkstattfehler, durch Materialfehler u. ä. überproportional wachsen;
- die meisten oder zumindest so viele Autofahrer mit diesem hochempfindlichen „Scherzartikel" im Lenkrad einer psychischen Belastung ausgeetzt wären, daß eine gesetzliche Einführung unzumutbar wäre;
- die Verkehrssicherheit durch die Probleme „Fehlauslösung" und „streßähnliche Belastung für viele Autofahrer" nicht erhöht wird und
- nur der frontale Verkehrsunfall ohne Nebenfaktoren, von dem über 70 Prozent risikobereite Autofahrer betroffen werden, den Aufwand, den Preis und die Wahrscheinlichkeit von „Airbag"-bedingten Unfällen nicht rechtfertige.

Als Alternative zu dem DB-„Airbag" gibt es „Airbag"-Systeme, die diese und andere Nachteile nicht besitzen. Der „Airbag" dieser Systeme ist von kleiner Größe und geringem Volumen, hat eine dem menschlichen Körper und Kopf angepaßte Form, wird dem Fahrer nicht ins Gesicht geschleudert, stellt im Falle der Fehlauslösung kein Risiko dar (das Fahrzeug bleibt dirigierbar) und verbleibt nach der Auslösung im aufgeblähten Zustand, um dadurch den Kopf des Fahrers auch bei einem Mehrfachaufprall und Überschlägen zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen
Brigitte Geburzi,
Köln 51

*

Sehr geehrte Redaktion,

da ich selbst erst kürzlich einen Fast-Frontalzusammenstoß – ich fahre den 190er Mercedes – hatte und mein Kontrahent einen größeren Mercedes (ohne Airbag) fuhr, möchte ich eine Anmerkung machen.

Während ich dank des eingebauten „Airbag" nebst Gurtstrammer keinerlei körperliche Schäden davontrug, hatte mein Unfallgegner immerhin schwere Prellungen, verursacht durch die Gurte.

Bei der Schwere des Unfalls hätte ich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mindestens auch schwere Prellungen gehabt, wenn mich der „Airbag" nicht geschützt hätte.

Mit freundlichen Grüßen
Harald Fischer,
Hamburg 52

Wort des Tages

„Wenn durch einen Menschen etwas mehr Güte und Liebe, etwas mehr Licht und Wahrheit in der Welt war, dann hat sein Leben einen Sinn gehabt."

Alfred Delp, deutscher Theologe und Widerstandskämpfer (1907–1945)

Bundeswehr 2000

Serie: „Bundeswehr 2000"

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Verfasser der Artikelserie ist Dank für die Objektivität und Anerkennung für die Sachkunde zu sagen, mit der die einzelnen Beiträge gestaltet wurden. Aus meiner Sicht hat die Darstellung dennoch einen entscheidenden Mangel, der mehr ist als nur ein Schönheitsfehler.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß mehr als 170 000 Beamte und Arbeitnehmer in der Bundeswehr ihren Lebensberuf haben, muß ihre versäumte Erwähnung um so bedauerlicher erscheinen.

Es wäre wünschenswert und nützlich, endlich einmal klar aufzuzeigen, daß die Bundeswehrverwaltung nicht Verwaltung im klassischen Sinne, sondern unverzichtbarer Teil der Bundeswehr ist, damit in Politik und Öffentlichkeit begriffen wird, was der Bundesminister der Verteidigung im Hinblick auf vor uns liegende Herausforderungen meinte, als er kürzlich wörtlich erklärte: „Ohne Bundeswehrverwaltung findet Bundeswehr nicht statt."

Mit freundlichen Grüßen
Lothar Beer,
Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB), Bonn

*

In der Amtszeit der Bunderegierung ist von den verantwortlichen Koalitionspartnern der CDU/CSU und FDP zweifellos Positives für unsere Streitkräfte geschehen. Aber auch im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik steht die angekündigte „große Wende" noch aus. Von „geistiger Führung" (ohne Reglementierung) ist nichts zu spüren. Die gilt auch für die Armee.

Es ist bedauerlich, daß der Bundesminister der Verteidigung, Manfred Wörner, die beachtenswerte Denkschrift des General a. D. Graf Kielmansegg in den Wind schlägt. Der General hat den Kern einer der Schwachstellen getroffen: „... Der Gemeinschaft junger Menschen fehlt die innere Dynamik ..." Die Fragen des „Wogegen" können in der Ausbildung und Erziehung der Soldaten nicht totgeschwiegen werden. Aber die Frage nach dem „Wofür" hat Vorrang. Elementare Anliegen der Verteidigungspolitik gehen das gesamte Volk und unsere plurale Gesellschaft an. Die Bundeswehr ist ein Teil davon. Und Wehrmotivationen müssen einsichtig sein.

Die heute verfügbare Infanteriekomponente, insbesondere die im Gefecht abgesessenen Soldaten, ist absolut unzureichend. Dieser Teil unserer Gesamtstreitkräfte ist an keinem „Feindbild" orientiert. Das aber ist unabdingbar für alle Armeen in West und Ost.

William Grimm, Oberst a. D.
Breitscheid-Hochscheid

Personen

GEBURTSTAGE

Am Mittwoch feiert er seinen 70. Geburtstag: **Harry Poley**, Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen im Landesverband Nordrhein-Westfalen und zugleich stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Seit nahezu vier Jahrzehnten, mehr als die Wirkungszeit einer



Harry Poley

Generation, trägt Harry Poley Verantwortung in der Vertriebenenbewegung. Persönlichkeiten wie er sind rar. Knorrig, unbeirrt, bedächtig seine Pfeife stopfend, ist er kein bequemer Gesprächspartner. Grundsatztreu geht er seinen Weg unbeeindruckt im Tagesgeschrei und Wankelmut der Medienmeinung. Der Bund der Vertriebenen, der Landesverband Nordrhein-Westfalen und die Landsmannschaft Ostpreußen geben Harry Poley zu Ehren am Freitag, dem 11. Juli, im Haus des Deutschen Ostens in Düsseldorf einen Empfang.

*

Dr. **Wolfgang Haendly**, Propst des Domkapitels an der Ostberliner St.-Hedwigs-Kathedrale, feierte am Sonntag seinen 75. Geburtstag. Dem von Haendly geleiteten Domkapitel gehören als residierende Domkapitulare Geistliche aus Ost- und West-Berlin an. 1969 ernannte Papst **Paul VI.** Haendly zum Apostolischen Protonotar.

*

Der Mannheimer Wirtschaftswissenschaftler und Theologe Professor **August Marx** feiert heute seinen 80. Geburtstag. Das vielfältige Werk des Wissenschaftlers und ehemaligen Rektors der Mannheimer Wirtschaftshochschule umfaßt Themen wie die Personalwirtschaftslehre und ethische Probleme der Wirtschaft. Marx plädiert in seinen Schriften für einen Führungsstil, der einer möglichst großen Zahl von Mitarbeitern die Chance der Entfaltung geben soll. Der gebürtige Mannheimer hatte auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachgeholt und in Frankfurt am Main Wirtschaftswissenschaften studiert und sich 1945 im Fach Betriebswirtschaftslehre habilitiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg beriet er das hessische Wirtschaftsministerium und war in der Wirtschaftsabteilung des Länderrats tätig. 1955 nahm er einen Ruf auf den Lehrstuhl für allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der damaligen Wirtschaftshochschule Mannheim an. 1947 hatte Marx das Studium der katholischen Theologie aufgenommen. 1950 wurde er zum Priester geweiht, nach zwei Jahren aber für die akademische Laufbahn freigestellt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Heinz-Dieter Assmann** von der Universität Heidelberg und Professor **Eduard Picker** von der Universität Regensburg haben Rufe auf je einen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftswissenschaft an der Juristischen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen erhalten.

EHRUNGEN

Kenneth D. Blum, Botschaftsrat für Handelsangelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Wien, erhielt vom deutschen Botschafter in Österreich, **Dietrich Graf von Brühl**, das ihm verliehene Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Blum wurde damit für seine Verdienste als langjähriger Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland und als Leiter der Handelsabteilung der Botschaft der Vereinigten Staaten in Bonn um den Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

*

Dem Lyriker und Romancier **Hans Bender** verleiht die Philosophische Fakultät der Universität zu Köln heute die Ehrendoktorwürde. Er erhält diese Auszeichnung in Anerkennung seiner Verdienste als Editor und Literaturkritiker. Zusammen mit **Walter Höllerer** gab Hans Bender seit 1954 „Akzente", die angesehenste Zeitschrift deutscher Nachkriegsliteratur, heraus.

VERANSTALTUNG

Der Vorstand des „Sha'are Zedek"-Krankenhauses in Jerusalem hat für den neuen deutschen Botschafter in Israel, Dr. **Wilhelm Haas**, und dessen Frau einen Empfang gegeben. Anlaß des Empfangs war der Eintritt des Botschafters in den Freundeskreis des Jerusalemer Krankenhauses „Sha'are Zedek". Das Krankenhaus wurde vor 113 Jahren, im Jahre 1873, in Frankfurt am Main mit kaiserlicher Genehmigung gegründet, sowohl zur Linderung des medizinischen Notstandes in Jerusalem als auch zur Stärkung des deutschen politischen Einflusses in der Levante. Bis 1933 wurde das Krankenhaus mit jüdischen wie auch anderen Spenden aus Deutschland unterstützt.

WAHL

Utz Heinzelmann, Direktor für Mieten und Konzessionen der Flughafen Frankfurt am Main AG (FAG), ist in eine wichtige Funktion der internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verkehrsflughäfen, ICAA (International Civil Airport Association), gewählt worden. Als neuer Präsident der „Standing Commission on Commercial Activities" hat Heinzelmann die Aufgabe, mit der Kommission die kommerziellen Einrichtungen auf internationalen Verkehrsflughäfen zu untersuchen, zu fördern und auszubauen.

*

Dr. **Reiner Schütte**, Geschäftsführer im Kunsthaus Lempertz in Köln, ist in Hamburg erneut zum Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Kunstversteigerer gewählt worden.

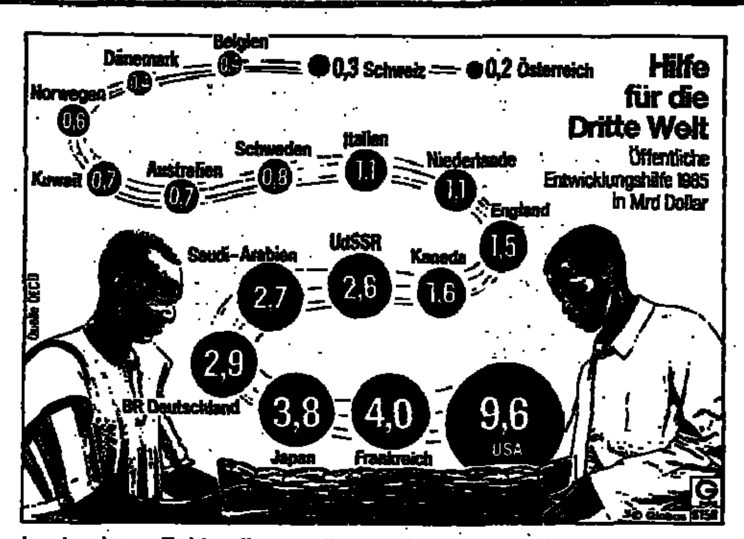
GESTORBEN

Der Schauspieler **Hubert Suschka**, der auch einer der „Kommissare" in der Fernsehreihe „Sonderdezernat K 1" war, ist im Alter von 61 Jahren in einer Hamburger Klinik gestorben. Der gebürtige Breslauer



Hubert Suschka

wurde in den sechziger Jahren einem breiten Fernsehpublikum bekannt, als er in dem Kriminalstück „Melissa" eine Rolle spielte. Vor allem aber auf der Bühne hatte Suschka respektable Erfolge. München und Zürich waren die letzten Stationen, bevor er nach Hamburg kam, zunächst an das Deutsche Schauspielhaus, dann an das Thalia Theater.



In absoluten Zahlen liegen die westlichen Industrienationen, allen voran die USA mit 9,6 Mrd. Dollar an der Spitze der Entwicklungshelfer. In Relation zum Bruttosozialprodukt hingegen sind die Zahlungen der USA mit 0,25 Prozent die geringsten. Saudi-Arabien und Kuwait stehen hier mit knapp drei Prozent vorn. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Japan: Mit Rekordnotierungen des Yen und an der Börse hat die Wirtschaft auf den Wahlsieg der Liberaldemokraten reagiert. Händler erwarten ein weiteres Sinken des Dollar auf 155 Yen.

Bundesbank: Den Kreditinstituten wird ein neuer Mengentender mit einem Festzins von 4,35 Prozent für 35 Tage Laufzeit (9. Juli bis 13. August) angeboten.

Bundesanleihe: Am Donnerstag tritt das Konsortium zusammen, um die Konditionen für eine neue Anleihe über voraussichtlich vier Mrd. DM festzulegen. Rentenhändler erwarten einen Nominalzins von 5,75 oder 6 Prozent.

Euro-Kredit: 250 Mill. Dollar erhält die UdSSR von einem Bankenkonsortium. Der Kredit läuft über zehn Jahre, er wird um 0,25 Punkt über Libor verzinst.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 253,78 (261,51); Chemie: 148,23 (152,72); Elektro: 289,44 (294,81); Auto: 705,37 (728,66); Maschinenbau: 141,67 (145,57); Versorgung: 147,22 (152,57); Banken: 372,00 (384,19); Warenhäuser: 139,91 (142,63); Bauwirtschaft: 481,82 (482,06); Konsumgüter: 157,65 (163,54); Versicherung: 1347,89 (1395,88); Stahl: 145,12 (150,47).

Kursgewinner:	DM	+ %
Adt	76,20	12,0
Pittler	108,00	4,8
Kupferberg	980,00	4,2
Mainkraft	520,00	2,9
Lufthansa St.	159,00	2,5

Kursverlierer:	DM	– %
Bremer Vulkan	104,00	18,7
Hanf Obera. Vz.	220,00	8,3
Lufthansa Vz.	147,00	8,1
PWA	198,50	7,6
Hanf Obera. St.	280,00	6,6

(Frankfurter Werte)

WELTWIRTSCHAFT

Weltbank: Selten wurden so klare Warnungen an die industrialisierten Länder ausgesprochen. Wenn die Haushaltsdefizite weiterhin hoch blieben, könnte die Weltwirtschaft nicht schnell wachsen. Auch sei eine Stop-and-Go-Politik gefährlich. (S. 12)

US-Industrie: Die konjunkturelle Entwicklung war im Juni deutlich nach unten gerichtet. Nach der monatlichen Befragung von Einkaufsmanagern durch die National Association of Purchasing Management war der Industriesektor durch sinkende Produktion, abnehmende Aufträge und Beschäftigung sowie anziehende Preise gekennzeichnet.

Schweiz: Auch nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl will der Bundesrat weiterhin an seiner auf Energiesparen und Verringerung der Ölimporte ausgerichteten Energiepolitik festhalten. Rund 40 Prozent des schweizerischen Strombedarfs werden aus Kernenergie erzeugt. (S. 12)

WAREN & MÄRKTE

Mutterschaftsurlaub: Die den Arbeitnehmern zustehenden Gratifikationszahlungen dürfen wegen der Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs von den Arbeitgebern nicht ohne besondere Rechtsgrundlage gekürzt werden. (AZ: Bundesarbeitsgericht 5 AZR 391/85)

Steuerrecht: Bei den staatlichen Hilfen für Familien mit Kindern sind die mittleren Einkommensgruppen benachteiligt. (S. 12)

Bundespost: Der Werbeetat wird stark erhöht. Er sieht in diesem Jahr Ausgabensteigerungen um 35 Prozent auf über 100 Mill. DM vor. Als „Millionendinger" laufen Kampagnen für das Post-Giro, den Kabelanschluß und die Selbstdarstellung. (S. 14)

Medien: Eine von der Komission für Medienforschungswirkung erarbeitete Studie hat ergeben, wie gering die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der Bundesrepublik auf diesem Gebiet sind. Die meisten Forschungsarbeiten seien gegenüber den internationalen Studien ausgesprochen „hausbakken". (S. 14)

Hitliste der Werbung
Werbeaufwand 1985 in Mio DM für:
1 106 · 769 · 456 · 409 · 392 · 312 · 262 · 244 · 214 · 206 · 196 · 191
Autos · Banken, Sparkassen · Kaffee, Tee, Kakao · Spirituosen · Bier · Pharmazie · Zigaretten · EBV · Süßwaren

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Harmstorf: Wie erwartet wurde gestern Vergleich angemeldet. Vergleichsverwalter ist Rechtsanwalt Jan H. Wilhelm aus Hamburg. (S. 13)

Forbes-Liste: An der Spitze der 500 größten nichtamerikanischen Industrieunternehmen steht weiterhin die Royal-Dutch/Shell-Gruppe mit 81,8 Mrd. Dollar Umsatz. Nach Herkunftsländern führt Japan mit 153 Unternehmen vor Großbritannien mit 69 und der Bundesrepublik mit 61. (S. 12)

Landesbank Stuttgart: Nach dem Scheitern der „Vierer-Lösung", das von dem Institut bedauert wird, soll verstärkt der Verbund mit den württembergischen Sparkassen ausgebaut werden. (S. 13)

Esso: Für die Raffinerie Hamburg-Harburg, die im nächsten Sommer stillgelegt werden soll, interessiert sich die amerikanische Ölgesellschaft Coastal Corp., Houston/Texas. Die Gespräche werden in Kürze aufgenommen.

NAMEN



Blohm + Voss: Dieter Spethmann (Foto), Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, wurde zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der Werft gewählt. Er löst Günther Vogelsang ab, der nach zwölfjähriger Amtszeit „den Vorsitz in andere Hände legen" wollte.

Chemie-Verband: Ministerialdirigent Klaus Wohlleben, zur Zeit Unterabteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, wird im Herbst zum Verband der Chemischen Industrie wechseln und als Mitglied der Geschäftsführung im kommenden Jahr die Leitung der Abteilung Steuern, Finanzen, Volks- und Betriebswirtschaft übernehmen. Er war 1972 mit dem damaligen Wirtschaftsminister Hans Friderichs ins Haus gekommen.

Strukturelle Mobilität in Österreich: Wenn ein Wiener Sängerknabe in den Stimmbruch kommt, bleibt ihm nur die Wahl, Lipizzaner zu werden.

Im Handwerk sind sehr viele Lehrstellen immer noch unbesetzt

WELT-Gespräch mit Generalsekretär Kübler – Chancen auch für Mädchen

ARNULF GOSCH, Bonn

Mit einer Trendwende besonderer Art, die bald zu einem handfesten Problem ausarten könnte, haben es die deutschen Handwerksmeister zu tun: Ihnen fehlt der Nachwuchs. Trotz Jugendarbeitslosigkeit sind zur Zeit in diesem zweitwichtigsten und vielseitigsten Wirtschaftszweig der Bundesrepublik noch viele Lehrstellen frei.

In einer zunehmenden Zahl von Branchen zeichnet sich ab, „daß für den Lehrling früher oder später wieder der ‚der rote Teppich' ausgerollt werden muß", erklärte Klaus-Joachim Kübler, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), gestern in einem Gespräch mit der WELT.

Kübler nannte zwei Beispiele aus allerjüngster Zeit: So hat die Handwerkskammer Stuttgart soeben gemeldet, daß in der Region mittlerer Neckar noch 1979 Handwerkslehrlinge in 77 verschiedenen Berufen gesucht werden. Dabei sei die Zahl dieser offenen Ausbildungsplätze gegenüber dem Vorjahr um 62,9 Prozent gewachsen. Und im Handwerkskammerbereich Ulm suchen 462 Betriebe 662 Lehrlinge.

Damit werde sich die Vorjahresentwicklung in 1986 fortsetzen. Schon 1985 konnten bei insgesamt 237 618 neu abgeschlossenen Lehrverträgen 15 000 bis 18 000 Lehrstellen nicht besetzt werden. Langfristig werde sich diese Entwicklung noch verschärfen. Denn die Zahl der Schulabgänger werde sich innerhalb von vier Jahren um 250 000 verringern.

Da das Handwerk ohne den qualifizierten meisterlichen Könner verkümmern würde, habe es allen Anlaß, jetzt eine „Lehrlings-Offensive" zu starten. Die Bemühungen müßten noch intensiver und flächendeckender vorangetrieben werden. Bedauerlicherweise hätten noch nicht alle die Zeichen der Zeit so richtig erkannt.

Mit zum Teil schon beachtlichem Erfolg hat das Handwerk seine Bemühungen um die Ausbildung von Mädchen und Abiturienten verstärkt. Bereits jeder vierte Handwerkslehrling ist weiblichen Gechlechts, und der Anteil der Lehrlinge mit Hochschulreife ist auf über fünf Prozent gewachsen. Rund 34 000 Abiturienten werden heute im Handwerk ausgebildet. Hierzu haben zweifellos zusätzliche Ausbildungsanreize beigetragen. So sei eine Weiterbildungsprüfung zur „Technisch-kaufmännischen Fachkraft im Handwerk", insbesondere für Mädchen eingeführt worden. Und mit einer Prüfungsordnung für die Fortbildung zur „Verkaufsleiterin" im Nahrungsmittelhandwerk sollen qualifizierten Verkäuferinnen Leitungsaufgaben in den Filialen ermöglicht werden.

Das Handwerk stellte sich aber auch den Herausforderungen der neuen Computer-Technologien. Kübler selbst hat gerade den Vorsitz eines sogenannten „Technologie-Beirates" des deutschen Handwerks übernommen, dessen Ziel es sei, den Technologie-Transfer zu organisieren. In den 330 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten gewinnen die neuen Technologien immer mehr an Bedeutung. Kübler beklagte, daß die Zuwendungen der öffentlichen Hand zu den 170 Millionen Mark Betriebskosten pro Jahr nach der Haushaltssperre spärlicher fließen. Zur Zeit bemühe man sich auch beim Bundesforschungsminister um Mittel für dieses Technologie-Transfer-Konzept.

Ölrechnung sinkt 1986 um 30 Milliarden

Die Entlastung kommt etwa zur Hälfte den privaten Haushalten zugute

HEINZ HECK, Bonn

Die Netto-Ölrechnung der Bundesrepublik wird nach Schätzung des Wirtschaftsministeriums 1986 um 30 bis 35 Milliarden Mark niedriger liegen als 1985 mit etwa 65 Milliarden Mark. Dieser Entlastungseffekt entspricht rund 1,5 bis 1,8 Prozent des Bruttosozialprodukts. Da die Bundesregierung, anders als andere Staaten und entgegen den Forderungen der Opposition, den Rückgang nicht durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer ausgeglichen habe, komme die Entlastung in erheblichem Maße – schätzungsweise zur Hälfte – den privaten Haushalten zugute.

Diese müßten für Mineralölerzeugnisse 1986 rund 15 Milliarden Mark weniger aufwenden als noch im Jahr zuvor. Das entspricht mehr als einem Prozent ihres gesamten verfügbaren Einkommens. Der Anteil der Ausgaben für Mineralölerzeugnisse am privaten Verbrauch dürfte dadurch gegenüber 1985 von knapp 5,5 auf rund 3,5 Prozent zurückgehen. In dieser Entlastungsrechnung sind die mittelbaren Auswirkungen des Ölpreisrückgangs über andere Erzeugnisse ebensowenig berücksichtigt wie der Rückgang des Gaspreises, der erst mit zeitlicher Verzögerung dem Ölpreis folgt.

Für die Industrieländer insgesamt erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem World Economic Outlook für 1986 einen weiteren Rückgang der Ölrechnung um 30 Milliarden Dollar. Von 1980 bis 1985 hatte sie sich bereits von 247 auf 141 Milliarden verringert. Der IWF schätzt, daß der Anteil der Ölrechnung an der Gesamteinfuhr 1986 unter dem Anteil bei Beginn der Ölkrise 1973 liegen wird. Mittel- bis langfristig erwartet die Bundesregierung, wie aus einer gestern vom Presseamt veröffentlichten Analyse zum Energieverbrauch der Industrieländer hervorgeht, wieder einen Ölpreisanstieg, „weil die Opec ihre Marktmacht zurückgewinnen dürfte".

Die Industrieländer haben der Analyse zufolge die Primärenergiegewinnung seit der Energiekrise 1973 bis 1984 um nahezu ein Viertel gesteigert. Die Zunahme entfalle zu 40 Prozent auf Kohle und zu je 30 Prozent auf Öl und Kernenergie (der Selbstversorgungsgrad stieg von 64,7 auf 76 Prozent). Bis 1990 wird in Prognosen, die noch vor dem Reaktorunfall in Tschernobyl erstellt wurden, mit einer weiteren Steigerung um rund 13 Prozent gerechnet.

Dazu soll Kohle mit rund 40 und Kernenergie mit rund 35 Prozent beitragen. Diese Schätzungen seien jedoch mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren (vor allem hinsichtlich Energiekostendifferenzen zwischen Öl, Gas und Kohle sowie Kostensteigerungen durch Umweltanforderungen) belastet. Andererseits werde sich der Ölanteil am Primärenergieverbrauch der Industrieländer, der von 1973 bis 1984 von 53 auf 43 Prozent zurückgegangen war, bis 1990 weiter auf 40 und bis 1995 auf rund 37 Prozent verringern.

Halbzeitbilanz bei Stahl ist sehr enttäuschend

Produktionsrückgang und starker Importanstieg

J. G. Düsseldorf

Unerwartet stark ist die Produktion der deutschen Stahlindustrie im ersten Halbjahr 1986 um 4,6 Prozent auf 19,6 Mill. Rohstahl zurückgegangen. Anders als zu Jahresbeginn, als er noch mit halbwegs stabiler Fortsetzung des 1985 um 2,8 Prozent auf 40,5 Millionen Tonnen gestiegenen Ausstoßniveaus rechnete, erwartet der Produzentenverband nun für 1986 eine Minderung um sechs Prozent auf etwa 38 Millionen Tonnen Rohstahl.

Die Gründe: Dollarschwäche und Protektionismus schwächen den Export, der Inlandsverbrauch stagniert und wird verstärkt aus Importen gedeckt. Diese haben ihren Anteil an der heimischen Walzstahl-Marktversorgung im ersten Tertial (und mit weiter steigender Tendenz) auf reichlich 40 (vor Jahresfrist 38) Prozent erhöht, wobei Lieferungen aus der EG und aus Drittländern gleichermaßen wuchsen.

Das Essener Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) pointiert diese auch nach seinem Urteil „enttäuschende" Halbzeitbilanz mit dem Hinweis, das Produktionsniveau liege nun ein Zehntel unter dem konjunkturellen Höchststand des letzten Herbstes. Im Rest des Jahres werde beim Stahlverbrauch der Abstand zwischen Abwärts bei Röhrenwerken/Schiffbau und Aufwärts bei Fahrzeug/Maschinenbau wohl noch größer werden. Auf dem Weltmarkt sei frühestens ab Herbst mit einer beschleunigten Expansion aus dann überwiegendem Positiv-Effekt des Ölpreisverfalls zu rechnen.

Im Grundsatz, aber je nach Einzellage differenziert, teilen die Stahlunternehmen auch die RWI-Einschätzung, daß sich die (seit 1984 wieder fast durchweg positiven) Produzentenerträge bislang noch weiter verbesserten. Denn die Belastung aus Produktionsrückgang und Preisschwäche (vor allem im Export) werde durch Rohstoffkostensenkung aus der Dollarschwäche überkompensiert.

Hilfe gegen Sonderlasten aus dem US-Protektionismus erhofft sich die Branche auf der morgigen EG-Ministerratssitzung von Bundeswirtschaftsminister Bangemann. Denn die EG-Kommission will den früher bei 60 Prozent liegenden deutschen Anteil an den EG-Halbzeuglieferungen in die USA künftig unter die Hälfte drücken.

AUF EIN WORT




❞ Sofortaussteiger und -umsteiger sind Sicherheitsversager: Sie versagen den Bürgern sichere Energie, sichere Entsorgung und sicherere Kraftwerke auch im Ausland. ❞

Dietrich Austermann, Mitglied des Deutschen Bundestages.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Innovations-Maßstäbe

Von JOACHIM WEBER

Modewellen gibt es überall. Auch unternehmerisches Verhalten ist nicht frei davon. Das, worauf man stolz ist, wechselt in Wellen: stille Reserven, hohe Gewinne, besondere Sozialleistungen, Umweltschutz-Bemühungen. Derzeit ist es besonders chic, „innovativ" zu sein. Das so schön falsche Wort „Technologie" ist in aller Unternehmer und Manager Munde, selbst da, wo es um ganz traditionelle, bodenständige Technik geht.

Manchmal scheint es sogar, als werde der Image-Wettbewerb gar nicht mehr über die herkömmlichen Gesundheitsindikatoren wie Renditen, Eigenkapital- oder Investitionsquoten geführt, sondern nur noch über den Forschungs- und Entwicklungsaufwand und seine Relation zum Umsatz. Immer größer wird jedenfalls die Schar der Unternehmen, die sich lauthals mit ihrer – unlängst noch als Verschlußsache bewahrten – F&E-Quote brüsten.

Sie sind zum Image-Faktor geworden: Die Aufwendungen eines Unternehmens für Forschung und Entwicklung. Doch mehr noch als andere Quoten sind die landläufigen Meßziffern der Innovation mit Fragezeichen zu versehen.

Wer viel für die Forschung ausgibt, der hat eine gesicherte Zukunft – auf diesen Kurz-Schluß des geneigten Publikums kann man sich offenbar verlassen. Grundsätzlich stimmt solche Annahme sogar in einer Phase, in der wirtschaftlicher Erfolg so stark von der Fähigkeit bestimmt wird, das rasante Tempo des technischen Fortschritts mithalten oder ihm gar vorauseilen zu können. Und eine Quote, die besagt, daß jede sechste, achte oder zwanzigste Umsatzmark flugs wieder in die Technik von morgen gesteckt wird, bietet sich auch für die allenthalben so beliebten Vergleiche an.

Nur: Gegenüber der bezifferten Innovationsfreude ist gesundes Mißtrauen angebracht. Denn eine einheitliche Definition der Quote gibt es nicht oder nur in einzelnen Branchen wie der (Groß-)Chemie, ihr Geltungsbereich kann von Betrieb zu Betrieb höchst unterschiedlich abgegrenzt sein, und wie alle diffusen „Erfolgs"-Größen verführt auch diese zur Augenwischerei.

Ob die gesamte Entwicklungsabteilung einbezogen oder die Kunden- oder Anwendungsentwicklung ausgeklammert wird, ob die Kosten der Patentabteilung den allgemeinen Verwaltungskosten oder die einer Null-Serie der Produktion oder beide dem Entwicklungsetat zugeschlagen werden, wie die Forschungseinrichtungen (millionenschwere Labors oder Windkanäle) abgeschrieben werden – all das kann in der Summe zu erheblichen Unterschieden führen (oder geführt werden).

Je nach Betriebsstruktur ist es häufig, vor allem in mittelständischen Unternehmen, auch gar nicht möglich, die Entwicklungskosten realistisch zu erfassen. Der Beitrag des Werkmeisters, der nebenbei über ein technisches Problem nachgedacht hat, oder der Samstagnachmittag, den der Unternehmer und Chefingenieur mit einem Gedankenblitz am Reißbrett verbracht hat – wer wollte sie wo buchen?

Zudem: Ist es denn nur die produkt- und allenfalls noch produktionstechnische Innovation, die die Wettbewerbs- und Existenzfähigkeit eines Unternehmens bestimmt? Kann es nicht sogar gefährlich sein, wenn ein Unternehmen den Blick gar zu fest nur darauf heftet und dabei die Innovation auf anderen wichtigen Gebieten aus den Augen verliert: in der Organisation (wo sich ein ähnlicher Umbruch anbahnt wie in der Produkttechnik), im Marketing oder in der Logistik – allesamt aktuelle Bereiche der Innovation, die aber in keiner Quote erfaßt werden.

Wer die Forschungs- und Entwicklungsausgaben zur Beurteilung eines Unternehmens oder gar zum Vergleich mit anderen heranzieht, bewegt sich also auf einem schmalen Grat. Denn letztlich sagen die Summen kaum etwas über die innovatorische Leistung oder gar Leistungsfähigkeit eines Unternehmens. Unzählbar sind die Beispiele, da kleine Entwickler-Teams mit vergleichsweise geringem Aufwand, aber großer Kreativität, beachtliche Ergebnisse vorzuweisen hatten, nicht minder beeindrukkend die Fälle, in denen überadministrierte Konzern-Entwicklungsabteilungen ergebnislos im eigenen Saft schmorten (gleichwohl aber zu hohen F&E-Quoten beitrugen).

Das Grundproblem bleibt bis auf weiteres ungelöst: Kreativität will sich (gottlob) nicht in Kennziffern fassen lassen – wer Forschungsleistungen vergleichen will, wird sich auch in absehbarer Zukunft noch ansehen müssen, was am Ende tatsächlich herausgekommen ist.

Etwas zu intensiv

ber. – Über den Wert oder Unwert von Technologiezentren, wie sie überall in der Republik im Umfeld mehr oder minder leistungsfähiger Universitäten aus dem Boden schießen, läßt sich trefflich streiten. Sind sie nur Denkmäler politischer Regional-Matadoren, deren Einfallsreichtum sich darin erschöpft, auf einer Welle mitzuschwimmen, die ihren Ursprung – dort aber ganz ohne politischen Einfluß – in den USA hatte? Oder sind sie ein wirklich taugliches Mittel, den viel zu langen Weg der Umsetzung akademisch-wissenschaftlicher Erkenntnisse in wirtschaftlich verwertbare Produkte endlich einmal abzukürzen?

Ist dieser staatliche Eingriff, der letztlich nur eine Sonderform der Subventionierung von Jungunternehmen darstellt, überhaupt legitim im Sinne von systemkonform? Auf jede dieser Fragen lassen sich die unterschiedlichsten Antworten finden, zu jeder von ihnen auch die unterschiedlichsten praktischen Beispiele heranziehen. Denn was da in der Bundesrepublik alles unter dem einen Etikett des Technologiezentrums offeriert wird, sind die unterschiedlichsten Organisationsformen und Intensitäten staatlichen Engagements.

Und hier und da zeichnet sich schon ab, daß dieses Engagement auch etwas zu intensiv ausfallen kann. Wenn sich etwa Jürgen Heraeus, Chef eines gut funktionierenden mittelständischen Technologiekonzerns, darüber beklagen muß, daß ihm das Land Baden-Württemberg den führenden Kopf der Laserentwicklung, eines Zukunftsbereichs par excellence also, mit einem Professorentitel und etwas mehr Gehalt für eines der dortigen Technologiezentren schlichtweg abgeworben hat, dann ist die Grenze eindeutig überschritten.

Denn die Ermutigung akademischer Jungunternehmer und die Aktivierung universitären Wissens sind die erklärten Aufgaben der Zentren, nicht der Abzug von Know-how aus den erfolgreichen Teilen der Wirtschaft, die ohnehin ständig um qualifiziertes Personal zu ringen haben.

Das Bankgeheimnis ist auch nicht mehr, was es einmal war

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die amerikanischen Justizbehörden suchen seit Jahren das Bankgeheimnis ausländischer Finanzplätze „aufzuweichen", um Verbrechen und Steuerbetrug – vor allem den internationalen Drogenhandel wirksamer zu bekämpfen. Nun ist nach langen Verhandlungen ein Rechtshilfeabkommen mit den Cayman-Inseln, einem Offshore-Bankplatz 300 Kilometer südlich von Kuba, unterzeichnet worden. Der Vertrag sieht die Öffnung des Bankgeheimnisses bei strafrechtlichen Ermittlungen gegen „Geldwäscher" der Drogenmafia, Korruption und betrügerischen Handlungen einschließlich illegalen Börsentransaktionen vor. Er erstreckt sich auch auf Steuerdelikte, wenn die Gelder aus illegaler Tätigkeit stammen könnten.

Washington betrachtet das Abkommen als ein „Modell" für ähnliche Vereinbarungen mit anderen Bankplätzen in der Karibik wie den Bahamas, den britischen Jungferninseln, den Turks and Caicos, und auch Panama. Vor zwei Monaten schon hatte die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde die Bahamas dazu bewogen ihr bisher strenges Bankgeheimnis zu lüften, um illegalen Insider-Geschäften eines New Yorker Bankiers mit Hilfe einer Schweizer Bankfiliale auf die Spur zu kommen.

Nach Ansicht des französischen Steueranwalts Edouard Chambost, einer der besten Sachkenner, ist Panamas Bankgeheimnis immer noch ziemlich dicht. Amerikanische Experten glauben, daß „schmutzige" Gelder von 500 Mill. Dollar jährlich durch Panamas Banken geschleust werden. Hier stößt der amerikanische Druck jedoch auf erheblichen Widerstand, da Panama um sein florierendes internationales Bankgeschäft fürchtet und nicht bereit ist, die Geheimhaltung auch bei Steuervergehen zu lockern. Washington muß zudem auf seine strategischen Interessen und Stützpunkte in der Kanalzone Rücksicht nehmen.

In Europa galt die Schweiz noch vor zehn Jahren als ein Muster der Diskretion und ein Hort sowohl legaler als auch „schmutziger" Gelder. Das hat sich aufgrund massiven Drucks aus Washington seitdem grundlegend geändert. Als außenpolitisch isolierter Staat mit großen Bankeninteressen in Amerika hat die Eidgenossenschaft seit der Unterzeichnung eines Rechtshilfeabkommens mit den USA im Jahre 1977 immer mehr nachgeben müssen, betont Chambost.

„Sicherer" als die Schweiz – was das Bankgeheimnis betrifft – gilt heute das benachbarte Fürstentum Liechtenstein das keine großen wirtschaftlichen Interessen in den USA hat und dem Druck Washingtons weniger ausgesetzt ist. Liechtenstein hat auch kein Rechtshilfeabkommen unterzeichnet.

Chambost gibt jedoch Luxemburg den Vorzug. Dort ist das Bankgeheimnis ziemlich unangetastet geblieben, so weit es um Steuer- und Insider-Fragen geht. Auch Luxemburg will kein „schmutziges" Geld; hat jedoch mehr Spielraum beim Bankgeheimnis als die Schweiz. Dazu kommt, daß das Großherzogtum in Konflikten mit Washington auf Unterstützung seiner EG-Partner rechnen kann.

Einige Länder bieten vorsichtigen Anlegern besondere Sicherheiten. In Österreich gibt es „anonyme", auf fiktive Namen lautende Schilling-Konten, aber wenig finanzielle Bewegungsfreiheit. In Andorra bleibt das Bankgeheimnis unangetastet. Monaco ist wohlbekannt als Steueroase für die finanzielle Elite; untersteht aber französischem Bankrecht und kennt daher keine strikte Geheimhaltung.

Ansätze zum Bankgeheimnis – jedenfalls auf dem Papier – finden sich auch in den Ostblockstaaten, besonders in Ungarn und selbst in der Sowjetunion laut Chambost. Ein Konto in Budapest oder Moskau ist vor dem Zugriff westlicher Regierungen sicher. Aber davon wird noch wenig Gebrauch gemacht. Es hapert schon am politischen Vertrauen.

So nähert sich das goldene Zeitalter des Bankgeheimnisses langsam ihrem Ende. „Überall wird die Geheimhaltung mehr und mehr eingeschränkt. Und das geschieht aus achtenswerten Gründen", meint Chambost. „Es geht schließlich um den Kampf gegen Drogenhandel und internationales Verbrechen; ein Anliegen, dem sich die Banken nicht entziehen können."

Wahlsieg beflügelt den Yenkurs

rtr, Tokio

Mit Rekordnotierungen des Yen und am Tokioter Aktienmarkt hat Japans Wirtschaft auf den Wahlsieg der regierenden Liberal-Demokratischen Partei von Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone reagiert. Nakasone bezeichnete den Kursanstieg in einer der ersten Stellungnahmen als „vorübergehend" und kündigte an, er werde versuchen, den Yen in Gesprächen mit anderen Ländern zu stabilisieren. Japanische Devisenhändler rechnen allerdings damit, daß der Dollar gegenüber dem Yen weiter abrutschen wird.

In Tokio eröffnete der Dollar zunächst auf einem Rekordtief von 159,70 Yen. Trotz Interventionen der Bank von Japan fiel er weiter bis auf 158,90 Yen, knapp einen Yen unter dem bisherigen Rekordtief von 159,99 Mitte Mai. Auch in Frankfurt eröffnete der Dollarkurs sehr schwach. Der Mittelkurs lag gestern bei 2,1694 DM.

Auch die Tokioter Aktienbörse reagierte auf den Wahlsieg. Der Nikkei Dow Jones Index legte 207,48 auf 17 802,84 Punkte zu und erreichte damit eine neue Bestmarke. Auf den Finanzmärkten wurden dies als ein Vertrauensbeweis für Nakasones Wirtschaftskurs gewertet. Die Japaner akzeptierten den hohen Kursanstieg des Yen und den Versuch, die heimische Nachfrage anstelle der Exporte zum Wachstumsmotor zu machen, hieß es.

Weltbank setzt auf Stabilität und Konsolidierung

Entwicklungsbericht 1986 kritisiert zahlreiche Fehler in der Agrarpolitik – Subventionen werden oft falsch eingesetzt

H.-A. Siebert, Washington

Eine auf Stabilität und Konsolidierung ausgerichtete Wirtschaftspolitik fordert die Weltbank in ihrem Entwicklungsbericht 1986. Nur so hält die multilaterale Organisation, der seit Polens Beitritt 150 Mitglieder angehören, eine Rückkehr zu den wachstumsträchtigen und fast inflationsfreien 50er und 60er Jahren für möglich. Als weitere Voraussetzungen nennt sie eine stabile Geldpolitik, den Verzicht auf Verzerrungen im Preisgefüge und eine größere Flexibilität auf den Arbeitsmärkten. Notwendig sind außerdem konzertierte Anstrengungen zur Senkung der internationalen Handelsschranken.

An die Dritte Welt ergeht die Aufforderung, mehr zu sparen. Anreize für ausländisches Kapital zu schaffen und die Kapitalflucht umzukehren, was ein Vertrauenssignal für ausländische Investoren und Geschäftsbanken bedeuten würde. Hinzu kommt der wirtschaftlichere Einsatz verfügbarer Ressourcen sowie die Erhöhung der Produktivität. Um Beschäftigung und Einkommen auf eine breitere Basis zu stellen, wird den Entwicklungsländern überdies angeraten, ihre komparativen Kostenvorteile zu nutzen.

Im günstigsten Fall, meint die Weltbank, wächst das Bruttoinlandsprodukt in den Industriestaaten bis 1995 jährlich real um 4,3, in der Dritten Welt sogar um 5,9 Prozent. Zwingend wäre jedoch, daß die Industrieländer weniger als bisher vom Ersparten abzapften zur Finanzierung ihrer Budgetdefizite.

Die positiven Effekte einer Reduzierung: Mehr Geld fließt in produktive Investitionen, Ausstoß und Beschäftigung nehmen zu, soziale Auseinandersetzungen verlieren an Schärfe und Protektionismus wird zum politischen Anathema. Ergebnis: beschleunigtes Wachstum.

In diesem Klima, so die Weltbank, wächst die Chance in Europa, die Arbeitslosigkeit bei relativ stabilen Preisen in den Griff zu bekommen. Sie rechnet ferner vor, daß die nominalen Zinsen auf 5,6 und die Realzinsen auf den historischen Durchschnitt von 2,6 Prozent fallen können, wenn die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer den strukturellen Teil ihrer Haushaltsdefizite eliminieren.

Klar sind die Vorteile für die Dritte Welt: Niedrigere Zinsen und höhere Exporte erleichtern den Schuldendienst, netto fließt Kapital, auch für Investitionen, zu. Bleibt aber alles so wie es ist – laxe Fiskal- und Geldpolitik, Kumulierung von Defiziten und Staatsverschuldung – können die Industrie- und Entwicklungsländer höchstens mit Wachstumsraten von 2,5 und 4 Prozent rechnen.

Selten hat die Weltbank so klare Warnungen an ihre industrialisierten Mitglieder gerichtet. Für sie ist an eine auf längere Sicht schnell wachsende Weltwirtschaft nicht zu denken, wenn die hohen Haushaltsdefizite nicht abgebaut werden. Zwangsläufig steigen die Realzinsen, angefacht wird das Inflationsfeuer und lauter hallt der Ruf nach Importschutz. Eine daraus resultierende Stop-and-Go-Politik würde die Weltwirtschaft auf das enttäuschende Wachstumsniveau der 70er Jahre zurückwerfen. Die Bank zieht zwar den Defizitabbau durch Beschneidung der Staatsausgaben vor, schließt aber höhere Steuern nicht aus.

Zu einem analytischen Schwerpunkt macht der Bericht die Landwirtschaft in der Dritten Welt, die durch falsche Preispolitik und Einfuhrbarrieren der Industriestaaten erheblich gebremst wird. Die Besteuerung der Bauern und die Subventionierung des Konsums vergrößern die Abhängigkeit von ausländischen Nahrungsquellen; durch ihre Eingriffe erhöhen die Regierungen die Unwirtschaftlichkeit und drücken die Produktion. Die Weltbank veranschlagt die Kosten der Einkommenshilfen für die Bauern in den Industrieländern, die von den Steuerzahlern und Verbrauchern getragen werden, auf 100 Mrd. Dollar im Jahr.

Schweiz hängt stark vom Öl ab

Bern setzt weiterhin auf Einsparungen und Kernenergie

ALFRED ZÄNKER, Genf

In der schweizerischen Energiepolitik bleibt – trotz Tschernobyl – zunächst alles wie gehabt. Zwar haben auch hier die Atomkraftgegner massiven Auftrieb erhalten. Doch Bern will sich nicht aus dem Konzept bringen lassen. „Das politische Klima für den weiteren Ausbau der Kernenergie ist rauher geworden", meint ein leitender Beamter, „Tschernobyl ist ein Mahnmal. Aber der Bundesrat hält an seiner bisherigen Politik fest."

Als energiearmes Land hatte die Schweiz seit den siebziger Jahren auf Erdölsubstitution durch Erdgas und Kernkraft gesetzt. Außer den bereits zu 90 Prozent ausgenutzten Wasserkraftreserven gibt es keine wichtigen Energievorkommen. Der Ölanteil am Energieverbrauch ist seit 1973 von fast 80 auf weniger als 66 Prozent gesunken. Der Anteil der Elektrizität dagegen ist von 15 auf 21 gestiegen, der des Erdgases von zwei auf acht Prozent. Trotzdem bleibt die Abhängigkeit vom importierten Öl hauptsächlich aus Libyen, Algerien und Nigeria größer als in der Bundesrepublik und in den meisten anderen europäischen Ländern.

Im Rahmen der Elektrizitätswirtschaft hat der Übergang zur Atomkraft eine entscheidende Rolle gespielt. Inzwischen werden rund 40 Prozent des Strombedarfs aus Kernkraftwerken gespeist. Im Winterhalbjahr 1985/86 waren es – saisonbedingt – sogar 48 Prozent.

Fünf Kernkraftwerke

Heute sind fünf Kernkraftwerke mit zusammen 2900 Megawatt (MW) Nettoleistung in Betrieb. Dazu kommen bedeutende Importe aus Frankreich. Der Bau eines sechsten schweizerischen Kernkraftwerkes mit 925 MW in Kaiseraugst nahe Basel ist für 1988/89 vorgesehen. Es soll bis 1995 fertiggestellt werden, begegnet aber schon seit Jahren starkem lokalen Widerstand in der Baseler Region.

Erst im September 1984 hatten die Eidgenossen eine von Linken und Grünen angeführte Volksinitiative gegen den Ausbau der Kernkraft mit deutlicher Mehrheit von 55 Prozent abgelehnt. Nach Tschernobyl ist nun ein Stimmungsumschwung eingetreten. Nach jüngsten Umfragen befürworten jetzt 56 Prozent der Bevölkerung den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie.

Auf jeden Fall wird Bern in den nächsten Jahren in der Energiepolitik vorsichtig taktieren und die Sicherheitsfragen in den Vordergrund stellen müssen. Leon Schlumpf, der im Bundesrat für Verkehr und Energie zuständige Minister, hält den Zeitpunkt für endgültige Beschlüsse jedoch noch nicht für gekommen. Im Oktober soll eine neue Energiedebatte stattfinden. Dann will Bern einen umfassenden Bericht vorlegen und die Konsequenzen und Kosten verschiedener Szenarien aufzeigen.

Energiesteuer im Gespräch

Der Bundesrat wird einstweilen jedenfalls seine bisher „auf sparen, substituieren, forschen und vorsorgen" ausgerichtete Energiepolitik fortsetzen. Zwar könne man die steigende Elektrizitätsnachfrage durch Tariferhöhungen etwas bremsen. Trotzdem müsse das Stromangebot in den nächsten Jahren erweitert werden, betont Schlumpf. Es gebe einfach „keine realistische Initiative zur Atomenergie". Ein Ausstieg aus der Kernkraft sei weder ökologisch noch wirtschaftlich zu verantworten.

Von Kritikern wird jetzt eine Energiesteuer ins Gespräch gebracht. Ob die politischen Voraussetzungen dafür bestehen, ist fraglich. Denn erst kürzlich stieß ein Vorschlag des Bundesrates, Heizöl- und Erdgaszölle zu erhöhen, bei Wirtschaft und Bevölkerung auf laute Proteste und wurde im Parlament abgelehnt.

Bund und Kantone werden jedenfalls mehr tun müssen, um das Energiesparen zu fördern. Gespart wurde bisher hauptsächlich in der Industrie. Auch die Internationale Energie-Agentur (IEA) in Paris warnte die Schweiz kürzlich, daß es bei zunehmendem Ölverbrauch in den kommenden Jahren neuer Anstrengungen bedürfe.

Die WELT veröffentlicht in loser Folge Beiträge zur Energiepolitik in anderen Ländern.

Briten kaufen mehr Aktien

Privatisierungen haben den Anlage-Reiz erhöht

fu, London

Die Zahl privater, also nicht-institutioneller Aktionäre hat sich in den vergangenen zwei Jahren in Großbritannien mehr als verdoppelt. Wie eine Erhebung des British Market Research Bureau zeigt, besitzen heute rund 16 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Aktien. Damit wird eine vom Schatzamt im April durchgeführte, aber von vielen angezweifelte Erhebung, wonach 14 Prozent der erwachsenen Briten Aktien halten, mehr als bestätigt.

Der Anstieg gilt als Erfolg der Regierung Thatcher. Sie hat das Ziel, aus den Briten ein „Volk der Aktionäre" zu machen. Die jüngsten Privatisierungsaktionen (British Telecom, British Aerospace oder Jaguar) haben ihre Bemühungen unterstützt.

Die Marktforscher haben herausgefunden, daß der durchschnittliche individuelle Aktienbesitz einen Wert von 4000 Pfund oder 13 440 DM hat. Gehalten werden im Schnitt Aktien von vier Gesellschaften. Rund 30 Prozent der privaten Aktionäre kamen zu ihrem Aktienbesitz über Beteiligungsinitiativen ihrer Arbeitgeber. Damit gewann die Aktien insbesondere bei Jugendlichen und niedrigbezahlten Arbeitnehmern Popularität.

Aus der Erhebung geht auch hervor, daß die neuen Aktionäre ihren Aktien relativ treu bleiben. Während mehr als die Hälfte der privaten Aktionäre während der letzten zwölf Jahre Aktien gekauft haben, haben weniger als 20 Prozent in der gleichen Zeit Aktien verkauft. Dennoch scheinen sie anlagebewußt zu sein: Knapp die Hälfte der Aktionäre stellt den Kurswert ihres Aktienbesitzes mindestens einmal pro Woche fest.

US-Konzerne überrundet

Liste der 500 größten nichtamerikanischen Unternehmen

dpa/VWD, New York

Die 500 größten nichtamerikanischen Industrieunternehmen der westlichen Welt erzielten 1985 einen Umsatz von 3,19 Billionen Dollar. Das waren 20 Prozent mehr als der Umsatz der 500 größen US-Industrieunternehmen, berichtet das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Forbes". An der Spitze der Liste steht weiterhin die Royal-Dutch/Shell-Gruppe mit 81,8 Mrd. Dollar Umsatz. Das niederländisch-britische Unternehmen ist damit fast so groß wie der weltweit größte Energiekonzern, die Exxon Corporation (New York), und mit Abstand größer als die Mobil Corporation und andere US-Ölmultis.

Den Bereich Chemie und Pharma beherrschen auf der „Forbes"-Liste die drei Farbennachfolger BASF, Bayer und Hoechst und die britische Imperial Chemical Industries. Jede einzelne dieser vier Gesellschaften rangierte umsatzmäßig vor der amerikanischen Dow Chemical Co, dem zweitgrößten US-Chemiekonzern. Nur der US-Branchenführer F. I. Du Pont de Nemours übertraf mit 29,24 Mrd. Dollar Umsatz seine ausländischen Rivalen.

Im Fahrzeugbau haben mehr als die Hälfte der nichtamerikanischen Unternehmen (14 von 27) ihren Sitz in Japan, darunter die Toyota Motor Co. und die Nissan Motor Co. Die Bundesrepublik ist mit vier Unternehmen Nummer zwei – einschließlich VW und Daimler-Benz.

Unter den oberen Zehn sitzen sieben japanische Konzerne, die British Petroleum Co. und Italiens Ente Nazionale Idrocarburi (ENI). Die Deutschen besetzen erst die Plätze 23, 24 und 25 (VW, Siemens und Daimler-Benz).

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Entwicklungsbank in Polen

Bonn (J.G.G.) – Noch dieses Jahr wird in Polen eine „Exportentwicklungsbank" entstehen, berichtet die dem Außenhandelsministerium nahestehende Zeitschrift „Rynki zagraniczne" (Außenhandelsmärkte). Hauptaufgabe der neuen Bank wird eine Forcierung des Exports gen Westen und die Modernisierung der polnischen Exportindustrie sein.

Boussac erfolgreich

Paris (J.Sch.) – Die Sanierung des zweimal in Konkurs geratenen französischen Textilkonzerns Boussac hat letztes Jahr zu einer Verminderung der Verluste von 403 Mill. Franc 1984 auf 90 Mill. Franc geführt. Mit der Aufgabe von weiteren 2380 Arbeitsplätzen sollen 1987 keine roten Zahlen mehr geschrieben werden. Die Holding Financiere Agache, aus der die Gebrüder Willot inzwischen ausgeschieden sind, erwartet einen Gewinn von 120 Mill. Franc.

Cogema zuversichtlich

Paris (J.Sch) – Die Cogema, die in fast allen Stufen des nuklearen Kreislaufs weltweit führende Tochtergesellschaft des französischen Atomenergiekommissariats (CEA), beurteilt Ihre Aussichten mit Vorlage des glänzenden Geschäftsberichtes trotz Tschernobyl und Ölpreisverfall zuversichtlich. Bei einem um Umsatzplus von 29 Prozent stieg der konsolidierte Reingewinn auf 921 Mill. Franc.

Uhren ticken wieder

Genf (Zä.) – Nach langjähriger Strukturkrise sieht die Schweizer Uhrenindustrie der Zukunft wieder mit wachsendem Vertrauen entgegen. Dies zeigt auch der Jahresbericht der „Schweizerischen Gesellschaft für Mikrotechnik und Uhrenindustrie". Der sanierte Konzern konnte seinen Umsatz 1985 trotz sinkenden Dollars auf 1,8 Mrd. Franken steigern. Für 1986 erwartet man einen Verkaufsanstieg bei Uhrwerken auf 37 Mill. und bei Fertiguhren auf 15 Mill. Stück.

Wettlauf um Privatisierung

Paris (J.Sch) – Der Mischkonzern Saint-Gobain hat mit der Emission von 8 Mill. Investment-Zertifikaten zum Preise von je 300 Franc für nominal je 100 Franc den Wettlauf um den ersten Platz der französischen Privatisierungsaktion eingeleitet. Von den Zertifikaten sind 40 Prozent privaten Zeichnern, 30 Prozent institutionellen Anlegern, 20 Prozent ausländischen Investoren und 10 Prozent der Belegschaft vorbehalten.

Interforst 86

München (dpa/VWD) – Besser als bisher beurteilten Aussteller und Besucher den Verlauf der Interforst 86, die am Sonntag auf dem Münchner Messegelände nach sechs Tagen zu Ende gegangen ist. Insgesamt besuchten nach Angaben des Veranstalters rund 25 000 Interessenten aus 54 Ländern die 5. Fachmesse für Forst und Rundholztechnik. 92 Prozent der Aussteller beurteilten den Messeverlauf positiv. Die nächste Interforst findet vom 3. bis 8. Juli 1990 in München statt.

Wochenausweis

	30.6.	23.6.	31.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	59,4	58,7	58,4
Kredite an Banken	106,2	96,0	92,0
Wertpapiere	5,0	4,9	4,7
Bargeldumlauf	116,1	103,8	115,4
Einl. v. Banken	54,1	35,9	41,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	6,3	14,2	1,6

Wenn das Studium zu einer Last wird ...

HEINZ STÜWE, Bonn

Bei den finanziellen Hilfen des Staates für Familien mit Kindern stehen die mittleren Einkommensgruppen am schlechtesten da. Zudem sind sie von einem kinderfeindlichen Steuerrecht besonders betroffen. Diese Bestandsaufnahme zogen Wissenschaftler auf einem Symposion in Bonn, zu dem Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) eingeladen hatte.

Professor Alois Oberhauser, Freiburg, hat untersucht, in welchem Umfang eine Familie für ihr drittes Kind, das studiert und nicht zu Hause wohnt, durch BAföG, Kindergeld sowie den Kinder- und den Ausbildungsfreibetrag insgesamt finanziell entlastet wird. Die Ergebnisse zeigen das Problem: Familien mit einem Netto-Einkommen unter 1700 DM werden durch Kindergeld und BAföG um 620 DM monatlich besser gestellt. Bei darüberliegenden Einkommen sinkt die finanzielle Begünstigung vor allem aufgrund verminderter BAföG-Sätze bis auf 320 DM im Monat (bei 34 000 DM Jahreseinkommen). In der nächsten Einkommensklasse bleibt die Finanzhilfe in etwa konstant, fällt dann aber bei 80 000 DM Jahreseinkommen wegen des niedrigeren Kindergeldes von 350 auf 275 DM. Danach wird die Entlastung jedoch wieder kontinuierlich größer – wegen der doppelten Progressionseffekte beim Ausbildungsfreibetrag und Kinderfreibetrag.

Das Phänomen, daß nicht nur Familien mit weniger als 35 000 DM netto im Jahr für ihre Ausbildungskosten besondere Hilfe erfahren, sondern daß die Unterstützung oberhalb von 80 000 DM Nettojahreseinkommen wieder steil ansteigt, nennt Oberhauser „das Mittelstandsloch".

Die Problematik ist den Politikern nicht verborgen geblieben. Der Bundestag hat bereits bei der Regierung eine genaue Analyse angefordert. Frau Wilms bat die Wissenschaftler, darüber nachzudenken, wie ein Gefälle im Lebensstandard zwischen Familien, „je nach dem, ob sie Kinder in der Ausbildung haben oder nicht", verhindert werden könne.

Eine Möglichkeit, die Ausbildungskosten auf zwei Generationen zu verteilen, ist das Bildungssparen. Analog dem Bausparen werden dabei – von den Eltern – über mindestens zehn Jahre Gelder angespart. Nach Beginn der Ausbildung werden monatliche Raten ausgezahlt, zunächst aus dem Guthaben, später auf Darlehensbasis. Das Darlehen muß erst zurückgezahlt werden, wenn der Geförderte ins Berufsleben eintritt. Professor Achim Zink, Vorstandsvorsitzender der Badenia Bausparkasse AG, unter dessen Leitung das Modell entwickelt wurde, wies darauf hin, daß das Bildungssparen ohne eine attraktive staatliche Prämie keine Realisierungschance habe.

Das Sammelsurium verschiedener Maßnahmen zur Sparförderung um eine weitere zu bereichern, sei nicht sinnvoll, wurde ihm entgegengehalten. Wenn den mittleren Einkommensgruppen geholfen werden solle, müßten die Einkommensgrenzen so hoch angesetzt werden, daß die übrige Sparförderung ausgehöhlt werde. Professor Oberhauser plädierte statt dessen dafür, die Einzelmaßnahmen zugunsten der Familien zu integrieren. Daneben sollte der Student die Möglichkeit haben, unabhängig vom elterlichen Einkommen zwischen einem Zuschuß und einer Zinsbeihilfe zur Kreditfinanzierung der Ausbildung wählen zu können.

Die Rechtspraxis ist nach Auffassung von Prof. Paul Kirchhof, Heidelberg, von einer gerechten Besteuerung der Eltern mit Kindern weit entfernt. „Die Nichtberücksichtigung von Ausbildungskosten benachteiligt Familien mit mittlerem Einkommen", betonte der Rechtswissenschaftler. Während einkommensschwache Familien BAföG-Leistungen erhielten, könnten gut verdienende Eltern durch Übertragung von Erwerbsquellen auf die Kinder den Effekt eines „Familiensplittings" erreichen. Alle übrigen müßten Unterhalt und Ausbildung der Kinder aus versteuertem Einkommen bestreiten.

Kirchhof erinnerte an das Postulat des Bundesverfassungsgerichts, daß Aufwendungen zur Existenzsicherung bei der Einkommensteuer von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden müßten, weil sie die steuerliche Leistungsfähigkeit minderten. Die Ausbildung der Kinder gehöre aber zweifelsfrei zum existentiellen Mindestbedarf. Der ausbildungssichernde Aufwand müsse daher innerhalb bestimmter Höchstgrenzen bei der Einkommensteuer abgesetzt werden können, forderte Kirchhof. Das sei keine Steuervergünstigung. Eine progressive Einkommensteuer dürfe von ihrem Sinn her nur auf das frei verfügbare Einkommen zugreifen, denn „die progressive Besteuerung der Ausbildungsleistungen ist eine Kinderbesteuerung".

Scheitern der Fusion bedauert

Landesbank Stuttgart will Verbund ausbauen

nl. **Stuttgart**

Die Landesbank Stuttgart will ihre Anstrengungen verstärken, den Verbund mit den württembergischen Sparkassen, deren Girozentrale sie ist, weiter auszubauen. Dies ist eine der Konsequenzen, die das Institut aus dem Scheitern einer „Viererlösung" des maßgeblich vom baden-württembergischen Ministerpräsident Lothar Späth initiierten Versuchs der Schaffung einer einzigen großen Landesbank im Südwesten zieht.

Vorstandsvorsitzender Gerhard Volz, der jenen Mißerfolg „sowohl aus sparkassen- als auch aus unternehmens- und wirtschaftspolitischer Sicht" bedauerte, stellte fest, daß die Landesbank Stuttgart jedoch mit der erreichten Ertragsstärke und der guten Marktposition auch den künftigen Anforderungen des Marktes gerecht werden könne. Fürs erste werde man sich bemühen, den aus den württembergischen Sparkassen und ihrem Dachinstitut bestehenden „Finanzkonzern" mit rund 100 Mrd. DM addierter Bilanzsumme noch effektiver zu gestalten.

Im laufenden Geschäftsjahr 1986 hat bei der Landesbank Stuttgart das Wachstum des Ertrags (bis einschließlich Mai) über dem der Geschäftsausweitung gelegen. Der Zinsüberschuß nahm um 8,5 Prozent zu. Man rechne erneut mit einem guten Jahresabschluß, zumal sich im außerordentlichen Bereich aus heutiger Sicht keine besonderen Belastungen abzeichneten. Die Bilanzsumme des Instituts war in den ersten fünf Monaten um 1 Milliarde auf 32,8 Mrd. DM angestiegen.

Im ganzen Jahr 1985 hat sich die Bilanzsumme dieses Zentralinstituts der württembergischen Sparkassen um 10 Prozent auf 31,8 Mill. DM ausgeweitet. Das gestiegene Geschäftsvolumen führte bei fast unveränderter Zinsspanne zu einem auf 274 (Vorjahr: 257) Mill. DM erhöhten Zinsüberschuß. Das Teilbetriebsergebnis nahm um 10 Prozent auf 213 Mill. DM zu. Ausgewiesen wird ein deutlich auf 51 (30) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuß, aus dem das von den württembergischen Sparkassen gehaltene Stammkapital von 300 Mill. DM mit unverändert brutto 9 Prozent verzinst wird. Die Rücklagen wurden um 39 Mill. auf 270 Mill. DM verstärkt.

Airbus-Flotte wird verjüngt

Hapag-Lloyd erwartet 1986 „noch positives Ergebnis"

dpa/VWD, **Bremen**

Die Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen, erwartet nach einem zufriedenstellenden Geschäftsabschluß im vergangenen Jahr für 1986 ein „deutlich ungünstigeres, aber insgesamt noch positives Ergebnis". Dies sagte Vorstandssprecher Hans Jakob Kruse vor der Hauptversammlung in Bremen.

Christoph von der Decken, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG und zugleich Aufsichtsratvorsitzender von Hapag-Lloyd, nahm zu den Verkaufsabsichten der beiden Großaktionäre Dresdner Bank und Deutsche Bank Stellung. Er sagte, beide Banken mit zusammen 80 Prozent des Aktienkapitals hielten an ihren bekannten Absichten fest, „mittelfristig ihre Beteiligung an Hapag-Lloyd zu reduzieren". Dies bedeute jedoch keine Verabschiedung aus dem Unternehmen. Zur Zeit zeichneten sich trotz „großen Interesses von ausländischer Seite" spektakuläre Verkäufe nicht ab.

Kruse wies vor allem auf die „bekannten Probleme" wachsender Übertonnage, sinkender Frachtraten sowie „unfairer und zum Teil ruinöser Wettbewerbspraktiken" hin. Der Geschäftsbereich Touristik habe wesentlich zum guten Gesamtergebnis der Gruppe beigetragen. Vorstandsmitglied Bernd Wrede sagte, das Unternehmen plane in den nächsten Jahren jährliche Investitionen zwischen 150 und 250 Mill. DM. Vorrangig solle im Touristikbereich die Airbus-Flotte weiter verjüngt werden.

Die Hauptversammlung, vertreten durch 101,4 Mill. DM des Grundkapitals (120 Mill. DM) stimmte der Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von rund 41 Mill. DM mit großer Mehrheit zu. Danach werden 730 000 DM für eine Dividende von sechs Prozent auf ein Kapital von 12,17 Mill. DM ausgeschüttet. Die Großaktionäre verzichteten abermals auf den Bezug einer Dividende. 40 Mill. DM wurden in die freien Rücklagen eingestellt, die verbliebenen 340 000 DM auf neue Rechnung vorgetragen. Vorstand und Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt.

Harmstorf mußte Vergleich anmelden

Deutsche Schiffbaukrise fordert ein prominentes Opfer – „Erhebliche Liquiditätsprobleme"

JAN BRECH, **Hamburg**

Die schwere Krise im deutschen Schiffbau hat ihr bislang prominentestes Opfer gefordert. Die Harmstorf AG, Hamburg, sowie die Tochtergesellschaften Flensburger Schiffbau-Gesellschaft mbH, Büsumer Werft GmbH und Schlichtig Werft GmbH haben den Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens gestellt. Zum vorläufigen Vergleichsverwalter ist Jan H. Wilhelm ernannt worden. Vom Vergleich sind zudem alle Schifffahrtsaktivitäten betroffen. Kein Vergleichsantrag wurde dagegen für die Firmen Hakolb GmbH Anlagenbau, Maschinenfabrik Gubisch GmbH, die Flensburger Fahrzeugbau-Gesellschaft mbH und die Sauerstoffwerke Nord gestellt.

In einer Mitteilung des Unternehmens heißt es, daß der Vergleichsantrag wegen erheblicher Liquiditätsprobleme unvermeidbar gewesen sei. Eine sinnvolle Fortführung der Gruppe habe sich aufgrund der dramatisch verschlechterten Marktlage im Schiffbau und dem aus der Vergangenheit besonders belasteten Schiffahrtsbereich als unmöglich herausgestellt. Die intensiven Bemühungen, in einer Auffanglösung eine wirtschaftliche Fortführung eines Teils der bisherigen Gruppe mit dem Erhalt einer möglichst großen Anzahl der rund 3000 Arbeitsplätze zu erreichen, sollen fortgeführt werden.

Die Marktentwicklung sei es auch gewesen, so erklärt der Vorstand weiter, die eine Realisierung des Ende 1985 erstellten Unternehmenskonzepts verhindert habe. Das Konzept war Basis für Hilfen der Landesregierung Kiel in Höhe von 31 Mill. DM. Daneben hatten die Hauptgesellschafter 13 Mill. DM neues Kapital zugesagt und sich die Banken zu Forderungsverzichten bereiterklärt.

Was von der Harmstorf-Gruppe nach Abwicklung des Vergleichs, sofern er überhaupt angenommen wird, übrig bleibt, ist offen. Vor dem Hintergrund des jüngsten Werftengutachtens der Länder, das einen Kapazitätsabbau von mindestens 30 Prozent vorsieht, sind die Werftbetriebe in Flensburg (1100 Mitarbeiter) und Büsum (200) besonders gefährdet. Offen ist aber auch das Schicksal der Schlichting-Werft in Travemünde mit 600 Mitarbeiter. Harmstorf zählte noch bis vor kurzem zu den positiven Ausnahmen der Branche. Mitte 1984 war als Vorstandschef Bernd Kosegarten gewonnen worden, der die Gruppe wetterfester machen sollte.

Mit Alnwick F. Harmstorf erleidet zudem ein Großaktionär Schiffbruch (an der AG ist außerdem die Stadt Flensburg mit 16 Prozent beteiligt), der zu den Pionieren der maritimen Wirtschaft in Norddeutschland gehört. Harmstorf hatte die Gruppe nach dem Motto „Für jedes Schiff die richtige Werft" zusammengekauft und trotz heraufziehender Krise kräftig in die Betriebe investiert. Harmstorf galt weltweit als beste Adresse für Spezialschiffe.

Der Anfang des Endes nahm seinen Lauf, als die Gruppe nach dem Einbruch der Nachfrage Schiffe mit großen Finanzierungsrisiken buchte, die sich fast alle realisiert haben. Daß sich Kiel angesichts der katastrophalen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht mehr in der Lage sieht, Harmstorf in der jetzigen Form zu stützen, spricht für Hoffnungslosigkeit der Lage.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Erwartungen bestätigt

Gütersloh (dpa/VWD) – Die Bertelsmann AG, Gütersloh, der größte europäische Medienkonzern, sieht ihre Erwartungen für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) nach den ersten neun Monaten von bestätigt. Der Konzernumsatz sei vom 1. Juli 1985 bis zum 31. März 1986 um 2,4 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert auf 5,8 Mrd. DM gestiegen. Der Jahresüberschuß werde „bei erhöhten Anlaufverlusten in neuen Geschäften" auf dem Niveau des vorjährigen Rekordergebnisses liegen. Eine Genußrechtsverzinsung mit wiederum 15 DM je Genußschein scheine sicher.

Berichtigungsaktien

Stuttgart/Frankfurt (VWD) – Die außerordentliche Hauptversammlung der Mercedes-Automobil-Holding AG (MAH), Frankfurt, hat erwartungsgemäß beschlossen, das Grundkapital von rund 428,576 Mill. DM um rund 61,255 Mill. DM durch Ausgabe von Berichtigungsaktien im Verhältnis 7:1 zu erhöhen. Wie die Daimler-Benz AG, Stuttgart, weiter mitteilte, sind die Berichtigungsaktien erstmals für das Geschäftsjahr 1986/87 gewinnberechtigt. Die Mercedes-Automobil-Holding begleitet damit die bei der Daimler-Benz AG beschlossene Kapitalberichtigung im selben Verhältnis. Die MAH hält eine Schachtelbeteiligung von 25,23 Prozent am Aktienkapital der Daimler-Benz AG.

Kapital erhöht

Düsseldorf (Py.) – Eine außerordentliche Hauptversammlung der Gerling-Konzern Globale Rückversicherungs-AG (GKR), Köln, hat die Erhöhung des Grundkapitals von 70 auf 85 Mill. DM beschlossen. Die neuen Aktien werden zuzüglich eines Aufgelds von 100 eingezahlt und sind ab 1. 7. 1986 gewinnberechtigt. Das Eigenkapital der GKR wird danach 205 (175) Mill. DM betragen.

Oetker kooperiert

Versmold (hdt) – Die bisher von der Dr. August Oetker Nahrungsmittel, Bielefeld, in eigener Regie durchgeführte Distribution ihrer Tiefkühlkost-Produkte wird stufenweise von der Spedition Kraftverkehr Nagel KG, Versmold, übernommen. Das Spezial-Unternehmen für Lebensmittel-Transporte, das rund 2000 Mitarbeiter beschäftigt, wird die bundesweite Distribution über seine 19 Verteiler-Zentralen abwickeln und damit sein bisher umgeschlagenes Tiefkühlkost-Volumen von rund 50 000 Tonnen nahezu verdoppeln.

Neuer Firmenname

Düsseldorf (Py.) – Mit Beginn des Geschäftsjahres 1986/87 am 1. Juni hat die Westfälische Metallindustrie KG Hueck & Co., Lippstadt, ihren Firmennamen in Hella KG Hueck & Co. geändert. Das Unternehmen beschäftigte derzeit an acht Standorten rund 11 000 sowie in Auslandsfabriken und Handelsgesellschaften in Europa und Übersee weitere 5000 Mitarbeiter. Mit Scheinwerfern für Kfz, Boote und Flugzeuge sowie elektronischen Teilen für Fahrzeugausrüstung setzt Hella (zugleich Warenzeichen des Unternehmens) in der deutschen Gruppe fast 1,2 Mrd. DM um.

Tiefe Krise ist überwunden

Petrochemie-Sparte der Deutschen Solvay wächst

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Ähnlich wie die Brüsseler Mutter Solvay & Cie. S. A., die 1985 aus ihrem mit 44 461 Beschäftigten erzielten Weltumsatz von 225 Mill. bfr (rund 11 Mrd. DM) die Bruttodividende auf den neuen Spitzensatz von 400 (360) bfr je Aktie erhöhte, hat die Deutsche Solvay-Werke GmbH, Solingen, einen auf 51,8 (24,1) Mill. DM erhöhten Jahresüberschuß mit der bisherigen Spitzendividende von 28 (13) Prozent auf 185 Mill. DM Stammkapital ausgeschüttet. Das ist zehnmal so viel wie im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1983.

Der Solinger Geschäftsführungsvorsitzende Cyril Van Lierde sagt dazu, daß man die tiefe Krise jener Jahre endgültig überwunden habe. Dies gelang insbesondere auch mit Rationalisierung, die bei der GmbH den im vergangenen Jahr um 13,8 (12,8) Prozent auf 1,01 Mrd. DM gesteigerten Umsatz jetzt um 32 Prozent höher als 1981 zeigt, während die Mitarbeiterzahl seitdem um rund 400 auf 2649 (2671) abgebaut wurde. Aber zufrieden ist der Solinger Chef mit der Rendite zu Recht noch nicht.

Denn als Haupt der deutschen Solvay-Gruppe repräsentiert die GmbH zumal durch ihre florierende (in Vorstands-Personalunion geführte) Mehrheitsbeteiligung Kali-Chemie AG, Hannover, nun mit 12 063 (11 963) Beschäftigten einen um 11,8 (7,3) Prozent auf 3,56 Mrd. DM erhöhten Umsatz, aus dem die belgische Mutter gerade erst eine Nettorendite von 1,5 (0,8) Prozent erhält. Mager war's vor allem wegen 34,3 (26,1) Mill. DM Verlustübernahmen aus den in Oberflächenschutz, Kunststoffrohren (die Berliner Produktion mit 90 Leuten wird nun stillgelegt), Kunststoff-Folien und Salzsolegewinnung arbeitenden vier GmbH-Organtöchtern.

Deren Verluste sollen 1986 um circa 10 Mill. DM geringer werden. Daran wird für die GmbH die Aussicht auf einen zumindest in Vorjahreshöhe liegenden Gewinn geknüpft, wenngleich man beim Umsatz mit der bis Mai eingetretenen Minusrate von drei Prozent auch für das volle Jahr rechnet. Die sei jedoch nur Ausdruck des Ölpreisverfalls, während das Mengengeschäft (und auch der Betriebsgewinn) weiterhin auf hohem Niveau liege.

Die GmbH, die ebenso wie die Brüsseler Mutter ihren Ursprung der Mitte des letzten Jahrhunderts von Ernest Solvay erfundenen Soda-Herstellung aus Salz (Hauptabnehmer Glasindustrie) verdankt, macht mit ihrer Traditionssparte Alkali-Chlor noch 30 Prozent des Umsatzes; hier liegt auch ein entscheidender Akzent für den erst in den letzten Jahren auf jetzt 30 Prozent des GmbH-Umsatzes forcierten Export. Die Sparte Salz (mit erst zur Hälfte ausgebeuteten Vorräten am Niederhein) bringt noch 20 Umsatzprozente mit Industrie-, Speise-, Auftausalzen.

In der Sparte Petrochemie (50 Prozent) brachte das Hauptprodukt PVC (bei diesem Massenkunststoff ist man der größte deutsche Produzent) 1985 aus gesteigertem Absatz bei weiterem Preisverfall Verluste. Eingeschränkt wurde der auch aus dem arabischen Raum unter Preisdruck geratene Polyethylen-Verkauf durch „Verzicht auf Verkäufe in Niedrigpreissektoren". Zumal mit neuen Spezialitäten befinde sich aber die Petrochemie-Sparte auf klarem Wachstumskurs.

Ganz so klar ist der für die Solinger bei ihren Investitionsplänen offenbar nicht. Man gehöre nur mit dem 1985 auf 108 (48,5) Mill. DM gesteigerten Gewinn vor Steuern zur Spitzengruppe im weltweiten Solvay-Reich. Wegen der hierzulande fast doppelt so hoch wie in manchen anderen Industrieländern liegenden Steuerlast bedürfe es aber stets großer Überredungskunst, um die Mutter in Brüssel zu deutschen Investitionen zu bewegen.

Auch in der Politik

hg – Ein Produkt muß halten, was die Werbung verspricht. Wenn das nicht geschieht, manövriert sich der Hersteller selbst aus dem Markt. Dieser Zusammenhang ist jedem geläufig, der mit Werbung zu tun hat. Jedem? Es gibt eine Gruppe von Werbungtreibenden, die ihn kaum zu ahnen scheint: Wenn jetzt im Herbst, am Ende der parlamentarischen Sommerferien, die Wahlwerbung für den elften Deutschen Bundestag auf Touren kommt, dann werden viele Politiker uns vieles versprechen.

Ob sie es wohl halten? Bestenfalls nach vier Jahren läßt es sich nachprüfen, und oft nicht einmal das. Denn anders als die Wirtschaft können sie sich weder wegen Irreführung oder unwahrer Werbeaussagen strafbar machen, noch riskieren sie den Umtausch durch einen Wähler, der sich an der Nase herumgeführt fühlt. Der ist frühestens in der folgenden Legislaturperiode möglich und auch dann nicht immer zu realisieren.

Hat die Politwerbung es nun besser, weil sie all die Gesetze und Vorschriften nicht zu beachten braucht, die den Spielraum der Wirtschaftswerbung einengen? Vieles spricht dafür. Aber auch diese Werbung soll ja eine ganz bestimmte Wirkung haben, und deshalb spricht manches auch dagegen. Denn der gewünschte Effekt auf den Wähler ist mit bloßer Propaganda nicht zu erzielen – heute wahrscheinlich weniger denn je – und auch nicht durch leere Versprechungen.

Darum tun sich die politische Parteien in Sachen Wahlwerbung immer häufiger mit Werbeagenturen zusammen, suchen die professionelle Beratung, um politische Inhalte und die Werbung dafür auf einen Nenner zu bringen. Dies in der weisen Erkenntnis, daß Wahlberechtigte sich auf die Dauer ebenso wenig manipulieren lassen wie Verbraucher. Denn die beste Werbung kann einen Menschen nicht dazu bewegen, ein schlechtes Produkt zu kaufen. Das gilt auch in der Politik.

Kritik an Erklärungen aus Brüssel

DW. Köln

Kritik an der Verbraucherschutzpolitik der EG-Kommission hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) anläßlich der Absichtserklärung aus Brüssel geübt, den Verbraucherschutz zu verbessern.

Wenn der für den Verbraucherschutz zuständige EG-Kommissar Grigoris Varfis erkläre, daß in der Vergangenheit ausschließlich dem freien Warenverkehr Aufmerksamkeit zuteil wurde, dann werde deutlich, daß die EG-Kommission sich in ihrer Verbraucherpolitik in einer Zone zwischen Traum und Wirklichkeit bewegt. „Was von Brüssel auf Verbraucher und Handel zukommt, hat mit freiem Warenverkehr wenig zu tun. Vielmehr feiern hier Planwirtschaftsstrategen Triumphe, die sich in ihren späteren Richtlinien punktuell zu Exzessen der Unverständlichkeit wandeln", so die HDE. Man dürfe den angestrebten Richtlinien für Verbraucherkredite, über Garantien und Kundendienstleistungen, den Gesetzen zur Sicherung gemeinsamer Gesundheits- und Sicherheitsnormen gespannt entgegensehen.

Ausgaben für Freizeit pendeln sich ein

DW. Hamburg

Die Zeiten zweistelliger Zuwachsraten bei den Freizeitausgaben sind offensichtlich vorbei. Wie das BAT-Freizeit-Forschungsinstitut, Hamburg, auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von 2000 Bundesbürgern ab 14 Jahren mitteilt, hätten sich in den letzten 20 Jahren die gesamten Freizeitausgaben (einschließlich Urlaub) fast verfünffacht. Gegenüber zweistelligen Zuwachsraten früherer Jahre werde das Budget 1986 nur um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr aufgestockt.

Der wissenschaftliche Leiter des Instituts, Professor Horst Opaschowski, warnt vor einer möglichen Überschätzung der Reiselust. Nicht am, sondern im Urlaub werde gespart, lautet die Devise. Ebenso kürzten immer mehr Verbraucher auch die Ausgaben für Besuche von Gaststätten und Kinos, für Freizeitmärkte und Wochenendausflüge. Die Mehrheit der Bürger wolle auch 1986 in diesen Bereichen weniger Geld ausgeben. Ein durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt investierte im letzten Jahr rund 4000 Mark für Freizeitvergnügen.

Wirkung von Massenmedien wird viel zu hausbacken erforscht

Deutsche Forschungsgemeinschaft beklagt mangelhafte Untersuchungsmethoden

VOLKER NICKEL, Bonn

Fast fünf Stunden täglich nutzen die Bürger in der Bundesrepublik die publizistischen Medien Fernsehen, Radio, Zeitungen und Zeitschriften – über die Hälfte mehr als noch vor 20 Jahren. Und realistische Einschätzungen der Medienentwicklung erwarten weiteren Zuwachs. Wesentlicher Grund: einerseits die Zunahme frei verfügbarer Zeit, andererseits das wachsende Angebot der Massenmedien. Ende letzten Jahres erschienen 395 Tageszeitungen mit einer verkauften Auflage von knapp 25 Millionen, 47 Wochenzeitungen (1,9 Millionen), 369 Publikumszeitschriften (96 Millionen) und 2862 Fachzeitschriften (47 Millionen). Hinzu kamen 22,8 Millionen Fernsehgeräte und 25,6 Millionen Radios.

Die Erforschung der Wirkung von Massenmedien steht indessen im Gegensatz zu ihrer explosiven Entwicklung. Politiker und Pädagogen, Manager und Marketingprofis haben herzlich wenig Kenntnisse über die Wirkungsgesetze der Medien, über Massenkommunikation und Gesellschaft. Denn trotz der großen sozialen und politischen Bedeutung, die den Medien zukommt, tritt die Wissenschaft auf der Stelle. So das Ergebnis einer Studie, erarbeitet von der Kommission für Medienwirkungsforschung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 1980 eingerichtet wurde. Vorsichtig wird in der Studie hervorgehoben, daß nicht alles zugänglich war, was so zur Medienwirkung erforscht wird. Aber die Erkenntnisse der Kommission aus den rund 250 wissenschaftlichen Arbeiten der letzten zwölf Jahre reichen zu der Feststellung aus: Nun wissen Wirtschaft, Politik und die übrige Gesellschaft, wie wenig die deutschen Universitäten auf diesem Felde wissen.

Schwer nachweisbar

Die zweibändige Enquete gibt in Einzelgutachten unter anderem Aufschluß über den Forschungsstand der Medienwirkung auf Gesellschaft und Politik, auf Kinder und Jugendliche und in bezug auf Medien und Gewalt. Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch, daß eine direkte Wirkung der Medien nur schwer nachweisbar ist – eine Erkenntnis die Medienpolitiker, Verbraucherschützer, Soziologen und Pädagogen berücksichtigen sollten.

Vor allem auch werbungtreibende Firmen, Werbeagenturen und Medienbetreiber werden aufhorchen, was die Kommission zur Konsumentenforschung herausfand. „Forschungsarbeiten aus der kommerziellen Praxis werden wegen ihres geringen Standards nur zum Teil erfaßt", heißt es an einer Stelle noch zurückhaltend. Doch bei der Methoden-Analyse der untersuchten Arbeiten nehmen die Gutachter kein Blatt vor den Mund: „Die in den Untersuchungen herangezogenen Verfahren der Datenauswertung sind teils simpel, teils Mittelmaß." Oder an anderer Stelle: „... ist auf den bruchstückhaften und zerstückelten Eindruck hinzuweisen, den die vorliegenden Forschungsarbeiten machen. Es werden zahlreiche Einzelfragen aufgegriffen, zwischen denen kein oder nur ein geringer Zusammenhang besteht." In theoretischer Hinsicht fällt ein Defizit gegenüber der internationalen, insbesondere gegenüber der amerikanischen Forschung auf. „Die meisten Forschungsarbeiten sind ausgesprochen hausbacken. Sie haben wenig Beziehungen zu den theoretischen Entwicklungen der letzten Jahre."

Neue theoretische Ansätze wie die These von der wachsenden Wissenskluft oder die Vielseherforschung hätten in der Werbewirkungsforschung bisher keinen Niederschlag gefunden, so der Befund der DFG-Kommission, die außerdem herausfand, daß sich Wissenschaft und Praxis meiden. Beide Bereiche empirischer Kommunikationsforschung – die praxisorientierte, routinemäßige Reichweitenermittlung der Medien einerseits und die sporadische und mit mehr oder weniger großem theoretischem Anspruch auftretende akademische Medienwirkungsforschung andererseits – haben auffallend wenig Berührungspunkte. Sie existieren und entwickeln sich, überspitzt formuliert, völlig unbeeinflußt voneinander. So gibt es, meint die Kommission, in der Marktforschungspraxis nur wenige Anzeichen für die Anpassung der theoretischen Neuorientierung in der Kommunikationswissenschaft bei der Erklärung von Veränderungen von Meinungen, Einstellungen, Wissen, Emotionen und Verhalten von Individuen, dem damit zusammenhängenden Wandel in Normen und Werten in der Gesellschaft und ihren Folgewirkungen auf soziale, wirtschaftliche und politische Systeme durch Massenkommunikation.

Immerhin ergab die DFG-Analyse, daß in der Konsumentenforschung dem geringen Anspruch der praxisorientierten Mediennutzungsforschung beachtliche meßtechnische Sorgfalt, experimentelle Vorbereitung und perfekte Handhabung gegenüberstehen – und liefert sogleich die Begründung, warum das so ist: „Die durchschnittlichen Reichweitenergebnisse aus der Mediennutzungsforschung entscheiden wesentlich darüber, wie und an wen das jährliche Werbeaufkommen vergeben wird."

Akademische Isolation

Daß dabei freilich neben den durchschnittlichen Reichweitenwerten auch „werbekundliche Faustregeln" und „Theorien" über medienspezifische Effekte eine Rolle spielen, liegt auf der Hand. Viele Werbungtreibende folgen dem generellen Trend – zunächst unabhängig von den jüngsten Reichweitendaten –, aufgrund dieser Erfahrungsregeln ein Mediamix zu praktizieren, das eine Präsenz in den vertrauten Werbemedien in einer gewissen Abfolge gewährleistet. In diesem Rahmen orientiert sich die Verteilung des Werbekuchens dann aber durchaus an den jeweils neuesten Reichweitenergebnissen.

Die Zukunft werde auch bei der Erforschung der Medienwirkung auf Konsumenten nichts Besseres hervorbringen. Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß sich Werbungtreibende, Verlage und Rundfunkanstalten von der auf Reichweiten gestützten Werbeträgerforschung lösen. Und auch die nichtkommerzielle Mediennutzungs- und Publikumsforschung werde kaum ihre akademische Isolation aufgeben und sich den Anforderungen der Praxis öffnen. Da klingt es fast wie ein Hilferuf an alle Betroffenen, wenn das Kommissionsgutachten feststellt: „Die Kommunikationswissenschaft gehört zu den sozialwissenschaftlichen Disziplinen, in denen die Verbindungen zwischen Theorie und Praxis, zwischen Lehre und Forschung noch zu wenig ausgebaut sind."

Bei der Bundespost laufen etliche „Millionendinger"

Der gesamte Werbeetat ist um 35 Prozent gewachsen

hg. Bonn

Die Deutsche Bundespost steigt immer stärker in die Werbung ein. Mit einem Etat von 101,5 Millionen Mark gibt sie dafür in diesem Jahr 35 Prozent mehr aus als 1985 – allerdings ist darin eine siebenprozentige Erhöhung der Schaltkosten enthalten. Insgesamt will das Haus Schwarz-Schilling 41 Werbeanliegen vermitteln, „und die meisten davon sind neu", betont Benno Staab, Leiter des Referats Werbung, Messen und Ausstellungen bei der Deutschen Bundespost.

Darunter laufen etliche „Millionendinger": So die neue Kampagne für Postgiro, „das clevere Konto", die in Zusammenarbeit mit Spiess & Ermisch entstanden ist und deutlich machen soll, daß einer, der mit Postgiro arbeitet, „clever, erfahren, weitsichtig und informiert ist". Sie konzentriert sich auf die Printmedien, weil dies, so Staab, „eine sehr zielgruppengenaue Ansprache erlaubt". Neu ist auch eine Kampagne für das Postsparen, die ebenfalls nur in den Printmedien fahren wird.



Mit ihrer Werbung um Kabelanschluß-Kunden – Staab: „Ein weiteres Millionending" – treten die Postler indes auf allen Ebenen auf: In den Printmedien, im Fernsehen, im Radio, darüber hinaus in Postämtern, auf Postfahrzeugen, in Schaufenstern und schließlich auch noch auf Tragetaschen. Diese Werbung, die bei Lintas:Hamburg entstanden ist, will für eine breite Öffentlichkeit „die Technik vermenschlichen". Bei der Post erwartet man, daß rund 34Millionen Menschen die „humorvollen TV-Geschichten" im Durchschnitt etwa fünfmal sehen. Rund 36 Millionen sollen die „Tips", die beim Kabelanschluß weiterhelfen, im Radio hören – achtmal im Durchschnitt.

Ebenfalls neu ist Schwarz-Schillings Auftritt in Sachen ISDN, „wo die Post alles auf eine Leitung bringt". Er soll sich in zwei Teilen vollziehen, deren erster bereits in der überregionalen Tagespresse, im „Spiegel" und in Bürofachzeitschriften läuft. Die Zielsetzung beschreibt Staab so: „Auch ein interessierter Schüler muß kapieren können, was Integrated Services Digital Network ist." Wenn man das geschafft habe, soll ab 1988 die Produktwerbung einsetzen.

Millionenschwer ist auch, unter etlichen anderen, eine Dachkampagne sowohl im Fernsehen (drei Spots) als auch in den Printmedien (sieben Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen), in der die Post sich selbst darstellt, denn, so Staab, „viele Bürger wissen viel zu wenig über uns". Da wird zum Beispiel darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Post als Wirtschaftsunternehmen hat. Sie wird als innovativ und investitionsfreudig beschrieben, und nicht zuletzt „als Ausbilder von 18 000 Nachwuchskräften".

Alles in allem gehen vom Gesamtetat der Post rund 82 Prozent in die Printmedien, 15 Prozent in Fernsehen und Hörfunk, und der Rest verteilt sich auf Außenwerbung und Direktwerbung.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Zweite Information zur Börseneinführung

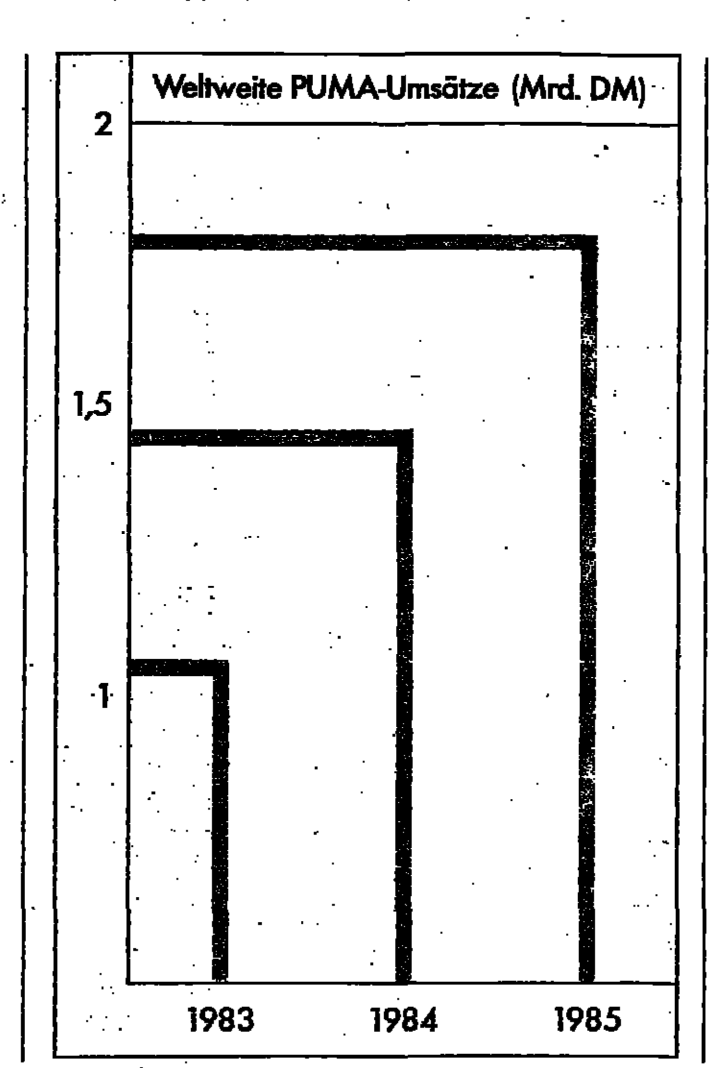
PUMA AUF DEM SPRUNG ZUR BÖRSE



Neue Märkte geöffnet
PUMA hat sich mit großem Erfolg auf den schnell wachsenden Freizeitmarkt eingestellt. Neben den weltbekannten Sportschuhprogrammen entstanden völlig neue Produktlinien:
PUMA CITY SPORT.
Modische Straßenschuhe mit anatomisch vorgeformtem Fußbett und allen Vorteilen eines echten Sportschuhes.
PUMA TEXTIL.
Attraktive Neuentwicklungen von der Wettkampfkleidung bis zum modischen Sportswear für die ganze Familie.
PUMA LIVE.
Sportive Mode für Freizeit, Hobby, Urlaub.
PUMA TENNIS.
Rackets mit dem patentierten Power Control System.

Neue Wachstumschancen konsequent genutzt
Unter Ausbau seiner bedeutenden Position im Sportschuh-Markt stieß PUMA in neue Absatzgebiete vor.

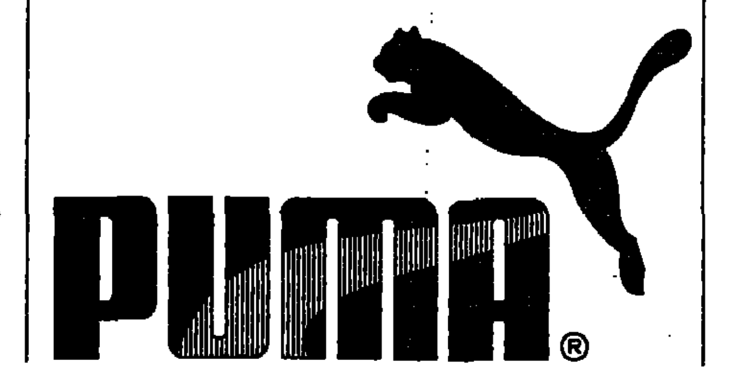
Das Ergebnis:
PUMA steigerte in 11 Jahren die unter seinem Namen weltweit getätigten Umsätze um mehr als das 28fache, von 70 Millionen DM 1974 auf



nahezu 2 Milliarden DM 1985. Seit Jahren liegen die jährlichen Zuwachsraten zwischen 20 und 30 Prozent.
Weltweit beschäftigt PUMA direkt und indirekt 15.000 Mitarbeiter. Die entscheidenden Aktivitäten und Neuentwicklungen werden alle in Herzogenaurach geplant, gesteuert und kontrolliert.
Überall auf der Welt produziert PUMA nach in Deutschland erarbeiteten hohen Qualitätsstandards. Rund um die Welt sind Techniker-Teams zur Überwachung der strengen PUMA Normen im Einsatz. Denn das große Vertrauen in die hohe Qualität der Marke ist eine entscheidende Voraussetzung für die schnelle Erschließung neuer Absatzmärkte.

Neue Investitionen in die Zukunft
Rückwirkend zum 1. Januar 1986 wurden die PUMA Sportschuhfabriken Rudolf Dassler KG in Herzogenaurach in die „PUMA AG Rudolf Dassler Sport" umgewandelt. Damit ist die Unternehmensform der Marktgeltung angepaßt, die Weichen für weiteres Wachstum sind gestellt.
Unter der Führung der Deutsche Bank AG und Mitführung der Bayerische Landesbank Girozentrale wird der Verkauf vom stimmrechtslosen Vorzugsaktien vorbereitet.
Handel und amtliche Notierung der PUMA-Aktie ist an den Börsen in München und Frankfurt vorgesehen.
Nähere Einzelheiten hierzu in der nächsten Woche im Verkaufsangebot und Börsenprospekt.

PUMA AG
Rudolf Dassler Sport, 8522 Herzogenaurach



Aktien beschleunigt abwärts

An den Aktienmärkten wächst die Nervosität

DW. – Die Kreditinstitute spüren bei ihrer Kundschaft eine wachsende Abgabebereitschaft. Auch aus dem Ausland nahm das Angebot am Wochenbeginn zu. Dollar-Ausländer können ihre deutschen Aktien in der Regel immer noch mit einem beträchtlichen Gewinn verkaufen. Dazu verhilft ihnen die veränderte Währungsrelation. Von der sich beschleunigenden Abwärtsbewegung blieb praktisch kein Marktsektor verschont. Besonders betroffen waren wegen des weiter gesunkenen Dollar die Aktien exportintensiver Unternehmen.

Auf ermäßigter Basis wurden gegen Börsenschluß vorsichtige Rückkäufe vorgenommen, so daß viele Papiere nicht zu ihren niedrigsten Tageskursen schlossen. Ausgeprägt war die im Verlaufe eingetretene Kurserholung vor allem bei Siemens. Großchemietitel fielen bis zu 8 DM zurück; Verluste auch bei den Autowerten. Im Maschinenbaubereich blieben Mannesmann unter Druck, Linde fielen um rund 10 DM zurück. Mit 179 DM präsentierte sich der Phönix-Kurs annähernd stabil, während Contigummi um knapp 10 DM zurückfielen. Die Widerstandsfähigkeit des Phönix-Kurses steht offensichtlich im Zusammenhang mit dem Angebot Papiere aus dem Besitz der Deutschen Bank und von Bayer zum Vorzugspreis von 175 DM zu übernehmen. Trotz des angekündigten Dividendenausfalls gaben Horten nur noch um 4 DM nach. Kaufhof dagegen um knapp 10 DM. Am Bankenmarkt erlitten die Papiere der Bayer. Vereinsbank wieder überdurchschnittliche Einbußen.

Frankfurt: Degussa büßten 11,70 DM ein, Enka verloren 15 DM und Rütgers 7,50 DM. Aesculap und Varta sanken jeweils um 10 DM. Binding erhöhten sich um 4 DM.

Düsseldorf: Alexander zogen um 2 DM an und Hageda befestigten sich um 7 DM. Gildemeister verloren 5,80 DM, Heinrich sanken um 21 DM und Keramag 5 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank wurden um 10 DM zurückgenommen, Bremer Vulkan sanken um 8 DM und Phoenix Gummi verminderten sich um 2 DM. HEW lagen um 0,30 DM niedriger und Hapag Lloyd zogen um 0,80 DM an.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 16 DM, Dt. Hypobank Berlin um 7 DM und Berliner Kindl um 3,50 DM heraufgesetzt. Schering schwächten sich um 11 DM ab, Orenstein verloren 8 DM und Rheinmetall St. 5 DM.

München: Aigner verminderten sich um 8 DM, Audi gaben um 19 DM nach und Cassella sanken um 18 DM. Agrob St. konnten sich um 5 DM, Flachglas um 6 DM und Hutschenreuther um 15 DM verbessern.

Stuttgart: Boss erhöhten sich um 10 DM. Schubert & Salzer verloren 4 DM, BW-Bank gaben um 9 DM nach und Württembergische Feuer verbilligten sich um 22 DM.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 253,78 (261,51)
WELT-Umsatzindex: 2758 (2994)
Advance-decline-Zahl: 55 (57)
38-Tage-Linie: 273,67 (274,54)
200-Tage-Linie: 268,81 (268,62)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inland

	7.7.	4.7.
H Aach M Bett. 12,5	1935	1970
H Aach. M. Vers. 7	1610	1670B
D Aach. Rück. 9	2698	2700T
D Asoag *4	400T	390T
M Ack-Gögg. 6	167	167
H Adca 3	160	163xD
D Adler 9	330	320
F AEG 0	285	296,5
D AEG KABEL 9	386	385
S Aesculap 9	400	410
F AGAB 5	154	158

	7.7.	4.7.
F Cobt.Genußsch.	118	118,45
D Conc. Chem. 4,5	210G	210
B Conc. Spinne *0	505G	505bG
D Contigas 8	300	307
D Conti Gummi 3	259,8	270
D Dahlb. St. 7,65	260	265
D dgl. Vz. 14,55	415G	415G
S Daimler 12+2,5	1250	1295
M Deckel AG 0	210	210bG
D Dt. Atl. Tel.10	790G	790G
H Doag 5	433	420,5
D Dt. Babcock St. 3	187,5	188bG
D dgl. Vz. 3,5	177	178
F Dt. Bank 12	725,5	743

	7.7.	4.7.
H HEW 5	130bG	130,3
H Hdl. Lüb. 9	560G	565G
Hn Hann. Papier 6	219	218
H Harmstorf 0	ausg.	ausg.
D Harpener 11	-	347
F Harm. & B.St. 6	2050G	2050xD
F dgl. Vz. 6	1350	1374xD
M Hasen-Bräu 9	920G	920G
S Heidelb. Zem. 7	620G	625G
M Heilit & W. 5	272,5G	272,5G
D Hein, Lehm. *0	293	290
D Heinr. Ind. *14+4	655	676G
D Henkel 3	408	410
F Henninger 2	162	163,5
B Herlitz 7	170	165

	7.7.	4.7.
F MAB 7,5	338GxD	345G
F dgl. Vz. 6,5	336GxD	342G
D Mannesmann 6	180	186xD
F Mannh. Vers. 8	850	860
H Markt & K. 8	210G	217
F MAN St. 2	209,5	220
F dgl. Vz. 6	179bG	190
F MAN-Rol. 20,2	550T	550T
F Massa	361	380bG
S M.Mill.Weing. *0	300G	300G
D Mauser 0	85,2bG	86,7
F Mercedes 10,5	1150	1175
F Metallges. 6	283	291,2
S Met. u. Lack 0	110TB	111bG
S Milag 6,5	434G	434G

	7.7.	4.7.
F Werner Lambert	134	136
F Wells Fargo	237	234G
M Western Deep L.	52,2	54,5
M Western Mining	4,1	4,1
M Westinghouse El.	113,7	114,6
M Weyerhaeuser	74,4	73,4
D Xerox Corp.	125	120

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM, *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung. Kursive Pos. = ausl. Freiverkehr. Ohne Gewähr.

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 7. 7. 1986

Frankfurt: 7. 7. 1986

Devisenmärkte

Nach dem Wahlsieg der Partei des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone verzeichnete der US-Dollar am 7. 7. an den asiatischen Märkten gegen den Yen mit 157,00 einen historischen Tiefstand. Zusammen mit Dollarkäufen durch die Bank von Japan führten Positionsglattstellungen zu Beginn der europäischen Märkte zu einer technischen Erholung bis 160,00. Parallel dazu befestigte sich der Dollar/DM-Kurs von 2,158 bis 2,172. Die amtliche Notiz stellte sich auf 2,1694. Entscheidend für den Trend der neuen Woche werden die Aktivitäten der amerikanischen Marktteilnehmer sein, die nach dem langen Wochenende wieder in den Handel eingreifen. Bei leichten Vorteilen für die DM notierten die übrigen wichtigen Währungen kaum verändert. Für die Dän. Krone, die Schwed. Krone und die Finnmark ergaben sich neue absolute Tiefstkurse. Der Austral-Dollar mußte um 1,7% auf 1,3955 zurückgenommen werden. US-Dollar in: Amsterdam 2,445; Brüssel 44,44; Paris 6,944; Mailand 1489,55; Wien 15,246; Zürich 1,76; Ir. Pfund/DM 3,018; Pfund/Dollar 1,5414; Pfund/DM 3,344.

Devisen und Sorten

7.7.1986	Diskont-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wochs. Ankt.-Kurs[1]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,1654	2,1734	2,1509	2,11	2,21
London[2]	10,0	3,337	3,351	3,306	3,28	3,45
Dublin[2]	16,5	3,011	3,025	2,984	2,94	3,09
Montreal[1]	8,84	1,5705	1,5785	1,5535	1,52	1,62
Amsterd.	5,00	88,67	88,89	88,435	88,05	89,80
Zürich	4,00	123,16	123,36	123,11	122,00	124,75

Junge Aktien

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

Wien

Toronto

Stockholm

Zürich

Tokio

Renten widerstandsfähig

Obwohl es auf dem Rentenmarkt keine Anregungen gab, wurde der Handel weitgehend zu stabilen Kursen abgewickelt. Bei den Pfandbriefen wurde der Handel auf Basis unveränderter Renditen abgewickelt. Auch hier blieb das Geschäft ruhig. Von einem größeren Anlagebedarf im Hinblick auf den zurückliegenden großen Zinstermin konnte nicht die Rede sein. Rentenhändler weisen aber darauf hin, daß wegen der hohen Anzahl von Emissionen mit unterschiedlichen Zinsterminen die früher übliche Ballung zum Jahresschluß und zum Halbjahresultimo ständig weniger wird.

Bundesanleihen · Bundespost · Länder – Städte · Sonderinstitute · Bundesbahn · Industrieanleihen · Optionsscheine · Optionsanleihen · Wandelanleihen · Währungsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	7.7.	4.7.
8 Afr. Entwickl. 79/87	101,8G	101,8bG
10 dgl. 82/89	109,5T	109,5T
8 dgl. 84/91	105,75G	106
9 Air Canada 82/92	110,65G	110,65G
7¾ dgl. 85/95	105,25	105
9¾ Akzo 82/89	105,25T	106G
7½ Allied Chem. 84/94	104	103,5
8¾ AMCA Ltd. 85/91	104,6	104

	7.7.	4.7.
8¾ E.D.F. 82/92	107,25G	107G
8¾ dgl. 85/95	108,75	108,5
7 Elektrobras 77/87	100T	99,75T
7 dgl. 79/87	100T	100G
5¾ ELF Aquit. 78/88	102	102T
6¾ Emhart Corp. 85/95	102G	102,5
6¾ Ericsson LM 72/87	105,35	105,25T
6¾ Escom 72/87	97G	97bG
7 dgl. 73/88	99,5T	99,5
9¾ dgl. 80/87	100,9	101bB
9½ dgl. 82/90	102,5	101,75T
8½ dgl. 83/90	99,1	99bB
8 dgl. 84/92	97	95,75T
8¾ dgl. 84/92	96	95bG
7¾ Estel 73/88	100,75T	100,6G

	7.7.	4.7.
7¾ dgl. 85/95	105,85	105,8
8 dgl. 83/90	107,75G	108
7 dgl. 84/92	102,25	102G
7 dgl. 85/95	102,2	102,3G
7 Montreal 69/89	105,5	105,5G
6 dgl. 72/92	101	100,85G
6¾ dgl. 73/93	105,75	105,5
7 dgl. 77/87	101,65T	101,6bG
7¾ Mount Isa 83/90	103,75T	103,75T
7¾ dgl. 84/97	105,65	103,75G
11 Noc.Financ 82/90	104,75	104,9
8 Nederl. Gas 79/86	100,65	100,65

	7.7.	4.7.
6½ Stand.Chart.78/88	101,25	101,45T
6 Statoil 78/88	101	100,8G
6½ dgl. 79/89	101	100,9
7¾ Sterling Dr.84/94	104T	103,75
7¾ Südafrika 71/86	99,4T	99,4T
7 dgl. 72/87	98T	98,25T
9 dgl. 80/87	102,8	101,5T
8½ dgl. 83/91	97,5	97,5bG
7¾ dgl. 84/92	94,2	94,1
8 Sumitomo 83/91	107T	106,75T
6¾ Sverigeinvbk 72/87	100,6G	100,5bG
7 dgl. 73/88	104,9G	104,9G

	7.7.	4.7.
10 dgl. 82/92	114,75	115,2
8¾ dgl. 83/91	107,6G	107,6
7¾ Sambo F. 82/90	102,35G	102,6
7¾ Sun Int. 73/88	101G	101G
10¼ Svenska Ex. 81/91	109,5G	109,5
9½ dgl. 82/87	104,5bG	104,5
5½ Tauernaut. 78/93	98,6G	98,5G
9¾ dgl. 82/94	115,6T	115,5
6 TVO-Kraftw. 78/88	100G	100G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Hinweis: Die New Yorker Comex war am Donnerstag und Freitag (3. und 4. Juli) wegen des Independence Day geschlossen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	4.7.	3.7.
Juli		250,00
Sept.	geschl.	245,25
Dez.		249,25

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

4.7.	3.7.
geschl.	25,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

Wolle, Fasern, Kautschuk · NE-Metalle · Londoner Metallbörse · Messingnotierungen · Deutsche Alu-Gußlegierungen · Edelmetalle · Energie-Terminkontrakte · Internationale Edelmetalle · Erläuterung – Rohstoffpreise · New Yorker Metallbörse · Westd. Metallnotierungen · Kartoffeln · Zinn-Preis Penang · Bauholz

Devisenterminmarkt

Die leichte Befestigung der Euro-DM-Depots führte am 7.7. zur Verringerung der Terminabschläge für Dollar gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,51-0,41	1,22-1,12	2,25-2,05
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,20-1,17	2,24-2,19
Pfund/DM	2,40-1,00	5,10-3,70	8,80-7,40
FF/DM	15+1	30-14	49-33

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7.7.: Tagesgeld 4,60-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 7.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 7.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7	4½-4⅝	4½-4⅞
3 Monate	6½-6¾	4½-4⅝	4½-4⅞
6 Monate	6½-6¾	4½-4⅝	4½-4⅞
12 Monate	6⅝-6⅞	4½-4¾	4½-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 7.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	975,00	1311,00
5 US-Dollar (Indian)**	610,00	770,40
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	179,25	229,71
1 £ Sovereign Elizabeth II.	169,75	218,88
20 belgische Franken	136,25	178,98
10 Rubel Tscherwonez	179,00	233,99
2 südafrikanische Rand	164,75	212,04
Krüger Rand, neu	734,50	887,21
Maple Leaf	755,25	911,43
Platin Noble Man	950,50	1126,89
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	210,25	271,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	153,25	202,07
20 franz. Franken „Napoléon"	149,75	198,08
100 österr. Kronen (Neuprägung)	704,25	868,48
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,25	184,68
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,00	100,32
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	325,75	410,12
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,75	109,16

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 7.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,564	6,55
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	entf.	-
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,85	6,16
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,25	6,49
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	137,00	9,05
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	110,92	5,45
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,96	5,45
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,51	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,54	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,60
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,81	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,07	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,33	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,05	6,93
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,90	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,53	6,95
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,15	6,55
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,01	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,35	6,50
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,50	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,05	6,75
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,40	4,74
WestLB 501	137,01	16.2.90	114,05	5,21
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,90	4,49
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,70	5,40
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	-	9,75
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,625	8,38
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,50	10,32
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,375	8,74
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61	9,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,375	8,43
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,375	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,875	8,89
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,89
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.5.95	48,875	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,03	(5,02)	99,95	101,6	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,35	(5,37)	99,05	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,66	(5,68)	97,35	100,9	104,3	107,8	111,3	114,7
5	5,83	(5,85)	96,10	100,7	104,5	108,8	113,0	117,2
6	6,02	(6,01)	94,50	99,90	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,35	(6,35)	92,05	98,05	103,0	108,5	114,0	119,5
8	6,61	(6,65)	89,65	95,70	101,8	107,8	113,9	119,9
9	6,75	(6,75)	87,85	94,45	101,7	107,6	114,1	120,7
10	6,78	(6,78)	86,70	93,80	101,6	107,9	115,0	122,1
15	7,04	(7,05)	80,70	89,70	99,65	107,8	116,8	125,8

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,589 (112,592)
Performance-Rentenindex: 243,794 (243,618)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	3. Juli	6,75-7,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,70
	60-270 Tage	6,25
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,70
	60 Tage	6,65
	90 Tage	6,625
Certificates of Deposit	1 Monat	6,45
	2 Monate	6,45
	3 Monate	6,45
	6 Monate	6,45
	12 Monate	6,45
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,90
	26 Wochen	5,83
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,29
	30 Jahre	7,17
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	23. Juni	666,4 Mrd. $ (– 1,8 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	144,50	geschl.
Dez.	145,60	geschl.

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	4.7.	3.7.
9¾ EEC 98	105,5	105,125
11¾ dgl. 90	110,5	110,875
10¾ EIB 95	110,25	109,75
11 dgl. 91	113,25	113,375
11½ dgl. 98	113,75	113,75
11¾ dgl. 95	120,125	120,125
12 dgl. 95	122,25	122,375
12¾ dgl. 90	115,875	115,625
12¾ dgl. 95	126,375	126,375
13 dgl. 96	121,375	121,75
10¾ Wld Bk 95	113,375	113,5
10¾ dgl. 88	104,625	104,75

	4.7.	3.7.
6¾ Sears 91	103,125	103
6¾ Swed.Ex.91	103	102,875
7 TRW 94	102,625	102,375
6¾ Un.Tech.92	102,5	102,375
6¾ W.Disn.96	102,75	102,125
6½ World Bk96	104,75	104,75
6¾ dgl. 90	104,625	104,5
6¾ dgl. 94	106,875	106,125
7 dgl. 94	108,375	108,25

Lux. Franc Bonds

	4.7.	3.7.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100,5	100,5
6¾ Asian Dvl87	98,75	98,75

8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102	102
10¾ Paribas89	103	103
8 Philips 89	101	101
7¾ Renault 88	99,25	99,25
7½ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,75	103,75
9¾ dgl. 90	104	104

11¾ CrdFonc90	107,75	107,625
11¾ dgl. 90	109,625	109,625
6¾ CrdLyon 92	93,75	93,875
8¾ CrdNat 96	108,5	108,25
10¾ dgl. 94	115,25	115
8½ Crdanst.94	106,25	106,25
9¾ Credito 92	107,125	107
7¾ Denmark 96	100,25	100,25
9 EDF 97	106,625	106,375
8¾ EEC 93	105,75	105,75
8¾ ELFAqu. 88	101,875	101,875
9 Esso Gut 91	104,375	104,375
9¾ dgl. 93	104,5	104,625
10 Eurofom 97	112	112

8½ Phibro 96	103,375	103,25
9 Philips 93	106,375	106,375
9¾ Piba 92	108	107,875
10 Prvbk. 92	106,25	106,125
10¾ RATP 92	106	106
7½ Rabobk. 96	100,25	100,25
9¾ dgl. 95	–	–
8¾ Reynolds91	104,5	104,5
9 SAS 95	106,375	106,375
9 Sanwa 95	105,25	105,25
8¾ Secpac 90	102,875	102,75
9 SNCI 95	105	105
8¾ Sumitomo92	106	106
9¾ dgl. 93	109,625	109,5

Euro-Yen · ECU · Rechnungs-Einheiten: RE 9 DM 2,52852 · ECU-Tageswerte · SZR-Wert

Peter Benders Analyse der „Neuen Ostpolitik"

Der stille Verbündete

Geistig unabhängige Geschichtsschreibung sollte im Gegensatz zu kommunistischer Klassenkampf-Propaganda immer auch *Aufklärung* über wichtige Ereignisse und deren Protagonisten betreiben. In Peter Benders neuestem, von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Taschenbuch „Neue Ostpolitik – Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag" findet jedoch keine Aufklärung im Sinne der Berichtigung der Begriffe, sondern Verklärung statt. Das mag am Thema ebenso wie an Bender selbst liegen.

Aus seiner Sicht ist die „Neue Ostpolitik" unter Brandt/Scheel/Schmidt/Genscher – in praktischer



Konsequenz der Adenauer/Kiesinger/Schröder/Strauß-Ansätze ohne deren prinzipiellen Vorbehalte – ein voller Erfolg geworden. Was Wunder, schließlich ist Bender einer ihrer publizistischen Wegbereiter. Bereits 1964 warb er für eine „offensive Entspannung", meinte 1968, „zehn Gründe für die Anerkennung der DDR" zu sehen, und verkündete 1981 „das Ende des ideologischen Zeitalters".

Bender bietet zwar einen scheinbar lückenlosen geschichtlichen Abriß, doch schon bald wird nicht nur seine auf Verschweigen (kein Wort zu Polens „Solidarność") und Verharmlosen (die sowjetische Besetzung Afghanistans oder die Verhängung des Kriegsrechts in Polen sind lediglich „Krisen der Entspannung") von nicht ins Konzept passenden Tatsachen basierende „rote Linie" überdeutlich. Zu der seinem Wunsch-Denken adäquaten Interpretations-„Logik" („die Vergewaltigung der Tschechoslowakei half der Entspannung") gesellt sich versteckte Häme über politsch Andersdenkende, was die Lektüre nicht erleichtert.

Der Einfluß, den Bender mit seinen leporelloartigen Ansichten auf friedensbewegte oder sonstige faktenunkundige Leser nehmen wird, speist sich sowohl aus der unzulässigen Abtrennung der Deutschland- und Ost-Thematik vom globalen Ost-West-Gegensatz als auch aus der Verschleierung von Systemunterschieden („Die DDR ... sucht ihren Platz in Europa, als ein europäischer Staat wie alle anderen") bis hin zum latent mitschwingenden „Ami go home", um die „Europäisierung Europas", nichts anderes als die Sowjetisierung Europas, vollenden zu können.

Bender zieht, blind für die systembedingte „Entspannungs"-Praxis des Ostlocks im Inneren (massive Aufrüstung bei wirtschaftlichem Niedergang und verstärkten Menschenrechtsverletzungen) wie im Weltmaßstab (militärische Bedrohung bei gleichzeitiger „Friedenskampf"-Destabilsierung der westlichen Demokraten sowie ideologische und militärische Expansion in der Dritten Welt), selbstverständlich eine positive Bilanz des KSZE-Prozesses. Damit wirbt er unzweideutig für die von Brandt und der SPD propagierte „zweite Phase der Entspannungspolitik".

Überhaupt, die durchgängige Lobeshymne auf Brandt gerät zunehmend zum Personenkult, dem unfreiwillig tragikomische Erkenntnisse abzugewinnen sind: Nach der Unterzeichnung des Berlin-Abkommens im Herbst 1971 lud Breschnew Brandt („ein bewährter Demokrat und Antikommunist") auf die Krim ein, „zu einer Aussprache ohne Protokoll und Tagesordnung, wie es sie sonst im Verkehr mit westlichen Staatsmännern nicht gab. Neben der Besprechung der laufenden Sorgen begann man bereits die nächste Phase der Entspannung zu konzipieren." Damit nicht genug, die Bundesrepublik „fand sogar, wenn ihre Ostpolitik stockte, im Kreml einen stillen Verbündeten, denn nachdem sich beide auf das Experiment Entspannung eingelassen hatten, mußten beide dafür sorgen, daß es gelang". Bendersche Logik, derzufolge nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages Brandt attestiert werden kann: „Die Misson war erfüllt ..."

„So enden die Demokratien" könnte man mit Jean-François Revel sagen, dessen gleichnamiger, 1984 bei Piper erschienener Bestseller Benders Auslassungen exemplarisch be- und widerlegt.

PETER-JOACHIM HOLZ

Peter Bender: Neue Ostpolitik – Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. Deutscher Taschenbuch Verlag, München. 290 S., 12,80 Mark.



Wozu viele Worte? Karikatur von Geert Decauninck, aus der Ausstellung in Knokke FOTO: KATALOG

Verzweifelt lustig: In Knokke-Heist trifft man sich zur 25. Welt-Cartoonale

Das Fernsehen bei Adam und Eva

Das Seebad Knokke-Heist mit dem selbstverliehenen Titel „Humorstadt" veranstaltet in diesem Jahr mit Karikaturisten, Cartoonisten und Zeichnern aus 47 Ländern seine 25. Welt-Cartoonale, für die eine Jury aus insgesamt 3500 eingesandten Arbeiten 600 für eine Ausstellung ausgewählt hat. Nun muß so etwas nicht zwangsläufig alljährlich zu einem zwerchfellerschütternden Ereignis werden, denn schließlich sind die Veranstalter auf das angewiesen, was ihnen die eingeladenen Künstler anbieten, und diese wiederum auf das, was Persönlichkeiten und Ereignisse an Aufspießenswertem hergeben. Das aber muß wohl in diesem Jahr eher zu zähneknirschenden oder melancholischen als zu heiter-witzigen Betrachtungen angeregt haben.

Schon die Einladung zur Eröffnung, geschmückt mit einer düsteren Zeichnung des Russen Michail M. Slatkowskij, zugleich erster Preisträger, läßt ahnen, daß Humor eine verzweifelt traurige Sache sein kann: Eine männliche Figur ist für einen Augenblick von ihrem Denkmal herabgestiegen, umarmt, den Fuß noch auf der Leiter, Frau und Kind, um gleich wieder zurückzukehren. Der zweite Preis ging an den Belgier Jan de Maesschalck für eine melancholische Betrachtung in vier Bildern über die Kunst: Van Gogh wandert, bepackt mit Staffelei und Leinwand, aus dem Bild heraus; der moderne Künstler fährt mit der Limousine vor, aber die Farben verlieren an Leuchtkraft. Erst beim dritten Preisträger, dem Briten Clive Colins, kommt Freude auf, allerdings ist es die Schadenfreude der Nichtraucher über das Schicksal des Rauchers, der von unten her wie eine Zigarre langsam zu Asche verglüht.

Heiterer geht es da schon in der Sonderschau zum 1986 in Belgien ausgerufenen Jahr des Bieres zu. Freundlich witzelnd und kalauernd würdigen belgische Künstler das auch in ihrem Land so beliebte Getränk mit Zeichnungen, die sich hervorragend für eine Bierfilzserie eignen würden und überdies ganz mühelos die Forderung der Cartoonale erfüllen, als Bilder ohne Worte verständlich zu sein. Das ist hier keineswegs immer so, und nicht nur die Karikaturen aus der Dritten Welt mit den für den Europäer unbekannten politischen und soziologischen Bezügen geben manche Rätsel auf.

Da hält sich der Besucher besser an Standardthemen wie Adam und Eva, Gefängnis, Fernsehen und Umwelt, die sich wie ein roter Faden durch die Einsendungen von Argentinien bis Zypern hindurchziehen und sich mühelos selbst erklären. Manchmal sind diese thematischen Renner auch kombiniert, wie etwa die Schlange, die Eva anstelle des Apfels einen Monitor reicht, der Häftling, der sich den Rahmen um sein Zellenfenster als Fernseher anpinselt, oder der Maler, der im abgeholzten Wald vor der Staffelei sitzt und sich per Video die Bäume einspielt. Daneben sind dann Wilfried Meders Rotkäppchen, Großmutter und Wolf, einträchtig beim Fernsehen im Bett liegend, als Beitrag einer mediengestreßten Bundesrepublik vergleichsweise harmlos.

Ob die Cartoonale ihre selbstgesetzten Ziele erreicht hat, läßt sich an Hand eines Informationsblattes mit Formulierungen wie „Um die Cartoonisten einzuleiten" schwer beurteilen. Doch hat auch dieses anscheinend unvermeidliche Übersetzungskauderwelsch sein Gutes, denn über einen Satz wie „Zeichner und Cartoonisten können nicht mehr außer die Welt-Cartoonale, sowie alle, die Sinn für Humor haben", kann man noch lachen, wenn man die Bilder längst vergessen hat (bis 10. Sept., Kat. 20 Mark). BRUNO F. SCHNEIDER

Entdeckung: Jommellis Oper „Fetonte" in Stuttgart

Der Mozart des Barock

Zuletzt hatte man von dem Opernkomponisten Niccolò Jommelli zu Beginn dieses Jahrhunderts gehört. Da gab Hermann Abert, eine der Gründergestalten der deutschen Musikwissenschaft, in der Reihe „Denkmäler Deutscher Tonkunst" Jommellis Oper „Fetonte" heraus – das letzte Werk, das dieser Meister der neapolitanischen Oper während seines 15jährigen Wirkens am Stuttgarter Hof des theaterbesessenen Württemberger-Herzogs Karl Eugen 1768 geschrieben hatte. Abert ließ sogar noch eine Biographie Jommellis folgen, aber auch die verhalf nicht dazu, hier einen Komponisten der Vergessenheit zu entreißen, wie es mit dem Zeitgenossen Gluck halbwegs geglückt war. Seitdem geistert Jommelli als ein Schemen durch das Operngespräch: viel zitiert, doch nie gehört.

Damit ist nun erfreulicherweise Schluß: Stuttgart spielt ihn wieder, die Staatsoper hat eben jenen „Fetonte" ausgegraben, und der Premierenerfolg war so einhellig, als hätte das Publikum nicht etwas völlig Neues, sondern einen alten, bloß lange vermißten Bekannten gefunden. Daß man Jommelli getrost spielen kann als Opernhaus, das auf sich hält, steht nun ganz außer Frage.

Ein seltsamer Fall: So vieles, das uns erst seit Mozart geläufig ist, kommt hier schon in reichem und vollendet beherrschtem Maße vor. Jommelli baut seine Arien ganz individuell und nach der dramatischen Situation. Von der dreiteiligen Da-capo-Form der Barockoper hat er sich gelöst. Mal fehlt die Wiederholung, mal der Mittelteil, mal sind die Soli schon in der eher romantischen Form von „Szene und Arie" gestaltet. Die dramatische Wirkung des nachdrücklichen Wiederholens von hohen Tönen und Tonfolgen wird von Jommelli klug genutzt, nicht minder die Wirkung des Orchester-Crescendos, das man doch eher der Mannheimer Schule als den Neapolitanern zugeschrieben hatte. Sogar in der Wahl der Tonart ist sich das 18. Jahrhundert offenbar schon vor Mozart längst einig: Im Liebesleid singt Jommellis Königstochter Libya g-Moll.

Nun fällt nicht nur Jommelli in das musikgeschichtliche Loch, das im 18. Jahrhundert vor Mozart klafft. Neben Gluck wären hier auch Piccini, Paisiello, Sacchini oder Traëtta zu befragen, auf einem die Oper übergreifenden Gebiet natürlich auch Johann Christian Bach oder Domenico Scarlatti. So fleißig man in den letzten Jahrzehnten das 17. wie das 19. Jahrhundert aufgearbeitet hat: das 18. harrt noch der Neubewertung. Nach dem Stuttgarter „Fetonte" zu urteilen, könnte diese wohl ergeben, daß die Wiener Klassik um Haydn, Mozart und Beethoven weniger eine neue, große musikalische Errungenschaft darstellt als vielmehr Vollendung und Veränderung eines ganz geläufigen Stils des 18. Jahrhunderts.

Der Stoff des „Fetonte" ist klar: Ein Operntopos nach Ovid, vielfach komponiert, u. a. von Lully, dem der Tragödiendichter Quinault das Libretto schrieb. Jommelli stützte sich auf eine Fassung des ebenfalls in Stuttgart tätigen Hofpoeten Mattia Verazi, die ein fast vollkommenes Gleichgewicht herstellt zwischen den olympischen Heerscharen und den irdischen, um Macht und Liebe streitenden Herrschern, dazwischen den Titelhelden Phaëton als Sohn des Sonnengottes Phöbus und der Königin Climene. Um seine göttliche Abstammung zu beweisen, bittet Phaëton den Vater darum, einen Tag lang das Sonnengespann am Himmel lenken zu dürfen, doch das übersteigt die Kraft eines Sterblichen, die geflügelten Pferde gehen ihm durch, und er entzündet einen großen Weltenbrand, den erst Zeus löscht, indem er auf Phaëton den tödlichen Blitz schleudert.

Das hört sich sehr nach mythologieversessener, steifer opera seria an, kommt aber eben musikalisch schon in einer ganz anderen Form daher, mischt die Aktion der französischen Oper mit einer ausbündigen italienischen Virtuosität, für die Sänger zu finden wohl die schwierigste Hürde bei einer Jommelli-Renaissance sein dürfte. Stuttgart bietet da Exzellentes: Zwei Tenöre von hohen Graden, nämlich Deon van der Walt als Fetonte und Rüdiger Wohlers als Äthiopierkönig Orcane, dazu drei ganz vorzügliche Soprane: Krisztina Laki in der affektreichen Partie der Königin Climene, Helene Schneiderman als lyrisch sich verströmende Libya und die Ungarin Magda Nador, das neue Koloraturwunder am Opernhimmel.

Am Dirigentenpult waltet mit Umsicht Dennis Russell Davies. Und die poetischen Bildlösungen, deren technische Ausführung bei der Premiere noch etwas hakte, stammen von Axel Manthey, der sich als Bühnenbildner nun erfolgreich auf Regiekurs begeben hat. REINHARD BEUTH

Der unaufhaltsame Aufstieg des Hermann Kant

Wendig und begabt

Neben Erik Neutsch, Dieter Noll, Max Walter Schulz und Harry Thürk gehört Hermann Kant zur Riege der Staatsautoren im „DDR"-Sozialismus. Beharrlich hat sich der gelernte Elektriker aus Hamburg, der am 14. Juni seinen 60. Geburtstag feiern konnte, nach der Entlassung 1949 aus polnischer Kriegsgefangenschaft und dreijährigem Studium 1949–52 an der Greifswalder „Arbeiter- und Bauernfakultät" in der Kulturbürokratie des SED-Staates nach oben gearbeitet. Höhepunkte dieser Karriere waren das Jahr 1978, als er die Nachfolge der 1983 verstorbenen Anna Seghers als Präsident des „DDR"-Schriftstellerverbands antrat, und das Jahr 1986, als er zum Mitglied des

Im Gespräch – ARD, 23.45 Uhr

Zentralkomitees der SED ernannt und in die Volkskammer aufgenommen wurde.

Wer derart mit staatlichen Geburtstagsgeschenken überhäuft wird, mit dem muß die Partei zufrieden sein. In der Tat gab das „parteiliche" Wirken Hermann Kants kaum Anlaß zur Kritik. Nach einem Germanistikstudium an der Ostberliner Humboldt-Universität (1952–1956) bei Alfred Kantorowicz, der nach seiner Flucht nach West-Berlin 1957 seinen einstigen Assistenten der Zuträgerdienste für die „Staatssicherheit" verdächtigte, wurde er Redakteur bei der SED-Zeitung „Neues Deutschland". Sein erster Erzählungsband „Ein bißchen Südsee" (1962) erregte wenig Aufsehen. Der Durchbruch kam mit dem Greifswalder Studentenroman „Die Aula" (1964), worin die frühen „DDR"-Jahre nicht in strengem Aufbaupathos, sondern in locker-vergnüglichem Plauderton geschildert und auch Mißlichkeiten wie die „Republikflucht" eines Mathematikers nicht ausgespart wurden.

Politische Schwierigkeiten gab es mit dem zweiten Roman „Das Impressum" (1972), dessen Fortsetzungsabdruck 1969 in der FDJ-Zeitschrift „Forum" abgebrochen wurde, der dann aber drei Jahre später, vermutlich in umgearbeiteter Fassung, doch noch erscheinen konnte. Der dritte und bisher letzte Roman „Der Aufenthalt" (1978), der polnischen Gefangenschaft 1945–49 gewidmet, ist „antifaschistische Prosa" nach bewährtem Muster. Mit den beiden Erzählungsbänden „Der dritte Nagel" (1982) und „Bronzezeit" (1986) konnte Hermann Kant immerhin zeigen, daß ihm auch die Sorgen und Nöte des Durchschnittsbürgers „drüben", der unter der Mangelwirtschaft leidet und kein Dauervisum für Westreisen besitzt, nicht fremd geblieben sind, und daß er auch gegen die sozialistische Preußen-Adaption einige kritische Akzente zu setzen wußte.

Bei den rund 600 „DDR"-Autoren ist der mächtige „Kollege" Hermann Kant wenig beliebt. Viele tragen ihm nach, daß er in den schwierigen Jahren nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns nicht auf der Seite der verfolgten Autoren, sondern auf der des Staates und der Partei stand.

JÖRG BERNHARD BILKE

STUDIO

France-Inter, das Hauptprogramm des französischen Rundfunks, hat wieder seinen **Ferien-Nachrichtendienst** für ausländische Urlauber aufgenommen: Für deutschsprachige Touristen gibt es bis zum 15. September täglich um 10 und um 17 Uhr Nachrichten mit Wettervorhersage und Verkehrshinweisen. Auf Langwelle 1829 m (164 kHz), auf Mittelwelle Marseille 44 m (675 kHz), Mittelwelle Nizza 22 m (1350 kHz) zu empfangen. (AFP)

*

Zum neuen Direktor und Chefredakteur des aktuellen Programms im **Deutschlandfunk** in Köln ist Dettmar Cramer berufen worden. Er wird am 1. Januar 1987 die Nachfolge von Bernhard Wördehoff antreten. Der bisherige Chefredakteur von RIAS Berlin, 1929 in Görlitz geboren, gehörte als politischer Korrespondent in Berlin, danach in Bonn, von 1960 bis 1975 der Redaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" an. DW.

*

Ein von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebener Untersuchungsbericht stellt fest, daß die meisten Zuschauer dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen auch dann treu bleiben, wenn sie per **Kabel** private Programme empfangen können. Gegen Ende der zweijährigen Untersuchung nahmen rund 12 000 Haushalte an dem Pilotprojekt teil. 96 Prozent wollen „sicher oder höchstwahrscheinlich" auch künftig Kabelfernseh-Teilnehmer bleiben. Bei den Zuschauern im Pilotprojekt waren die neu hinzugekommenen Angebote von SAT-1 und RTL-plus die meistgesehenen Programme.

..hd



Leroy hat während seiner Militärzeit eine Infrarotkamera geklaut. Ungewollt fotografiert er für einen Geheimeinsatz bereitstehende Flugzeuge. Fortan wird er, wie auch Freundin Sally (Annie McEnroe, Foto), vom Geheimdienst verfolgt: **Panische Flucht**, ZDF, 20.15 Uhr FOTO: TB

KRITIK

Der Knaben Schenkel

Ob der Film **Oberst Redl** ein Kunstwerk ist, darüber sind die Meinungen geteilt; gerettet hat ihn bei der fortschrittlichen Kritik wahrscheinlich, daß diese (auf die Person Redl bezogen: albern ahistorische) Studie eines korrupten Karrieristen mit Lobgedicht-Auftakt nicht realistisch im aktuellen Kommunismus spielt, sondern schön fern und wohlfeil im K.u.K.-Offiziers-Milieu. Dennoch illustriert der Film Korruption von heute eindrucksvoll: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen zeigte ihn am Sonntag um 21.15 Uhr. Eben dieses unser Staatsfernsehen aber rechtfertigt seinen Kampf gegen das freie Fernsehen mit der Behauptung, letzteres werde uns zur Verderbnis unserer Jugend mit Porno überhäufen. Was nun, wenn, wie hier (was Unappetitlichkeit betrifft: wieder einmal) zu bester Jugendfernsehzeit geschehen, Hände an Knabenschenkeln fummeln und Ringkämpfe im Bordell vorgeführt werden, daß die Wäsche fliegt? Die Kindlein, sie sehen es gerne. Und für die anderen gilt: honi soit qui mal y pense.

ENNO v. LOEWENSTERN

Die Verseuchung von Hamm

Es war zu einer radioaktiven Verseuchung der Umgebung gekommen", hieß es im **WDR-Schulfernsehen** gestern über den Störfall im Reaktor Hamm-Uentrop. Was soll diese Agitation? Der Störfall hat die Umgegend mit weniger als 0,1 zusätzlichen Becquerel pro Quadratmeter belastet – die natürliche und zivilisatorische Strahlenbelastung liegt in der Bundesrepublik bei 500 Becquerel pro Quadratmeter. Und was soll es, ohne Richtigstellung einen Organisator der Brokdorf-Demo sagen zu lassen: „Vom Bauzaun geht Gewalt aus" – auch da hätte man vorher die Kollegen von den Physik-Sendungen mal fragen sollen. Setzen, fünf.

DETLEV AHLERS

Diener der Information

Eine Stunde lang geballte Information und gute Action-Bilder – Fernseh-Ohr und -Auge, was wollt ihr mehr? **Ich diene der Sowjetunion**, unter Mithilfe des Generals a.D. Schmückle und des Stockholmer Friedensforschers Stützle von WDR-Redakteuren hauptsächlich aus sowjetischen Fernsehbildern zusammengesetzt und dann kommentiert, bot Einblicke in die Macht und die Schwächen der größten Armee. Kein Heimaturlaub im ersten Jahr, volle Unterwerfung unter die Vorgesetzten, strenge Befehlsstruktur (im Gegensatz zu unserem Auftrags-System), heimatferne Verwendung, Graupen zum Essen, natürlich kein Recht auf Verweigerung – so leben die roten Soldaten.

Nicht den geringsten Zweifel ließen die Sowjets in den ausgewerteten Sendungen auch über ihr Feindbild: Das ist der aggressive Imperialismus (das sind wir). Trotz der späten Sendezeit war es auch und vor allem ein Beitrag für junge Leute und Entspannungsfreaks – dann doch lieber (und deswegen) zum Bund. E. NEUMAN

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 Info Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 ... und das Leben geht weiter (3)
11.25 Rund um Big Ben
12.25 Was sind das bloß für Leute?
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.30 Klamottenkiste
15.05 Unsere kleine Farm
15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Cornelia Froboess
Film von Gudrun Friedrich
16.45 Spaß am Dienstag
Mit Mickey Mouse, Goofy, Tom und Jerry
17.45 Tagesschau
Anschl.: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Mit Robert Lembke
21.00 Monitor
Themen: Sterbequote der Trümmerfrauen. Militärflugzeug Airbus? Gummigeschosse. Sportangeln als Tierquälerei.
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Sue Ellen ist noch nicht imstande, eine neue Beziehung zu Dusty aufzubauen. Ihre Mutter will ihre Ehe mit J. R. kitten; Miss Ellie denkt anders darüber.
22.30 Tagesthemen
23.00 Biennale Venedig '86
Internationale Kunstausstellung
Der Museumsdirektor in Mönchengladbach, Dierk Stemmler, stellt vor: „Die Veränderung der Veränderung der Veränderung" von Sigmar Polke
23.45 Im Gespräch
Hermann Kant mit Peter Härtling
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.03 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Heimkehr mit Hindernissen
Regie: Geoffrey Nethercott
15.30 Ferienkalender
16.15 Sammeln schafft Leiden
Zwickmühle – J.P. Lemcke sammelt 6000 Kinderspiele
16.30 Patrik Pacard (5)
Entscheidung im Fjord
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Geliebter Tony
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Gästebuch
Guido Baumann im Gespräch mit Horst Buchholz
19.00 heute
19.30 Wenn die Donnervögel kommen
Reportage über militärische Tiefflieger und den Protest dagegen
Reporter: Hans-Jürgen Haug
20.15 Panische Flucht
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Der Regisseur Paul Glickler gehört zur jungen Garde amerikanischer Filmemacher, die sich von den etablierten Studios gelöst haben
21.45 heute-journal
22.10 Nachtasyl
Drama von Maxim Gorki
Inszenierung und Bildregie: Jürgen Gosch
Aufzeichnung einer Aufführung der Bühnen der Stadt Köln
0.35 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Drogenjagd der USA
20.45 Rückblende
Vor 30 Jahren:
Die Halbstarken
21.00 Tanzende Füße
Als beste europäische Unterhaltungssendung 1982 mit der „Goldenen Rose von Montreux" ausgezeichnet.
21.45 Die Hobby-Verleger
22.15 Monitor im Kreuzverhör
23.00 Chile – wann fällt der Diktator?
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
19.15 Kinderkriegen – heute
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
(Alp-)Traum vom Eigen-Heim
21.00 Tatort
So ein Tag
22.25 Musenkuß nach Stundenplan
23.10 Ob la la ...
Ausschnitte einer Theaterrevue aus dem Staatstheater Kassel
Zusammengestellt vom Choreographen Daniel Sander, mit Schauspielern, Tänzern und Statisten, die imitieren, parodieren und karikieren
23.40 Nachrichten

HESSEN
19.20 Hessenschau
ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST
16.00 Sindbads gefährliche Abenteuer
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Rheinreise
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Pastor und „Aschenputtel"
Tourismus-Bosse Dänemarks
20.15 Geraubt oder gerettet?
Bibliotheca Palatina
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Der rosarote Panther wird gejagt
Englischer Spielfilm (1982)
22.50 Architektur heute
23.35 Nachrichten

BAYERN
19.00 Der direkte Draht
Zuschauertelefon: 089/32 60 01
20.00 Englands Kanalinseln
20.45 Chemotherapie gegen Krebs
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Duell
Amerikanischer Spielfilm (1972)
Der Vertreter David Mann ist wie jeden Tag beruflich mit dem Auto unterwegs. Plötzlich wird er auf dem Highway von einem Lastzug verfolgt und abgedrängt.
„Duell" ist der erste abendfüllende Film von Steven Spielberg. Er verpufft ohne Pointe.
23.15 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche Musicbox
17.00 Shiloh Ranch
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschl.: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Vorsicht auf Anruf
Anschl.: Margot Werner
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
21.30 APF-blick
22.15 F. A. Z. etten
Der geplante Tunnel zwischen England und Frankreich
22.45 FBI
Der Major
Anschl.: APF-blick

1 PLUS

19.00 Arthur Rubinstein
Gespräch mit dem Pianisten
19.45 Grand Café
20.00 Tagesschau
20.15 Das Gold der Wüste (1)
Alec Hamilton setzt sich nach gescheiterter Ehe und Bankrott nach Australien ab. Zuvor täuscht er einen tödlichen Autounfall vor.
21.05 Im Vorhof der Wahrheit
Regie: Fritz Umgelter
Miroslav ist ein Kriegskind. Die Begegnung mit dem Tod auf dem Schlachtfeld prägt ihn für sein weiteres Leben.
23.25 Geliebte Anna
Ungarischer Spielfilm (1981)
0.55 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Okay
TV-Illustrierte für Jugendliche
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Kapitän Harmsen
Zwischenfall auf der Uganda
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl.: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene
18.15 Deutsche Szene – Schlager
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Wie kommt die Fabrik ohne Umberto zurecht?
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Der häßliche Amerikaner
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Mit Marlon Brando
22.35 RTL-Spiel
22.38 Popeye
22.45 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.55 Kenny Rodgers
Porträt einer Legende
23.20 Geheimauftrag für John Drake
Die Staatsaffäre
23.40 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Doris Decker, Tina Tendl

Mln. – Tennisspielen ist schön. Zusehen ist noch schöner. Hinhören ist am allerschönsten. So was darf man nicht nur sehen, so was muß man hören: hören, wie der Ball saust, wie er in der Luft explodiert, na ja, so gut wie, und wie er niedergeht, trifft, getroffen wird und am Ende sanft in den Rasen eintaucht. Denken wir uns dazu noch das Traumpaar: Doris Decker und Tina Tendl. Locker lassen sie die Muskeln spielen. Es knistert im Hemdchen, es knackt im Röckchen.

Und schon rauscht es im Karree. Aufschlag Decker. As. Der Ball geht am Horizont verloren. Aufschlag, As, Horizont. Aufschlag, As, Tina sucht den Horizont ab. Da waren mal drei Bälle. Und auch der vierte prescht übers Netz. Tina zuckt es im Handgelenk, aber es bleibt beim Zucken.

Spiel Decker. Aufschlag Tendl. Die Schasserei hat ihr Ende. Das Ballgeflüster beginnt. Geschmeidig hupft der Ball übers Netz. Zärtlich nimmt ihn der Schläger auf, gibt zum besten und zurück und läßt ihn keck an der Linie entlangtändeln. Aber Tina ist schlagfertig, ist schon hingetänzelt. Sie erinnert sich, einmal das Ballett besucht zu haben. Sie hebt ab, der Ball hebt ab, er torkelt auf der Netzoberkante. Doris bückt sich nur ungern. Obwohl sie das mit Grazie tut. Sie fährt sich nachlässig durch die Haare, zupft verlegen an der Bluse. Forty – love. Was heißt hier Love? Standhaft bleiben. Nicht unterkriegen lassen. Du oder ich.

Schon heult wieder eine Rakete heran. Tina ist in Fahrt. Doris ist erbost. Sie streichelt nicht mehr, sie drischt. Der Ball pfeift über die Grasnarbe. Ächzend verfängt er sich im Netz. Doris schmollt. Tina lächelt. Sie hat Oberwasser. Der Schläger ist ihr Peitsche und Taktstock.

Sie macht Musik. Doris spielt die zweite Geige. Notgedrungen. Aus Mangel an Personal. Aber nur im fliegenden Wechsel. Denn wenn es ihr zu dumm wird, dann haut sie auf die Pauke. Das macht Lärm und Tina nervös und bringt sie aus dem Takt. Aber hören tun wir's gern. Denn die spielen wirklich gut da unten: Kammermusik und Sinfonisches, ganze Schmetterarien sind dabei, auch gut versteckte invektive Rezitative.

Und nicht zu vergessen, wenn die Röckchen rauschen und die Söckchen sich ringeln. Auch da ist Musik drin! Hört nur, Leute, hört! Man muß genau hingucken, das ist Ohrenschmaus der allerfeinsten Sorte.

Was hat sich geändert? – Vor 150 Jahren reiste A. de Custine nach Rußland

Unter Blumen ersticken

Wenn man sich mit Rußland beschäftigt, stößt man früher oder später auf den Namen des Franzosen Astolphe de Custine und sein „La Russie en 1839", das 1843 in Paris erschien. Gelegentlich ist zwar wenig Schmeichelhaftes über den französischen Aristokraten zu lesen, aber meist wird mit Erstaunen registriert, daß das, was er erlebt hat, noch immer zutreffend ist, obwohl der Herrscher aller Reußen längst von den verschiedenen Führern der Avantgarde des Proletariats abgelöst wurde.

Wer sich allerdings ein eigenes Bild von dem machen wollte, was der Franzose vor knapp anderthalb Jahrhunderten in Rußland erlebte und notierte, war – wenn er nicht auf die Orginalsprache zurückgreifen konnte – schlecht dran. In deutschen Bibliotheken ist die Übersetzung „Rußland im Jahre 1839", die noch 1843 in Leipzig gedruckt wurde, kaum zu finden. Nur die Wuppertaler Bibliothek besitzt zwei Bände der dreibändigen Ausgabe. Künftig ist man jedoch nicht mehr aufs Hörensagen angewiesen, denn Franz Greno in Nördlingen hat jetzt eine Auswahl von 23 der insgesamt 36 Briefe herausgebracht, „Russische Schatten" genannt.

Der Band beginnt zwar mit de Custines erstem Brief aus Bad Ems, wo er Rußland erstmals in der Person des russischen Großfürst Thronfolgers begegnete, läßt dann aber die Berichte über die Reise durch Deutschland aus und setzt mit der Petersburger Epistel ein, die die Ankunft in Rußland schildert. Das ist nicht nur ein Bericht, der die Mühen des Reisens im 19. Jahrhundert vor Augen führt, als man noch auf Pferd und Wagen angewiesen war, sondern zugleich eine Einstimmung auf ein Rußlanderlebnis, das dem nicht unähnlich ist, welches heutige Rußlandfahrer erwartet.

Es beginnt mit der Befragung des Touristen durch eine Kommission, ehe er in St. Petersburg vom Schiff an Land gelassen wird. De Custine notierte damals folgenden Dialog: „Was wollen Sie in Rußland?" „Das Land sehen." „Das ist kein Beweggrund zur Reise." „Ich habe keinen anderen." „Was gedenken Sie in Petersburg zu sehen?" „Alle Personen, die mir erlauben, ihre Bekanntschaft zu machen." „Wie lange gedenken Sie, in Rußland zu bleiben?" „Das weiß ich nicht." „Ungefähr?" „Einige Monate." „Haben Sie eine öffentliche diplomatische Sendung?" „Nein." „Eine geheime?" „Nein." „Einen wissenschaftlichen Zweck?" „Nein." „Sind Sie von Ihrer Regierung abgesandt, um den geselligen und politischen Zustand des Landes zu beobachten?" „Nein." „Von einer Handelsgesellschaft?" „Nein." „Sie reisen frei und blos aus Neugierde?" „Ja." „Warum haben Sie sich nach Rußland gewendet?" „Ich weiß es nicht etc. etc."

Auch das nächste Erlebnis de Custines bietet für den Reisenden, mag er inzwischen auch auf dem Flughafen ankommen, nichts Neues: „Als ich aber meinen Koffer vor den Zollbeamten öffnen mußte, begannen diese neuen Feinde die sorgsamste Arbeit in meinen Effecten, namentlich in meinen Büchern. Diese wurden mir in Masse und ohne Ausnahme weggenommen, wenn auch mit der außerordentlichsten Artigkeit. Auf meine Reclamationen achtete man nicht im entferntesten."

Das Mißtrauen, das dem französischen Reisenden an der Grenze entgegenschlug, begegnete ihm allerorten: „Die Härte der Regierung und die gewöhnliche Spioniererei machen hier die Charactere melancholisch und die Eitelkeit mißtrauisch. Man fürchtet immer Jemanden und Etwas und das Schlimmste dabei ist, daß diese Furcht begründet ist." Deshalb erwähnt de Custine in seinem Vorwort: „Ich wagte es nicht, meine Briefe der Post zur Beförderung zu übergeben, sondern behielt sie alle bei mir, versteckte sie wie verdächtige Papiere." Und zugleich vertraut er darauf, daß die Leser seine Diskretion zu würdigen wissen, wenn er die Namen der Informanten nicht nennt.

Dem Reisenden vor 147 Jahren fiel bald auf, daß er sozusagen zwei Nationen besuchte: „Diese beiden Nationen sind Rußland, wie es ist, und Rußland, wie man es dem Fremden zeigen möchte." Wie diese „zweite Nation" das Erbe des Fürsten Potemkin hochzuhalten wußte, belegt de Custine mit einem Wort: „Die Russen haben ein vortreffliches französisches Wort gemacht, um ihre politische Gastfreundschaft zu bezeichnen; wenn sie von Fremden sprechen, welche sie durch Feste blenden, so sagen sie, man muß sie *enguirlander* (unter Blumen ersticken)." Wer sich allerdings nicht täuschen läßt, kann kaum mit Gnade rechnen, denn „jede Mißbilligung halten sie für einen Verrath; jede harte Wahrheit nennen sie eine Lüge und sie werden deshalb schwerlich erkennen, welche zarte Bewunderung unter meinem scheinbaren Tadel und welches Mitgefühl, in gewisser Hinsicht, unter meinen strengsten Bemerkungen liegt".

De Custine war nämlich kein böswilliger Reisender, der nur das Negative sah. Im Gegenteil. Er kam als Bewunderer der russischen Autokratie. Schließlich war er ein überzeugter Royalist. Sein Vater und sein Großvater starben unter der Guillotine. Er ging deshalb nach Rußland, „um Gründe gegen die repräsentative Regierung zu suchen". Aber nach seiner Rußlanderfahrung bekennt er, „ich komme als Anhänger der Constitutionen zurück".

Sosehr er gelegentlich in Hymnen über die Landschaft oder die Bauwerke ausbricht, so sehr konsternieren ihn die Unterwürfigkeit selbst der höchsten Herren und die Brutalität im Umgang mit Untergebenen. Das Ziel aller ist es, dem Herrscher zu gefallen, die Angst aller, seine Ungnade herabzubeschwören. Dann nämlich wird man – damals wie heute – zur Unperson: „Herr von Repnin regierte das Land und den Kaiser; Herr von Repnin ist vor zwei Jahren in Ungnade gefallen und seit zwei Jahren hat Rußland diesen Namen nicht aussprechen hören, der sonst in aller Munde war." Das ist nur ein Beispiel von mehreren, die de Custine während seiner verhältnismäßig kurzen Reise, die ihn von Anfang Juli bis in den September 1839 nach St. Petersburg, Moskau, Nischnij Nowgorod (das heutige Gorki) führte, auffielen.

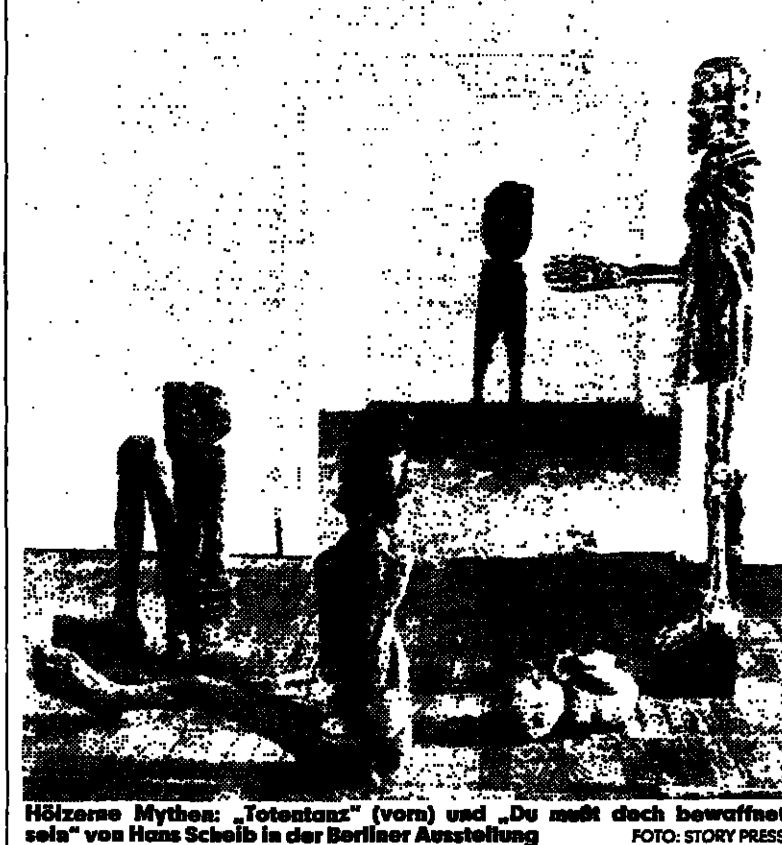
Immer wieder notiert er, wie Nachrichten unterdrückt und verschwiegen werden. Er selbst erlebte mit, daß es während eines Festes zu Ehren des Kaisers in Petershof durch einen plötzlichen Sturm zu einem Unglück kam, bei dem viele Festbesucher ertranken. „So sagen einige, es wären vorgestern nur dreizehn Personen umgekommen, während andere von zwölfhundert, zweitausend und noch andere von hundert und fünfzig sprechen." Aber „genau wird man die Umstände bei diesem Ereignis nie erfahren", denn: „Hier heißt lügen, die Gesellschaft schätzen, wie die Wahrheit sagen, gleichbedeutend ist mit: den Staat umstürzen."

So enthält dieses Reisejournal eine Fülle von Beobachtungen – z. B. auch über die Behandlung von Gefangenen, und daß man dem Reisenden ungefragt versichert, es handele sich um Kriminelle und nicht etwa um Politische –, die überraschen, nicht nur, weil sie unerhört, sondern weil sie noch immer aktuell sind.

Deshalb ist de Custines Bilanz bitter. „Rußland hat Polizei; wann es Civilisation erhalten wird, weiß Gott", schreibt er zum Schluß. Und er endet mit einem Ratschlag, der auch heute noch, nach 150 Jahren, beherzigt zu werden verdient: „Ist Ihr Sohn unzufrieden in Frankreich, so wenden Sie mein Mittel an; sagen Sie zu ihm: reise nach Rußland. Diese Reise ist jedem Ausländer von Nutzen; wer dieses Land recht genau besehen hat, wird in jedem anderen zufrieden leben."

PETER DITTMAR

Astolphe de Custine, „Russische Schatten – Prophetische Briefe aus dem Jahre 1839", Franz Greno, Nördlingen, 492 S., 25 Mark.



Hölzerne Mythen: „Totentanz" (vorn) und „Du mußt doch bewaffnet sein" von Hans Scheib in der Berliner Ausstellung FOTO: STORY PRESS

Gruppe Malstrom im Berliner Haus am Waldsee

Wenn die Steine bluten

„Malstrom" – der sagenumwobene Titel hat eine kleine Unschärfe: Nicht alle, die sich hier vorstellen, sind vorneweg Maler. Einer in dieser Gruppe zumindest ist Bildhauer der unübersehbaren Art. Die Fünf stammen aus der „DDR". Eine Generation, die den Mauerbau im Kindesalter erlebte. Sie studierten in Dresden, der Stadt der „Brücke" also, machten ausstellend erste Gehversuche im Leonhardi-Museum des Künstlerverbands. Aber die doktrinäre Kunst-Linie war ihre Sache nicht.

Sie bevorzugten, was in offizieller Sicht als „schiefe Bahn" gilt. Kein idealisiertes Kollektiv-Kalkül, keine Flucht in Historien. Statt dessen persönliches Empfinden – und Leiden. Solche Kunst war drüben nicht gefragt. So hatten die fünf ihr Ticket im großen künstlerischen Exodus aus der „DDR" sicher. Neue Adresse: Berlin – diesmal West, vorzugsweise Kreuzberg. Es gab Arbeitsstipendien des Kultursenators und auch schon Ankäufe für die städtische Berlinische Galerie.

Der Ort der jetzigen Ausstellung legt eine gewisse Verwandtschaft nahe: Im Haus am Waldsee hatten die Boys vom Moritzplatz unter dem Etikett „Heftige Malerei" ihr Debüt. Aber es ist eine nur scheinbare Verwandtschaft zu den gestern noch jungen „Wilden" und zur italienischen Transavanguardia. Mag manches hier noch halb-fertig, womöglich unbeholfen sein – die Nachdenklichkeit, eine gesteigerte Intensität, auch unter der leichten Oberfläche Tiefen des Empfindens zu erfahren, diese Momente sind unübersehbar.

Ralf Kerbach, der eine malerische Affinität zu Kiefer wie zu Chia zu besitzen scheint, läßt ein Hirschtier durch landschaftliche Ödnis springen – Erinnerung an die abgestorbene Natur des Riesengebirges. Ein „Emigrant" trägt den schweren Felsbrokken seiner malerischen Existenz auf dem Rücken. Und Kerbach malt geborstene Steine, Steine mit rot-wunden Bruchstellen, Spaltungserlebnisse farblich-morphologischer Art. Ein anderes Mal stürzt ein schwarzrotgoldener Adler durch ein weites Tableau ikonographischer Zitate, darunter der Tischbein-Goethe. Bei Reinhard Stangl fühlt man sich mitunter an Bacon, dann sogar an Hopper erinnert. Traurige Cafés, in denen die Figuren einer einsamen Anonymität ausgeliefert sind. Ein dunkler Schädel ragt durch ein rotflammendes Inferno – „like a rolling stone".

Mythisch geheimnisvolle Figuren auch bei Helge Leiberg. In seinen schwarzen Tuschbildern, Paaren und Totentänzen ist die Erotik vom Sterben, ist der Tod von Eros infiziert. Allein die reliefierten Kopfbilder und Figurenzeichnungen auf getönten Japanpapieren von Cornelia Schleime driften, zumal im Vergleich mit den Arbeiten ihrer Freunde, etwas ins Batikartige.

Wenn diese Ausstellungsinszenierung aber einen Zug ins Außerordentliche, eine elementare Erlebniskraft gewinnt, dann durch die Plastiken von Hans Scheib. Scheib, der noch in Ost-Berlin, auf dem Gelände des „Sowjetischen Ehrenmals" in Treptow, ganz und gar unidealisierte Menschenfiguren hinwarf, arbeitet seine farbgefleckten Gestalten aus rohem, „unschönem" Holz. Die Plastiken der Brücke-Künstler Schmidt-Rottluff, Kirchner, vor allem aber Heckel mag er im Gedächtnis haben, aber er geht in der expressionistischen Leidens- und Erlebnisfähigkeit, auch in der Beschwörung unterbewußter Mythen und Traumata darüber hinaus.

Kinder, opferhaft preisgegeben – Geschwister der Gemarterten aus den Konzentrationslägern. Ein ineinander geklammertes Paar – schmerzhafter Aufschrei der Physiognomien. Um eine Todes-Figur scharen sich in einem separaten Raum verstümmelte, ekstatisch gepeinigte, embryonenartige Körper – und ein Hyänenhund-Wesen. Den großen Gartensaal durchmißt ein ähnliches Tier – an der Seite eines kleinen Mädchens. Munch und Heckel sind gegenwärtig, aber Scheib hat seine eigene Expression gefunden.

„Einmal neu anfangen, alles anders sehen, andere Luft, andere Dinge, andere Bilder malen, das andere Wollen!" – ein Motto, das einer dieser Künstler aus der „DDR" im Katalog neben seine Biographie stellte. Ein Satz für alle fünf.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 27. Juli in Berlin, vom 11. Januar bis 8. Februar 1987 im Mannheimer Kunstverein. Katalog 25 Mark.

JOURNAL

Chinas Kulturminister fordert „maßvolle" Kritik

AFP, Peking

Für eine „maßvolle" Literaturkritik hat sich der neue chinesische Kulturminister Wang Meng im ersten Interview seit seinem Amtsantritt am 25. Juni ausgesprochen. Der 51jährige Wang, selbst Schriftsteller, warnte in einer Pekinger Wochenzeitschrift vor exzessiver Kritik wie in der Kampagne der Hundert Blumen unter Mao Tse-tung. Im Herbst 1957 wurden mindestens 100 000 Künstler in Arbeitslager gebracht. Wang selbst war zwei Jahrzehnte lang zum Schweigen verurteilt, nachdem er wegen eines Schlüsselromans über die chinesische Bürokratie als „Rechter" aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war.

„König Ludwig II. und die Musik" in München

dpa, München

Die Ausstellung „König Ludwig II. und die Musik" ist gestern im Münchner Nationaltheater eröffnet worden. Über 160 Autographen, Fotos, Kostümentwürfe, Szenenbilder und andere Dokumente sollen den Hang des Königs zur Musik deutlich machen. Zu den Ausstellungsstücken gehört auch der Seidenfächer Anna von Perfalls mit den Autogrammen von den Sängern der Münchner Uraufführung von Wagners „Rheingold" und „Walküre".

Arabische Rätsel werden entschlüsselt

dpa, Göttingen

Göttinger Wissenschaftler und Techniker wollen Rätsel um Bücher und Handschriften aus der Frühzeit in Nordafrika und Arabien ergründen. Der Chefrestaurator der niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek, Günther Brannahl, wurde von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes beauftragt, im nordafrikanischen Tunesien ein Forschungslaboratorium und eine Restaurierungswerkstatt einzurichten und Fachleute auszubilden. Nach einer Informationsreise in Tunesien sagte Brannahl, er habe in der Bibliothek eines Wüstenschlosses aufschlußreiche Schriften aus dem 8. und 9. Jahrhundert gesehen.

Oskar Pastior erhält Ernst-Meister-Preis

DW. Hagen

Den Ernst-Meister-Preis für Literatur der Stadt Hagen hat in diesem Jahr Oskar Pastior erhalten. Die Jury – Schriftsteller, Literaturwissenschaftler, Kritiker – würdigte „formale Vielfalt als auch sprachliche Sinnlichkeit" seines Werkes. Der Ernst-Meister-Preis, der alle vier Jahre verliehen wird, gehört mit 20 000 Mark zu den höchstdotierten Literaturauszeichnungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Karikaturen und Cartoons aus der „DDR"

DW. Hannover

Die künstlerischen Mittel sind ähnlich, die Inhalte grundverschieden. Karikaturisten in der „DDR" dürfen weder Partei noch Regierung kritisieren, die „Nationale Volksarmee" ist genauso tabu wie die Kernkraft. Das wird dem Betrachter der Ausstellung „Karikaturen und Cartoons in der DDR" bewußt, die zuvor in zwei Teilen in mehreren Städten zu sehen war (vgl. WELT v. 11. 4.) und nun im Wilhelm-Busch-Museum, Hannover, vereint wurde. Kritische (und oft auch demagogische) Schärfe tritt nur auf, wenn Zustände im Westen aufgegriffen werden. Die Ausstellung ist bis zum 10. 8. zu sehen. Der Katalog kostet acht Mark.

Riverboat Jazz auf dem Rhein

kb. Basel

Bis morgen findet auf der Mini-Kreuzfahrtstrecke Basel-Antwerpen-Middelburg-Willemsoord-Rotterdam-Basel das „Riverboat Jazz Festival '86" statt. Mit von der Partie sind beim Jazz auf dem Rhein „Colin Kid Dawson's Onward Jazzband" und die Gruppe „Freetime old Dixieland Jazzband".

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

In der Küche des Bauern Marucci hat sich die Familie am Heiligen Abend um den Kamin versammelt, um den Geschichten der Nonna zu lauschen. Viel weiß die Großmutter zu erzählen, von Schatzgräbern und wunderlichen Fingerhüten, von der Prinzessin Nachtvogel und vom Prinzen Pettirosso. In einer Rahmenhandlung diskutiert die Familie über die Erzählungen. Emmy Ball-Hennings, die „wiederentdeckte" Lebensgefährtin Hugo Balls, hat die „Märchen am Kamin" aus Italien, Norwegen und Serbien zusammengetragen, eigene Märchen hinzugefügt und andere neu nacherzählt. 1943 erschien die Sammlung in der Schweiz; jetzt ist sie, erstmals seit 40 Jahren, wieder erhältlich. no

„Märchen am Kamin", erzählt v. E. Ball-Hennings, Insel, 246 S., 12 Mark

Plattenreihe gestartet: „zyx-Kleinkunstbühne"

Er wär' so gern ein Igel

Sie fristet in den Schallplattengeschäften meist ein Schattendasein, die sogenannte Kleinkunst. Nur wenige Firmen gehen das Risiko ein, Platten dieses Genres zu machen. Produzenten wollen ja schließlich nicht nur schwarze Scheiben, sondern nach Möglichkeit auch schwarze Zahlen auf dem Konto produzieren.

Das hat die Mikulski-Vertriebsgesellschaft, die sich u. a. um das Jazzlabel „Pablo" des amerikanischen Impresarios Norman Granz in der Bundesrepublik kümmert, nicht abgehalten, mit einer Reihe zu beginnen, die sich der Kleinkunst verschrieben hat. Kurz und bündig „zyx" genannt (das Etikett war zunächst für Rock- und Disco-Musik reserviert), bietet der jüngste Sproß der Gesellschaft aus Elbtal-Dorchheim unter dem Titel „zyx-Kleinkunstbühne presents" seit Herbst vergangenen Jahres Live-Auftritte von Hans Scheibner über Bill Ramsey bis hin zu Dunja Raiter an.

Der Begriff Kleinkunst greift, man merkt's an den Namen, in der Tat sehr weit, wenn auf die Betriebsfestnudel Dunja Raiter – ein positiverer Eindruck mag sich nach dem Abhören ihres Albums „Und wenn der Kopf fällt, sag ich hoppla" (zyx records 22004) nicht einstellen – gleich der Hamburger Hans Scheibner folgt. Sein Album nennt er wie seine TV-Sendung „Scheibnerweise" (zyx records 22005), und wie dort präsentiert sich der melancholische Spötter hier als bissiger Beobachter menschlicher Unzulänglichkeiten.

Das ist literarisches Kabarett, bei dem die Politik nur am Rande aufblitzt – beispielsweise beim Lied vom „Elbfisch-Zander", der in der Elbe krepiert, während sich die Parteien gegenseitig die Schuld an der Umweltzerstörung in die Schuhe schieben. Allerdings weiß Scheibner die Wirksamkeit seiner Kunst recht wohl einzuschätzen: Fast verräterisch wirkt der Titel „Ich möchte gern ein Igel sein" – Eingeständnis der Tatsache, daß Scheibners Stacheln so schmerzhaft doch nicht stechen?

Das braucht Lisa Fitz nicht zu befürchten: Ihre Stiche setzt sie zielsicher immer auf die Männer, die an diesem Abend wirklich nichts zu lachen haben. Das uralte Thema vom Kampf zwischen den Geschlechtern hat sich die spitzzüngige Bayerin zum Thema genommen, wobei sich der totale Rollentausch wie ein roter Faden durch den Abend zieht: Einen knackigen Nackten auf dem Illustriertencover fordert sie genauso wie das maskuline Dummerchen als schmückendes Beiwerk der intelligenten Frau. Doch die Kabarettistin hält geschickt die Balance zwischen feministischer Aggression und versöhnlichem Augenzwinkern. Sie weiß eben wie alle Schwestern: Ganz ohne Kerle geht die Chose nicht. („Lisa live – Die heilige Hur'", zyx records 22002).

Eine ganz andere Tonart schlägt der Blödelbarde Karl Dall an: „Euch mach' ich fertig", droht er (zyx records 22003), aber ach, es scheint fast so, als wolle er sich selbst den Garaus machen als Komiker. Denn der Klamauk, den er zum Besten gibt, läßt das Publikum schon mal „buh" rufen, und seine Witzchen treffen nicht selten unter die Gürtellinie. Schlimmer noch: Manche gehen schlicht ins Leere. Dem Dall fehlen doch die Kumpane der alten Insterburg-Truppe. Die konnten nämlich mit ihren dummen Sprüchen rasch über manche Flaute hinweghelfen und hielten sich gegenseitig das Netz, wenn einer von ihnen in den Kalauer-Abgrund zu stürzen drohte.

Man mag darüber streiten, ob das Album „Singin' & Swinging" des Altmeisters Bill Ramsey unbedingt in diese Reihe gehört. Immerhin handelt es sich hier um den Mitschnitt eines Jazzkonzerts (zyx records 22001). Der ehemalige Schlagersänger hat selbst mit deutschem Liedgut wie der „Zuckerpuppe" und der „Mimi mit dem Krimi" seine Blues- und Jazzherkunft nicht verleugnen können und in jenen Jahren Jazzplatten gemacht, die wie Blei in den Regalen lagerten (und mittlerweile Sammlerstücke sind). Hier nun ist er ganz in seinem Element mit den Standards von Duke Ellington, George Shearing und Dizzy Gillespie, wobei er vom Ron-Williams-Trio eher routiniert als inspiriert begleitet wird.

Wie gesagt – nicht alles, was sich auf dieser Kleinkunstbühne tummelt, gehört unbedingt dorthin. Aber die Serie soll fortgesetzt werden. Es bleibt also zu hoffen, daß die Produzenten eine etwas einheitlichere Linie finden, die dem Titel gerecht wird. Und, wer weiß, vielleicht kriegt eines Tages auch der Nachwuchs eine Chance, sich auf der zyx-Bühne vorstellen zu können. Das wäre doch ein vielversprechendes Sprungbrett.

RAINER NOLDEN

Musik als Medizin: 8. Jazz-Festival in Münster

Die Wurst in der Posaune

Minutenlang toste der Applaus. Die Euphorie galt dem Trompeter Don Cherry und seiner Gruppe „Nu", die ihrer Rolle als Ausputzer beim 8. Jazz-Festival Münster grandios gerecht geworden war. Zu nervenreizenden Schlagrhythmen legte der Mann mit der Minitrompete knappe Musikkürzel hin, wandte sie in der Improvisation abwechselnd mit seinem Saxophonkollegen lustvoll nach allen Seiten.

Besonders groß war der Jubel, wenn Cherry an einer Kalebasse mit metallischer Fliegenklatsche raschelte oder wenn der einfallsreiche Perkussionist Nana Vasconcelos zum Latin-Rhythmus labialen Sprechgesang ins Mikrophon gurgelte. Wer merkte schon, daß Cherry direkt von der Bühne zur Notoperation in die münstersche Zahnklinik gebracht werden mußte, weil eine Vereiterung ins Gehirn zu dringen drohte – Jazz als Heiler (fast) aller Wunden.

Mit dem jüngsten Jazz-Festival in der Westfalenmetropole konnten die Veranstalter aufatmen. Nach Jahren der Suche war mit der Halle Münsterland endlich ein angemessener Austragungsort für das Ereignis gefunden, das bei professioneller Durchführung überregionalen Zuspruch fand. Das Programm war auch danach. Das Sextett von Carla Bley beispielsweise zeigte die eigenwillige britische Komponistin einmal von der unkomplizierten Seite an der Orgel – der Trommler Don Alias und Bassist Steve Swallow ließen einen ordentlichen Schuß Latin-Stimmung in den Saal schwappen. Schmissige Attacken auf die Trommelfelle des Publikums ritten Louis Sclavis und Maurice Nerle vom französischen Quartett Workshop de Lyon. Die beiden bliesen sich humorvoll stampfend ihren Weg durch das Programm, boten abwechselnd Bluesfeeling und die Eleganz tänzelnder Nilpferde.



Unkomplizierte Latin-Stimmung: Die britische Komponistin Carla Bley FOTO: HIPP-FOTO

Die intimere Form bevorzugten Michal Petrucciani und Jim Hall. Es swingte beachtlich bei dem phänomenalen Pianisten und seinem gitarrespielenden Freund. Klamauk und Jazztheater in Perfektion boten Willem Breuker und sein „Kollektief". Die neun Holländer, durch den ehemaligen „DDR"-Trompeter Andreas Altenfelder verstärkt, zeigten souverän, daß auch Free-Jazz nichts Bitterernstes sein muß.

Entsprechend dem Festivalkonzept eröffneten auch dieses Jahr Gruppen aus Münster das Festival. Und siehe da: Trix, Váya und Quasimodo brauchten sich nicht zu verstecken. Mit Spannung erwartet wurde besonders das Workshop-Projekt, zu dem sich der Saxophonist Heinz Sauer und sein Baßkollege Günter Lenz für drei Tage mit über 20 jungen münsterschen Musikern zurückgezogen hatten. Sie entfalteten modernen Big-Band-Sound mit viel Freiraum für Solistisches.

Neben dem „DDR"-Quartett „Doppelmoppel" bot noch ein weiteres Ensemble deutsch-deutsche Akzente. Der Dresdner Saxophonist Dietmar Diesner traf sich mit seinem österreichischen Kollegen Radu Malfatti und den Münsteranern Erhard Hirt und Jochen Twelker zu einer glänzenden „Welturaufführung". Bei aller Ernsthaftigkeit des frei assoziierten Spiels gab es doch immer wieder Anlaß zum Schmunzeln. So hantierte Schlagzeuger Twelker mit Gartenschlauch, Sprungfeder und Tapeziermesser, Malfatti klemmte mit gequälter Miene einen Würstchenteller an die Posaune und ließ ein Gummiband dagegenschnellen, und Diesner imitierte dazu lautmalerisch einen Korken. Ob es das Quartett häufiger zu sehen geben wird? Das hänge vom Wunsch der Veranstalter ab, meinte Jochen Twelker salomonisch. „Wir wohnen doch so weit auseinander ..."

HERMANN SCHMIDTENDORF

Osteuropa in Köln: Die neue Ignis-Kulturstiftung

Dissens der Hoffnung

Der Dichter kam aus Ungarn, die Plakate an den Wänden (brandneu) aus Polen. Der Übersetzer des Dichters kam ursprünglich aus Leipzig, emigrierte '68 nach Ungarn, '73 von dort in die Bundesrepublik, darf nicht mehr nach Ungarn. Der Dichter, derzeit Stipendiat im Berliner Künstlerprogramm des DAAD, darf zurück, aber dort zumeist nicht gedruckt werden. Gedruckt wird er in Frankfurt: Dort sind György Petris Gedichte „Zur Hoffnung verkommen" in der Übersetzung von Hans-Henning Patzke gerade erschienen. So kompliziert ist das.

Die Kulturstiftung Ignis, baufrisch an der Kölner Elsa-Brandström-Straße und leider nicht frei von Existenzsorgen, startete ihr ambitioniertes Sommerprogramm. Professoren lasen über „Dissens in der Sowjetunion", über „Die moderne Moskauer Kunstszene". Eine Trutzburg der Emigranten ist dies nicht, denn dabei geht es immer wieder um den engen Kontakt zu dem, was sich in Osteuropa noch nicht ganz ausrotten ließ: Europa atmet auch unter diesem furchtbaren Druck. Es wird gemalt, gedichtet, komponiert – die tägliche Auseinandersetzung mit der absurden Situation bringt absurde Kunstwerke hervor. Es werden die derzeit gültigen Europas sein.

Absurd sind diese polnischen Plakate (die für Theatervorstellungen, Ausstellungen, Konzerte werben) jedenfalls. Ihr Leitmotiv: immer wieder der geschundene Menschenkörper, vielleicht zum Skelett reduziert oder skurril erweitert. Ein Begleittext sagt, man suche in der Rhetorik dieser Plakate vergeblich nach einer Tradition. Ich bin anderer Meinung: fände sie zum Beispiel bei Hieronymus Bosch oder in den düsteren Kompositionen der Emblematiker zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

Am Ende dürfte Hieronymus Bosch unter heutigen sozialistischen Bedingungen noch malen; ob Erasmus von Rotterdam schreiben beziehungsweise seine Schriften veröffentlichen könnte, ist eine schwierigere Frage. Die „Staatskultur" hat Grauzonen am Rand, individueller Ausdruck darf aber nicht zu pessimistisch geraten. Etwa ein Weihnachtsfest „zwischen Josip und Jesus" unter den Bedingungen eines Ausnahmezustandes schildern oder die Vision einer Liebesnacht, die durch sowjetischen Artilleriebeschuß unterbrochen wird.

Dabei reicht die Poesie György Petris weit ins Spekulative und Kritische. In einem Gedicht beschäftigt er sich mit europäischen Intellektuellen: Man habe sie nur scharf angesehen, und schon hätten sie gekuscht. Und von einem, der die Ausreise nicht schaffte, heißt es: Es blieb ihm nichts übrig, als in der Heimat am Knochenkrebs zu sterben. Andere wurden dort aufgehängt, auch damit beschäftigen sich Gedichte: Wie man Imre Nagy umbrachte, das hat in Ungarn auch heute noch keiner vergessen.

DETLEF GOJOWY

Wenn Geyers Haufen mit Tyrannen raufen

CHRISTIAN GEYER, **Giebelstadt**

In düsterem Rot schimmert die Ruine im Abendlicht. Vor ihr haben sich die rebellischen Bauern versammelt. Die Willkür ihrer fränkischen Landesherren wollen sie nicht länger ertragen. Zu hoch sind die Abgaben, die die Fürsten fordern. „So heiß rief keine Stunde nach einem Retter als dieser Augenblick nach einem Geyer schreit", tönt es aus der Schar der Bauern. Ihn wollen sie für ihre Sache gewinnen, er soll sie führen im Kampf gegen die Landesherren: Florian Geyer, der Ritter von Giebelstadt, der sich auch schon als Diplomat und Heerführer am Hof des Königs von England bewährte. Furchterregend sieht er aus, als er vor seine Burg tritt. Die silbrige Rüstung spiegelt die Strahlen der untergehenden Sonne. Es kommt zum Schwur: Geyer gelobt, die Bauern vom Joch der Herrschaft zu befreien.

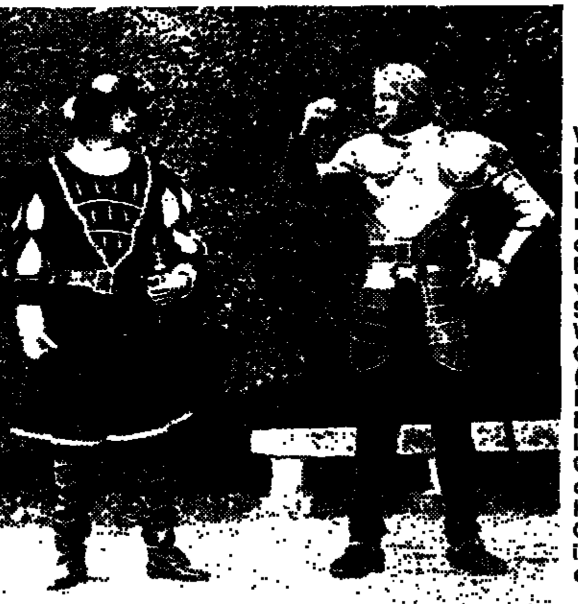
Was in den Bauernkriegen im Jahre 1525 blutige Wirklichkeit war, wird jetzt während der „Florian-Geyer-Festspiele" an historischer Stätte neu inszeniert. Vor der Ruine des Geyerschen Stammschlosses in Giebelstadt südlich von Würzburg bringen die „Festspielgemeinschaft Florian Geyer" das „Bauerndrama in sieben Bildern" noch einmal zur Freilicht-Aufführung. Der Heimatdichter Nikolaus Fey hat die Geschichte des heimlichen Regionalhelden im Jahre 1925 geschrieben. Als Pflichtlektüre im unterfränkischen Schulunterricht wurde das „Geyer-Drama" bis heute in Ehren gehalten. Seit 1980 zieht die Aufführung alljährlich Hunderte von Besuchern aus dem gesamten Frankenland vor die Geyer-Ruine nach Giebelstadt.

Die Laien-Darsteller schauen auf drei Monate harter Proben zurück. Spielleiter Kurt Hepperlin: „Die allermeisten brauchen erst gar nicht in eine fremde Rolle zu schlüpfen. Als Bauern spielen sie sich einfach selbst." Viele haben ihre grün-braunen Kostüme selbst geschneidert. Natürlich ist die gesamte Bauersfamilie auf den Zuschauerrängen anwesend, wenn das Familienoberhaupt in fränkischer Mundart die Freiheit seines Standes fordert.

Der Befreiungskampf des „Tauberhaufens", wie sich die revoltierende Bauerngruppe nannte, ist auch den Jüngsten bis in alle Einzelheiten vertraut. „Hätte Götz von Berlichingen uns nicht verraten, hätte der Truchseß von Waldburg uns nie und nimmer besiegen können", sagt ein kleiner Bub mit Lederhosen, dessen Vater auf der Bühne eben niedergemacht wurde. Und die Verkäuferin der heißen Würstchen erzählt in der Pause jedem, der es wissen will, das Ende der Bauernerhebung: Als das bündische Heer gegen Würzburg zog, kam es im Tal zwischen Giebelstadt, Ingolstadt und Sulzdorf an Pfingsten 1525 zur offenen Feldschlacht. 5000 Bauern mußten ihr Leben lassen, Geyer wurde meuchlings ermordet.

Drei Barden aus Ludwigsburg rezitieren das berühmte Kampflied des Tauberhaufens: „Wir sind des Geyers schwarzer Haufen, heia, oho, und woll'n mit Tyrannen raufen, heia, oho!" Der Anführer des schwarzen Haufens ist der sechzigjährige Baggerführer Helmuth Leimig. Natürlich nennt ihn niemand „Helmuth". „Florian" heißt er bei den Bewohnern von Giebelstadt schon seit Jahren, ob Festspielzeit ist oder nicht.

Als kleiner Junge hat er das Drama von Fey auswendig gelernt. Die dunkelblonde Haarsträhne fällt dem breitschultrigen Mann immer wieder in das wettergebräunte Gesicht. Sein linkes Auge bleibt halb zugekniffen. Florian Geyer würde sich wiedererkannt haben.



Während sich Ritter Florian Geyer (Helmuth Leimig, rechts) rückhaltlos auf die Seite der Bauern stellt, verteidigt sein Schwager Wilhelm von Grumbach (Diethelm Richter, links) die Privilegien der Landesherren. Geyer fiel durch die Hand zweier Knechte Grumbachs, die ihn meuchlings erstachen. FOTO: HINRICH SPANNUTH



1936 starteten in Frankfurt einige Ju-52 (oben). Heute ist „Rhein-Main" ein Zentrum des internationalen Luftverkehrs FOTOS: DW./ SKARYD, FREIGABE-NR. 1910/85

Frankfurt – Drehkreuz des Flugverkehrs

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Heute feiert der größte Flughafen des europäischen Kontinents seinen 50. Geburtstag. Am 8. Juli 1936 wurde jener Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt am Main eingeweiht, der inzwischen mit mehr als 20 Millionen Passagieren und 238 000 Starts und Landungen pro Jahr, 135 deutschen und ausländischen Fluggesellschaften, 36 700 Beschäftigten und einer jährlichen Lohnsumme von 1,6 Milliarden Mark alle Rekorde bricht.

Ist der Gigant also ein Parvenü? Als der Frankfurter Rhein-Main-Flughafen entstand, gab es im damaligen Deutschen Reich bereits rund 30 andere zivile Flughäfen und -plätze. Es waren 151 deutsche Verkehrsflugzeuge elf verschiedener Typen in Betrieb.

Startfeld der Zeppeline

Ein Linienflug etwa von Berlin nach Frankfurt war nichts Außergewöhnliches, dauerte zwei Stunden und kostete 55 Mark, soviel wie der Wochenlohn eines Arbeiters. 50 Jahre sind in der Fliegerei kein Alter.

Und doch ist Frankfurt deutscher Uradel im Luftverkehr. Schon im Jahre 1909 wurde hier mit der Deutschen Luftschiffahrts AG (Delag) die erste Luftfahrtgesellschaft der Welt gegründet. Vom sogenannten Rebstockgelände, wo heute Schrebergärten, Grünanlagen und Messeparkplätze zu finden sind, starteten die Zeppeline zu ihren berühmten Flügen nach Übersee. Später kam auch der Flugzeugbetrieb hinzu.

Aber nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zählte Frankfurt mit seinem Rebstock-Flughafen nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages zur sogenannten neutralen Zone, in der Deutschland jeder Luftverkehr verboten war. Mit List und Tücke gelang es den deutschen Behörden zwar, für Frankfurt die Anerkennung als sogenannter „Notlandeplatz" zu erreichen. Auf diese Weise konnte wenigstens ein Minimalbetrieb aufrechterhalten und die Basis für die Zeit nach einer Aufhebung des Verbots gelegt werden. Aber von der stürmischen Entwicklung der zivilen Luftfahrt, wie sie sich an anderen Plätzen vollzog, war Frankfurt zunächst ausgeschlossen.

Erst 1926 kam alles langsam wieder in Gang. Sieben Jahre später hatte Frankfurt dank seiner zentralen Lage wieder eine solche Bedeutung, daß das Rebstockgelände nicht mehr ausreichte. Man begann, Rhein-Main zu planen. 1936 wurde ins neue Gelände im Südwesten weit vor der Stadt umgezogen. Schon damals lag Frankfurt hinter Berlin unbestritten an zweiter Stelle im deutschen Luftverkehr.

Gesprengt und geplündert

Dann kamen neue Rückschläge. Die Zeppelin-Katastrophe der „Hindenburg" auf Lakehurst führte zu einer Stillegung des gesamten Luftschiffverkehrs, der bis dahin die Domäne der Frankfurter gewesen war. 1940 ließ Göring sogar die ganzen Luftschiffhallen sprengen, um den feindlichen Fliegern die Orientierung zu erschweren.

1945 sprengten deutsche Truppen beim Rückzug alles, was noch stand. Anschließend allgemeine Plünderung. Die Amerikaner fanden eine Mondlandschaft vor. Deutsche Kriegsgefangene mußten die ersten Startbahnen für den US-Militärbetrieb wiederherrichten.

Der Aufstieg zum Giganten begann. Als der damalige Bundespräsident Heinemann am 14. März 1972 das neue Terminal des Frankfurter Flughafens einweihte, raunte man überall, das Ding sei viel zu groß geraten. Heute platzt es bereits wieder aus allen Nähten. Der Umzug vom alten ins neue Terminal in der Nacht vom 15. auf den 16. März 1972, ohne daß deshalb auch nur ein einziger Flug ausfallen mußte, ging in die Geschichte organisatorischer Großtaten ein. Die politisch so umstrittene neue Startbahn West verhinderte drohende Schwierigkeiten im Luftraum (an Spitzentagen starten und landen jetzt bis zu 72 000 Passagiere). Wenn im Frühjahr 1988 der Erweiterungsbau, das neue 200 Millionen Mark teure Büro- und Kommunikationszentrum namens „Frankfurt Airport Center" fertig sein wird, steht wohl der dritte spektakuläre Umzug bevor.

Die Prognosen der Flughafen AG (Gesellschafter: 45 Prozent das Land Hessen, 30 Prozent die Stadt Frankfurt und 25 Prozent der Bund) für das Jahr 2000 sehen so aus: 33 Millionen Passagiere und 1,4 Millionen Tonnen Fracht pro Jahr und an die 50 000 Beschäftigte, Frankfurts krisensicherstes Unternehmen. Und niemand wagt mehr, über Größenwahn zu meckern.

80-Tage-Lauf an Chinesischer Mauer entlang

AP, Peking

Als vermutlich erster Mensch lief der Chinese Yan Genghua die gesamte Strecke der Chinesischen Mauer (3400 Kilometer) ab. Wie die Nachrichtenagentur „Xinhua" gestern berichtete, war der 28jährige Angestellte einer medizinischen Hochschule am 18. April am östlichen Ende der Mauer in der Provinz Liaoning gestartet und am Sonntag am anderen Ende der Mauer in der Provinz Gansu angekommen. Für die rund 3400 Kilometer benötigte er 80 Tage. Bereits 1983 hatte Dauerläufer Yan auf sich aufmerksam gemacht, als er die 3150 Kilometer von seiner Heimat im Nordosten Chinas nach Shanghai in 59 Tagen zurückgelegt hatte. Im Winter durchquerte er das Reich der Mitte von Nord nach Süd auf einer Strecke von 6200 Kilometern in 110 Tagen.

Casino-Millionär tot?

dpa, Gladbeck/Essen

Mehr als 15 Wochen nach der angeblichen Entführung des Gladbekker Casino-Besitzers Paul Hertel (45) fehlt nach wie vor jede Spur von dem Vermißten. Wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte, ist Hertel vermutlich einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen. Eine großangelegte Suchaktion der belgischen Polizei in einem Waldstück bei Poppel (Belgien), das an das dortige ehemalige Hertel-Casino grenzt, blieb ohne Erfolg. Die Entführer, die 3,2 Millionen Mark Lösegeld forderten, haben sich nicht mehr gemeldet.

Im Schnee entdeckt

dpa, Innsbruck

Die Leiche eines seit Januar vermißten 38jährigen Deutschen aus Meschede im Sauerland wurde jetzt von Touristen in einem Schneefeld im Ötztal entdeckt. Nach Angaben der Gendarmerie dürfte der Urlauber bei einer Skiabfahrt von der Piste abgekommen und über einen Hang gestürzt sein. Dabei dürfte er sich das Genick gebrochen haben.

Vorsicht bei Tauchsiedern

dpa, Düsseldorf

Vor Billig-Tauchsiedern der Marke „Gunda" haben gestern Sicherheitsexperten der Düsseldorfer Gewerbeaufsicht gewarnt. Testversuche haben ergeben, daß die Geräte, die derzeit von reisenden Händlern angeboten werden, lebensgefährliche Mängel aufweisen. So fehle an den Geräten die unbedingt notwendige Temperatursicherung. Die stromführenden Teile seien nicht ausreichend gegen Nässe abgeschirmt.

LEUTE HEUTE

Würstchen satt

Seit Sonntag ist er Meister im Würstchen-Schnellessen. Der 27 Jahre alte und 110 Kilogramm schwere New Yorker **Mark Heller** verspeiste bei einem von einer Hot-Dog-Imbißkette veranstalteten Wettbewerb innerhalb von zehn Minuten fünfzehneinhalb Würstchen und verwies damit seine 23 Mitkonkurrenten auf die Plätze. Zweiter wurde **Robert Gerber**, der in derselben Zeit 13 Hot Dogs schaffte. Wie in der 70 Jahre alten Geschichte des Wettbewerbs üblich, erhält der Sieger ein Jahr lang Hot Dogs frei Haus – ein Preis, auf den Heller erst mal nicht erpicht ist.

Irrtum ausgeschlossen

Seit mehreren Monaten versucht der 24jährige **Gabriel Yeoshua** in der israelischen Stadt Haifa die Verwaltung davon zu überzeugen, daß er keinen 16jährigen Sohn haben kann. Ein Computer der Verwaltung hatte vor sechs Monaten einen Schulgeldbescheid über vier Mark für einen Sohn ausgespuckt, von dem Yeoshua nichts weiß. Der Bußgeldbescheid über 50 Mark kam prompt: Der Computer habe zweifelsfrei angezeigt, daß der säumige Zahler Vater des 16jährigen Schülers sei.

Scholz: „Rote Telefone" für Transit durch die „DDR"

Forderung bisher unerfüllt / Teilstrecken zügig ausgebaut

RENATE FRANK, **Rudolphstein**

Der Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Rupert Scholz, hat sich erstmals in der Öffentlichkeit für „rote Telefone" an den Transitübergängen zur „DDR" eingesetzt. Über solche speziellen Telefonleitungen sollten die „DDR"-Grenzer die westlichen Kontrollstellen über Staus und Unfälle auf den Autobahnen durch die „DDR" informieren. Der Senator bedauerte allerdings, daß Ost-Berlin seinen Vorschlag nicht aufgegriffen hat.

Zum Fortgang der Bauarbeiten an Teilstücken der Südautobahn Berlin–Hof äußerte sich Scholz zufrieden. Die Sanierungsarbeiten gingen zügig voran, sagte er am Grenzübergang Rudolphstein. Am Ausbau der Teilstrecken – 18,4 Kilometer zwischen Schleiz und Hirschberg, 22,7 Kilometer zwischen Triptis und Schleiz und insgesamt 10,2 Kilometern zwischen Berliner Ring und Drewitz – beteiligt sich die Bundesregierung mit 148 Millionen Mark. Weitere vier Millionen Mark müssen für die Grunderneuerung der Saalebrücke aufgebracht werden.

„Mit dem Ausbau dieser Abschnitte wird die Transitverbindung zwischen Berlin und Süddeutschland entscheidend verbessert", sagte Scholz. Der erste Bauabschnitt der Saalebrücke soll bis zum 10. Oktober dieses Jahres fertiggestellt sein. Die gesamten Bauarbeiten werden im Juni 1988 beendet sein.

Nach der Grunderneuerung der Autobahn Berlin–Helmstedt, dem Neubau der Strecke Berlin–Hamburg, sowie dem Neu- und Ausbau des Abschnittes Wartha–Herleshausen, seien dann alle Transitautobahnen in einem Zustand, der „einen – am DDR-Standard gemessen – reibungslosen Verkehr sichert".

Die verkehrstechnischen Fortschritte auf den Strecken, zu denen auch eine bessere Ausschilderung, die Versorgung mit bleifreiem Benzin und ein schnellerer Pannendienst gehörten, könnten jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß sich auf den Transitstrecken erschreckend viele schwere Unfälle ereigneten: Es gebe etwa dreimal so viele Verkehrstote wie auf Bundesautobahnen, sagte der Senator.

Tigerpython aus Zirkusschule verschwunden

dpa, Bonn

Wer in diesen Tagen durch Wiesen und Wälder Bonns streift, muß darauf gefaßt sein, auf eine knapp drei Meter lange Riesenschlange zu stoßen: Der Tigerpython – „Star" der Bonner Zirkusschule Corelli für Kinder und Jugendliche – hat sich buchstäblich davongeschlängelt. Das fünf Jahre alte Männchen Shesha ist zahm und für Menschen ungefährlich, versicherte Zirkusdirektor Hans-Peter Kurzhals gestern. Wie alle Riesenschlangen, die ihre Beute erwürgen, besitzt Shesha keine Giftzähne. Ein ungefährliches Zuschnappen der Riesenschlange riskiert allenfalls derjenige, der versehentlich auf das zusammengerollte Tier tritt oder es beim Beutemachen stört. Seit einer Woche ist die Schlange spurlos verschwunden. Die jungen Zirkuskünstler suchten die nähere Umgebung des „Fluchtortes" im rechtsrheinischen Bonn-Oberkassel bisher erfolglos ab. Angst, daß die Schlange auf ihrem Ausflug verhungert, hat der Zirkusdirektor nicht. Nur einmal im Monat mit sechs bis acht Ratten gefüttert, kann der Python im Extremfall bis zu einem Jahr ohne „Nachschub" durchhalten.

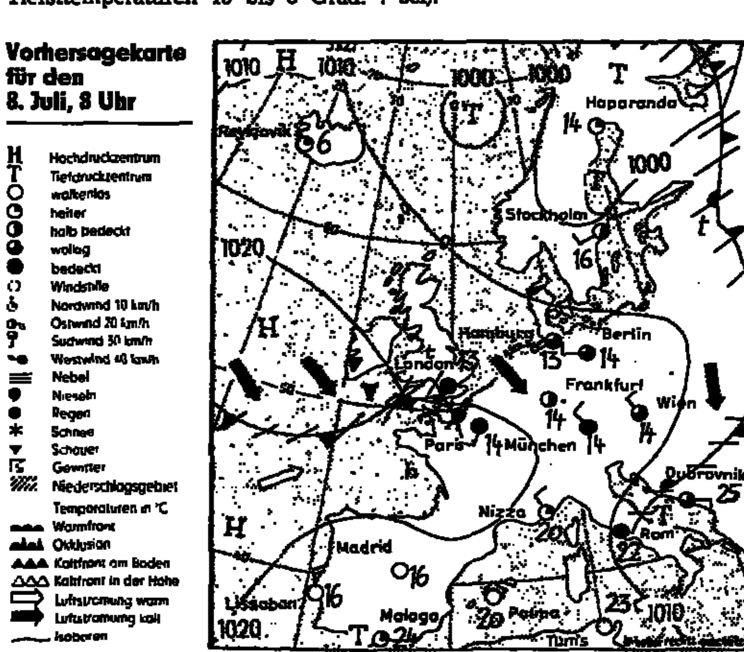
WETTER: Kühl

Lage: Ein bei den Britischen Inseln angelangtes Tiefdruckgebiet zieht rasch südostwärts und beeinflußt vor allem das Wetter im Westen und Süden. Dabei dauert der Zufluß von überwiegend kühler Meeresluft an.

Vorhersage für Dienstag: Im Westen und Süden starke Bewölkung mit zeitweiligen Regenfällen. Tageshöchsttemperaturen 15 bis 20 Grad, südlich der Donau örtlich darunter. Tiefsttemperaturen 13 bis 8 Grad. Schwacher bis mäßiger, tagsüber auffrischender Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Am Mittwoch im Südwesten vorübergehend sonniger und wärmer. Sonst wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.16 Uhr*, Untergang: 21.38 Uhr; **Mondaufgang:** 7.03 Uhr, Untergang: 23.26 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	19	bw
Bielefeld	17	Gw
Braunlage	14	bw
Bremen	16	Rs
Dortmund	18	bw
Dresden	14	Sp
Düsseldorf	18	bw
Erfurt	17	bw
Essen	17	bw
Feldberg/S.	7	bw
Flensburg	17	he
Frankfurt/M.	16	bd
Freiburg	17	bw
Garmisch	13	R
Greifswald	20	he
Hamburg	18	bw
Hannover	18	he
Kahler Asten	9	Rs
Kassel	17	bw
Kempten	13	R
Kiel	17	bw
Koblenz	19	bw
Köln-Bonn	18	bw
Konstanz	18	Gw
Leipzig	16	bd
List/Sylt	16	bw
Lübeck	15	Rs
Mannheim	19	bw
München	16	R
Münster	18	bw
Norderney	17	be
Nürnberg	16	bw
Oberstdorf	11	bd
Passau	15	bd
Saarbrücken	14	bw
Stuttgart	17	bd
Trier	16	bw
Zugspitze	-2	S
Ausland:		
Algier	30	he
Amsterdam	17	bw
Athen	29	he
Barcelona	24	he
Belgrad	27	bd
Bordeaux	21	bw
Bozen	24	he
Brüssel	15	bw
Budapest	31	wl
Bukarest	22	R
Casablanca	23	bw
Dublin	15	bd
Dubrovnik	24	bw
Edinburgh	14	he
Faro	24	he
Florenz	27	he
Genf	20	he
Helsinki	18	bw
Hongkong	27	bw
Innsbruck	15	R
Istanbul	24	he
Kairo	31	he
Klagenfurt	20	he
Konstanza	28	he
Kopenhagen	18	bw
Korfu	27	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	26	bd
Lissabon	23	he
Locarno	27	bw
London	16	bd
Los Angeles	19	wl
Luxemburg	15	bw
Madrid	29	he
Mailand	26	he
Malaga	27	he
Mallorca	29	he
Moskau	29	he
Neapel	25	bw
New York	23	bw
Nizza	26	he
Oslo	21	he
Ostende	16	bw
Palermo	35	he
Paris	17	bw
Peking	25	bw
Prag	13	Rs
Rhodos	28	wl
Rom	27	he
Salzburg	15	Rs
Singapur	30	bw
Split	23	R
Stockholm	22	bw
Straßburg	18	bw
Tel Aviv	28	he
Tokio	24	Rs
Tunis	34	wl
Valencia	30	he
Varna	28	he
Venedig	25	he
Warschau	17	Rs
Wien	22	bw
Zürich	18	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; -- = keine Angabe

Boy George: „Warum soll ich mich verteidigen?"

George O'Dowd, besser bekannt als Boy George, Solosänger der englischen Pop-Gruppe „Culture Club" und Paradiesvogel der Szene, steht nach einer Serie von Flops wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Doch diesmal geht es scheinbar ums nackte Leben, es geht um Heroin. Boy George hat in seiner vierjährigen Karriere viele Höhen und Tiefen erlebt. Die Gruppe mit ihrem androgynen Solisten eroberte 1982 die Szene mit ihren zwei ersten millionenfach verkauften LPs „Kissing To Be Clever" und „Colour By Numbers". Aber schon mit dem dritten Album „Waking Up With the House on Fire" ging Boy George baden. Ist seine „Heroinsucht" ein Publicity-Trick? Der Sänger antwortet in einem WELT-Interview.

WELT: Sie waren erfolgreich und scheinen jetzt in ein Tief geraten zu sein. Es ist die Rede von Drogen.

Boy George: Oh, das hört ja gar nicht mehr auf. Wenn man über dieses Thema diskutiert, gibt man ihm nur Glaubwürdigkeit. Warum sollte ich mich verteidigen, wenn ich unschuldig bin?

WELT: Ihr Privatleben ...

Boy George: Ich habe kein Privatleben. Es langweilt mich auch. Ich will arbeiten. Beziehungen langweilen mich. Manchmal wird man echt abgelenkt, wenn man mit jemandem zusammen ist, weil die Beziehung wichtiger wird als das, was man tut. Wenn ich mich verliebe, bin ich absolut besessen davon – das kann ich nicht mehr aushalten, und deshalb meide ich es jetzt wie die Pest.

WELT: Was möchten Sie Neues erreichen? Könnten Sie durch ein Solo-Album mehr ausdrücken als über die Gruppe „Culture Club"?

Boy George: Ja, wenn man in einer Gruppe ist, denkt man für vier. Und man kann andere nicht seinen persönlichen sexuellen Haltungen oder religiösen Meinungen unterwerfen.

WELT: Welche Inhalte würden Sie ausdrücken wollen, wenn es auf Sie allein ankäme?

Boy George: Ich würde den männlichen Aspekt der Sexualität mehr ins Spiel bringen – zum Beispiel mehr über Jungs singen. Ich bin in der Vergangenheit ziemlich mehrdeutig gewesen. Das gefällt mir, weil es die Dinge offenhält. Ich kann auch niemanden zwingen, sich meiner eigenen Meinung anzuschließen. Ich möchte über Dinge singen und Ansichten vorbringen, über Männer und über Frauen, mit denen meine drei Partner nicht einverstanden sind.

In seinem androgynen Erscheinungsbild wurde Boy George zur Kultfigur der Szene. Doch Exaltiertheit ist schnell verbraucht in diesem Geschäft. Das mußte auch der hübsch geschminkte Sänger erfahren. Es passierte ihm das Schlimmste, was einem Popstar passieren kann: Man sprach nicht mehr von ihm. Bis zum Tage, an dem es hieß, er sei dem Heroin verfallen und dem Tode nahe. Nun wird sein Name wieder gehandelt. FOTO: TELE-FOTO-BUNK

WELT: Sie sagten, daß Sie während Ihrer letzten Tournee kurz vor dem Zusammenbruch standen, daß Sie Ihren Freund Marilyn angerufen und ihm erklärt haben, Sie wollten einfach nach Hause. Und er habe Ihnen gesagt, Sie sollten bei der Stange bleiben.

Boy George: Richtig. Mir ist dabei klar geworden, wenn man rausgeht und runde drei Wochen abreißt, daß man gerade vor dem Ende Spaß an der Sache kriegt. Unterbrechungen haben keinen Zweck. Deshalb sage ich mir selbst heute: Gehen wir raus und bringen es. Die Tournee wird sehr lang sein, wir beginnen sie im August in den Vereinigten Staaten.

WELT: Etwas anderes ...

Boy George: Lassen Sie mich das noch erzählen, es war auf einer Art Party, bei der Eröffnung eines Geschäfts, da hat man mich des Ladendiebstahls bezichtigt. Der Warenhausdetektiv hielt mich an und durchsuchte meine Tasche.

WELT: Haben Sie diese Art Aufmerksamkeit nicht selbst durch Ihre Erscheinung herbeigeführt?

Boy George: Ich sage ja nicht, daß es mir total mißfallen hat, nur war es manchmal nicht einfach.

WELT: Das klingt ein bißchen schizophren?

Boy George: Na klar bin ich schizophren – was sonst ...

LISA ROBINSON

78mal durchgefallen

AP, Belgrad

Nach neun Jahren und sage und schreibe 78 vergeblichen Fahrprüfungen ist der Jugoslawe Hranislav Mirkovic (54), wie eine Belgrader Zeitung gestern berichtete, fest entschlossen, sich erneut einer Prüfung zu unterziehen. Mirkovic, der etwa 80 Kilometer nördlich der jugoslawischen Hauptstadt lebt, hatte es bisher nur zu einem Traktorführerschein gebracht. Als dieser abgelaufen war, faßte er den Plan, den Führerschein zu machen, und legte sich auch gleich ein Auto zu. Seitdem stehen Auto und Traktor unbenutzt auf seinem Hof herum. Notfalls will er auch zum 100. Mal in die Fahrprüfung gehen.

ZU GUTER LETZT

„Enjoy the Canarian Nights!" – „Genießen Sie die kanarischen Nichten!" (Anschlag eines Nachtclubs in Gran Canaria)